

Wann wird's mal wieder richtig Sommer

Ein Sommer wie er früher einmal war?
Ja **mit Regen** von Juni bis September
Und **nicht so heiß** und tropisch wie in diesem Jahr
Auch der Winter war der Reinfeld des Jahrhunderts
Nur über tausend Meter gab es Schnee
Mein Milchmann sagt:
„**Dies Klima hier**, wen wundert's
Denn **Schuld** daran ist nur die **SPD!**“

Schutz vor Hitze soll ins Grundgesetz 2
Der neue Sommerblues 13

Hitzerekorde am laufenden Band: Zeit für eine Neufassung des größten Hits von Rudi Carrell. Auch die bekannteste Coverversion von Creme 21 passt heute nicht mehr Foto: Michael Bihlmayer/imag

Von Siedlern belagert
Reportage aus dem Dorf Qusra im Westjordanland 3,12

Unter Schuttbergen
Die schwierige Hilfe nach dem Beben in Kolumbien 4-5

26.000

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13

Kommentar von Kersten Augustin zur gärenden Debatte um den SPD-Parteivorsitz

Trügerische Sehnsucht nach neuen Gesichtern

Sollte die SPD ihre Vorsitzenden austauschen? Noch wird diese Forderung nur von geltungsbewussten Genossen der dritten Reihe laut ausgesprochen. Mehria Ashuftah und Orkan Özdemir, Vorsitzende der SPD-Arbeitsgruppe Migration und Vielfalt, wollen nun einen Sonderparteitag im Herbst. Ex-Minister Karl Lauterbach hat dies als „falsche Frage zur falschen Zeit“ zurückgewiesen. Und hat damit gleichzeitig recht und unrecht.

Natürlich ist es für die SPD kurz vor drei Landtagswahlen schlecht, wenn sie über ihre Vorsitzenden diskutiert. Die Partei wirkt so noch schwächer, als sie ohnehin ist. Andererseits wurden Lars Klingbeil und Bärbel Bas schon bei ihrem Amtsantritt als Minister dafür kritisiert, dass sie glaubten, sie könnten die Partei im Nebenjob aus der Krise führen. Klingbeil wurde dann mit einem schlechten Ergebnis wiedergewählt, er war also gewarnt.

Zudem wird eine Frage nicht falsch, weil sie manchen gerade ungelegen kommt. Den richti-

gen Zeitpunkt für die Frage, wer der SPD neues Leben einhauchen könnte, gibt es nicht. Im Herbst würde wohl auf die Reformen verwiesen werden, die dringend beschlossen werden müssten und die leider keine Personaldebatten zuließen. Die SPD ist in einem schlechten Zustand, sie wird bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Berlin voraussichtlich sehr schwach abschneiden, mit oder ohne Personaldebatten. Spätestens danach dürfte es für die SPD-Spitze nicht mehr weitergehen.

Spekuliert wird, dass nach den Landtagswahlen Manuela Schwesig den Parteivorsitz übernehmen könnte – wenn sie es schaffen sollte, Mecklenburg-Vorpommern gegen die AfD und gegen den Trend ihrer Partei zu verteidigen.

Doch wer glaubt, dass Schwesig die Rettung für die SPD wäre, schlägt auch Cem Özdemir als Chef der Grünen vor. Die beiden verbindet, dass sie als Landesfürsten auch deshalb erfolgreich sind, weil sie sich in Abgrenzung zu ihrer jeweiligen Bundespartei in Berlin profilieren können. Sobald Ma-

nuela Schwesig als Parteivorsitzende den Kurs der Regierung Merz verteidigen müsste, wäre es mit ihrer Beliebtheit schnell vorbei.

Die SPD ist mit ihrer Sehnsucht nach neuen Gesichtern nicht allein. Auch in der Union wird in diesem Sommer über ein Ende von Friedrich Merz als Bundeskanzler geraunt. Der Wunsch ist verständlich, aber er ist trügerisch.

Und so hat Lauterbach mit seiner Aussage doch recht: Die Frage nach dem Vorsitz ist die falsche. Die SPD, aber auch die Union, haben in erster Linie kein Personal-, sondern ein politisches Problem. Ihre Koalition steht für einen sozial ungerechten, selbst auferlegten Sparzwang, bei gleichzeitiger Rekordverschuldung zum Zweck der Aufrüstung. Zudem steckt die Wirtschaft in der Krise, und als einzige Alternative zu dieser Koalition der schrumpfenden Mitte lauert nur die AfD auf ihre Chance.

Gegen diese geballten Probleme sehen auch neue Gesichter ziemlich schnell ziemlich alt aus.



das portrait

Foto: Julia Demaree Nikhinson/fap

Trumps Maschinengewehr Karoline Leavitt tritt ab

Karoline Leavitt gibt ihren Job als Pressesprecherin des Weißen Hauses auf. Nur gut einen Monat, nachdem sie aus dem Mutterschutz nach der Geburt ihres zweiten Kindes, einer Tochter, in den Presserraum zurückgekehrt ist, meldet sie jetzt doch das Bedürfnis an, sich mehr um ihre Familie kümmern zu wollen, als es der Job als Pressesprecherin zulasse.

Leavitt, die im Januar 2025 mit nur 27 Jahren als jüngste Pressesprecherin aller Zeiten angetreten war, werde nunmehr eine seiner „Top“-Beraterinnen außerhalb der Regierung werden, sagte Donald Trump. Leavitt sei „eine der besten Pressesprecherinnen in der Geschichte“ gewesen.

Mit Sicherheit war sie eine der kämpferischsten und eine derjenigen, die sich am intensivsten die Sprache und politischen Instinkte ihres Chefs zu eigen gemacht hat. Regelmäßig die Legitimität der traditionellen journalistischen Medien angreifend, stritt sie sich mit kritischen Pressevertreter*innen, erklärte sie für vorurteilsbehaftet, nannte sie „Linke, die als Reporter posieren“, sagte, sie sollten sich schämen und sorgte gleichzeitig dafür, dass immer mehr Propagandisten von neuen rechten Internetplattformen ins Pressecorps des Weißen Hauses aufgenommen wurden.

Ihr Auftreten war stets von Schärfe und direkter Konfrontation geprägt, das womöglich sogar gepaart mit einem Lächeln, und einem unglaublich schnellen Mundwerk. Trump selbst verglich ihren Sprachstil mal mit einem Maschinengewehr und sagte anerkennend, sie könne richtig gemein sein. Ihm imponierte das.

Leavitt, die mit 22 Jahren schon einen Abschluss in politischer Kommunikation gemacht hat, war schon während Trumps erster Amtszeit im Pressesekretariat beschäftigt, allerdings als Helferin in der dritten Reihe.

2021 startete sie als überzeugte MAGA-Aktivistin in New Hampshire ihre Kandidatur fürs US-Repräsentantenhaus, gewann auch die republikanischen Vorwahlen, verlor jedoch 2022 gegen den demokratischen Amtsinhaber. Viele US-Beobachter*innen gehen davon aus, dass es nicht allzu lange dauern wird, bis Leavitt sich erneut mit politischen Ambitionen für ein Amt zurückmeldet.

Leavitt war die fünfte Sprecherperson für Trump als Präsidenten. Während seiner ersten Amtszeit gab es gleich vier auf diesem Posten, wobei nur eine, Sarah Huckabee Sanders, den Job länger ausübte als Leavitt. Huckabee Sanders ist seit 2023 Gouverneurin von Arkansas – im November steht sie zur Wiederwahl.

Nur ein einziger Mann vertrat Trump vor der Presse: Sean Spicer, sein allererster Sprecher, der allerdings nur ein halbes Jahr auf dem Posten blieb. Spicer sagt heute, er habe nie ein derartig enges Verhältnis zu Trump gehabt wie Karoline Leavitt. Spicer war im übrigen überhaupt der letzte Mann auf dem Posten: Hatte es zuvor seit Einführung des Amtes vor knapp einem Jahrhundert überhaupt nur zwei Frauen in dem Job gegeben, so waren die letzten sechs Sprecherinnen inklusive Leavitt alle weiblich – auch unter Biden.

Nach seiner Zeit im Weißen Haus trat Spicer bei der Show Dancing with the Stars auf und wurde Host einer Sendung beim rechten NewsMax.

Bisher hat Trump weder einen Hinweis darauf gegeben, wen er als Nächstes in den Presserraum schicken will, noch wann er das bekanntgeben will. Eine solche Waffe wie Karoline Leavitt zu finden, wird nicht einfach.

Bernd Pickert

Umweltminister Carsten Schneider will, dass Bund und Länder zusammenarbeiten
Foto: Jürgen Heinrich/imag

Klimaanpassung ins Grundgesetz

Umweltminister Carsten Schneider will die Länder bei der Klimaanpassung unterstützen. Die freuen sich schon. Doch die CDU ist dagegen

Von **Jonas Waack**

Der Vorstoß von Umweltminister Carsten Schneider (SPD), Klimaanpassung und Naturschutz als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz aufzunehmen, stößt auf viel Zustimmung – aber an entscheidender Stelle auf Widerstand: Die Union unterstützt Schneiders Forderung nicht.

„Ich bin nicht überzeugt, dass eine Gemeinschaftsaufgabe das Problem der Klimaanpassung lösen wird“, sagte der CDU-Umweltpolitiker Thomas Gebhart der taz.

Die Verantwortung für Klimaanpassung liegt teils beim Bund, teils bei den Ländern und bei unterschiedlichen Behörden und Einrichtungen. Der Bund ist zum Beispiel zuständig für Bundeswasserstraßen und Autobahnen, die unter Dürre und Hitze leiden. Währenddessen müssen die Länder trockenheitsgeplagte Forste umbauen und die Gemeinden Städte vor Hitze schützen.

Würde nach Schneiders Willen Klimaanpassung und Naturschutz als sogenannte Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz aufgenommen, könnte der Bund die Kommunen finanziell unterstützen. Bisher darf die Bundesregierung nur Modellprojekte fördern.

Der Bundesrechnungshof hatte in der Vergangenheit kritisiert, dass etwa die Förderung des Bundesumweltministeriums für die Klimaanpassung

von Kitas und Pflegeheimen eigentlich nicht in die Zuständigkeit des Bundes falle.

Umweltminister Carsten Schneider sagte nun im „ARD-Morgenmagazin“, Hitzeschutz in Kommunen dürfe er bisher laut Grundgesetz „ausgeschlossen nicht finanzieren, nur mit groben Brücken“. Er wolle, dass Bund und Länder dort zusammenarbeiten. Dafür brauche man eben diese Gemeinschaftsaufgabe, so Schneider. „Und damit hätte ich auch eine Ausgabekompetenz, das tun zu dürfen und den Ländern, Gemeinden und Städten zu helfen.“

Der Vorstoß des üblicherweise vorsichtig agierenden Schneider war aber offenbar nicht mit dem Koalitionspartner abgesprochen. Union und SPD hatten zwar im Koalitionsvertrag vereinbart, eine Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung zu prüfen. Und Schneider sagte am Mittwoch, „ich habe die Prüfung durchgeführt, jetzt geht es um die politische Umsetzung“. Aber der CDU-Umweltpolitiker Thomas Gebhart sagt, er kenne das Ergebnis des Prüfauftrags nicht.

„Es gibt keinen einzigen Bereich der Klimaanpassung, wo nicht klar definiert ist, wer zuständig ist“, sagt Gebhart. Eine Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern, würde bedeuten, die Zuständigkeit auf verschiedene Ebenen zu verteilen. „Und dort, wo die Zuständigkeit geteilt ist, ist niemand richtig zuständig“, fürcht

et der CDU-Politiker. „Das heißt nicht, dass ich Klimaanpassung nicht als prioritär ansehe – ganz im Gegenteil: Mich ärgert, dass das so lang nicht angegangen wurde.“

Das Argument, der Bund könne Klimaanpassung in Ländern und Kommunen dann finanziell unterstützen, überzeugt Gebhart nicht: „Der Bund hat selbst kein Geld. Jeder muss seine eigenen Hausaufgaben machen.“

Ein Sprecher des Umweltministeriums sagte, es habe Gespräche zwischen den Ministern sowie mit den Bundesländern über die Ausgestaltung der Grundgesetzänderung gegeben, auch eine juristische Prüfung habe stattgefunden. Eine Gemeinschaftsaufgabe verwalte die Zuständigkeiten nicht, sondern definiere sie klar: „Es gibt ja bereits Gemeinschaftsaufgaben im Grundgesetz, das funktioniert super.“

Unterstützung erhält Schneider vom Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Ralph Spiegler (SPD). Er sagte am Donnerstag im rbb, die Kommunen stünden finanziell mit dem Rücken zur Wand: „Es treffen jetzt zwei Dinge aufeinander – der Klimawandel auf der einen Seite, die Versäumnisse, was die Unterstützung der Kommunen anbelangt, auf der anderen Seite.“

Als dringendste Aufgabe nannte Spiegler, die Trinkwasserversorgung zu sichern, unter anderem durch den Ausbau

von Wasserspeichern, „und da reden wir von 800 Milliarden Euro, die wir brauchen in den nächsten zwanzig Jahren“.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft hatte im Juni im Auftrag von Greenpeace eine Studie veröffentlicht, der zufolge für die Klimaanpassung 8,6 bis 10,6 Milliarden Euro jährlich nötig wären. Laut Deutschem Städtetag belaufen sich die Haushaltsdefizite der Kommunen jedes Jahr insgesamt auf 30 Milliarden Euro.

Während der Koalitionspartner skeptisch auf Schneiders Vorstoß schaut, erhält der Minister Rückendeckung von der Opposition: Die Grüne Bundestagsabgeordnete Julia Schneider sagt, „wir brauchen eine Gemeinschaftsaufgabe Klima- und Naturschutz“, also ein etwas weiter gefasster Bereich als Klimaanpassung und Naturschutz, wie ihn Umweltminister Schneider fordert.

Auch Fabian Fahl, klimapolitischer Sprecher der Linksfraktion, steht einer Verankerung von Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe „positiv“ gegenüber. „Wir wünschen uns schon lang mehr Geld für die Kommunen, auch für Anpassung“, sagt er der taz.

Noch seien allerdings viele Fragen offen, was die Umsetzung angeht, sagt Fahl. „Auf welchem Wege soll die Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz, und wie viel Geld steht dann zur Verfügung?“

Er schlägt vor, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, die direkt in die Landeshaushalte fließt. „Davon würden auch die Kommunen profitieren, sodass sie entscheiden können, wofür sie das Geld ausgeben können“, sagt Fahl.

Für eine Grundgesetzänderung ist eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat nötig. Dafür müsste die Bundesregierung auch die Linkspartei ins Boot holen. Die Union schließt eine Zusammenarbeit aber aus. Für den CDU-Abgeordneten Gebhart „stellt sich die Frage der Zusammenarbeit mit der Linkspartei nicht“, schließlich sei er von Schneiders Vorstoß ohnehin nicht überzeugt.

Wie schlecht Deutschland beim Hitzeschutz aufgestellt ist, zeigen Zahlen des Robert Koch-Instituts vom Donnerstag: Demnach sind bis zum 4. August 11.600 bis 13.600 Menschen durch die Hitze gestorben. Am tödlichsten ist die Hitze für Menschen über 85: Pro 100.000 Einwohner*innen starben in dieser Altersgruppe 193,6 Menschen, bei unter 65-Jährigen liegt der Wert bei 1,9.



taz  lage

Vom Kapitol in die taz

Meine normalen Arbeitstage bringe ich als Korrespondentin von Notus – News of the United States im US-Kapitol. Dort trage ich immer eine schwarze Stoffhose, eine weiße oder schwarze Bluse, marmorbödengeeignete Loafer und einen farbigen Blazer für den Fall, dass ich in der Speaker's Lobby neben dem Plenarsaal des Repräsentantenhauses einen Abgeordneten für ein Zitat abpassen muss.

An meinem ersten Tag bei der taz – als Stipendiatin des Internationalen Journalisten Programms – stand ich völlig ratlos vor meinem Kleiderschrank. Was ziehe ich an für eine Redaktion, die ich nicht kenne, in einem Land, dessen Sprache ich nur stolpernd beherrsche? Ich entschied mich für eine schwarze Leinenhose und eine weiße Cropped-Oversize-Bluse – ein Spagat zwischen „seriöse Journalistin“ und „bitte lasst mich

nichts bügeln müssen“. Als ich dann das taz-Haus betrat, war es, als würde ich durch ein Portal treten: Jeans. T-Shirts. Sandalen. Ärmellose Ober Teile aller Art. Shorts. Eine herrliche Vielfalt menschlicher Kleidungsentscheidungen, die friedlich unter einem Dach koexistierten – und weit und breit kein einziger Blazer.

Würde ich die Welt regieren, ich würde Berufskleidung per Dekret abschaffen. Wir würden tragen, was

auch immer uns am meisten wir selbst sein lässt: Shorts, Röcke, Kleider, Regenbogenfarben, Streifen, Hüte, Sonnenbrillen, Kopftücher, Halstücher, Stilettos, Sneaker. Ich habe schon angefangen, einen Hut fürs Büro auszusuchen. Wenn ihr mich irgendwo mit einem seht, der ein bisschen zu groß oder ein bisschen zu viel ist, sagt Hallo. Dank der taz habe ich das Selbstvertrauen, ihn zu tragen.

Daniella Diaz



Siedler sitzen auf einem Mäuerchen vor dem belagerten Haus im Dorf Qusra Foto: Majdi Mohammed/ap



Israelische Soldaten versperren den Weg. Sonst tun sie nicht so viel

Hügeljugend im Häuserkampf

Seit fünf Tagen terrorisieren israelische Siedler den Hauskomplex von Familie Hassan. Das israelische Militär soll die Belagerung beenden, macht das aber nicht

Aus Qusra **Serena Bilanceri**

Zwischen Olivenbäumen, auf einer kargen Ebene in der sengenden Mittags-sonne, steht Abdelkarim Hassan. Der Mann im karierten Hemd schaut nachdenklich auf drei Häuser auf dem Hügel gegenüber. Neben ihm brutzelt ein silberner Peugeot-Kombi in der Sonne. Vor den Gebäuden steht eine Gruppe junger Männer mit Hoodies, Kippot und Schlapperjeans: israelische Siedler. Einige Meter weiter eine Gruppe israelischer Soldat:innen in olivgrüner Vollmontur, weiter hinten zwei Militärfahrzeuge. Auf der Hausmauer saß noch eine Stunde vorher ein Dutzend Jungs – auch sie Siedler – plaudern, schwingen die Beine in die Luft. Niemand hier weiß, was in den nächsten Minuten passieren wird. Hassans Ehefrau und Sohn befinden sich gerade in der Villa hinter den Mauern. In ihrem eigenen Wohnhaus, das von den Jungs in Hoodies umzingelt ist. Sie dürfen nicht raus – und Hassan darf nicht rein. Er habe es versucht, sagt er und zeigt auf eine Serpentine im Hügel. Die Männer hätten Metallteile auf die Straße gestreut, um die Reifen aufzuschneiden. Seit fünf Tagen belagern radikale Siedler den Wohnkomplex in Qusra. Der Hausbesitzer Loui Ridi ist US-Staatsbürger mit palästinensischer Familiengeschichte und hält sich gerade in den Vereinigten Staaten auf. Doch sein Bruder, sein Neffe und deren Familien harren seit Sonntag in der zweistöckigen Villa und den zwei angrenzenden Häusern außerhalb des Dorfes im Nordwestjordanland aus. Ohne Leitungswasser, fast ohne Nahrungsmittel. Ohne Strom. Und ohne Anzeichen, dass sich die Lage so schnell bessert. Als am Mittwoch dann die Militärwagen ankommen, ist die Spannung groß. Schließlich haben die Soldat:innen versucht, die Siedler zu evakuieren. Doch diese haben den Weg mit Steinen versperrt und sind auf die Streitkräfte losgegangen. Daraufhin haben die Militärs Tränengas eingesetzt, sind dann aber abgezogen. Manche Beobachter:innen

betonen, sie seien in Unterzahl gewesen, andere unterstellen, es fehle der Wille, hart gegen die eigenen Landsleute vorzugehen. Videos der ersten Tage zeigen junge Männer mit Schläfenlocken, die breite, gehäkelte Kippot auf dem Kopf und weiße Schaufäden unter den Hemden tragen – typische Kleidung radikaler Siedler, der sogenannten Hügeljugend. Sie stehen unter einem improvisierten Gartenpavillon und beten. Vor ihnen israelische Soldaten, die ebenfalls in ritueller Andacht hin und her schwingen. Als Journalist:innen der israelischen Zeitung *Haaretz* am Montag versuchen, das Haus zu erreichen, werden sie von einem Mob auf Quads gestoppt. Sie beleidigen, treten und bespucken die Reporter:innen. Sie wagen sich sogar, die Luft aus ihren Reifen herauszulassen. Die anwesenden Soldaten intervenieren nicht, teilen den Siedlern lediglich mit, es handele sich um militärisches Sperrgebiet. Das heißt eigentlich: Niemand darf es betreten. Bloß für die Siedler scheint diese Ansage nicht zu gelten. Dann versuchen Aktivist:innen, in einem Krankenwagen mitzufahren, werden aber von Soldat:innen angehalten. Nicht mal die Sanitäter:innen dürfen weiter. Eine Debatte entflammt: Für die einen gehören Aktivist:innen nicht in ein medizinisches Fahrzeug und sollten gestoppt werden, für die anderen haben Mediziner:innen stets das Recht, Kranke zu erreichen. Einem Kind in dem belagerten Haus geht es nämlich schlecht. Erst am Dienstagabend konnten Ruqqaya Hassan und ihre zwei Töchter Kinda und Hur, vier und zwei Jahre alt, das Haus verlassen. Jetzt sitzen sie auf einem roten Sofa im Garten ihrer Stiefmutter, die zwei Mädchen in grüngrauen Pyjamas mit glitzerndem Strass, die 28-jährige Mutter in Langkleid und Schleier. Eines der Kleinen schläft auf dem Schoß der Mutter, das ältere starrt uns an. „Sie hatte Husten, Fieber und Erbrechen. Und ich bin auch ein bisschen krank“, sagt sie. Immer wieder muss Ruqqaya Hassan beim Reden husten. Drei Tage sind sie in dem belagerten Haus geblieben. Das älteste Kind mag seitdem nicht mehr allein auf die Toilette gehen. Sie hat Angst, dass die Siedler kommen. „Sie kamen am Sonntagnachmittag in zwei Autos, hatten Ausstattung dabei, saßen auf dem Boden, schauten sich um und begannen, ein Zelt aufzubauen. Sie sagten nichts. Wir sahen sie durch die Überwachungskameras. Wir schlossen uns ein und riefen die israelische Polizei an“, erinnert sich die

Mutter. Mit den Händen zeichnet sie die Umrisse des Wohnkomplexes in die Luft, die Siedler hätten einen seitlichen Pfad benutzt. Manche seien über die Mauer geklettert, später seien immer mehr dazugestoßen. Sie schnitten Stromkabel ab, brachten Schafe auf die Felder neben dem Haus, warfen Steine gegen die Fenster und schrien. Ruqqaya Hassan bestätigt, die ersten gerufenen Soldat:innen hätten Kaffee mit den Siedlern getrunken und mit ihnen unter dem Zelt gebetet. Auch hätten die Siedler versucht, ihren Krankenwagen zu stoppen. Nur unter Begleitung der Streitkräfte, die zu Fuß vor und hinter dem medizinischen Fahrzeug fahren, können die Ärzt:innen die Familie schließlich erreichen. Auf dem Hügel haben inzwischen die Militärs mit den Siedlern gesprochen, mehrmals. Das lässt sich von dem Beobachtungspunkt sehen, an dem wir uns mit mehreren Reporter:innen von verschiedenen Medien aufhalten. Dann steigen sie in ihre Fahrzeuge und fahren weg. Die Siedler bleiben. Wir versuchen, uns dem Haus zu nähern, aber auf dem Weg stoppen uns verummte Soldat:innen in Kampfausrüstung. Etwas weiter hinten sieht man einen Siedler, der mit Soldaten spricht. Er darf zunächst bleiben. Ein Kommandant kommt an, deklariert die Zone als militärisches Sperrgebiet, höflich, aber in einem Ton, der keine Widerrede duldet. Die Streitkräfte drängen uns langsam zurück. Es ist nicht das erste Mal, dass die Hassans angegriffen werden. Seit acht Monaten, seitdem einige Hundert Meter hinter ihrem Haus ein neuer Außenposten aufgebaut wurde, versuchen Siedler, das Gebäude zu stürmen. Offenbar mit der Absicht, es zu besetzen. So wie andere Gebäude in der Region. Um das zu verhindern, bleiben stets Mitglieder der Familie dort, in Schichten. Abdelkarim Hassan sitzt seit Mo-

naten nachts in seinem silbernen Peugeot auf der kargen Ebene. Eine kleine Schlafmatte bringt er sich mit, und beobachtet die Hügel. Wenn sich jemand den Häusern nähert, ruft er die Familie an. Inzwischen eine Vollzeitbeschäftigung. Bürgermeister Abdul Wadi verschränkt die Arme vor der Brust, wenn man ihn fragt, ob er etwas tun kann. „Mir tut es leid, dass drei Familien dort sind. Aber ich kann nichts für sie tun. Ich sage ihnen, dass sie sich gedulden müssen.“ Die Siedlerangriffe hätten sich in den letzten Jahren verschärft. Jetzt würden sie auch in Gebiet B eindringen, wo Wohnhäuser sind, erzählt er unter einem Olivenbaum, wenige Meter von den israelischen Soldat:innen entfernt. Qusra hat etwa 5.500 Einwohner:innen und liegt südlich von Nablus. Das halbe Dorf gehört zu Gebiet B, die andere Hälfte zu Gebiet C. Laut Oslo-Abkommen hat Israel die zivile und militärische Kontrolle über Gebiet C, während B unter Verwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) steht. Eigentlich sollte die Sicherheit hier gemeinsam von PA und Israel garantiert werden. Doch faktisch hat Israel das Sagen. Immer wieder entflammt Gewalt in der Gegend um Qusra, in der es mehrere Siedlungen und illegale Außenposten gibt. Vor rund zwei Wochen haben Siedler Feuer bei der Al-Rahma-Moschee in Qusra gelegt und deren Wände mit Graffiti wie „Rache“ besprüht. Kurz davor waren in einem anderen Dorf zwei Israelis und vier Palästinenser gestorben. Schon vor drei Jahren, kurz nach dem 7. Oktober, war das kleine Dorf, eingekistet auf dem kargen Hügel zwischen den Olivenhainen, Schauplatz von tödlichen Angriffen. Sechs Menschen starben dort innerhalb von zwei Tagen, alle bei Attacken von israelischen Siedlern. Unklar ist, wer sie genau getötet hat. Als die taz dort war, hingen noch die

Plakate mit den Gesichtern der sechs Männer, die typischen Traueranzeigen, über der Rathaustür. Damals trauten sich die Dorfbewohner:innen kaum noch, auf die Felder zu gehen, um ihre Oliven zu ernten. Heute, drei Jahre später, haben sie immer noch Angst. Auf die palästinensische Polizei hofft hier niemand, sie hat hier de facto nichts zu melden, nicht einmal im Gebiet B. Und die israelischen Sicherheitskräfte zeigen sich fast genauso machtlos, wenn sie mit den radikalen Siedlern auf diesen Hügeln konfrontiert werden. So schilderten israelische Soldaten gegenüber *Haaretz* jüngst, wie Siedler im Westjordanland selbst Streitkräfte, die sich ihnen entgegenstellen wollen, bedroht und angegriffen hätten. Der Grund: Die Siedler genießen den Schutz von Reservisten aus den Siedlungen und von machtvollen Offizieren. Nach dem 7. Oktober sind etwa 5.500 Siedler:innen in den Hagmar-Bataillonen einberufen worden. Die israelische Armee verneint solche Vorwürfe regelmäßig. Doch die Videos, auch die aus Qusra, erzählen eine andere Geschichte. In den belagerten Häusern ist inzwischen die Großmutter der Hassans angekommen. Sie fuhr im Krankenwagen mit, der die zwei Mädchen und Ruqqaya Hassan am Dienstag abholte. Es dürfen nicht zu wenig Familienmitglieder dort allein sein, denn ihr Zuhause wollen sie nicht aufgeben. Koste es, was es wolle. Sogar der US-Botschafter Mike Huckabee hat sich zum Vorfall geäußert und ihn als „Terror“ bezeichnet. Die israelische Armee teilte am Mittwoch mit, sie werde die Israelis wegräumen. Unklar ist jedoch, wann. Die Anfrage der taz beantwortet es nicht, doch in den vergangenen Tagen hat das Militär die Handlungen der Siedler als „illegal, verwerflich und inakzeptabel“ beschrieben und Strafen gegen eventuell beteiligte Soldaten angekündigt. Am Mittwoch besuchte ein israelischer General die palästinensischen Familien. Ein Infanterie-Bataillon ist im Gebiet angekommen. Abdelkarim Hassan steht am Mittwochnachmittag wieder auf dem Hügel vor dem Wohnkomplex, in dem sich seine Ehefrau und sein Sohn gerade verbarrikadierten. Soldaten sind wieder da, die Jungs auch. Er sieht wehmütig aus, eher resigniert als wütend. „Wenn die israelische Regierung das Problem wirklich lösen wollte, wäre das innerhalb von einer Stunde erledigt“. Doch am Donnerstag stehen die Siedler noch immer vor seinem Haus.



Ruqqaya Hassan mit ihren Kindern Foto: Serena Bilanceri



Mit bloßen Händen: Menschenketten bringen Schutt in Eimern weg. Die Zeit arbeitet gegen sie
Foto: Juan David Duque/reuters

Keine Ruhe nach dem Beben

In Pereira sind beim Erdbeben besonders viele Menschen gestorben. Angehörige suchen weiter nach Vermissten. Offizielle Helfer*innen sind rar

Aus Pereira Katharina Wojczenko



Absolute Stille! Helfer auf dem Schuttberg bitten per Armzeichen um Ruhe, um Geräusche von Überlebenden hören zu können
Foto: Juan Camilo Aguirre Garzón

Silencio! Ruhe!“ Ein Arm geht nach oben. Diese Geste sagt: Jetzt kann nur Stille helfen. Stille, damit der Mann mit den riesigen weißen Kopfhörern und dem Gerät mit dem audiosensiblen Sensor in die Tiefe lauschen kann. Stille, in der der Rettungshund schnüffeln kann, ob irgendwo unter dem Schuttberg noch Leben ist. Keine Bewegung, kein Wort. Nur: „Silencio total!“

Doch wie bekommt man Hunderte Menschen zum Schweigen, die auf einem Schuttberg herumklettern, parat stehen, um zu arbeiten, zu helfen. Kolumbianer*innen, die generell gesprächig sind – und jetzt in der Not, wenn das Herz überquillt, erst recht. Die im Park gegenüber um Hilfsgüter anstehen, ein Notlager aufgeschlagen haben. Die ihrem Leben nachgehen, um zu überleben.

Es ist Mittwoch, Tag drei – und ein Wettlauf gegen die Zeit. Nach den ersten 72 Stunden nach einem Erdbeben, so wissen Expert*innen, sinken die Chancen, Opfer lebendig zu finden, auf 2,5 Prozent.

Am Montag um 7.34 Uhr bebt in Kolumbien die Erde mit Stärke 7,4. Das Epizentrum in San José del Palmar, Departamento Chocó. Es war das schwerste Beben seit Jahrzehnten. Mehr als 53.000 Menschen seien betroffen, 140 Gebäude komplett eingestürzt und Zehntausende Wohnungen beschädigt worden. Präsident Abelardo de la Espriella kündigte die Ausrufung eines „wirtschaftlichen Notstands“ an, um schneller über Mittel für den Wiederaufbau verfügen zu können.

Am heftigsten waren die Folgen in Quibdó, Cali, Pereira, Manizales, also im Westen, in der Pazifikregion des an zwei Ozeane grenzenden Landes. Um die 4.200 Menschen gelten laut Hilfsorganisationen als vermisst. Von den rund 250 Todesopfern stammen die meisten aus der Großstadt Pereira. Am schlimmsten hat es das Zentrum getroffen.

Am Parque La Libertad stand noch bis Montag ein vierstöckiges Eckhaus. Im Erdgeschoss waren eine Bäckerei namens La Yonni und eine Drogerie. Darüber ein Hotel, für Menschen, die kein eigenes Zuhause haben: Obdachlose, Müllsammler*innen und fliegende Händler*innen. Eins ihrer Ziele bestand darin, jeden Tag irgendwie das Geld für ein Bett zusammenzukratzen. Der Parque La Libertad ist ein Ort, den man nachts lieber meidet, wenn man kann, sagen Einheimische.

Jetzt ist das Gebäude weg, an seiner Stelle ist ein gigantischer grauer Schuttberg, ungefähr zwei Stockwerke hoch. Betonteile, Wände, Ziegel in verschiedenen Größen, verbogene Metallstangen, die aus Zement ragen, Schaum-

stoff. Ganz oben steht noch ein Bett. Dahinter wird die relativ intakte Ziegelwand eines Lagerhauses sichtbar.

Rechts davon stehen die Reste eines Gebäudes, auf das offensichtlich die oberste Etage nachträglich aufgesetzt wurde. Trockenbauplatten, ein Dach, das auf schmalen Metallleisten ruhte. Aluleisten, die wohl die Wände hielten, klappern jetzt frei im Spiel des Windes. Die drei Stockwerke darunter sind in die Schräge gerutscht, als hätte sie das Gebäude nebenan vorher gestützt.

Es ist ein einziges Gebrüll, Gemurmél. Anweisungen und Bitten werden herumgeschrien, Geröll kracht, Glas knirscht, Metall klappert. Jemand reicht ein hellblaues Babybettchen aus Stoff vorsichtig weiter, das er aus dem Schutthaufen gezogen hat. Ein anderer blättert kurz in einem Heft mit Kinderschrift und Zeichnungen, das er gefunden hat.

„Wir hoffen, dass wir ihn da herausholen und dann fangen wir von vorne an“

Viviana Loaiza, Straßenverkäuferin

Manche haben Bauhelme, andere Fahrrad- oder Motorradhelme, viele tragen Mundschutz oder ein Tuch vor dem Gesicht, einige schützen sich mit Handschuhen, Sonnen- oder Schutzbrillen. Es sind viele junge Menschen darunter. Dazwischen sieht man ein paar wenige Uniformierte wie Nadeln im Heuhaufen. Die „Rescatistas“ – Retter von der Armee, Feuerwehrleute aus anderen Landesteilen, Polizei. Später tauchen ein paar vom Roten Kreuz in hellblauen Schutzanzügen auf. Ein Bagger steht am Rand des Schuttbergs. Ein riesiger Kran mit Kette und Haken gegenüber. Die meiste Zeit stehen sie still. Zu gefährlich.

Am Vortag, so berichtet es die Korrespondentin der spanischen Zeitung *El País*, waren es nur ein paar Feuerwehrmänner unter Hunderten Freiwilligen. Keine Polizei, keine Armee. Mit den Händen gruben Freiwillige und räumten Schutt weg, die ganze Nacht hindurch. Vielleicht brüllte deswegen auch die Männer Anweisungen durch die Gegend, die keine Uniformen tragen.

Am Rande eines kleineren Schuttbergs stehen Sara Loaiza, 16, und ihre Mutter Viviana.

Über Kopf und Schultern hat Sara ein gelbes T-Shirt verknötet. Wie ihre Mutter Viviana hat sie bislang hier um den Park als Straßenhändlerin gearbeitet, Brot, Kaffee und Zigaretten verkauft. Doch nun verteilt sie Gratiswasser an die Helfer*innen mit der Routine der Verkäuferin.

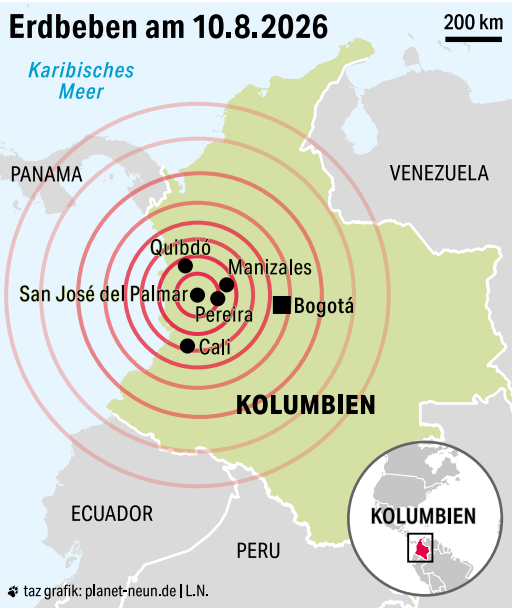
Sie vermuten, dass unter dem Berg ihr Cousin liegt. Pablo heißt er, ist 29 Jahre alt, auch er ein Straßenverkäufer. Mülltüten, Bananen, Bonbons, solche Sachen. Am Montag ging er in die Bäckerei und kam nicht wieder. Für sie sei Pablo wie ein Bruder, sagt Sara, sie seien zusammen aufgewachsen. „Wir haben die Hoffnung, dass er lebt.“ Schließlich seien mehrere Menschen lebend hier geborgen worden.

„Wir haben alles verloren“, sagt Mutter Viviana Loaiza. Ihr Hotel gibt es nicht mehr, in dem sie zu siebt in einem Zimmer schliefen. „Aber Gott sei Dank sind wir am Leben und gesund. Wir hoffen, dass wir ihn da heraus-holen und dann fangen wir von vorne an.“ Seit Montag seien sie ununterbrochen auf den Beinen, erzählt sie. Schutt schleppen, anpacken, wo es geht. Heute sind beide tief erschöpft und warten einfach. An ihren blanken Beinen sind notdürftig überklebte Schrammen. Ihre Haut rötet sich bereits von der Sonne. Seit Montag ist der Park nebenan ihr Zuhause.

Sara sitzt in der prallen Sonne, zwischen Scherzen mit den Helfern und glänzenden Augen, die Tränen zurückhalten. Es hält sie hier, wie ein Magnet.

Es gibt Szenen, die sich wiederholen. Wenn die Helfer*innen sich zurückziehen müssen, damit die Rettungshunde arbeiten können, und nur die Uniformierten dort bleiben. Die Rufe nach doppelten Menschenketten, um leere Eimer vor- und volle zurückzureichen. Einer schreit „Ruhe!“ – und obwohl das Handzeichen dazu erläutert wurde, meinen doch immer ein paar, es zusätzlich erklären zu müssen.

Die Drohne, immer wieder die Drohne, die die Stille zerstört. Ein Lastwagenfahrer, der typisch kolumbianisch per Hupe kommuniziert am Rande der Rettungszone. Röhrende Motorräder in der Ferne. Ein „Silencio“, das von einer anderen Ausgrabungsstätte herüberschallt. Handys, die klingeln. Ein Alkoholisierter, der in die Stille irgendwas schreit.



Ein alter, verwirrter Mann, der mit heraus-hängendem Hemd über die Trümmer wankt. „Wenn sie jetzt jemanden finden, fange ich an zu weinen“, sagt ein junger, bärtiger Mann mit Helm, der aus einer anderen Stadt angereist ist, um zu helfen.

„Wir brauchen eure Mitarbeit!“, ruft ein Soldat der Rettungseinheit immer wieder. Es dauert. Aber dann ist Ruhe. Zumindest für wenige Minuten.

Stunde um Stunde vergehen. Wird der Schuttberg kleiner? Immer wenn es ernst wird, wird der Berg geräumt. Viviana Loaiza ist auf den Berg geklettert, auf dem die Presse, Kamerateams und Journalist*innen stehen und sagt kein Wort. Eine Frau, die ihr sichtbar nahe steht, legt tröstend den Arm um ihre Schultern.

Sara und ihre Mutter Viviana suchen nach ihrem Verwandten Pablo. Sie haben kaum geschlafen
Foto: Katharina Wojczenko

Loaiza beißt stumm in ihre Faust, hält die Hand vor den Mund, starrt starr auf den Berg, unter dem Pablo liegen soll. Tränen laufen über ihre Wangen.

„Ruhe!“, brüllt ein Feuerwehrmann wieder. Und dann in Richtung eines Spaltes im Schutt, gedämpft, aber deutlich: „Wenn uns jemand hört, macht Krach!“ Warten. Dann: „Macht einmal Krach.“ Warten. „Macht zweimal Krach.“ Warten. „Macht dreimal Krach.“ Ein Hund, eine Katze können kratzen, aber nicht zählen.

Die Stimmung ist so fragil wie die Betonplatten. „Unter Ihnen ist ein Wasserrohr gebrochen, Sie könnten abrutschen“, ruft ein Uniformierter der Menge zu. Jede Erschütterung könnte sich in eine Todesfalle verwandeln für die beiden Feuerwehrleute, die nun langsam nach unten in den Berg steigen.

Die Menschen haben ihre eigene Dynamik. Immer wieder kommt es zu Wortgefechten. Die eingesessenen lokalen Häuptlinge gegen die Uniformierten, so scheint es. Und dann kippt die Stimmung tatsächlich.

Ein dünner schwarzer Mann im lila Shirt und ein Kleiner beschimpfen einander. Der eine fängt zu schubsen an, der andere fällt nach hinten in ein Grüppchen. Wut liegt in der Luft. Der Mann im lila Shirt rennt übers Geröll davon, flink wie ein Hase – und eine zornige, brüllende Menge ihm hinterher, ein Mann hat einen Spaten in der Hand. „Dich hol ich mir.“

Er hatte Geld genommen, das zwischen den Trümmern lag, heißt es später. Sein Glück, dass ihn gleich die Polizei erwischte, sonst wäre die aufgebrachte Menge vielleicht über ihn hergefallen. „Wir sind gekommen, um zu arbeiten, nicht um zu stehlen!“, ruft ein Soldat mahnend, als sich der Tumult beruhigt hat.

Nach vielen Stunden ertönt in die Stille hinein ein Ruf: „Hay vida!“ Hier gibt es Leben. Der Ruf wird noch an zwei anderen Stellen ertönen. An der einer Stelle ist es sicher, dass dort eine Person am Leben ist. An zwei weiteren habe es „Antworten“ gegeben, sagt Polizistin Paola Mora.

Es ist das zweite schwere Erdbeben, das Pereira erschüttert. Das von 1999 hinterließ insgesamt mehr als 1.000 Tote im Land. Die jungen Helfer*innen, darunter viele Studierende, haben das nicht miterlebt. Aber ihre Eltern hätten ihnen davon erzählt, berichten mehrere der taz.

Im Parque La Libertad türmt sich der Müll von drei Tagen Tragödie auf dem Boden, in Rinnen an der Bushaltestelle und inmitten des Schutts: leere Plastikflaschen, Plastikfolien, Styroporteller und Essschalen für die Helfer*innen und die Menschen, die obdachlos ge-

worden sind. Menschen haben für sich als notdürftige Bleibe Zelte aufgeschlagen, über gespannte Schnüre Planen gehängt – oder liegen auf Decken auf der Erde. Festgebundene Hunde verteidigen ihr neues Zuhause aufs Lauteste. Es ist kaum ein Flecken auf dem Rasen frei. In einem blauen Zelt verteilen Helfer*innen Medikamente und Eintopf.

An der Polizeistation in Mitte des Platzes wächst der Spendenberg. Alle paar Minuten kommen Bürger*innen mit Wasser, Windeln, Feuchttüchern, Keksen. Noch höher ist die Taktung derer, die etwas abholen möchten. Eine Toilette oder gar Dusche gibt es weit und breit nicht.

Sozialmanagerin Alejandra Gomez, dunkles glattes Haar, müde Augen, ist die Herrin über den Spendenberg. In der vergangenen Nacht hat sie zwei Stunden geschlafen. Die Stadt hat Notunterkünfte eingerichtet, in denen für die Grundbedürfnisse der Menschen gesorgt wird, sagt sie. Viele bleiben aber lieber hier im Park, weil hier mehr Spenden zusammenkommen. Es sei schon vorgekommen, dass Spenden verkauft wurden. Das will sie verhindern.

Am Rande des Parks fischt Santiago Rodriguez, 27 Jahre alt, Reis, Möhren und Rindfleischstücke, die in Brühe schwimmen, mit einem Plastiklöffel aus einer Styroporschüssel. Er ist seit dem Morgen hier. Der bärtige Mann mit Helm und Mundschutz stammt aus Pereira, wohnt nebenan im Ort Dosquebradas, das das Erdbeben in manchen Teilen ebenfalls schwer verwüstete. „Ich hatte Glück“, sagt Santiago, „meine Familie und meine Verwandten sind alle in Sicherheit. Jetzt sind wir hier, um den Leuten zu helfen, die noch gefangen sind.“

Fast hätte es seinen Vater erwischt. Der fuhr mit dem Auto zu einem Arzttermin, parkte an einem Einkaufszentrum. Zehn Minuten retteten womöglich sein Leben. Das Auto ist Schrott. „Das Materielle lässt sich immer ersetzen.“

Seitdem macht er, was anfällt: Trümmer und Schutt schleppen, Eimer mit Schutt weitergeben, Helme, Handschuhe und Schutzbrillen verteilen. „Da, wo Personen eingeschlossen sind, ist es sehr schwierig. Deshalb sind dort nur Feuerwehr, Polizei und Rotes Kreuz. Sie haben das Werkzeug.“ Er hat Verständnis dafür, dass es so wenige sind: „Sie werden an so vielen Stellen in der Stadt gebraucht.“

Übers Wochenende war er mit seiner Mutter bei Verwandten, drei Stunden von Pereira entfernt, erzählt er. Er war gerade aufgestanden, als es bebte – und rief erst einmal alle Verwandten in Pereira an. Sie erzählten ihm von dem Hochhaus neben dem Rathaus, das eingestürzt ist, von anderen Gebäuden, die komplett zerstört sind. „Ich bin sehr traurig. Die ganze Stadt ist zer-

stört.“ Er liebt seine Stadt. Schön sei sie, die Kultur „una chimba“, einfach geil.

„Pereira wird dich immer mit offenen Türen empfangen, die Menschen sind sehr liebevoll und einfühlsam, versuchen, dir weiterzuhelfen. Wir halten hier zusammen. Deshalb sind hier auch so viele, die weder Feuerwehr noch Polizei noch Rettungsbrigade sind. Sie wollen einfach helfen.“ Die Stadt habe vor Kurzem erst das Pflaster erneuert. In ein paar Tagen hätte das Stadtfest begonnen – das wurde inzwischen natürlich abgesagt.

Als er die Schadensbilanz verkündete, brach Pereiras Bürgermeister Mauricio Salazar in Tränen aus. Präsident Abelardo de la Espriella, erst wenige Tage im Amt, ist zu Stippvisiten an Katastrophenorte unterwegs. Er war auch in Pereira.

Nach Kritik an seinem Krisenmanagement hat De las Espriella einen neuen Leiter der Katastrophenschutzbehörde eingesetzt. Der bisherige Verantwortliche war von der linken Vorgängerregierung ernannt worden.

Der neue Leiter, David Tamayo, sagte, dass Such- und Rettungsteams aus den USA, Israel, Ecuador und El Salvador die Bergungsarbeiten unterstützen würden. Die Teams würden die örtlichen Einsatzkräfte nach mehrtägigem Dauereinsatz ablösen, damit diese sich erholen könnten.

Laut Außenminister Omar Bula sind humanitäre Hilfsgüter aus verschiedenen Staaten unterwegs – nicht nur aus Ländern, die der Regierung ideologisch verbunden sind. Unter anderem kündigte die linksgerichtete Regierung Mexikos Hilfslieferungen an.

Es ist wohl gegen sechs, als ein breiter Streifen geräumt wird, alle Helfer*innen zurückweichen müssen. Ein Presslufthammer dröhnt, Bagger und Kran brauchen Platz, um die instabilen Platten wegzuheben, zerborstene Bauelemente durch die Luft zu hieven.

Es dämmt, hier am Äquator wird es rasend schnell dunkel. Und dann bleibt es erst mal dunkel, denn in weiten Teilen der Stadt gibt es immer noch keinen Strom, kein funktionierendes Telefonnetz. Dort erleuchten bestenfalls einzelne Laternen die Straßen, in denen sonst neonprallbuntes Leben ist.

Bis zum Redaktionsschluss hat der Schuttberg noch keinen Menschen zurückgegeben.



Dieser Artikel wurde möglich durch finanzielle Unterstützung des Recherchefonds Ausland e. V.
taz.de/auslandsrecherche

Anzeige

Kampf um die Miete

Warum wird Wohnen immer teurer? Wer profitiert, wer zahlt drauf? Und wie lässt sich der Wohnungsmarkt noch verändern? Eine wochentaz-Sonderausgabe über Immo-Bros auf Instagram, überfüllte WG's, besetzte Häuser, Mieten auf dem Land, Mieter*innengewerkschaften, Deutsche Wohnen & Co enteignen und die Frage, wie aus der Ware Wohnraum wieder ein Zuhause für alle wird.

14 Seiten
Mietenkampf-Schwerpunkt
am 15.8.
in der
wochentaz

FOTO: BILDGEHEGE/IMAGO

„Das wird Antifas und die Klimabewegung treffen“

Dobrindts „echte Geheimdienste“ werden sich gegen die linke Szene richten, warnt das Netzwerk „Sicherheit ohne Überwachung“

Interview **Timm Kühn**

taz: Herr Jennissen, was haben Sie gedacht, als Sie von den Plänen von Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) gehört haben, die Befugnisse für BND und Verfassungsschutz stark auszuweiten?

Tom Jennissen: Dass eine Reform der Geheimdienste ansteht, wussten wir, seit das Bundesverfassungsgericht 2024 geurteilt hat, dass die Befugnisse der Geheimdienste zu schwammig geregelt sind. Aber was jetzt vorgelegt wurde, hat mich total schockiert. Das ist nicht nur ein direkter Angriff auf unsere Grundrechte, es ist auch geschichtsvergessen: Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten ist eine direkte Konsequenz aus der Gestapo und der Machtkonzentration im NS-Staat. Und jetzt will Dobrindt eine neue Geheimpolizei aufbauen.

taz: Was macht Ihnen an den Plänen am meisten Angst?

Jennissen: Dass der Verfassungsschutz mit operativen Befugnissen ausgestattet werden soll. Das ist der größte Tabubruch. Bisher sammelt der Verfassungsschutz Informationen, doch seine Mitarbeiter tragen keine Waffen, durchsuchen keine Wohnungen. Dafür gibt es die Polizei, deren Befugnisse schon jetzt immer weiter ausgeweitet werden, auch was geheime Maßnahmen angeht – von der Online-Durchsuchung über biometrische Gesichtserkennung bis zur Datenverarbeitung mit KI. Aber die Polizei muss wenigstens einen Verdacht haben. Künftig soll der Verfassungsschutz in Wohnungen einbrechen dürfen, Laptops hacken und Staatstrojaner installieren, Datenträger zerstören – und alles im Geheimen, ohne richterliche Kontrolle.

taz: Als Begründung wird auf hybride Bedrohungslagen etwa durch Russland verwiesen. Rechnen Sie damit, das auch Aktivist:innen ins Visier der Behörden geraten werden?

Jennissen: Die Geschichte der deutschen Geheimdienste zeigt eindeutig, dass für sie der Feind links steht. Erst kürzlich ist aufgefloßen, dass der Verfassungsschutz in Bremen einen V-Mann bei einer friedlichen Gruppe, der Interventionistischen Linken, eingeschleust hat. Das Innenministerium veranstaltet bald eine Folgekonferenz gegen Antifaschismus mit dem Trump-Regime, das Antifaschist:innen als Terroristen verfolgt. Die Bundeszentrale für politische Bildung soll sich künftig wieder auf „Linksextremismus“ fokussieren. Ich habe keine Zweifel, dass im gegenwärtigen Rechtsruck diese Geheimpolizei auch linken und zivilgesellschaftlichen Aktivismus treffen wird.

taz: Welcher Bereich des linken Aktivismus sehen Sie bedroht?

Jennissen: Sicherlich den Antifaschismus. Aber auch den Umwelt- und Klimaaktivismus, wo die gezielte Regelübertretung durch zivilen Ungehorsam dazugehört. Auch Gruppen, die Aktionen gegen Waffenkonzerne machen, spielen hier sicher eine Rolle. Schon nach dem Stromanschlag in Berlin hat Dobrindt transparent gefordert, mit Geheimdiensten die linke Szene auszuspähen. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass einzelne militante Aktionen dafür als Rechtfertigung genutzt werden. Das passiert bereits, aber zukünftig soll der Verfassungsschutz die Szene wohl richtig bekämpfen.

taz: Was fordern Sie jetzt?

Jennissen: Wir können nicht warten, bis das Verfassungsgericht das Vorhaben irgendwann als offensichtlich verfassungswidrig kippt. Diese „Reform“ darf nicht durchkommen. Es wäre natürlich sehr wünschenswert, wenn die Befugnisse der Geheimdienste mal klar geregelt und kontrolliert würden. Letztlich gehört der Verfassungsschutz aber abgeschafft. Vom NSU bis zur AfD hat er im Umgang mit der rechten Bedrohung versagt. Was wirklich die Demokratie sichert, ist kein Polizeistaat oder autoritärer Staatsumbau – sondern bezahlbarer Wohnraum, sichere Arbeitsplätze und ein gut finanziertes Bildungs- und Gesundheitssystem.

Schatten und Verklärung: Kunstinstallation am Brandenburger Tor zum Jahrestag des Mauerbaus
Foto: Jens Kalaene/dpa



Foto: privat

Tom Jennissen ist im Netzwerk „Sicherheit ohne Überwachung“ aktiv. Dieses ist ein Zusammenschluss von Organisationen wie dem Republikanische Anwältinnen und Anwälteverein (RAV), der Digitalen Gesellschaft e. V. oder der Roten Hilfe, der sich kritisch mit der Ausweitung von Polizeibefugnissen befasst.

Ein Sprung über die Mauer zur Ostalgie

Vor 65 Jahren wurde Berlin durch den Bau der Mauer geteilt. Bei einer Gedenkveranstaltung zum Jahrestag warnen CDU-Politiker vor einer Verklärung der DDR

Aus Berlin **Pascal Maier**

Es ist eine Stimme vom Band, die am Donnerstag durch die kleine Kapelle an der Gedenkstätte Berliner Mauer hallt: „Die 7.000 Westberliner müssen nun sehen, wie sie ohne ihren Pfarrer fertig werden.“ Es sind die Worte von Pfarrer Jörg Hildebrandt, der hier im September 1961 in der damaligen Versöhnungskirche kurz nach dem Bau der Berliner Mauer seine letzte Predigt hielt. Nur wenig später war die Kirche dann auch für Ostberliner nicht mehr zugänglich, denn das Gebäude aus rotem Backstein stand mitten im Todesstreifen. Mitte der 80er

wurde die Versöhnungskirche dann gesprengt.

Heute steht auf ihrem Fundament die ovale Kapelle der Versöhnung, in der nun 65 Jahre nach dem Mauerbau die Gedenkveranstaltung zum Jahrestag stattfindet. Neben Politikern sitzen im Publikum auch der Sohn des damaligen Pfarrers – der Journalist Jörg Hildebrandt und die beiden Enkelkinder.

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) erinnerte an die über 140 Menschen, die an der Mauer getötet wurden. Die Mauer sei nicht einfach nur eine Mauer gewesen: „Hinter dieser Mauer war ein Todesstreifen. Schießbe-

fehl. Selbstschussanlagen. Minenfelder.“ Das SED-Regime sei ein „Unrechtsstaat“ gewesen und dieser Teil der deutschen Geschichte dürfe niemals verharmlost werden. Eine Verharmlosung sehe er von Extremen rechts wie links, sagte Wegner im Anschluss an seine Rede der taz.

Diskussionen um die Bewertung der DDR als Unrechtsstaat sind nichts Neues. So hatte Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) etwa 2019 gesagt, sie würde den Begriff nicht verwenden, weil er als Herabsetzung der Lebensleistung von Ostdeutschen empfunden werden könne.

In den vergangenen Jahren hat allerdings auch die extreme Rechte gefallen an der „Ostalgie“ gefunden und weiß sie geschickt zu nutzen. Der rechtsextreme Thüringer AfD-Landeschef Björn Höcke lässt sich gern auf den Mopeds der ostdeutschen Kultmarke Simson fotografieren – obwohl die Nachfahren der jüdischen Gründerfamilie des Unternehmens sich Anfang des Jahres von der AfD distanzieren: „Wir empfinden jegliche Verbindung mit der AfD als abstoßend und als eine Beleidigung unseres Namens.“

Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) fragte sich am Donnerstag auf der Gedenkveranstaltung zum 65. Jahrestag des Mauerbaus: „Warum konnte eigentlich die Mauer als Bauwerk so schnell verschwinden und dennoch teilen wir dieses Land so häufig noch in Ost und West?“ Es gebe nach wie vor junge Menschen, die sich als Ostdeutsche fühlten.

Björn Höcke fabulierte im Juni in einem Interview mit der Schweizer Zeitung *Weltwoche* davon, dass Ostdeutsche noch Deutsche seien. Im Westen lebten hingegen deutsch sprechende Amerikaner. Zuletzt sorgte der Kabarettist Uwe Steimle für Aufsehen, als er die DDR-Nationalhymne auf einer AfD-Veranstaltung anstimmte.

Auch Kulturstatsminister Weimer (parteilos) warnt vor einer Verklärung der DDR: „Linkswie Rechtsextreme versuchen derzeit, die DDR gezielt zu verharmlosen.“ Doch das SED-Regime sei eine brutale Diktatur mit Todesstreifen an der Mauer gewesen.

Klöckner plädierte bei der Gedenkveranstaltung am Donnerstag dafür, einander zuzuhören. Für Westdeutsche habe sich durch die Wende kaum etwas geändert, für Ostdeutsche nahezu alles: „Im Westen begann die Demokratie mit dem Wirtschaftswunder. Im Osten mit Massenarbeitslosigkeit.“ Für alle gelte: „Wir müssen verstehen wollen.“

Demos gegen Misshandlung im türkischen Gefängnis

Eine Gruppe deutscher Aktivist:innen, die Nordkurdistan bereisten, wurde verhaftet und wirft nun der türkischen Polizei arge Misshandlungen vor

Von **Peter Nowak**

Unter dem Motto „Eure Gewalt bricht uns nicht“ fanden am Mittwoch in mehreren Städten in Deutschland Demonstrationen und Kundgebungen statt. In den nächsten Tagen sind an weiteren Orten ähnliche Proteste geplant. Sie werden von der Föderation Klassenkämpferischer Organisationen (FKO) organisiert. Mit den Aktionen will das linke Bündnis auf die Gewalt hinweisen, die einige ihrer Mitglieder während einer Delegationsfahrt in die Türkei im Januar 2026 erfahren haben sollen.

Die Aktivist*innen erheben massive Anschuldigungen gegenüber der türkischen Justiz. Demnach soll ein Polizeibeamter die FKO-Aktivistin Paula Maier (*Name geändert*) in einer Istanbul Gefängniszelle vergewaltigt haben. Die außenpolitische Sprecherin der Links-

fraktion im Bundestag, Cansu Özdemir, fordert von der Bundesregierung Aufklärung in dem Fall. Die Vorwürfe müssten unabhängig und lückenlos aufgeklärt werden, erklärte sie. „Dafür muss sich die Bundesregierung umgehend einsetzen und den Betroffenen die notwendige Unterstützung zukommen lassen.“

Die Internationalist*innen waren im Januar auf Einladung der sozialistischen DEM-Partei in die Südosttürkei und nach Nordkurdistan gereist. Die 16-köpfige Gruppe, darunter dreizehn Frauen, besuchten demokratische kurdische Initiativen, Vereine und Parteien in den Städten Diyarbakır, Nusaybin und Mardin.

Am fünften Tag der Reise wurde die Gruppe auf dem Weg zu einer Pressekonferenz in Mardin von türkischer Militärpolizei und der Abschiebebehörde gestoppt und festgenom-

men. Die Aktivist*innen seien in einer 20-stündigen Busfahrt nach Istanbul gebracht worden, wo sie direkt mit dem Flugzeug nach Deutschland abgeschoben werden sollten.

Bis dahin sei die Polizeiaktion ohne größere körperliche Gewalt verlaufen, heißt es. Das habe sich geändert, nachdem die Internationalist*innen im Flugzeug feministische Parolen auf Türkisch und Kurdisch skandiert hatten. Die Gruppe sei von einem großen Polizeiaufgebot mit massiver Gewalt aus dem Flugzeug gezerrt und in ein Gefängnis gebracht worden, wo sie eine Nacht lang misshandelt worden sein sollen.

Danach erlebten die Internationalist*innen nach eigenen Angaben über mehrere Stunden massive körperliche und sexualisierte Gewalt. Den Frauen sei über lange Zeit Schlaf und Ruhe verweigert worden. Sie seien ge-

schlagen, teils bis zur Bewusstlosigkeit, beleidigt und bespuckt worden. Geflochtene Haare seien den Gefangenen ausgerissen worden. Zudem seien ihnen Videos misshandelter kurdischer Kämpfer*innen sowie Aufnahmen der Delegationsteilnehmer*innen gezeigt worden, verbunden mit der Drohung, dass die betreffenden Personen die türkische Haft nie mehr verlassen würden. In dieser Nacht habe auch die Vergewaltigung von Paula Maier in der Gefängniszelle stattgefunden, so die Berichte der Betroffenen.

Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland hätten sich die Internationalist*innen gemeinsam mit weiteren Genoss*innen und Freund*innen intensiv mit den Geschehenen auseinandergesetzt. Aus diesen Gesprächen sei nun der Entschluss entstanden, die Gewalterfahrungen öffentlich zu machen.

Sahra Wagenknecht kann rechnen

Thüringens AfD-Chef Höcke bietet der BSW-Gründerin an, sie in Erfurt zur Ministerpräsidentin zu machen. Die lehnt ab - wegen ihrer Kritiker

Von **Rainer Rutz**

Es ist die vorläufig wohl bizarrste Volte in den jüngsten Beziehungsanbahnversuchen von BSW und AfD: Am Mittwochabend veröffentlichte der Rechtsextremist Björn Höcke ein zweiminütiges Video, in dem er die „sehr geehrte Frau Wagenknecht“ auffordert: „Werden Sie Ministerpräsidentin des Freistaats Thüringen.“ Und: „Lassen Sie uns ein neues Kapitel in der Parteiengeschichte der Bundesrepublik Deutschland aufschlagen.“ Er, der thüringische AfD-Landes- und Fraktionschef, reiche ihr, der im Saarland residierenden BSW-Gründerin Sahra Wagenknecht, persönlich die Hand. Man müsse sich nur zusammentun.

Theoretisch kämen AfD und BSW im Thüringer Landtag auf eine Mehrheit von drei Sitzen. Die extreme Rechte stellt 32 der 88 Abgeordneten, die Wagenknecht-Fraktion 15 Abgeordnete. Die seit 2024 regierende Koalition aus CDU, SPD und BSW kommt nur auf 44 Stimmen. Theoretisch heißt aber eben nicht praktisch.

Wagenknecht jedenfalls verzichtete. „Das Amt des Thüringer Ministerpräsidenten ist kein Wanderpokal, den Herr Höcke nach Belieben vergeben kann“, teilte sie am Donnerstagmittag auf taz-Anfrage mit. „Höcke macht Politik wie die Altparteien: parteipolitisches Taktieren und Effekthascherei geht über Problemlösung.“ Das Angebot sei „weder ehrlich noch seriös“.

Unabhängig davon, dass die 57-jährige ohnehin noch nie in ihrem langen Politikerinnenleben Regierungsverantwortung übernehmen wollte: Mit der Bewertung „weder ehrlich noch seriös“ dürfte sie richtig liegen. Konkreter Hintergrund der Liebesbotschaft Höckes ist ein von seiner AfD-Fraktion angekündigtes konstruktives Misstrauensvotum gegen CDU-Ministerpräsident Mario Voigt. Der hatte kurz zuvor eine weitere Schlappe im seit 2024 andauernden Streit um Plagiate in seiner Dissertation einstecken müssen.

Nachdem die TU Chemnitz am Dienstag bestätigt hatte, einen Widerspruch Voigts gegen die Aberkennung seines Dokortitels zurückgewiesen zu haben, erklärte Höckes Truppe, die Zeit des Ministerpräsidenten sei endgültig abgelaufen.

Wagenknecht, die die Koalition des BSW mit CDU und SPD in Thüringen seit langem als Todsünde betrachtet, sieht das genauso. Ginge es nach ihr, wäre die sogenannte Brombeer-Koalition längst Geschichte. Dementsprechend verkündet sie auch jetzt: „Richtig ist, dass Mario Voigt als Ministerpräsident das Vertrauen verloren hat und das BSW Thüringen ihm die Unterstützung entziehen muss.“

Im Thüringer BSW geht es aber nicht nach Wagenknecht. Mit Blick auf den Entzug des Dokortitels stärkten die Kabinettsmitglieder Katja Wolf und Steffen Schütz vom realpolitischen BSW-Flügel Voigt ausdrücklich den Rücken. Die Regierungsfähigkeit sei dadurch nicht beeinträchtigt, so der Tenor.

Bekannt ist zugleich, dass sowohl Schütz als auch Wolf eine Zusammenarbeit mit der AfD generell ablehnen. Finanzministerin Wolf etwa stellte im April im Gespräch mit der taz klar: „Die Kollegen in meiner Partei aus anderen Bundesländern, die sich für eine Zusammenarbeit offen zeigen, die erleben einen Björn Höcke nicht, wenn er Politik verächtlich macht, wenn er Demokratie verächtlich macht, wenn er nach unten tritt in einer Art und Weise, die unerträglich ist.“

Allerdings steht die BSW-Fraktion auch keineswegs fest wie ein Fels zur Koalition mit CDU und SPD. Rund ein Drittel zählt zur Wagenknecht-Garde. Und hier setzt der Rechtsextremist Höcke mit seiner Offerte an: Die BSW-Fraktion soll gesprengt werden, die Koalition in Thüringen, alles soll gesprengt werden – eigentlich im Sinne Wagenknechts.

Nur kann Wagenknecht auch rechnen. Selbst wenn die AfD-Fraktion im Landtag geschlossen hinter dem Vorschlag stünde, würde es für eine Ministerpräsidentin Wagenknecht mit dem dürrftigen Dogmatiker:innen-Drittel aus der BSW-Fraktion allein nicht für eine Mehrheit reichen. Daher, so Wagenknecht zur taz, sei Höckes Angebot auch „unehrlich, weil er weiß, dass die Mehrheit derer, die auf BSW-Ticket im Thüringer Landtag sitzen, in Opposition zum BSW-Bundesvorstand stehen und mich nicht wählen würden“.

Das hier wäre eine Alternative für jugendlich Straffällige und Mittel gegen Radikalisierung
Foto: imago stock&people

„Jugendstrafrecht für alle bis 21“

Auch nach dem CSD-Anschlag sollte es eher mehr als weniger Jugendstrafrecht für junge Erwachsene geben, sagt Jugendrechtsprofessorin Theresia Höynck



Interview **Christian Rath**

taz: Frau Höynck, Abdel Ballout, der den Anschlag auf den Berliner CSD verübt hat, war nur deshalb auf freiem Fuß, weil ein Gericht kurz vor der Tat bei ihm noch Jugendstrafrecht angewandt hatte. Unionspolitiker fordern schon lange und jetzt umso lauter, dass bei jungen Erwachsenen kein Jugendstrafrecht mehr angewandt werden soll. Zurecht?

Theresia Höynck: Es ist legitim, dass solche Fragen diskutiert werden. Denn es ist eine politische Entscheidung, wie lange Jugendstrafrecht anwendbar ist. Dass auch über junge Erwachsene noch nach Jugendstrafrecht geurteilt werden kann, ist allerdings gut begründet. Die Hirnforschung hat gezeigt, dass der Teil des Gehirns, in dem zum Beispiel Konsequenzen bedacht und Impulse gesteuert werden, sich etwa bis zum 25. Lebensjahr noch hochdynamisch entwickelt. Hier kann also mit Erziehung, die beim Jugendstrafrecht im Vordergrund steht, noch viel bewirkt werden.

taz: Sollte die Anwendung von Jugendstrafrecht also sogar bis 25 möglich sein und nicht nur wie derzeit bis zum 21. Lebensjahr?

Höynck: So weit würde ich nicht gehen, auch wenn das diskutabel wäre. Aber sinnvoll wäre es, das Jugendstrafrecht für alle jungen Menschen bis zum 21. Geburtstag generell anzuwenden.

taz: Also nicht nur, wenn das Gericht ausdrücklich eine Reifeverzögerung des jungen Erwachsenen feststellt?

Höynck: Genau. Das Wort „Reifeverzögerung“ ist auch unglücklich. Es klingt so, als sei etwas falsch gelaufen. Es ist aber normal, dass 18- bis 20-jährige noch stark beeinflussbar und prägnant sind. Deshalb ist es auch kein Skandal, wie manche Politiker meinen, dass auf junge Erwachsene heute schon meist das Jugendstrafrecht angewandt wird.

taz: Aber ...

Höynck: Ja, ich weiß, was Sie sagen wollen: „Mit 18 darf man schon den Bundestag wählen.“ Dennoch gibt es im Recht häufig Sonderregelungen für junge

Erwachsene, etwa beim Führerschein, beim Waffenkauf oder beim Zugang zu Spielbanken. Da ist das Strafrecht keine Ausnahme.

taz: Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) fordert, dass die Anwendung von Jugendstrafrecht jedenfalls dann bei jungen Erwachsenen ausgeschlossen sein soll, wenn sie wie Abdul Ballout als Gefährder eingestuft sind.

Höynck: Es geht um die Reife des Jugendlichen, nicht um seine Einstufung durch die Polizei – von der das Gericht im Übrigen meist gar nichts weiß.

taz: Im konkreten Fall Ballout wusste das Jugendschöffengericht, dass Ballout über den Libanon nach Syrien ausreisen wollte, um sich dem IS anzuschließen. Er wollte sich im Gebrauch mit Waffen ausbilden lassen, um zu töten.

Höynck: Auch junge Menschen, die sich mit terroristischen Gruppen identifizieren, können noch unreif sein, nicht verfestigt, noch beeinflussbar. Dann aber hat das nicht generell mildere, sondern vor allem flexiblere Jugendstrafrecht das effektivere Instrumentarium.

taz: Spielt die Sicherheit der Bevölkerung im Jugendstrafrecht gar keine Rolle?

Höynck: Doch natürlich. Auch wenn hier der Erziehungsgedanke im Vordergrund steht und nicht die Abschreckung, so spielt der Schutz anderer Menschen vor Straftaten selbstverständlich eine Rolle, etwa wenn es um Prognosen und die Schlussfolgerungen daraus geht.

taz: Im Fall Ballout hat das Jugendschöffengericht eine Vorbewährung gewährt, die es nur im Jugendstrafrecht gibt. Was ist eine Vorbewährung?

Höynck: Es kann Fälle geben, da kommt die Aussetzung einer Freiheitsstrafe zur Bewährung noch nicht in Betracht, weil die Sozialprognose zu ungünstig ist. Es kann aber trotzdem konkrete Indizien geben, dass sich die Situation des Verurteilten bereits zum Besseren wendet, etwa weil er gerade eine Ausbildung begonnen hat. Dann kann das Gericht die Entscheidung über die Bewährung einige Monate lang aufschieben. In dieser Vorbewährung kann der Verurteilte

dann zeigen, dass er ohne neue Straftaten leben kann und sich an Auflagen hält. Das Jugendstrafrecht versucht, wo es geht, Freiheitsentziehung zu vermeiden, weil sie meist mehr schadet, als nutzt. Es setzt dabei auf das Prinzip Hoffnung.

taz: Sollte eine derartige Vorbewährung bei ungünstiger Prognose nicht ausgeschlossen sein, wenn jemand Terrorfantasien hat und das Töten lernen wollte? Da geht es ja nicht um das Risiko neuer Ladendiebstähle, sondern um das Risiko, dass die Chance der Vorbewährung dann zum Massenmord genutzt wird, wie der CSD-Anschlag zeigt.

Höynck: Bei ungünstiger Prognose ohne klare positive Anhaltspunkte ist die Vorbewährung ausgeschlossen. Aber der Attentäter hatte dem Gericht wohl glaubwürdig vermittelt,

dass er mit islamistischem Terror nichts mehr zu tun haben will. Diese Einschätzung hat sich als falsch erwiesen.

taz: Das Jugendschöffengericht hatte auch gehofft, Abdel Ballout mit einem Deradikalisierungsprogramm zu erreichen. Sind solche Programme sinnvoll?

Höynck: Sie können sinnvoll sein. Oft klingen sie aber trügerisch nach einer einfachen Lösung: Jemand ist gewalttätig, also muss er ein Antigewalttraining absolvieren; jemand plante extremistische Straftaten, also muss er ins Deradikalisierungsprogramm. Es fehlt aber oft der ganzheitliche Blick: Welche Probleme hat der junge Mensch gerade im Leben und wie kann er sie lösen. Da ist oft zusätzliche intensive Sozialarbeit nötig, auch mit den Familien, nicht nur ein schickes Spezialprogramm.

Anzeige

Unterstützen Sie ...

Talent kennt keinen Lebenslauf

Wir suchen Menschen mit anderen Perspektiven – nicht mit dem perfekten CV. Pascal Maier und Ann Toma-Toader absolvieren seit Juni 2026 das taz panter-Volontariat.

taz panter-Volontariat
In 18 Monaten erlernen die Volontär*innen in der taz das journalistische Handwerk.
taz.de/stiftung

... mit einer Spende

taz.de/spenden
GLS-Bank Bochum / BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

taz panterstiftung

Solarforscher sollen in die Röhre gucken

Kernfusion bleibt der Bundesregierung wichtig, aber sonst soll bei der Energieforschung heftig gekürzt werden. Unklar ist, woher der Druck kam

Von **Bernward Janzing**

Die Bundesregierung möchte die Gelder für angewandte Energieforschung erheblich kürzen – das offenbart der Entwurf des Bundeshaushalts. Das Wirtschaftsministerium begründet den Schritt damit, dass man „unter der besonderen Herausforderung“ stehe, „den Haushalt und die Finanzplanung des Bundes zu konsolidieren“. An den betreffenden Forschungsinstituten fürchtet man einen erheblichen Personalabbau, sollten die Pläne umgesetzt werden.

Entscheidend für die Förderung neuer Forschungsprojekte sind die sogenannten Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt. Sie sichern finanzielle Zusagen für die Folgejahre ab. Nur so kann ein Forschungsprojekt bewilligt werden, das über mehrere Jahre läuft. Werden die Verpflichtungsermächtigungen gekürzt, können entsprechend weniger neue Projekte finanziert werden.

Im Wirtschaftsplan des Klima- und Transformationsfonds (KTF), der Teil des Haushaltsentwurfs für 2027 ist, wurden nun die betreffenden Verpflichtungsermächtigungen empfindlich beschnitten. Der Titel „Energieforschung“ des Wirtschaftsministeriums wurde gegenüber 2026 um ein Drittel von 576,9 Millionen auf 385,8 Millionen Euro gekürzt, der Titel „Reallabore der Energiewende“ wurde sogar um 40 Prozent von 142 Millionen auf 85,3 Millionen Euro zusammengestrichen. Nur minimal gekürzt wurde hingegen der Titel „Energieforschung und Energietechnologien“ des Forschungsministeriums, in dem auch die Fusionsforschung enthalten ist.

Solarforscher blicken jetzt bang auf die anstehenden Haushaltsberatungen. Blicke das Zahlenwerk unverändert, könnte das allein für das Freiburger Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) einen Verlust von bis zu 80 Vollzeitstellen bedeuten. Denn die Forschung am ISE ist stark abhängig von den entsprechenden Haushaltstiteln. Das Institut finanziert sich zu etwa 60 Prozent aus öffentlichen Mitteln, die zu einem großen Teil nicht fix, sondern projektbezogen bewilligt werden. Umgerechnet auf Vollzeitstellen verfügt das ISE aktuell über rund 700 Mitarbeiter.

Institutsleiter Andreas Bett weist darauf hin, dass von einer Kürzung vor allem Jungwissenschaftler betroffen wären, die über Zeitverträge angestellt sind: „Wenn wir weniger öffentliche Forschungs- und Entwicklungsaufträge haben, wird dies einen signifikanten Einfluss auf die künftig bereitstehenden Fachkräfte im Energiebereich haben.“ Durch einen „Transfer durch Köpfe“ trage das ISE „substanziell“ dazu bei, dass die Energiewende auch in der Praxis umgesetzt wird.

„Forschung braucht Kontinuität“, sagt auch Niklas Martin, Geschäftsführer des Forschungsverbunds Erneuerbare Energien, dem 17 einschlägige Institute in Deutschland angeschlossen sind. Noch hoffen die Institute der Energieforschung, dass der Bundestag im parlamentarischen Verfahren Mittel umschichten wird. Unklar ist derweil, wer die Kürzungen im aktuellen Entwurf überwiegend zu verantworten hat.

Aus den Instituten hört man, dass der Schritt sogar mehr auf Druck des Finanzministeriums (BMF) erfolgt sein könnte als auf Betreiben des Wirtschaftsministeriums (BMWE). Während ein Sprecher des BMF auf Anfrage mitteilt, dass die betreffenden Haushaltstitel vom BMWE bewirtschaftet werden, betont das BMWE, dass es die Bundesregierung war, die den Wirtschaftsplan des KTF beschlossen hat.

Die endgültige Entscheidung über die Fördermittel wird im November in der sogenannten Bereinigungssitzung fallen. Dann wird der Haushaltsausschuss des Bundestags den Finanzplan für das kommende Jahr abschließen. Bis dahin wird noch um die Mittel gerungen. Eine Schlüsselrolle wird dabei der CDU-Abgeordnete Andreas Mattfeldt spielen, denn er ist der Hauptberichterstatter für den KTF im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags. Auf Anfrage positionierte er sich zu den geplanten Kürzungen allerdings nicht.

Zahl des Tages

>3.100 Stiche

Die Erhitzung der Erde und der Meere verengt die Lebensräume. Das sorgt für neue Konflikte. An den Küsten Kaliforniens kollidieren Massen von Menschen, die Erholung an den Stränden suchen, mit Massen von Stachelrochen, die sich im flachen warmen Wasser wohl fühlen. Genug Platz für alle? Fehlanzeige. An den Stränden Bolsa Chica und Huntington State Beach wurden deshalb in diesem Jahr bereits **mehr als 3.100 giftige Stiche gemeldet, die bedrängte Tiere Badenden mit ihren widerhakenbesetzten Schwänzen zugefügt hatten**, doppelt so viele wie im gesamten Vorjahr. Auch für die Rochen ist das beileibe kein Spaß: Viele, vor allem kleinere Exemplare, werden zertreten.

Güterzüge könnten helfen

Die Donau ist so niedrig, dass Rumänien sein Atomkraftwerk abschaltet. Im Rhein fahren kaum Schiffe – aber Lkw sind keine Lösung, sagt ein Verband

Auf dem Rhein bei Köln waren nach Angaben des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Rhein wegen des historischen Niedrigwassers am Donnerstag kaum noch Schiffe unterwegs. Binnenschiffer fordern deshalb von der Politik Unterstützung. Die Förderung von niedrigwasseroptimierten Schiffen müsse fortgesetzt werden, sagte der Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Binnenschifffahrt, Jens Schwanen. Es gebe derzeit in Deutschland nur zwölf solcher Schiffe. Und: Der Ausbau der Fahrrinnen des Rheins müsse vorangetrieben werden.

Bundesverkehrsminister Steffen Bilger (CDU) hatte noch am Mittwoch erklärt, Wasserstraßen ausbauen und die Förderung niedrigwasseroptimierter Schiffe fortsetzen zu wollen.

Umweltschützer:innen hingegen lehnen einen Ausbau ab. Die Flüsse seien „natürlicher Hochwasserschutz und unersetzlicher Lebensraum vieler Arten“, erklärte die Mobilitätsreferentin der Organisation Robin Wood, Annika Fuchs. „Die Schiffe müssen sich dem Fluss anpassen, nicht umgekehrt.“ Auch Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) hatte sich am Mittwoch gegen einen Ausbau gestellt.

Um den Gütertransport auch bei Niedrigwasser zu sichern, könnten Schwergut und Massengüter grundsätzlich auch auf der Schiene transportiert werden, teilte der Verband der Verkehrsunternehmen am Donnerstag mit. Voraussetzung dafür sei jedoch eine stabile Schieneninfrastruktur, die müsse der Bund ausreichend finanzieren. Mehr

Lastwagen mit mehr Transportgut hingegen verschärften das Problem sanierungsbedürftiger Brücken und Straßen – und heizen mit fossilem Antrieb den Klimawandel weiter an.

In Rumänien wurde am Donnerstagmorgen wegen historisch niedriger Pegelstände der Donau derweil das einzige Atomkraftwerk des Landes gänzlich heruntergefahren. Schon Ende Juli war der erste Reaktor abgeschaltet worden. Das Kraftwerk Cernavoda benötigt das Wasser der Donau zum Kühlen.

Es ist das erste Mal seit einer Dürre im Jahr 2003, dass das Akw vollständig heruntergefahren wird. Das Akw steht gewöhnlich für etwa ein Fünftel der rumänischen Stromproduktion. Windkraft und Importe sollen nun den Strombedarf decken. (ajp/dpa)



2025 nur 6,3 Millionen Euro verdient, eine Million weniger als 2014. Damit kann Mercedes-Chef Ola Källenius nicht zufrieden sein
Foto: Angelika Warmuth/reuters

Die Eine-Million-Euro-Frage

Während DAX-Vorstände im Schnitt 3,9 Millionen Euro verdienen, wird laut über Lohnkosten geklagt. Doch diese stiegen zuletzt unterdurchschnittlich

Von **Simon Poelchau**

Ola Källenius ist nicht mehr unter den Top Ten. Mit einem Jahresgehalt von 6,3 Millionen Euro in vergangenen Jahr schafft der Mercedes-Chef es im Ranking der am besten verdienenden Manager*innen in Deutschland nur noch auf Platz 20. Das zeigt die jährliche Auswertung der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) und der Technischen Universität München, die am Donnerstag veröffentlicht wurde. Der zufolge bekommt derzeit SAP-Chef Christian Klein mit einem Gesamtgehalt von rund 10,9 Millionen Euro hierzulande die höchste Managervergütung, gefolgt von Deutsche Bank-Chef Christian Sewing mit 10,5 Millionen Euro.

Der Grund für Källenius' schlechtes Abschneiden ist, dass er sich für 2025 mit deutlich weniger erfolgsabhängigen Boni zufriedengeben muss als für

das vorangegangene Jahr. Beliefen sich seine kurzfristigen Boni für 2024 laut DSW-Auswertung noch auf 2,6 Millionen Euro, so waren es 2025 nur 1,6 Millionen – also eine Million Euro weniger als ein Jahr zuvor.

Vielleicht war dies für Källenius auch ein Grund, die Arbeitszeiten in dem von ihm gelenkten Konzern infrage zu stellen. Wie die anderen deutschen Autobauer steckt Mercedes in einer Krise. 2025 hat sich der Gewinn halbiert. Die Antwort des Vorstandsvorsitzenden: Die Arbeitskosten sollen runter. Wenn den Beschäftigten der Lohn nicht gekürzt wird, dann sollen sie doch für das gleiche Geld mehr arbeiten. Statt 35 lieber 40 Stunden die Woche.

Mercedes ist kein Einzelfall. Geht es um die Krise in der deutschen Industrie, dann führen die Chefs gerne die Arbeitskosten als einen gewichtigen Grund an. Doch eine ebenfalls am Donnerstag veröffentlichte Studie

des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung widerlegt das Argument.

„Ein Vergleich mit dem Jahr 2020 zeigt, dass sich die Position Deutschlands im europäischen Arbeitskostenranking als bemerkenswert stabil erwiesen hat“, heißt es in der Analyse. Mit Arbeitskosten von 45,70 Euro pro Stunde in der Privatwirtschaft rangierte die Bundesrepublik Ende 2025 demnach auf Position sieben in der EU, nachdem es ein Jahr zuvor auf Rang fünf war. Mit Arbeitskosten zwischen 56,20 und 49,70 Euro stellen Luxemburg, Dänemark und Belgien die Top 3. Auch in Schweden, den Niederlanden und Österreich war die Arbeitsstunde wertvoller als hierzulande.

Mit 3,4 Prozent stiegen die deutschen Arbeitskosten vergangenes Jahr deutlich langsamer als im europäischen Durchschnitt von 4,3 Prozent. Beson-

ders groß war der Unterschied in der Industrie. Stiegen die Löhne in der hiesigen Industrie vergangenes Jahr nur um 2,0 Prozent, so waren es im EU-weiten Durchschnitt 3,8 Prozent. Dabei stiegen die Industriegehälter vor allem in ost- und südosteuropäischen Ländern wie Bulgarien (13,9 Prozent), Rumänien (11,7 Prozent), Griechenland (10,7 Prozent) und Polen (10,2 Prozent) stark an.

Anders verhält es sich mit den sogenannten Lohnstückkosten. Diese geben die Arbeitskosten pro produzierter Ware an. Im Fall Mercedes wären es zum Beispiel die Arbeitskosten pro produziertem Auto. Und diese Lohnstückkosten sind laut der IMK-Studie in der deutschen Wirtschaft seit 2023 deutlich stärker gestiegen als in den Jahren zuvor. Allerdings ist ihre langfristige Entwicklung seit der Jahrtausendwende mit einem durchschnittlichen Plus von 1,9 Prozent pro Jahr laut den IMK-Forschenden noch stabilitätskonform.

Außerdem schreiben die Studienautor*innen Alexander Herzog-Stein, Ulrike Stein und Nico Rudolf: „Die deutsche Arbeitskostenentwicklung war 2025 unauffällig und nicht der wesentliche Treiber des Lohnstückkosten-Anstiegs.“ Ausschlaggebend für den Anstieg sei stattdessen die anhaltende Nachfrageschwäche, die die Wirtschaftsentwicklung dämpfte und bei gleichzeitig robustem Arbeitsmarkt das Produktivitätswachstum bremste.

So werden bei der Berechnung der Lohnstückkosten die Arbeitskosten ins Verhältnis zur Produktivitätsentwicklung gesetzt. Und diese hat sich laut dem IMK in den vergangenen Jahren schwach entwickelt. Auffällig ist dabei laut der Studie, „die im internationalen Vergleich geringe Kapitalakkumulation bei Informations- und Kommunikationstechnologien, die auf unzureichende Investitionen in Digitalisierung und Zukunftstechnologien hindeutet“. Deutschland hinke dabei nicht nur den USA hinterher, sondern auch vergleichbaren EU-Staaten.

Die Konzernlenkenden haben also in den vergangenen Jahren offenbar zu wenige Zukunftsinvestitionen veranlasst. Trotzdem wurden sie belohnt. Vorstandsmitglieder in den 40 DAX-Konzernen verdienten 2025 im Schnitt 3,9 Millionen Euro. 4 Prozent mehr als 2024 – und 42-mal so viel, wie normale Beschäftigte bekamen.



Schleichende Militarisierung von Urenco

Der Betreiber von Deutschlands einziger Urananreicherungsanlage wird Teil der atomaren Rüstungsindustrie. Kann die Bundesregierung ein Veto einlegen?

Von **Andreas Wyputta**

Urenco, die Betreiberfirma von Deutschlands einziger Urananreicherungsanlage (UAA), verliert ihren ausschließlich zivilen Charakter und wird Teil der atomaren Rüstungsindustrie. Das Unternehmen bestätigte auf taz-Nachfrage, „die britische Regierung hat Urenco gebeten, am Standort Capenhurst (Großbritannien) den möglichen Wiederaufbau des Kernbrennstoffkreislaufs zu unterstützen, um künftig Reaktorbrennstoff für Verteidigungszwecke bereitstellen zu können“. Urenco ist ein deutsch-niederländisch-britischer Konzern, die Urenco Deutschland GmbH hat ihren Sitz im nordrhein-westfälischen Gronau.

Eingesetzt werden soll dieser „Reaktorbrennstoff“ offenbar in den Reaktoren von britischen U-Booten wie der Vanguard-Klasse, die jeweils 16 atomar bestückte Trident-Interkontinentalraketen tragen. Diese sichern den Status Großbritanniens als Atommacht, die je nach Position der U-Boote weltweit zuschlagen kann. Insgesamt kann die Sprengkraft der Raketen der britischen U-Boot-Flotte mehr als 1.000-Fache der Hiroshima-Bombe betragen.

In der Stellungnahme von Urenco Deutschland heißt es deshalb fast entschuldigend, es handele sich „um eine Vorgabe der britischen Regierung und nicht um eine Initiative, die Urenco selbst angestoßen hat“. Offenbar beliefern die USA die Royal Navy nicht mehr ausreichend mit Reaktorbrennstoff. Der Urenco-Mutterkonzern gehört zu einem Drittel dem britischen Staat. Ein weiteres Drittel hält die niederländische Regierung, die die Nutzung der Urenco-Technologie zu militärischen Zwecken in einer Mitteilung an das Parlament bekannt gemacht hat. Jeweils ein Sechstel der Urenco-Anteile gehören den deutschen Energiekonzernen RWE und Eon.

Von einem „Tabubruch“ sprechen dagegen Politiker:innen der Linken, die in Deutschland als erste auf den Einstieg Urencos in die atomare Rüstung hingewiesen haben. „Damit werden die vermeintlich zivile Urenco, aber auch die deutschen Energiekonzerne RWE und Eon, Bestandteil des militärisch-industriellen Komplexes“, kritisiert Hubertus Zdebel, atompolitischer Sprecher der Linken in NRW.

Zwar erklärt die Bundesregierung auf Anfrage von Mareike

„Offensichtlich kontrolliert kein Mensch, ob die UTD nicht bereits in militärische Forschung eingestiegen ist“

Udo Buchholz, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz

Hermeier, Sprecherin für Nukleare Sicherheit der Linken im Bundestag, „eine Verwendung von in Deutschland angereichertem Uran im Kernbrennstoffkreislauf für Reaktorbrennstoff für Verteidigungszwecke“ sei „vom Vereinigten Königreich nicht vorgesehen“. Ob die Urenco Technology and Development mit Sitz in Gronau, die als Forschungsabteilung und damit als „Gehirn“ des Urananreicherers gilt, Dienstleistungen oder Wissenstransfers für das britische Atomprogramm liefert, beantworten aber weder die zuständige Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter, noch Urenco selbst.

Mit Nachfragen will Hermeier jetzt in Erfahrung bringen, wie genau sich die Bundesregierung gegenüber Großbritannien positioniert hat – schließlich

beinhalte der Vertrag von Almelo, der 1970 zur Gründung der Urenco führte, „das Prinzip der Einstimmigkeit, also ein Veto-Recht“. Insbesondere interessiert die Bundestagsabgeordnete, „welche Anreicherungsgrade von Uran 235“ bei dem Rüstungsprogramm für die Royal Navy vorgesehen sind – also die Frage, ob auch Material hergestellt werden soll, dass direkt zum Bau von Atombomben genutzt werden kann.

Unklar bleibt auch die Rolle des Zentrifugenherstellers Enrichment Technology Company (ETC) mit Hauptsitz im britischen Capenhurst, der in Jülich im Rheinland eine Dependence betreibt. Die Zentrifugentechnik, die auch in der UAA im münsterländischen Gronau verwendet wird, gilt als Schlüssel zur Urananreicherung für zivile sowie militärische Zwecke. Eingesetzt wird sie auch in den iranischen Nuklearanlagen Natans und Fordo, die zuletzt im März von Streitkräften der USA und Israels massiv angegriffen wurden.

Antiatominitiativen kritisieren Urencos Einstieg in die Rüstungsindustrie heftig: „Die Beteiligung an atomaren Militärprojekten in Großbritannien bindet Urenco und ETC in eine atomare Aufrüstungsspirale ein, deren Ende nicht absehbar ist“, warnt etwa Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen. Die deutsche Regierung müsse „unbedingt ein Veto gegen die britischen Pläne einlegen und stattdessen dem internationalen Atomwaffenverbotsvertrag beitreten“. Dazu gehöre auch die Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau sowie der Ausstieg aus der Uranzentrifugenherstellung in Jülich, die trotz des deutschen Atomausstiegs über eine unbefristete Betriebsgenehmigung verfügen.

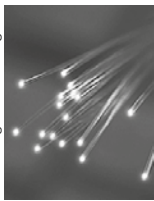
Unwissend gibt sich dagegen das für die Atomaufsicht zuständige NRW-Wirtschafts-

ministerium, das von der grünen Vize-Ministerpräsidentin Mona Neubaur geführt wird. „Der Atomaufsicht NRW ist nicht bekannt, inwieweit die Urenco-Gruppe einschließlich der Urenco Technology and Development (UTD) – in das Vorhaben der britischen Regierung zur Herstellung eines Kernbrennstoffkreislaufs für Verteidigungszwecke eingebunden ist“, heißt es auf taz-Anfrage. Überhaupt unterliege die UTD „nicht der atomrechtlichen Aufsicht des Landes“.

Von der Sprecherin für Antiatompolitik der Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag, Norika Creuzmann, war keine Stellungnahme zu erhalten. Auch die atompolitischen Sprecher der Grünen im Bundestag, Jan-Niclas Gesenhues und Harald Ebner, reagierten nicht. Die deutschen Energiekonzerne RWE und Eon, die sich seit einigen Jahren um ein nachhaltiges Image bemühen, erklärten, sich zu Plänen und Entscheidungen ihrer Minderheitsbeteiligung Urenco nicht öffentlich äußern zu wollen.

Am Urenco-Sitz Gronau im Westmünsterland dagegen wachsen die Sorgen. „Auch hier vor Ort ist Urenco auf einem schleichenden Weg in die Militarisierung“, warnt etwa Udo Buchholz, Vorstandsmitglied des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz. „Offensichtlich kontrolliert kein Mensch, ob die UTD nicht bereits in militärische Forschung eingestiegen ist.“ Auch die Gronauer Urananreicherungsanlage selbst sei längst ein „brisanter militärischer Angriffsziel“, aber völlig unzureichend etwa gegen Drohnenangriffe geschützt, fürchtet Buchholz, der nur rund 1.500 Meter von der UAA entfernt wohnt. Als Regierungspartei in Nordrhein-Westfalen müssten die Grünen Position beziehen, fordert der Umweltschützer: „Mona Neubaur muss sich für ein Veto der Bundesregierung einsetzen.“

Dafür hätte die britische Regierung den „Brennstoff“ von Urenco gern: Atom-U-Boot der Vanguard-Klasse
Foto: LPhot
Damien Bye/UK
MoD Crown
Copyright/
Handout/
reuters



Svenja Bergt
Digitalzoän

Die KI, die bessere Burger kreiert

Auch das noch. Dass Technik besser dividieren und Wurzeln ziehen kann als ein Mensch, besser Schach und Go spielt – geschenkt. Dass Roboter mittlerweile schneller einen Halbmarathon laufen als Athlet:innen – in Ordnung. Dass künstliche Intelligenz sich mittlerweile sogar überzeugender als Mensch ausgibt, als Menschen selbst das schaffen, und damit besser durch den leidigen Captcha-Dschungel navigiert – ärgerlich, aber verschmerzbar.

Doch nun das. Forscher:innen der kalifornischen Stanford University haben eine KI entwickelt, die den perfekten Burger designt. Burger machen, das hat nämlich nicht nur was mit paprigen Brötchen, feigenblattmäßigen Gemüsekomponten und einem braunen Ding in der Mitte zu tun, das zum Beispiel aus Fleisch, Fisch, Pilzen oder Bohnen bestehen kann. Und schon gar nicht nur mit Erfahrung im Burgerdesign.

Denn: Die Zahl der plausiblen Kombinationen ist einfach zu riesig: Auf 10 Septillionen kommen die Forscher:innen – das ist eine 1 mit 43 Nullen. Das kann kein Mensch alles ausprobieren, selbst wenn er:sie von Geburt bis Tod nichts anderes macht, als Burger zu kreieren und offensichtlich unsinnige Kombis gleich weglässt. Wobei – was ist bei Fast Food schon offensichtlich unsinnig? Pommes mit Milchshake etwa. Hätte eine KI vor dem Hype womöglich verworfen. Großer Fehler,

Da steckt doch Potenzial drin. Was ist etwa mit Softdrinks? Oder Autos?

denn das ist echt ein Ding, also für manche zumindest.

In Sachen Burger luden die Forscher:innen dann zum Testessen. Echte Menschen natürlich, die für die Wissenschaft die Ergebnisse der KI probieren durften. Oder mussten. Und das war durchaus überraschend. Denn es ging in der Studie nicht nur um das, was KI kann. Sondern auch um Nachhaltigkeit und gesunde Ernährung. Die Burger mit Bohnen- und Pilz-Füllung schnitten deutlich besser ab in Sachen Nachhaltigkeit und Nährstoffgehalt als die von Menschen komponierten – und beim Geschmack mindestens ebenso gut.

Da steckt doch Potenzial drin. Was ist etwa mit Softdrinks? Da weigern sich die Hersteller ja hartnäckig, den Zuckergehalt nennenswert zu reduzieren, anscheinend aus Angst, dass die bunte Brühe dann zum Ladenhüter wird. Wenn die Industrie das also nicht selbst schafft – bestimmt hat die KI hier ein paar Ideen für weniger Zucker und trotzdem Geschmack. Oder Autos. Gingen die nicht auch in mehr öko bei gleichbleibender Kund:innenzufriedenheit?

Und die Bundesregierung könnte sich ja gleich ein ganzes, möglichst breit akzeptiertes Klimaschutzprogramm schreiben lassen. Ließe sich auch prima verkaufen: geringer Personaleinsatz (Bürokratieabbau!) plus KI (Zukunftstechnologie!). Und ganz ehrlich: Selbst, wenn die KI hier den üblichen Anteil Quatsch fabriziert – viel schlimmer als die aktuellen Klimaschutz-Nicht-Pläne wird es wohl kaum werden.

Anzeige



Die Welt verstehen.

Immer dienstags, mit dem taz-Newsletter.

taz.de/newsletter



hitzschlag

Unerträgliche
Nächte,
ungenießbares
Leitungswasser

In Kroatien lässt es sich an der
Adria zwar tagsüber aushalten.
Aber bei der Trockenheit ist die
Angst vor Bränden groß, auch
wenn die Feuerwehr wachsam ist

Aus Split und Sarajevo **Erich Rathfelder**

„Das Schlimmste sind ja nicht die Tage, sondern die Nächte“, stöhnt die 38-jährige Nada aus Zagreb. Sie hatte sich so auf den Urlaub auf einer der kleinen Inseln bei Split gefreut. Gemeinsam mit ihren drei Kindern und ihrem Mann kommt sie schon seit Jahren hierher zu den Inseln Veliki Drvenik und Šolta zwischen den Städtchen Trogir und Zadar.

Dort gibt es statt einer Wasserleitung nur einen Wassertank. „Wir lieben das einfache Leben“, sagt Nada, als sie ein paar Feigen vom Baum vor ihrem Häuschen pflückt. „Morgens sind wir fischen gegangen. Doch jetzt ist die Hitze sogar in der Nacht so unerträglich, dass ich nicht mehr schlafen kann.“

Tagsüber hielten auch die Kinder die 38 Grad noch aus: „Wir haben Wasser, Schatten und das Meer“, sagt Nada. Doch nachts gehe es ihr persönlich schlecht. Ihr sind dann die über 30 Grad zu heiß. Sie brauche doch Abkühlung: „Wir haben ja hier keine Klimaanlage.“

Zudem bedrückt sie die ständige Feuergelahr. Entlang der gesamten kroatischen Adriaküste knistert das trockene Gestrüpp bei jedem Schritt. „Nur einen Funken braucht es, dann steht das alles hier in Flammen“, sagen die freiwilligen Feuerwehrleute in dem kleinen Hafendorf Slatine auf der Insel Ciovo. Sie halten Tag und Nacht mit ihren Ferngläsern Ausschau und sind in Einsatzbereitschaft. Denn sie werden auch zu den Hotspots anderswo gerufen.

„Die kroatischen Feuerwehrleute sind auf Zack“, sagt anerkennend Daniel. Der Mann aus dem Ruhrpott lebt gemeinsam mit seiner Frau Ana im Dorf. Ihn beruhigt es, dass die Löschflugzeuge ständig einsatzbereit sind. Zeigt sich Qualm am Horizont, sind sie sofort zur Stelle. Sie holen dann Wasser aus dem Meer und kippen es auf die Brandstellen. Das eigentlich lästige Motorengeräusch der Löschflugzeuge „wird so zur Musik“, freut sich ein Tourist aus Österreich. Bisher hat es Slatines Feuerwehr geschafft, die Insel Ciovo vor den Bränden zu bewahren.

Doch wie lange noch? Am Dienstag dieser Woche kletterte das Thermometer in Split auf 40 Grad. Das ist ein neuer Rekord. Wenn nicht bald Regen kommt, bleibt die Lage sehr gefährlich. Die Folgen des Klimawandels kann man nicht mehr ignorieren, wie es in Deutschland die AfD macht, und es auch in Kroatien die Rechte und damit die Machthaber tun. Natürlich sind die kleinen Leute, die aus ihrem grünen Garten einen Parkplatz gemacht haben, nicht grundsätzlich an der Katastrophe schuld. Sie brauchten Parkplätze für Touristen. Ohne „parking“ kein Geschäft.

Dass jedoch niemand, ob alt oder jung, in diesem Dorf wie an der gesamten Küste ernsthaft über Alternativen diskutiert. Dass man stattdessen alles hinnimmt, wie es ist, also dem Schicksal überlässt, wiederholt nur die Geschichte von anderswo. Auch in Deutschland wurden Warnungen zunächst weitgehend ignoriert. Aber dann wurden doch zumindest einige Konsequenzen gezogen. In Kroatien jedoch werden Naturschutzgebiete, statt sie zu schützen, ohne große Proteste nach und nach verkauft und zerstückelt.

Das könnte sich jetzt endlich ändern: Denn nun wurde ein Umweltskandal ungeheuren Ausmaßes bekannt. Donje Biljane – ein in kleines Dorf im dalmatinischen Hinterland – steht seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten im Schatten eines giftigen Hügels, dem schwarzen Berg.

Was 2010 mit anrollenden Lastwagen begann, hat sich zu einem der gravierendsten Umweltskandale Kroatiens entwickelt. Hier wurden rund 140.000 Tonnen Silikonmanga- und Ferromanganschlacke aus einer stillgelegten Fabrik in Šibenik abgekippt. Die Schlacke enthält erhöhte Konzentrationen gefährlicher Substanzen und weist darüber hinaus noch eine Radioaktivität auf, die über den zulässigen Grenzwerten liegt.

Die Deponie ist der kroatischen Regierung und der EU seit Jahren bekannt. Die Anwohner:innen sehen einen Zusammenhang zwischen der Deponie und Krebserkrankungen. Die giftige Schlacke bedroht das Grundwasser der Region. Wer möchte da noch selbst bei der allergrößten Hitze Wasser aus der Leitung trinken?



Durfte nicht
bleiben: Ein
12-Jähriger
wird von einem
spanischen
Soldaten zur
marokkanischen Grenze
begleitet
Foto: Bernat
Armanguel/AP

Die Ceuta-Krise geht leise weiter

Zwei Wochen nach dem Ansturm auf die spanische Exklave beruhigt sich die Lage.
Einige Marokkaner fühlen sich ausgenutzt von den unbekannten Urhebern des Aufrufs

Aus Rabat **Mirco Keilberth**

Zwei Wochen nach dem Ansturm auf die spanische Exklave Ceuta hat sich die Lage vor Ort weitgehend beruhigt. Spanische und marokkanische Grenzbeamte haben ihren Dienst wieder aufgenommen und die Kontrollen verschärft. Zwischen dem 30. und 31. Juli hatten hier mehr als 70.000 Personen von Marokko aus die Grenze passiert, mindestens 96 starben. Viele waren Aufrufen von Unbekannten in den sozialen Medien gefolgt.

Inzwischen hat ein politischer Streit darüber begonnen, was mit den verbliebenen Migranten in der 83.000 Einwohnerstadt geschehen soll. Schon ihre Zahl ist unklar. Während die spanische Regierung von wenigen Tausend ausgeht, spricht Territorialpräsident Juan Jesus Vivas von 11.000.

Viele von ihnen sind minderjährig, aber auch Familien aus Senegal oder Bürgerkriegsflüchtlinge aus Sudan hoffen, bleiben zu dürfen. Der Norden Marokkos war in den letzten Monaten Ziel vieler Migranten aus Subsahara-Afrika, da die Behörden in Algerien und Tunesien – ebenfalls Hotspots – verstärkt in die Wüste abschieben und ihre Küstenwachen verstärkt haben.

Weil Marokko offenbar nur eigene Staatsbürger aus Ceuta wieder einreisen lässt und minderjährige Marokkaner nur nach einer legalen Prozedur abgeschoben werden, entstehen am Strand regelrechte Zeltsiedlungen. Die Versorgungslage ist nach Angaben von Migranten

– ebenfalls Hotspots – verstärkt in die Wüste abschieben und ihre Küstenwachen verstärkt haben.

„Das Ganze war ein Trick“

Youssef aus Rabat

ten, mit denen die taz am Telefon sprach, kritisch.

Mehrere allein reisende Frauen berichten, während des Ansturms vergewaltigt worden zu sein. Wie viele Menschenleben genau der Aufruf zum Sturm auf Ceuta gekostet hat, ist auch weiterhin unklar. Der staatlichen spanischen Rundfunkgesellschaft RTVE zufolge meldete Spanien 82 Tote auf seinem Staatsgebiet, Marokko 14. Menschenrechtler gehen von mehr als 140 Toten aus.

Viele ertranken inmitten der Massen, als sie versuchten, die wenigen Hundert Meter vom Strand der marokkanischen Stadt Fnideq nach Ceuta zu schwimmen. Weitere wurden an Land zu Tode getrampelt. „Auch ein Freund von mir wird vermisst“, sagt Mohamed, ein Cafébesitzer aus Fnideq der taz.

„Wir hatten alles stehen und liegen lassen, als wir Tausende Jugendliche an uns vorbei in Richtung Strand gehen sahen. Es war eine Kurzschlusshandlung, wir dachten tatsächlich am nächsten Tag in Madrid zu sein“, erklärt der 25-Jährige, der nun wieder in seinem Café serviert. „In Ceuta prügeln uns die Einheimischen durch die Straßen.“

In Fnideq hatten Jugendliche während des Sturms auf Ceuta Polizeifahrzeuge angezündet. Später war der Ort voller Menschen, die weder Geld für die Rückfahrt nach Casablanca noch für etwas zu essen hatten. Sicherheitskräfte versuchten, sie aus der Stadt zu treiben.

Während viele Jugendliche zu ihren Familien zurückgekehrt sind, bleibt in Ceuta die Angst vor einer Wiederholung der Aktion. Entsprechende erneute

Aufrufe tauchten in den sozialen Medien auf. In der Exklave ist man sich sicher, dass die Urheber den politischen Druck auf Spanien ausüben wollen. Ministerpräsident Pedro Sánchez ist aufgrund seiner liberalen Migrationspolitik Kritik von rechts ausgesetzt.

„Einige der Migranten sind offensichtlich mit Lastwagen und Bussen nach Fnideq gefahren worden. Jemand steckte hinter der Aktion. Doch wer, das weiß niemand“, sagt ein Gast in dem Café Numidia im Zentrum des Urlaubsortes am Fuße des Riff-Gebirges.

In Marokko hat der 30. Juli tiefe Spuren hinterlassen. Zuletzt hatten im Oktober letzten Jahres Jugendproteste die Sicherheitskräfte an ihr Grenzen gebracht. Nur durch die gezielte Verhaftung einiger Anführer der Gen Z 212 genannten Demonstrationen gelang es, eine Massenbewegung zu verhindern.

Marokkos Wirtschaft boomt. Zahlreichen Großprojekte wie der Bau der Fußballstadion für die Weltmeisterschaft 2030 und die Investitionen europäischer Autozulieferer sorgen für Aufschwung. Doch viele junge Marokkaner, selbst jene mit Universitätsabschluss, suchen vergeblich nach einem Job. Viele von ihnen haben daher nur eine Zukunftsvision: auswandern.

„Marokko ist ein schönes Land, ich würde gerne bleiben“, sagt Youssef in einem Überlandbus auf dem Rückweg nach Rabat. Der 22-Jährige arbeitet als „Transporteur“ in der Altstadt. „Aber ich würde gerne eine eigene Wohnung mieten und heiraten können. Mehr nicht. Wären Sie an meiner Stelle nicht auch nach Ceuta gegangen?“

Mittlerweile glaubt Youssef, dass seine Hoffnung von den Urhebern der Ceuta-Kampagne politisch ausgenutzt wurde. „Alle die Behauptungen in den Videos über offene Grenzen nach Spanien stimmten nicht. Das Ganze war ein Trick, ein Verbrechen.“



Hacker erbeuten Daten von 19 Millionen Patienten

In Polen haben sich Kriminelle Zugriff auf Millionen Gesundheitsdaten verschafft.
Es soll einer der größten Cyberangriffe in der Geschichte des Landes sein

Aus Warschau **Gabriele Lesser**

Millionen Menschen in Polen haben Angst: Was wollen Hacker mit ihren Patientendaten? Können Diebe mit der persönlichen Identitätsnummer „Pesel“ nun knapp 19 Millionen Bankkonten leer räumen? In Warschau bestätigte Digitalisierungsminister Krzysztof Gawkowski am Mittwochabend, dass es sich um einen der größten Cyberangriffe in der Geschichte Polens handle. Zugleich wies er darauf hin, dass mehrere Geheimdienste den Tätern auf der Spur seien und die Datenbeute bislang weder im Internet aufgetaucht noch der polnischen Regierung zum Ankauf angeboten worden sei.

Ersten Ermittlungen zufolge steckten „weder Russland noch ein anderer Staat“ hinter dem Cyberangriff. Obwohl das Motiv der Täter unklar ist, geht der Minister

von einem finanziellen Interesse der Hacker aus. Der polnische Staat werde sich aber auf keine Verhandlungen einlassen und auch nichts zahlen.

Der Datenverwaltungsservice MyDoc, der in Polen von rund 12.000 medizinischen Institutionen genutzt wird, kündigte an, jedem einzelnen Patienten beistehen zu wollen, der durch den Datendiebstahl Schaden erlitten habe. Neben der Pesel-Nummer, Namen, Adressen und Geburtsdaten sind auch Informationen zu Arztbesuchen, Rezepten und Krankheitsverläufen verschwunden. Noch ist nicht klar, wer überhaupt betroffen ist. Das Digitalisierungsministerium will eine Website freischalten, auf der jeder nachprüfen kann, ob die eigenen Patientendaten gehackt wurden oder nicht. Polens Datenschutzgesetz legt genau fest, wie eine individualisierte Suche aussehen muss.

„Es handelt sich in erster Linie um Daten aus dem Jahr 2024 und früher“, versucht auch MyDoc in einer schriftlichen Erklärung zu beruhigen. Allerdings ist auch wahr, dass Geburtsdaten oder auch die Pesel-Nummer lebenslang gültig sind. Die Vermutung liegt nahe, dass es den Hackern um diese Informationen ging und nicht um ein paar Rezepte oder Arztbesuche.

Die Bürger in Polen könnten zum Schutz ihrer Daten im Internet selbst viel tun, sagt Gawkowski. Ganz wichtig sei es, die persönliche Identifikationsnummer (Pesel) sperren zu lassen, sodass sie kein Unbefugter benutzen könne. Dies könne man über die „mObywatel-App“ tun. Mithilfe dieser App können polnische Bürger die meisten Amtergänge mit ein paar Klicks erledigen, und die Pesel-Nummer sperren und wieder entsperren lassen.

Wichtig seien auch schwer zu erhaltende Passwörter und möglichst eine doppelte Authentifizierung, bevor man Zugang sein eigenes Konto erhalte. Umgekehrt solle man immer bei der Bank oder einer Institution anrufen, wenn man eine Mail zur angeblichen Verifizierung der Daten bekomme. Oft handle es sich bei solchen Mails auch um Datenklau.

Inzwischen meldeten sich die Hacker beim polnischen Webportal Die vertrauliche dritte Seite. Mit den Patientendaten eines bekannten Politikers legten sie den Beweis vor, dass sie tatsächlich die Daten oder zumindest einen Teil davon in ihrem Besitz haben. Angeblich hätten sie die Informationen aus einer Amazon-Cloud kopiert. Weder der polnische Staat noch das betroffene Unternehmen wollen sich auf Zahlungen einlassen. Die Täter könnten nun versuchen, die Patientendaten auf andere Weise zu Geld zu machen.



„Die Jugend bereitet dem Kreml Kopfzerbrechen“

Im September finden in Russland Duma-Wahlen statt. Der russische Menschenrechtler Sergei Lukaschewski über den Ausschluss der Oppositionspartei Jabloko und das Risiko, sich gegen den Krieg zu äußern

Interview **Barbara Oertel**

taz: Herr Lukaschewski, Russlands oberstes Gericht hat Anfang der Woche entschieden, dass die liberale oppositionelle Partei Jabloko bei den Duma-Wahlen im September nicht antreten darf. Haben Sie damit gerechnet?

Sergej Lukaschewski: Am meisten hat mich überrascht, wie schnell das letztlich passiert ist. In den Tagen zwischen der Einreichung der Klage und der Gerichtsentscheidung kursierte die Vermutung, Jabloko solle mit diesem Verfahren in einer Art Schwebezustand gehalten werden, damit dieses Damoklesschwert ständig über der Partei schwebt. Und es würde erst kurz vor der Abstimmung entschieden, ob Jabloko zugelassen wird oder nicht. Doch es ist anders gekommen und das war schon erstaunlich.

taz: Die Partei wurde von der Zentralen Wahlkommission ja erst im vergangenen Juli registriert. Warum das alles?

Lukaschewski: Einmal abgesehen davon, dass die Wahlergebnisse sowieso gefälscht werden, wurden bis zu der Gerichtsentscheidung zwei Versionen diskutiert. Die erste lautet zu zeigen, dass es eine gewisse Anzahl von Menschen gibt, die den Krieg ablehnen. Diese haben zwar abgestimmt, jedoch hat die Mehrheit der Wähler*innen für die richtigen Parteien und die richtigen Positionen votiert. Die zweite Version besagt, dass es einen Machtkampf gibt, in dessen Zentrum die Partei „Neue Leute“ steht. Jabloko sollte „Neue Leute“ Stimmen abjagen, damit diese Partei nicht auf dem zweiten Platz landet. „Neue Leute“ unterstützt den stellvertretenden Leiter der Präsidentialverwaltung Sergej Kirijenko. Es geht also um einen Kampf zwischen verschiedenen Gruppen im Kreml.

taz: Können Sie diesen Kampf etwas genauer erklären?

Lukaschewski: Machtkämpfe hat es schon immer gegeben. Das bedeutet jedoch nicht zwangsläufig eine Spaltung der Eliten. Doch wenn sich die gesamte Macht letztlich in den Händen einer einzigen Person konzentriert, gibt es stets Klans oder Gruppen, die im Konflikt sind. Der Konflikt zwischen den Sicherheitskräften und der Präsidentialverwaltung unter Kirijenko ist systemischer Natur. Jeder will beweisen, dass er gebraucht wird – und zwar mit seinen eigenen Methoden.

taz: Und die wären?

Lukaschewski: Zu den Methoden des FSB gehören Strafverfahren, Vergiftungen, Provokationen und dergleichen. Das Vorgehen der Präsidentialverwaltung ist weniger brutal. Es geht, wie beispielsweise bei einem Ausschluss von Wahlen, eher um Intrigen und „schwarze PR“. Wenn die Machthaber jedoch all ihre Probleme ausschließlich dadurch lösen, dass sie Menschen ins Gefängnis stecken oder umbringen lassen, wozu braucht man dann eine Abteilung für Inneren in der Präsidentialverwaltung? Sie wäre überflüssig. Doch kein Bürokrat und kein Beamter möchte entbehrlich sein.

taz: Kommen wir jetzt zu Jabloko. Sie wird immer als einzige Antikriegspartei beschrieben. Würden Sie das so stehen lassen?

Lukaschewski: Bei Jabloko ist ein Antikriegsgeist bewahrt worden, der all jene Menschen angezogen hat, die gegen den Krieg sind. Gleichzeitig vertreten der Mitbegründer und frühere Chef von Jabloko, Grigori Jawlinski, sowie andere Führungskräfte der Partei den Standpunkt: Lasst uns die Kampfhandlungen um jeden Preis beenden. Das jedoch bedeutet, einen Großteil der Forderungen an-

zuerkennen, die der Kreml stellt. Jawlinski und Wladimir Putin verbindet eine lange persönliche Beziehung. Jawlinski hat Putin zwar politisch nie unterstützt, sich jedoch gleichwohl stets begrenzt loyal verhalten – nach dem Motto: die Regeln nicht verletzen. Doch jetzt hatte Putin wohl einen anderen Einflüsterer.

taz: Da relativiert sich das Bild von Jabloko doch etwas ...

Lukaschewski: Wenn wir davon ausgehen, was unter einer Antikriegshaltung in Europa verstanden wird, so war und ist die Position von Jabloko ziemlich fragwürdig. Doch unter den Bedingungen in Russland spielt das eine untergeordnete Rolle. Dort ist es gefährlich, überhaupt irgendeine Form von Antikriegshaltung zum Ausdruck zu bringen. Oder um es anders zu sagen: Im Westen Pazifist zu sein, wenn es um den russisch-ukrainischen Krieg geht, ist eine zweifelhafte Position. In Russland hingegen ist diese Position sehr gefährlich.

taz: Besonders unter jungen Menschen scheint Jabloko gut anzukommen. Empfindet der Kreml sie als Bedrohung?

Lukaschewski: Zweifellos fürchtet sich der Kreml vor der russischen Jugend. Allen soziologischen Umfragen zufolge findet sich unter jungen Menschen der höchste Anteil an Kriegsgegnern. Die Jugend ist aktiv – sie engagiert sich rege in den sozialen Netzwerken und zeigt ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement. Dennoch würde ich nicht von einer realen Bedrohung, etwa durch Proteste, sprechen. Doch fest steht: Die Jugend bereitet dem Kreml Kopfzerbrechen.

taz: Sie haben ja noch Kontakte nach Russland. Was können Sie über die derzeitige Stimmung der Menschen sagen?

Lukaschewski: Vor allem habe ich Kontakt mit Menschen, die den Krieg nicht unterstützen. Sie sind definitiv müde, jedoch nicht von den ukrainischen Angriffen. Vielmehr sind sie erschöpft angesichts der Atmosphäre von Druck, Spannung und Angst. Sie haben Angst vor Repressionen und den Wunsch, dass das alles ein Ende findet. In der späten Sowjetzeit war ich ein Kind bzw. Schüler und erinnere mich noch gut an dieses quälende Gefühl. Man weiß, was die Wahrheit ist, kann sie aber nicht öffentlich aussprechen, weil alle um einen herum sagen, dass es gefährlich sei und man das nicht tun dürfe.

taz: Doch trotz Drucks und Angst haben sich am Montagabend vor dem Gericht in Moskau aus Solidarität mit Jabloko rund 500 Menschen versammelt ...

Lukaschewski: Diese Bilder haben mich an den Februar 2022 erinnert. Da standen auch wir vor diesem Gebäude. Russlands vollumfängliche Invasion hatte bereits begonnen und es war die letzte Anhörung zur Auflösung der Menschenrechtsorganisation „Memorial“. Niemand glaubte an eine andere Entscheidung als jene, die die Auflösung von „Memorial“ bestätigen würde. Und so kam es dann ja auch. Jetzt sind erneut Hunderte Menschen gekommen, was mich überrascht hat. Darin besteht auch der Sinn der Wahlkampagne von Jabloko. Ich meine damit eine unglaubliche Möglichkeit für diese Leute, die Wolke aus Angst und Druck ein wenig zu durchbrechen sowie öffentlich die Wahrheit auszusprechen.

taz: Glauben Sie, dass die Vertreter*innen von Jabloko in Russland jetzt noch stärkere Repressionen zu befürchten haben?

Lukaschewski: Jabloko ist schon lange unter Druck. Sieben Personen

finden sich entweder im Gefängnis oder gegen sie laufen Ermittlungen. Der Wahlkampf ist für die Partei übrigens noch nicht zu Ende. Denn die Kandidaten, die für Direktmandate antreten, wurden bislang nicht aus dem Rennen genommen. Der Druck wird also bestehen bleiben, aber ich glaube nicht, dass er sich drastisch verschärfen wird. Grundsätzlich möchte ich sagen: Alle Mitglieder von Jabloko, die öffentlich in Erscheinung treten, sind sehr mutig. Sie setzen ihre Freiheit aufs Spiel.

taz: Jabloko will gegen die Gerichtsentscheidung in Berufung gehen. Ergibt das überhaupt Sinn?

Lukaschewski: Das ist so eine Art russische Tradition oder Mentalität. Ein Gerichtsverfahren wird bis zum bitteren Ende durchgezogen. Daher hat es mich nicht überrascht, dass Jabloko Berufung eingelegt hat. Was die Chancen angeht – na ja. Sie stehen bei 1 zu 99.

taz: Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert schon vier-einhalb Jahre. Wie lange wird er weitergehen, wie lautet Ihre Prognose?

Lukaschewski: Wladimir Putin hat entschieden, die Städte Slowjansk und Kramatorsk im Gebiet Donezk einzunehmen – das ist für ihn das Minimum. Solange das nicht der Fall ist und keine außergewöhnlichen Entwicklungen eintreten, wird er sich nicht auf ernsthafte Friedensverhandlungen einlassen. Ich glaube übrigens nicht, dass es zu einer Massenrekrutierung kommen wird. Sollte es sie dennoch geben, dann wohl eher in einer schleichenden Form – das heißt, hier und da werden einzelne Personen einberufen. Eine Verhängung des Kriegsrechts halte ich für möglich, allerdings nur, falls sich die Lage extrem zuspitzen sollte. Ein Ende des Krieges: nicht vor 2027.

Schiere Verzweiflung: Unterstützer*innen der Partei Jabloko am Montag vor dem Obersten Gericht in Moskau
Foto: Alexey Maishev/imagio



Foto: Masha Kishin

Sergej Lukaschewski ist Chefredakteur des Medienprojekts Radio Sacharow in Berlin, wo er auch lebt. Bis 2023 war er Leiter des Moskauer Sacharow-Zentrums. Der Historiker war von 2004 bis 2010 Gründungsdirektor der Menschenrechtsorganisation Demos. In den 1990er-Jahren arbeitete er für Memorial und die Moskauer Helsinki-Gruppe. Er ist Träger des Menschenrechtspreises der Tonhalle Düsseldorf 2024.

Reportage & Recherche

Die Geschichte
hinter der Geschichte

.....

Ein Blick hinter die Kulissen der taz
Recherchen – exklusive Einblicke
in die Arbeit unseres Investigativ-Teams.

**Jeden zweiten Samstag
im Newsletter:**

taz.de/recherche



debatte

Westlicher Selbstbetrug

Die Herrschaft der Taliban in Afghanistan lässt sich nur durch die Verbrechen der westlichen Besatzung verstehen, die ihnen den Weg bereitet haben

Dass ihr hierherkommt, um mit uns zu sprechen – das ist ehrenhaft.“ Der Mann mit dem grauen Bart in der ostafghanischen Provinz Kunar sagte diesen Satz im Jahr 2021, wenige Monate bevor die letzten US-Soldaten abgezogen und die Taliban zurückkehrten. Ich war dort, um über Kriegsverbrechen in ländlichen Gebieten zu recherchieren. Es ging damals praktisch um alle Parteien, die dort Zivilist:innen töteten: Die afghanische IS-Zelle sowie die Taliban, das US-Militär und die Nato-Truppen, der afghanische Geheimdienst, aber auch die pakistanische Armee, die entlang der Grenze immer wieder Dörfer bombardierte.

Millionen Menschen erlebten die westliche Intervention nicht als Befreiung, sondern als Terror

Orte wie Kunar wurden zwei Jahrzehnte lang übersehen. Die westliche Berichterstattung über den Krieg war auf Kabul konzentriert; die meisten ausländischen Korrespondent:innen arbeiteten von dort aus. Sie verbrachten zu viel Zeit in ihren abgesicherten Hotels. Im Schatten der pompösen Villen, die proamerikanische Warlords mit Hilfs- und Auftragsgeldern errichteten, wuchsen die Slums. Der Drogenhandel blühte. Auf dem Land waren amerikanische Drohnen und Todesschwadronen für viele zivile Opfer verantwortlich und radikalisierten ganze Regionen. Das waren Dinge, über die man lange nicht sprechen wollte.

Dann war alles plötzlich vorbei. Vor fünf Jahren hoben die letzten Transportmaschinen des US-Militärs vom Kabuler Flughafen ab. Ein zwanzigjähriges imperiales Experiment endete in einer Demütigung. Doch nach Wochen der Schockstarre und der Selbstkritik wandelte sich die westliche Afghanistan-Erzählung zu etwas Bequemerem.

Die Jahrestagsberichte werden sich – zu Recht – mit der Unterdrückung von Frauen und Mädchen befassen, mit Bildungs- und Arbeitsverboten und mit der Zerschlagung der Zivilgesellschaft unter dem Taliban-Regime. All das ist real und verdient Aufmerksamkeit. Aber die Erzählung, die darum herum gebaut wurde, erlaubt dem Westen seine liebste Pose: die des großzügigen Wohltäters, dessen edles Projekt an einem undankbaren, rückständigen Volk gescheitert ist.

Was in dieser Geschichte fehlt, ist jene Gewalt, die die Rückkehr der Taliban überhaupt erst ermöglichte. Jenseits der klimatisierten Büros in Kabul lag das ländliche Afghanistan, wo Millionen Menschen die westliche Intervention nicht als Befreiung erlebten, sondern als zwei Jahrzehnte des Terrors: nächtliche Razzien, Menschen, die dem kollektiven Terrorverdacht ausgesetzt waren, ausgelöschte Hochzeitsgesellschaften und Beerdigungen – und Drohnen, die den blauen Himmel zur Hölle machten.

Fünf Jahre danach scheint eine Aufarbeitung vieler dieser Verbrechen dennoch voranzukommen. In Großbritannien untersucht eine öffent-

liche Kommission die Tötung von rund 80 Menschen durch Einsätze britischer Spezialkräfte zwischen 2010 und 2013. Was bis jetzt klar ist: Es gab „kill lists“ von unbewaffneten Afghan:innen, die in ihren Betten erschossen wurden, und „drop weapons“, also Kalaschnikows, die Soldaten mitführten, um sie neben Zivilisten zu legen und die Tötungen als Gefechte zu protokollieren.

In Australien fand der Brereton-Bericht 2020 glaubhafte Hinweise auf mindestens 39 rechtswidrige Tötungen. Im April 2026 wurde Ben Roberts-Smith, der höchstdekorierte Soldat des Landes, verhaftet und wegen fünffachen Mordes und Kriegsverbrechen angeklagt. Er bestreitet die Vorwürfe. In Neuseeland stellte eine Untersuchung fest, dass bei einer Operation im Jahr 2010 Zivilist:innen starben – und dass die Streitkräfte jahrelang ihre eigene Regierung in die Irre führten, um ihre Taten zu verdecken.

Und Deutschland? Mindestens 90 Menschen starben, als der damalige Bundeswehroberst Georg Klein 2009 bei Kundus einen Luftangriff auf zwei Tanklastzüge befahl, während Zivilisten sie umringten. Das Verfahren wurde eingestellt, einige der Angehörige bekamen ein paar Tausend Dollar Entschädigung – und Klein wurde 2012 befördert.

Zugleich wurde das Land ein Spielplatz westlicher Eliten. Die Epstein-Akten haben das in diesem Jahr gezeigt. Unter den vom US-Justizministerium freigegebenen Dokumenten findet sich eine E-Mail des Hyatt-Erben Tom Pritzker an Jeffrey Epstein aus dem Juni 2011, mitten in der blutigsten Phase des Krieges: Er sei in einem abgelegenen Tal Afghanistans; „Boys with Toys“, das sei sein Geburtstagswunsch gewesen, tags zuvor habe er Zeit mit General David Petraeus verbracht. Petraeus war zum damaligen Zeitpunkt der ranghöchste US-General in Afghanistan. Er empfing Pritzker und höchstwahrscheinlich auch andere Milliardäre.

Die USA hingegen wollen von kritischer Aufarbeitung weiterhin nichts wissen. Dort geschieht de facto seit Jahren eher Gegenteiliges. Donald Trump begnadigte 2019 Clint Lorange, der wegen des Befehls zur Ermordung unbewaffneter Afghan:innen im Gefängnis saß, und Mathew Golsteyn, dem der Prozess wegen der Tötung eines Gefangenen bevorstand. Dem Soldaten und Mitglied einer Spezialtruppe, Eddie Gallagher, der für zahlreiche Kriegsverbrechen in Afghanistan und im Irak verantwortlich sein soll, gab er den Dienstgrad zurück.

Heute führt Pete Hegseth das Pentagon, der jahrelang im Fernsehen mutmaßliche Kriegsverbrecher verteidigte. Im September 2025 beschossen US-Kräfte in der Karibik ein mutmaßliches Drogenboot – und danach ein zweites Mal die Überlebenden im Wasser. Abgeordnete beider Parteien sprachen von einem möglichen Kriegsverbrechen. Hegseth nannte es „die richtige Entscheidung“. Nichts anderes hatte Hegseth während seiner Einsätze im „War on Terror“ gelernt.

Die Tragödie Afghanistans lässt sich nicht verstehen, wenn man nur auf die Herrschaft der Taliban blickt. Man muss sie durch jene Verbrechen verstehen, die ihnen den Weg bereitet haben – und durch das Schweigen darüber. Solange sich der Westen dem nicht stellt, bleibt jede seiner Reden über Menschenrechte in Afghanistan unglaublich unwürdig.



Emran Feroz ist ein österreichisch-afghanischer Journalist und Buchautor. Sein 2021 erschienenes Buch „Der längste Krieg – 20 Jahre War on Terror“ über den Krieg in Afghanistan wurde zum Bestseller und erschien 2024 auch in den USA.

Lisa Schneider über Siedlergewalt im Westjordanland

Zum Abschuss freigegeben

Innerhalb von sechs Monaten gab es 660 Übergriffe. Das sind 110 pro Monat, mehr als drei pro Tag. Der Siedlerterror im Westjordanland eskaliert zusehends. In jedem der vergangenen Jahre wurde ein neuer Rekord aufgestellt. Immer brutaler werden die Attacken: 140 Verletzte, sechs Tote, so die Bilanz im ersten Halbjahr 2026.

Drei Beispiele allein aus diesem Jahr: Im März dringen Siedler in ein Dorf ein, packen einen Mann, ziehen ihn nackt aus, befestigen Kabelbinder an seinem Penis und zerren ihn so durch den Ort. Im April erschießt ein Siedler einen 14-jährigen Palästinenser auf dem Schulgelände. Im August belagert eine Gruppe von Siedlern drei palästinensische Familien in einem Weiler in der Nähe von Nablus, tagelang, während ihnen Wasser und Nahrungsmittel ausgehen.

Konsequenzen hat das keine. Weder in Israel, wo 94 Prozent aller Anzeigen wegen Siedlergewalt nicht einmal in einer Anklage enden. Noch in der Europäischen Union, wo auf besorgte Statements zu Menschenrechten und einer Zweistaatenlösung

keinerlei konkrete Konsequenzen folgen. Und sicherlich nicht in Deutschland, wo man sich nicht einmal dazu durchringen kann, einen Mann zu sanktionieren, der die gewalttätigen Siedler noch verteidigt – den rechts-extremen Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir.

Wie lange will man dem noch zusehen? Es ist das Minimum, dass alle, die sich an diesem Terror beteiligen, sanktioniert werden. So wie die vier Organisationen und drei Personen, die im Mai endlich auf der Sanktionsliste der EU landeten. Milliardenbeträge aus dem Haushalt Israels fließen unter der derzeitigen in Teilen rechtsextremen Regierung in die völkerrechtswidrigen Siedlungen. Die ausufernde Siedlergewalt ist vom Staat nicht mehr zu trennen.

Brüssel und Berlin müssen endlich Haltung zeigen gegenüber diesem von rechtsextremen Politikern regierten Staat. Im Oktober stehen in Israel Neuwahlen an. Der Moment, zumindest noch ein Zeichen zu setzen, ist jetzt.

siedlergewalt 3

Daniel Bax über AfD, BSW und die Ostwahlen

Die Linke als Stabilitätsanker

Da hat Thüringens AfD-Chef Björn Höcke einen Punkt: Wenn Sahara Wagenknecht und ihre Partei dazu bereit sind, in Sachsen-Anhalt mit der AfD zusammenzuarbeiten – warum dann nicht auch in Thüringen? Deshalb macht er ihr ein vergiftetes Angebot: Wagenknecht könne in Thüringen sogar Ministerpräsidentin werden, wenn sie es wolle, denn rein rechnerisch haben AfD und BSW dort zusammen im Landtag eine Mehrheit.

Höcke weiß natürlich, dass Thüringens BSW-Landeschefin Katja Wolf, die dem BSW einst beigetreten ist, um die Regierungsbeteiligung der Rechtsextremen zu verhindern, dazu nicht bereit ist. Aber mit seinem Vorstoß treibt Höcke einen Keil in die Partei, deren Spitze die Brandmauer zur AfD offen ablehnt. Wagenknecht hat Höckes Idee zwar prompt zurückgewiesen.

Zugleich aber macht sie keinen Hehl daraus, dass sie die Koalition ihrer Partei in Thüringen mit SPD und CDU ablehnt und Ministerpräsident Mario Voigt (CDU) gern stürzen würde, wenn sie könnte. Nur hat sie ihren Thüringer Landesverband nicht im Griff, was sie unum-

wunden zugibt. Nicht auszuschließen ist aber, dass sich einige BSW-Abgeordnete in Thüringen nun von ihrer Landeschefin abwenden und die bundesweit einmalige „Brombeer-Koalition“ aus CDU, BSW und SPD zerbröckelt.

Voigt ist ohnehin unter Druck und seine Regierung hat im Landtag schon jetzt keine Mehrheit. Er kann sich bei der Linken bedanken, dass sie seiner Regierung, wenn es drauf ankommt, zur nötigen Mehrheit verhilft – so, wie es die Linke auch in Sachsen macht, wo CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer ebenfalls keine Mehrheit im Landtag hat. Auch in Sachsen-Anhalt dürfte die CDU nach der Wahl auf die Linke angewiesen sein.

Die Linke ist im Osten Deutschlands ein Stabilitätsanker. Sie hat auch keine Alternative zu dieser Rolle, will sie eine Regierungsbeteiligung der AfD verhindern. Dass dieses Ziel Vorrang hat, darüber herrscht in der Linken breiter Konsens. Die CDU sollte sich dafür aber allmählich erkenntlich zeigen und ihr Linken-Bashing einstellen. Denn selbstverständlich ist das Entgegenkommen der Linken nicht. Es sollte seinen Preis haben.

Jan Feddersen über die neuen ESC-Regeln

Unfair und doch verständlich

Israelische Freunde und Freundinnen wird es nicht freuen, dass die European Broadcasting Union (EBU), das Netzwerk öffentlich-rechtlicher Medienanstalten, eine Regel für den Eurovision Song Contest, verändert hat. Und zwar eine, die wesentlich aktuell mit Israel zu tun hat. Schon im kommenden Jahr im bulgarischen Burgas mit dem Grand Final am 15. Mai, gilt nicht mehr, dass ein Sender des Siegerlandes automatisch das Recht auf die in jeder auch ökonomisch kostspieligen Hinsicht prestigeträchtige Austragung des nächstjährigen ESC hat.

Israels KünstlerInnen sind in den vergangenen Jahren stets knapp an einem Sieg vorbeigeschlittert. Dieses Jahr in Wien landete Noam Bettan auf dem zweiten Platz, genau wie im Vorjahr Yuval Raphael. Für die EBU wäre ein israelischer Sieg ein Alptraum: Schon in diesem Jahr hatten sechs ESC-Länder auf die Teilnahme in Wien verzichtet. Zu stark war der antizionistische Druck in ihren Ländern, Israels Teilnahme am ESC überhaupt für akzeptabel zu halten.

Im kommenden Jahr wäre der Protest vermutlich noch größer geworden – zu-

mal Israels wenig regierungsnaher Sender Kan kaum auf eine exzellente künstlerische Darbietung verzichtet hätte, um einen Sieg beim ESC gar nicht erst zu riskieren.

Der Beschluss der EBU ist kein echtes Novum: 2022, nachdem die ukrainische Band Kalush Orchestra in Turin den ESC-Sieg für sich entscheiden konnte, vergab die EBU die Ausrichtung des Song Contests an das Land, das den zweiten Platz belegte, Großbritannien. Ein ESC in Kyjiw wurde wegen der rund um die Uhr akuten Bombardierungsbedrohung durch Russlands Militär zu Recht als zu gefährlich eingeschätzt.

Die Regeländerung kommt einer Kränkung der israelischen Pop-Szene gleich, zumal nach dem 7. Oktober 2023. Aber er ist ein Kompromiss, denn damit ist auch ein Ausschluss Israels vom ESC selbst vom Tisch. Die deutsche ARD hat gewiss dazu motiviert vom Kanzleramt – gut so, schon vor einem halben Jahr erklärt: Ein ESC, der Israel ausschließt, ist einer ohne Deutschland. Das wiederum musste die EBU verhindern. Unschön, ungerecht, aber verstehbar im Sinne des ESC und seiner Erfolgsgeschichte.

talkshow

I got that summertime, summertime sadness

Wenn es im Sommer heiß ist, wird der Schlaf schlechter. Das kann psychisch krank machen. Wie immer können sich Reiche besser vor der Hitze schützen

Von Hannah Marlene Göschel

Es ist zu heiß. Sogar zu heiß zum Schlafen. Unter der Bettdecke zerfließt man. Ohne ist es zu ungemütlich. Und auch wenn das Fenster nachts sperrangelweit offensteht, man den Straßenlärm mit Ohrstöpseln auszublenzen versucht, staut sich die Hitze so sehr, dass das Schlafzimmer trotzdem einfach nicht abkühlen will.

Die Hitze raubt uns den Schlaf und den letzten Nerv. Stürzt die Klimakrise uns nun alle in die Sommerdepression? Vielleicht nicht uns alle. Doch gerade für diejenigen, die sich weniger gut vor Hitze schützen können, bedeuten das ein immens erhöhtes Risiko, psychisch zu erkranken. Und das sind, wie so oft, Menschen die von Armut betroffen sind.

Aber einen Schritt zurück: Warum ist Schlafentzug in diesen tropischen Nächten so ein Problem? Ist es zu heiß, können wir nicht einschlafen. Denn beim Einschlafen gibt der Körper Wärme ab, um unsere Körpertemperatur zu senken. Dafür muss es kühl genug sein.

Und: Bei Hitze haben wir weniger Tiefschlaf und REM-Schlaf. Die beiden sind für Erholung und die Verarbeitung der Erlebnisse des Tages besonders wichtig. Wir schlafen also später ein und nicht tief genug. Das hat Konsequenzen für unsere körperliche Gesundheit, zum Beispiel geht das mit einem erhöhten Risiko für Bluthochdruck, Infektionen oder Diabetes einher. Aber auch mit einem erhöhten Risiko für Depressionen.

Gerät unsere innere Uhr aus dem Gleichgewicht, wirkt das auf unseren Hormonhaushalt. Besonders das Schlafhormon Melatonin, das Glückshormon Serotonin und das Stresshormon Cortisol spielen hier eine Rolle. Sind sie alle im Ungleichgewicht, kann unser Körper schlechter mit Stress umgehen, kommt nicht mehr zur Ruhe. Das wirkt sich auch auf die Psyche aus.

Faktoren wie Schlafentzug und ein durcheinandergewirbelter

Hormonhaushalt gehören zu den Ursachen einer Sommerdepression. Bereits jetzt betrifft diese saisonal abhängige Form der Depression je nach Studie etwa vier bis sechs Prozent der Bevölkerung. Betroffene spüren vor allem starke Unruhe, Ängstlichkeit, Reizbarkeit. Und das über mehrere Wochen.

Bislang gilt der Winter als die düstere Jahreszeit. Der von Lethargie geprägte Winterblues ist bekannt, aber Sommerdepressionen? Die kennen bislang wenige. Außer Lana Del Rey, die mit „Summertime Sadness“ schon fast hellseherische Kräfte erahnen ließ. Vielleicht haben einige auch die Sängerin girl in red schon 2018 singen hören: „Summer depression, there is so much time to question my life.“

Vermutlich können wir uns darauf einstellen, dass in den kommenden Jahren weniger die allseits bekannten Winter- und stattdessen die Sommerdepressionen heiß diskutiert werden. Dann werden wir uns nicht nur in Grübelschleifen verheddern in schlaflosen Nächten, sondern auch in Debatten darum, was noch Müdigkeit und was schon Sommerdepression ist.

Worüber wir hoffentlich noch ausführlicher sprechen werden, ist, dass die psychische Belastung von hitzebedingtem Schlafmangel zwar auch wohlhabendere Menschen betrifft, aber größer für die Bevölkerungsgruppen ist, die es sich nicht leisten können, sich ins angenehme Kühl zurückzuziehen. Das sind arme, ältere und kranke Menschen. Also genau die Bevölkerungsgruppen, die schon jetzt häufiger von psychischen Erkrankungen betroffen sind.

So zeigt sich an den Auswirkungen von Hitze auf Schlafgesundheit einmal mehr, wie die Klimakrise gesellschaftliche Ungleichheit verschärft. Weil sie krank macht, uns alle. Aber diejenigen, die sich noch weniger vor ihr schützen können, ganz besonders.

Eine TV-Show als Mahnung

Russell T Davis, bekannt von „Queer as Folk“, hat eine neue Serie gedreht. „Tip Toe“ zeigt, wie Hetze gegen Queers in den vergangenen Jahren wieder zugenommen hat

Von Patrick Heidmann

Vorsichtig und auf den titelgebenden Zehenspitzen ist Leo (Alan Cumming), Protagonist des britischen Fünfteilers „Tip Toe“, eigentlich nicht unterwegs. Als schwuler und HIV-positiver Mann um die 60 Jahre erinnert er sich noch allzu gut an die Zeiten, in denen man sich verstecken und über die Schulter gucken musste, als dass er nicht heute – zumal als Betreiber einer queeren Bar auf Manchesters LGBTQ-Partymeile Canal Street – out and proud, laut und unübersehbar er selbst wäre. Dass sich nach Jahren des gesellschaftlichen Fortschritts in Sachen Akzeptanz und Gleichberechtigung der Wind wieder gedreht hat, will er dabei nicht so wirklich wahrhaben.

Die von Russell T Davis verantwortete und ab dem 13. August bei HBO Max verfügbare Serie, in deren Zentrum Leo steht, nimmt ein ungemein tragisches, bis ins Mark erschütterndes Ende. Dass darf an dieser Stelle verraten werden, weil „Tip Toe“ selbst damit nicht lange hinterm Berg hält: Gleich in den ersten Sekunden wird der drastische Schluss vorweggenommen, bevor die eigentliche Handlung dann zehn Tage zuvor damit ein-

setzt, dass Leo sich nach einem verkorkst geendeten One-Night-Stand aus dem eigenen Reihenhäuschen ausgeschlossen hat.

In Boxershorts und ohne Telefon klingelt er nebenan – und löst damit eine verhängnisvolle Kettenreaktion aus. Denn obwohl Nachbar Clive (David Morrissey), der da mit Ehefrau und zwei Söhnen lebt, eigentlich nicht viel übrig hat für Leo und „seinesgleichen“, bietet der meist schlecht gelaunte Elektriker an, künftig einen Ersatzschlüssel zu bunkern.

Die erste Idee zu „Tip Toe“ kam Davies bereits vor vielen Jahren, als er selbst einen zweiten Hausschlüssel bei der Familie nebenan deponierte. „Das dräuende Gefühl, erschien mir idealer Stoff für einen Thriller. Nur bin ich eben anders als die Harlan Cobens dieser Welt niemand, der ein Händchen für dieses Genre hat“, sagt der Serien-Macher in einem Gespräch mit der taz.

Er wurde als „Doctor Who“-Showrunner berühmt, schrieb mit „Queer as Folk“ TV-Geschichte, entwarf zuletzt erst

eine Near-Future-Dystopie („Years & Years“) und nahm dann Großbritanniens Umgang mit Aids in den 80er Jahren unter die Lupe („It’s a Sin“).

Mehr als zehn Jahre lang trug er die Schlüsselidee mit sich herum, bevor der Knoten platzte, wie er im Video-Interview berichtet: „Irgendwann kam ich darauf, dass der Thriller-Plot ein trojanisches Pferd sein könnte für etwas ganz anderes. Nämlich für meine wachsende Wut und ehrliche Sorge mit Blick auf die sich in westlichen Gesellschaften rapide verändernde Lage für queere Menschen und deren Rechte.“

Wut und Besorgnis sind gleichermaßen spürbar in Davies’ neuer Serie, die davon erzählt, wie Verschwörungstheorien und soziale Netzwerke zwischenmenschliche Kommunikation erschweren, online Hass geschürt und verbreitet wird und Gewaltbereitschaft aus dem Netz zusehends herüberschwappt in den realen Alltag.

„Ich kann nicht leugnen, dass ‚Tip Toe‘ eine wütende Geschichte erzählt und düsterer ist als alle meine bisherigen Serien“, sagt der 63-Jährige auf die Frage, welche der beiden Gefühle ihn

als Autor mehr umtreibt. „Wut ist ein hervorragender Antrieb, um etwas in Bewegung zu setzen. Aber sie ist nichts, was dauerhaft meine Kreativität am Laufen hält. Echte Sorge und die Hoffnung, etwas bewirken und verändern zu können, sind für mich persönlich ergebiger.“

Von emotionaler Einseitigkeit kann in „Tip Toe“ nicht die Rede sein, gleichwohl Davies zu keinem Zeitpunkt einen Hehl daraus macht, dass seine von Peter Hoar inszenierte Miniserie auch ein lautstarker Weckruf sein will – nämlich gegen einen Rückfall in queerfeindlichere Zeiten und für ein menschlicheres Miteinander. Es geht hier nicht nur um die Befindlichkeiten alter weißer Cis-Männer, sondern um ein Nebeneinander von Erfahrungen und eine uneindeutige Gleichzeitigkeit von Gemütszuständen.

Leos Weltsicht wird nicht nur von Stammgast Melba (Paul Rhys) herausgefordert, der die Entwicklung der Welt deutlich pessimistischer betrachtet, sondern auch von vielen jungen Mitarbeitenden, deren queerer Horizont ein ganz anderer ist. Insbesondere der von Iz Hesketh gespielten trans Frau Zee kommt

im Verlauf der Geschichte eine Schlüsselrolle zu.

Gleichzeitig wird Clive nicht einseitig zum Teufel verdammt, sondern wird psychologisch durchaus nuanciert betrachtet. Und auch seinen beiden sehr unterschiedlichen, 25 und 16 Jahre alten Söhnen wird genug Raum in der Handlung eingeräumt, in dem verschiedene Facetten männlicher Existenz im Jahr 2026 zwischen OnlyFans, Dating-Apps und postpubertärem Gruppenzwang durchgespielt werden.

Die Frage, ob es vielleicht zu viele Themen sind, die Davies aufs Tapet bringt, ist nicht unberechtigt. Von Generationskonflikten innerhalb der queeren Community bis hin zu den Existenzängsten der britischen Arbeiterklasse werden allerlei große Diskurse aufgegriffen, es geht um Pronomen und um Terfs, aber auch um den Brexit und den Coronalockdown.

Alles hängt miteinander zusammen, wenn es um den immer eklatanteren Riss geht, der sich heute, begleitet von einem zusehends verschärften Tonfall, durch unsere Gesellschaft zieht, lautet das Fazit der Serie. Was nicht heißt, dass mancher Nebenschauplatz wie etwas Leos inzwischen mit einer Frau liierte Ex-Mann nicht doch verzichtbar gewesen wäre.

„Tip Toe“ ist ebenso spannender Thriller (nicht trotz, sondern gerade wegen des vorweggenommenen Endes) wie eindringliches Drama, aber eben auch als mahnende Warnung zu verstehen. Manch mitunter pamphletartigem Dialogsatz zum Trotz: Dass er allgemeingültige Antworten oder Lösungsansätze zu bieten habe, gibt Davies nie vor.

„Früher dachte ich immer, Sichtbarkeit sei für die LGBTQ-Community der Schlüssel. Nach dem Motto: Je präsenter wir sind, desto weniger kann man uns unsere Rechte vorenthalten“, konstatiert er einigermaßen ratlos. „Heute ist unsere Sichtbarkeit so groß wie nie – und zumindest in den sozialen Netzwerken das, was am meisten gegen uns verwendet wird. Je sichtbarer wir uns aktuell machen, desto angreifbarer werden wir auch.“

Nur in einem ist er sich sicher und dabei ganz auf der Linie von Leos Stammgast Melba: „Ich habe es schon 1999 mit Blick auf meine Arbeit bei ‚Queer As Folk‘ gesagt, heute gilt es mehr denn je: Offensiv und selbstverständlich queer zu sein ist ein politischer Akt!“

Alan Cumming (Leo) und David Morrissey (als sein aggressiver Nachbar Clive) in der Serie „Tip Toe“
Foto: Channel 4/HBO Max/dpa



Anna Fastabend
Midlife
Monologe

Ein paar Stündchen Pause

Für mich gehört es zur Lebenskunst, manchmal aus Berlin zu fliehen. Anders als die vielen Menschen, die den Sommer hier angeblich so lieben, finde ich ihn einfach nur anstrengend. Aus jeder ganz normalen Straße wird ein Laufsteg für Möchtegernmodels, alle sind ständig

aufgeregt, und wenn man nicht aufpasst, fährt man versehentlich einen Touristen über den Haufen.

Also steige ich frühmorgens in den Zug und lasse mich mit einem Zwischenstopp in Prag an den Wiener Hausstrand bringen. Mein Kater vom Vorabend hält sich in Grenzen, vor mir liegt ein hinreißendes Salamirötchen mit Remoulade. Beim Blick aus dem Fenster beobachte ich, wie sich die ostdeutsche Steppe in eine pittoreske Flusslandschaft verwandelt. Ich merke, wie mein Nacken sich entspannt.

In Prag entscheide ich mich, dieses Mal nicht am Hauptbahnhof, sondern in Praha Holešovice auszusteigen. Welch gute Entscheidung! Denn kaum betrete ich die Bahnhofshalle, beamt mich das schlicht gehaltene, sozialistische Gebäude in eine tschechische Tragikomödie aus den 80ern. Links befindet sich ein altmodischer

Infoschalter, rechts sitzen vereinzelt Passagiere in behaglichen Nischen aus Granitstein und Holz und blicken in einen kleinen, verwunschenen Park.

Ich aber will weiter, denn ich habe mir fest vorgenommen, meinen zweistündigen Aufenthalt mit einer Schatzsuche zu füllen: Ich will Thriften gehen, also nach Second-Hand-Kleidung stöbern. Diese altbekannte Obsession hat sich langsam wieder in mein Leben geschlichen.

Denn während andere ihre Sonntage mit plärrenden Kleinkindern auf dem Spielplatz verbringen mussten, suchte ich die Berliner Flohmärkte auf. Nun plane ich, mit meinen erbeuteten Schätzen das große Geld zu verdienen. Das Problem ist nur: Alles, was ich gekauft habe, liebe ich so sehr, dass ich es nicht mehr hergeben will.

Aus dem kühlen Bahnhof geht es in die Prager Hitze. Mehr als 30 Grad

sind es hier heute, und während ich auf dem Weg zur Tram bin, hoppelt mir ein Feldhase über die Füße. Fast wie bei „Alice im Wunderland“, denke ich. Was mir irgendwie passend vorkommt, weil auch ich mich gerade öfter mal frage, warum vieles in meinem Leben so absurd und willkürlich erscheint und wie ich damit eigentlich umgehen möchte.

Ich laufe an einem vertrockneten Baum mit winzigen Zieräpfeln vorbei. Mir gegenüber ein Plattenbau mit einer großzügig bepflanzten Terrasse, dahinter ragt ein historischer Fabriksschornstein in den blauen Himmel. Ich höre „Sandstorm“ von Darude, die Linie 17 kommt mit winzigen Regenbogenfähnchen über die Brücke gefahren.

Nur zwei Stationen später befinde ich mich am Ziel meiner Wünsche: in einem riesigen Shop voller gebrauchter knallbunter Kleidung aus mehre-

ren Jahrzehnten. Zuerst durchstöbere ich die Sommerkleider, dann die Röcke. Das meiste passt mir nicht, aber ich nehme einen sonnengelben Rock und ein Bandana mit.

Zurück am Bahnhof, kaufe ich mir ein Cornetto und gehe damit zum Gleis. Eine Wespe schwirrt bedrohlich um mich herum. Wenn ich die jetzt verschlucke, werde ich hier sicher erstickten, denke ich. A. ruft an, er liegt im Bett, rasiert. „Ich habe mich extra schön für dich gemacht“, sagt er, ich schicke ihm einen Luftkuss und setze mich zu den anderen Fahrgästen auf die Bank.

Wie ein Figurenensemble auf der Stange sitzen wir hier. Das Mädchen mit dem rosa T-Shirt, ihre Eltern und ich. Ich höre die Leute um mich herum leise Tschechisch sprechen, ein Güterzug rast durch, unsere Haare wirbeln im Wind, ich rieche Weichspüler. Das Leben ist manchmal gut.

taz mixtape

Über Popmusik in der taz zu lesen, ist das eine. Wie sich das anhört, was die Autoren da beschreiben, das andere.

Deswegen gibt es das Beste aus der Musikberichterstattung der taz Kulturredaktion jeden Freitag in einer Radio-Version: taz Mixtape von und mit **Klaus Walter**.



taz hören!

freitags 17–18 Uhr

taz mixtape

auf ByteFM



Kim Gordon von Sonic Youth bei einem Konzert in Westberlin 1984
Foto: Petra Gall/Zebra

Allem Shoegazing wohnt Melancholie inne

Traumhaftes aus der Tiefschlafphase: „Still in a Dream“, das neue Werk des britischen Autors Simon Reynolds widmet sich Shoegaze, Slackern und Dreampop 1984–94

Von Maurice Summen

Im Orwelljahr 1984 heißen die größten Popstars Wham!, Depeche Mode, Frankie Goes to Hollywood, Laura Branigan und Prince. Die SciFi-Komödie „Ghostbusters“ wird zum Blockbuster im Kino, sogar der Titelsong von R&B-Sänger Ray Parker Jr. wird im Radio rauf und runter gespielt. Die Kulturindustrie perfektioniert damit zum ersten Mal Crossmarketing als Promotionskampagne.

Rockmusik gilt in dieser Zeit längst als der angestaubte Sound der Eltern, auch der revolutionäre Geist von Punk oder Postpunk als Ergebnis des chaotisch inszenierten „Rock ‘n’ Roll Swindle“ ist 1984 bereits verpufft.

Synthesizer, Drumcomputer und kühle Hallräume bestimmen den Sound in den Charts. Mithilfe von Midi-Technologie lassen sich Maschinen bereits leichter miteinander synchronisieren und ermöglichen es, mit elektronischen Klangerzeugern wie eine Band zu performen. Schon damals waren Musikerwerkstätten alles andere als begeistert von der neuen Technologie, die so manchen Studiomucker arbeitslos machte.

Popmusiker:innen lassen sich Mitte der 1980er lieber mit einem Umhängekeyboard oder vor virtuellen Tron-Welten ablichten, als öffentlich eine Gitarre in die Höhe zu recken. Selbst die Rolling Stones und Paul McCartney flirteten mit der sogenannten New Wave.

Und „You’re My Heart, You’re My Soul“ von Modern Talking (konzipiert vom ehemaligen DKP-Mitglied Dieter Bohlen) war westdeutscher Erz-Synthie-Pop und in seiner Schmalzigkeit – mit der auch Popstars à la Rick Astley ihr Publikum begeisterten – ein State-of-the-Art-Pop-Produkt. Hitsongs verkauften sich noch wie geschnitten Brot.

In der Afrodiaspora der USA entwickelten sich HipHop und das neue elektronische Musikgenre Acid House, erste Tracks, produziert mit minimalistischem Equipment, stürmten an die Chartspitze als Vorhut einer Dancefloorbewegung, die sich konsequent von der Schule der Rockmusik verabschiedete.

Der britische Popjournalist Simon Reynolds startet in seinem neuen Buch „Still in a Dream“ ausgerechnet in dem Jahr, in dem bekanntlich George Orwell seinen Dystopieroman ansiedelte, um sich auf die Suche nach wegweisender Gitarrenmusik zu machen!

Sein Buch endet schließlich 1994. Justamente in dem Jahr, als sich US-Rockstar Kurt Cobain (Nirvana) das Leben nahm. Reynolds möchte mit diesem Buch „die definitive Geschichte der Slacker und Shoegazer“ erzählen, die in dieser kurzen Zeitspanne Undergroundrock seiner Meinung nach „neu erfunden“ haben – und die schließlich im tragischen Weltereignis Nirvana endete. Wie ist es dazu gekommen?!

Eine zentrale Rolle spielen für Reynolds die Künstler:innen des britischen Indielabels 4AD. Bands wie die US-amerikanischen Pixies, aber vor allem die wavigeren Briten Cocteau Twins, die inzwischen bis in die Gen Z hinein Kultstatus genießen. Vor allem Songs ihres Albums „Heaven or Las Vegas“ dürfen gegenwärtig in keiner Playlist fehlen.

Selbstverständlich handelt das Buch auch von Sonic Youth und den Anfängen der Weltstars R.E.M. Reynolds hat als Redakteur des britischen Musikmagazins *Melody Maker* zwischen 1986 und 1990 mit allen relevanten Bands Interviews geführt. Und die vielen Zitate machen das Buch auch sehr lesenswert. Sein Fundus an interessan-

ten O-Tönen scheint unerschöpflich. Den Buchtitel hat er sich von der britischen Shoegaze-Band My Bloody Valentine ausgeliehen: „(When You Wake) You’re Still in a Dream“ heißt ein Song

Introspektive Musik jener Zeit tritt absichtlich auf der Stelle. Als Antwort auf eine Welt, in der Mensch wenigstens seinen Träumen trauen möchte – so diffus sie auch sein mögen

auf ihrem wegweisenden Album „Isn’t Anything“ (1988).

Shoegaze beschreibt den Blick von scheuen Musiker:innen auf den Boden, die seinerzeit vor lauter Bühnenangst mehr mit ihren Effektpedalen als mit dem Publikum in Kontakt traten. Auch die hierzulande sträflich unterschätzte britische Band A. R. Kane, die ihre Musik selbst als „Dream Pop“ labelten, stand bei der Titelgebung Pate.

Und natürlich R.E.M. – bekanntlich die Abkürzung für „Rapid Eye Movement“, der sogenannten Tiefschlafphase.

Während selbst bei Hardrockhits wie „The Final Countdown“ von Europe demonstrativ Synthesizer und Sequenzer im Mix nach vorne gemischt wurden, war aus dem Geist des Summer of Love in der Tradition von Blues und Folk nur noch ein Soundtrack zum Einsatz der Nebelmaschine im Stadion geworden.

Wo war er nur hin, der Geist der Jimi Hendrix Experience?! Das psychedelische Spiel mit den Sounds?! Die magischen Verzerrungen in sakralen Hallräumen?! Oft mehrstimmig vorgetragene, verträumte Gesänge à la Mamas and Papas?! Der feingewobene Soundtrack zum LSD-Trip?!

Aber wohin mit dem Unbehagen?! Wenn das, woran man glaubte oder wonach man sich sehnte, so gar nichts mit den Bands und ihren Images im Mainstreamop resonierte? Überhaupt die Unterscheidung von Underground und Mainstream: Musik, die bewusst fürs Collegeradio produziert wurde, ohne Rücksicht auf das, was heute noch als Formatradiosound bezeichnet wird.

Wo eine gewisse LoFi-Ästhetik sowohl aus Geldmangel und mangelnder Produktionserfahrung als eben auch aus einer gewissen Überzeugung heraus entstand. Und wo die Alben am Ende Indielabels wie die schon erwähnten 4AD und das US-Hardcorepunklabel SST in Plattenläden standen – die garantiert noch nicht davon leben mussten, wiederveröffentlichte Fleetwood-Mac-Werke zu verkaufen, so wie das heute der Fall ist.

Simon Reynolds findet in der ersten Hälfte seines Buchs einen schlüssigen ästhetischen Faden in seinen klingenden Traumwelten. Vom sirenenhaften Gesang einer Elizabeth Fraser (Cocteau Twins), der nicht nur unfassbar verhallt gemischt ist, sondern oft auch nur aus gut klingenden Worten besteht, über die lauten Rockwände von J. Mascis (Dinosaur Jr.) in bester Neil-Young-&-Crazy-Horse-Manier, bis hin zu den in-

novativen Gitarrenschraffuren eines Kevin Shields von My Bloody Valentine.

Erstaunlich oft fällt in Reynolds Werk die kalifornische Folkrockband The Byrds als Referenz – ob von Spacemen 3 aus England oder The Replacements aus den USA genannt. Die Punkgeneration hatte weitestgehend versucht, zu allem, was unter Hippieverdacht stand, auf Distanz zu gehen. In Reynolds’ Buch rücken Bands in die Hauptrolle, in denen Frauen endlich zu den stilprägenden Künstlerinnen gehören – wie Kim Deal von den Pixies und Kim Gordon bei Sonic Youth. So spinnt Reynolds die Geschichte der 1960er-Psychedelia konsequent und zugleich auch progressiv weiter.

Aber alle Protagonist:innen kennen sowohl die peinsame Innerlichkeit der Hippiegeneration als auch den enttäuschenden Ausverkauf des Punks. So wohnt aller Rockmusik von „Still in a Dream“ eine schwere Melancholie inne. Und weil vorherige Undergroundbewegungen mit all ihrem oft esoterischen Aufbruchs- und Ausbruchsgehebe die Welt am Ende nur schlimmer gemacht haben, weiß der lärmende Rock von Sonic Youth, Pixies, Hüsker Dü und My Bloody Valentine auch gar nicht, wohin er eigentlich ausbrechen soll. Wogegen er noch aufbegehren soll!

So tritt die introspektive Musik dieser Zeit als Wall of Sound absichtlich auf der Stelle. In einer schrecklichen Welt, in der Mensch wenigstens seinen Träumen trauen möchte – so diffus sie auch immer sein mögen.

Dass Simon Reynolds in „Still in a Dream“ keinen Blick auf das bundesrepublikanische Geschehen wirft, sei ihm verziehen. Der Schwerpunkt liegt ganz klar auf seinen Lieblingsbands aus UK und die USA.

Simon Reynolds: „Still in a Dream. Shoegaze, Slackers and the Reinvention of Rock, 1984–1994“. White Rabbit, London, 2026. 464 Seiten, ca. 25 Euro. Eine deutsche Übersetzung erscheint im Dezember im Ventil-Verlag/Mainz.



Die britische Shoegaze Band My Bloody Valentine, 1991
Foto: Joe Dilworth/Intercord Stgt

szene

Ein Applaus für die Sonne

Es scheint, als würden alle darauf warten, dass die Aliens kommen und sie in Raumschiffen abduzieren, wie in einem Blockbuster der Achtzigerjahre. Das meint meine Freundin, als sie meine Bilder vom wegen der Sonnenfinsternis völlig überfüllten Tempelhofer Feld sieht: Menschen mit Sonnenfinsternisbrillen, selbst gebastelten Lochkamas und Camera obscuras.

Auch ich spüre zunächst ein dystopisches Gefühl, als ich die Wohnung verlasse und auf der Straße bin: Eine Menschenmasse strömt durch die Herrfurthstraße in Richtung Feld. Vor jedem Späti stehen Schlangen. Die Polizei versucht, den Verkehr zu organisieren, während Autofahrer*innen im Stau hupen und schimpfen. Das Gefühl hat trotzdem etwas Schönes: Statt sich in Zombies zu verwandeln und gegenseitig aufzufressen, kommt die Menschheit zusammen, um gemeinsam die letzte Sonnenfinsternis überhaupt zu sehen, denke ich. Unterschiede spielen keine Rolle, stattdessen sind alle lieb zueinander.

Einmal auf dem Feld begreife ich die wahre Dimension dessen, was gerade passiert: Musik und Glitzer, es herrscht die Atmosphäre eines Festivals oder einer Party am Strand auf Ibiza (oder zumindest so, wie ich mir das vorstelle). Unter dieser Menge und trotz fehlenden Empfangs schaffen meine Freundin L. und ich es, uns zu treffen. Sie teilt meine apokalyptische Sicht auf die Situation nicht. Ihr Enthusiasmus ist ansteckend. Bald versammelt sich eine Gruppe um uns, um ihre Experimente mit dem Nudelsieb, die sie aus dem Internet nahm, zu beobachten.

„Heute sind wir alle wie Sechsjährige“, sagt sie. Von den selbst gebastelten Vorrichtungen um uns herum ist sie fasziniert. Es sind viele, die keine Eclipse-Brille bekommen haben. Immer wieder wird gejubelt. Als die Sonne hinter dem Horizont verschwindet, ertönt ein riesiger kollektiver Applaus. Die Show ist beendet. Arm in Arm gehen wir zurück nach Hause. So etwas werden wir nicht noch einmal erleben.

Luciana Ferrando

Wo Zwerge friedlich streiten

Das Festival „Theaternatur“ im Harz übt, kurz vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, Dialog über Meinungsgrenzen hinweg. Plädoyer für eine Streitkultur

Von Jens Fischer

Nicht wie Bewohner einer Kleinmänner-WG, die sich mit gleichgesinnter Heiterkeit in Freizeitritualen vom Untertagejob erholt, sondern einander entfremdet kommen die Figuren bei der Eröffnung des 12. „Theaternatur Festivals“ auf die Waldbühne in Benneckenstein. Das ist eine halbrunde Freilichtarena mit fast 500 Sitzplätzen, zwei Kilometer entfernt vom Dreiländereck im Harz.

In dieser ehemaligen Bergbauregion mit ihrer noch nicht geheilten West-Ost-Zerrissenheit funktioniert die zerbrochene Bergarbeitergemeinschaft der erwähnten Schneewittchenzwerge als Identifikationsobjekt und als Beispiel fürs allgemeine Unbehagen an einer Kultur der Ab- und Ausgrenzung.

Solch regional verankerte, an klassische Stoffe angedockte Auseinandersetzungen mit den blühenden Problemlandschaften der Welt zeichnet die Eigenproduktionen dieses Festivals der freien darstellenden Künste aus. Die Uraufführung „Irgendwas mit: Schneewittchen! Alles was ich dir nicht glaube“ von Regisseur Benjamin Junghans und Dramaturgin Rosa Rieck ist ein herausragendes Beispiel für das Motto „un|verbunden?“.

„Aber es ist nicht klar, ob wir so etwas auch nächstes Jahr noch machen können“, sagt Festivalleiter Jan-Hendrik Hermann. Denn die Waldbühne liegt auf der östlichen Seite der einstigen innerdeutschen Grenze: in Sachsen-Anhalt.

Dort finden am 6. September Landtagswahlen statt. Den Wahlkreis rund um die ehemalige CDU-Hochburg Benneckenstein hat bei der Bundestagswahl 2025 die AfD mit 38,4 Prozent gewonnen, aktuelle Prognosen klingen noch desaströser. In Benneckenstein wehen viele Deutschlandfahnen.

Mit Kultur will die AfD Sachsen-Anhalt nach einem Wahlsieg für „für eine patriotische Wende“ sorgen. Fördergelder seien nur noch an Einrichtungen zu vergeben, die zuvor ein „Bekenntnis zur deutschen Nationalkultur“ abgaben. Zu dieser Gesinnungskontrolle und Gleichschaltung wären die Macher der ästhetischen und inhaltlichen Festivalvielfalt eher nicht bereit. Obwohl



Streiten und vertragen: (Zwergen-)Männer am (Stamm)tisch Foto: Nordstadtlicht

das Land laut Hermann bereits 45.000 Euro für die Festivalsausgabe 2027 vom Land zugesagt hat, stehen die auf der Kippe, weil die Bewilligung nur vorbehaltlich der Haushaltslage gilt.

Fraglich sei auch, ob nach einem AfD-Wahlsieg Lotto Sachsen-Anhalt erneut 47.000 Euro zuschieße, ob Stiftungen und Geldinstitute weiter unterstützen und 50 regionale Sponsoren aktiv bleiben würden, die derzeit mehr als ein Drittel zum 250.000-Euro-Etat beitragen. Dass zeitgenössisches Theater vor Ort schon jetzt nicht nur Liebhaber hat, zeigt Vandalismus vor der Eröffnung: „Theaternatur“-Banner wurden aufgeschlitzt, ein eingeritztes Hakenkreuz musste entfernt werden.

Unter den 20 Schauspiel-, Performance-, Musik- und Tanzgastspielen des Festivals befindet sich durchaus das, was die AfD wohl mit Begriffen aus ihrem Regierungsprogramm – als „antideutsche Kunst“ oder „International(istisch)es“ – diskreditieren würde, etwa das Dokumentarstück „Radikal Jung – Rechtsextremismus unter Jugendlichen“, vom Berliner Kollektiv Polyformers mit Harzer Jugendlichen neu eingerichtet. Oder das „German Songbook“-

Konzert, in dem Volkslieder in die Klangkultur von Jazz und Tango überführt werden.

Auch das Gastspiel „#armutsbetroffen“ (Lichthof Theater Hamburg) ist kein schwarz-rot-goldener Jubelabend. Möchte „Theaternatur“ ein offensives Anti-AfD-Festival sein? „Auf keinen Fall“, sagt Festivalleiter Hermann. Seine Sehnsucht gilt dem sozialen Mehrwert des Theaters, unterschiedliche Menschen zusammenzubringen, etwa Wähler der AfD und der Linken mit den Aufführungen in andere Perspektiven eintauchen zu lassen und Lust an der gemeinsamen Befassung mit der Welt zu wecken. Das Theaterfestival als gesellschaftlicher Kitt: Darauf lau-

Dass zeitgenössisches Theater vor Ort nicht nur Liebhaber hat, zeigt Vandalismus vor der Eröffnung: „Theaternatur“-Banner wurden aufgeschlitzt, ein Hakenkreuz musste entfernt werden

fen die Ansagen und Moderationen Hermanns hinaus.

Beispielhaft sind die Zwerg:innen in der besagten „Schneewittchen“-Befragung. Als eine Art erdverbunden-harmonischer Urgemeinschaft werden sie häufig wichtelputzig interpretiert. In der Benneckensteiner Version dagegen kommen fünf von ihnen zum 100. Todestag der Prinzessin zusammen, die sie zur Haushaltshilfe abgerichtet hatten.

Nun wollen sie gedenken, singen und Erinnerungen abgleichen. Dabei wird deutlich: Jede:r hat die Umstände ihres Todes, der zum Auseinanderfallen der Clique führte, anders wahrgenommen. Inzwischen sind alle völlig unterschiedlich denkende, meinende, fühlende Wesen.

Was sie einzig noch eint, ist ihre Haltlosigkeit im Hier und Heute. Das wird beim Anstimmen von „Ebony and Ivory“ sofort deutlich und der Vortrag des Popstatements für die Eintracht diverser Hautfarben schnell wieder abgebrochen. Zuvor ist von Schneewittchen die Rede als Zuwanderin, der Schutz und eine neue Heimat geboten wurde.

Ihre Fremdheit aber sei zu integrieren gewesen, was für sie bedeutet habe, das streng reglementierte Leben der Zwerg:in-

nen perfekt einzuüben und zu bedienen. Bei diesem Vortrag verknäuelte sich der Schauspieler unter einem Tisch, um die geistige Enge des Gesagten physisch zu illustrieren.

Dagegen behaupten weitere Stimmen, was Schneewittchen anders gemacht habe, sei eine Aufwertung des eintönigen Alltags gewesen. Natürlich wird diskutiert, ob sie nur ein Rollenklischee reproduziert, Erwachsenen werden falsch verstanden und als devote Care-Arbeiterin auf einen Märchenprinzen gehofft habe. Gegen diese „scheiß Idee“ eines Happy Ends wird eine emanzipierte Variante erdacht: Habe Schneewittchen nicht mal gesagt, sie wolle keinesfalls den Rest ihres Lebens für sieben Männer die Unterhosen bügeln?

Aber so stark die Meinungen der Zwerg:innen auch auseinander gehen: Sie treten immer wieder in den Dialog, hören zu. Streiten. Trennen sich nicht endgültig, sondern verabreden ein neuerliches Treffen. Zeigen den Mut, im Gespräch zu bleiben.

Das „Theaternatur Festival“ in der Waldbühne Benneckenstein im Harz (Dreiländereck zwischen Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Thüringen) läuft noch bis 23. 8. 2026.

Anzeige

MACHT'S EUCH UNBEQUEM

taz

In festen Weltbildern lässt es sich zwar gemütlich einrichten, doch staubt man auch schnell ein. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.



10 Wochen, 10 Euro
Mo – Fr digital, samstags gedruckt



taz.de/abo

Diese Spur führt geradewegs zur Euphorie

Mit „Ambiguous Desire“ findet die Londoner Popkünstlerin Arlo Parks zum elektronischen Dancefloor. Wie weit geht ihre Musik über das Epigonale hinaus?



Arlo Parks beim Nachtschwärmen Foto: Joshua Gordon

Von **Dagmar Leischow**

„Elektronische Tanzmusik habe ich immer geliebt“, versichert die gebürtige Londonerin Arlo Parks glaubhaft, „vor allem die spezifisch britische Variante.“ Wobei sie die Welt erst aus ihrem imperialen Schlafzimmer heraus erobert hat, und zwar mit intimen Bedroom-Popsongs, wie sie sich auf ihrem Debüt „Super Sad Generation“ und dem preisgekrönten zweiten Album „Collapsed in Sunbeams“ 2021 noch zuhauf fanden. Einheitsware hatte auch das Nachfolgewerk „My Soft Machine“ 2023 keine geliefert, doch schielte dessen Sound schon ein bisschen auf die Tanzfläche. Nun, mit ihrem vierten Album „Ambiguous Desire“, schöpft die 25-jährige endlich aus denselben Quellen wie ihre großen Helden Burial und Jamie xx. Darum wollte Arlo Parks, die inzwischen in Los Angeles lebt, unbedingt wissen: Wie sind Tracks von beiden eigentlich produziert? Sie begab sich daher auf Recherche und frequentierte Clubs, in Los Angeles tummelte sie sich

auf DiY-Underground-Raves. Manchmal begleitete ihr Produzent Baird die zur begeisterten Clubberin mutierte Sängerin während ihrer nächtlichen Streifzüge. Hinterher gingen die beiden zuweilen direkt zum Musikhören in Bairds New Yorker Loftstudio. Inspiriert von dem, was sie zuvor gehört hatten, nahmen sie spontan auf. Wenig verwunderlich, dass die Musik von Arlo Parks auf „Ambiguous Desire“ jetzt experimenteller klingt als alles, was sie zuvor veröffentlicht hat. Breakbeats schmücken den dritten Song „Get Go“. In „Nightswimming“ poppt ein UK-Garage-Rhythmus auf. „Heaven“ erzählt von einer mitreißenden Clubnacht, zumindest rein oberflächlich betrachtet. Für Arlo Parks geht dieser Track nämlich tiefer: „Er feiert die platonische Liebe einer Community. Diese Erfahrung ist so mitreißend, dass man sich leicht darin verliert.“ „Heaven“ setzt einen also auf eine Spur, die zur Euphorie führt. Man

ahnt: Dabei kann es eigentlich nicht bleiben. In „Luck of Life“ und „What if we say it?“ hat Arlo Parks wiederum eine Trennung thematisiert, musikalisch bringt sie das mit einer düsteren Klangatmosphäre deckungsgleich. „Meine Musik sollte Ihre Texte halten am Nachdenklich-Poetischen fest. Mit interessanten Zwischentönen ein menschliches Maß haben,“ resümiert die Künstlerin. „Das Leben ist bittersüß. Deshalb wollte ich Höhen und Tiefen gleichermaßen einfangen.“ Und welche Rolle spielen Selbstzweifel dabei? Eine Antwort auf diese Frage liefert der Track „Senses“, ein bewegendes Duett mit dem britischen R&B-Sänger Sampha.

Eine Art Selbstreflexion steckt in Zeilen wie „I can’t find no love / No love for myself“ und „Treat myself with this impatience / I would never give a friend“. Für Menschen, die man liebt, bringt man oft sehr viel Geduld auf, bilanziert Arlo Parks. „Uns selbst vernachlässigen wir dagegen häufig sträflich.“ Mit den Songs von „Ambiguous Desire“ setzt die Künstlerin gegen diesen Missstand ein Zeichen: „Die Musik kreist darum, dass ich mich ebenso gut behandeln möchte wie andere. Ich strebe nach Selbstakzeptanz.“ Die scheint sie zuletzt tatsächlich gefunden zu haben, jedenfalls vermittelt das Finale mit dem seltsamen Titel „Floette“ diesen Eindruck. „What does it mean if I don’t change? / What does it mean if I can’t change?“, fragt Arlo Parks beschwörend. Hier führt sie etwas Konkretes im Schilde, hofft auf die Gabe, dass Menschen dazu imstande sind, sich verändern zu können: „Dinge, die

sich ändern, sind die einzige Konstante im Leben.“ Wer das annimmt, so glaubt Arlo Parks, tut sich grundsätzlich leichter – siehe die letzten Worte, mit denen sie ihr Album durchaus optimistisch ausklingen lässt: „We’re blossoming“. Aufgeblüht ist Arlo Parks auch künstlerisch. Mit elektronischen Elementen bringt sie ihren Sound auf ein neues Level, ohne die atmosphärische Kraft ihres Songwritings deshalb zu opfern. Ihr musikalischer Hintergrund bleibt unverkennbar, ihre Texte halten am Nachdenklich-Poetischen fest. Mit interessanten Zwischentönen. „Ambiguous Desire“ ist ein mutmachendes Album, das sogar in tristen Zeiten Hoffnung spendet. **Arlo Parks:** „Ambiguous Desire“ (Transgressive Music/PIAS); live: 30.10. 2026 Köln „Carlswerk Victoria“, 31.10.2026 Berlin „Uber Eats Hall“, 16.11. 2026 München „Muffathalle“

Das Klang-Raum-Ambiente ist faszinierend

Im Dialog: Das Ensemble Kaleidoskop in Berlin und die israelische Solistin Maya Dunietz laden immer wieder internationale MusikerInnen für Kollaborationen ein

Von **Stephanie Grimm**

Wo genau entstehen Töne? In dem Instrument, das Schwingungen erzeugt und vielleicht einen Resonanzkörper besitzt, oder doch erst im Gehirn des Menschen, der dies hört? Auf diese Frage lieferte ein immersiver Konzertabend in der Halle am Berghain in Berlin am Mittwoch zwar keine abschließende Antwort, aber doch recht stimulierende Annäherungen. Zum einen mit der Uraufführung von „Trembling / Drifting“, einer Zusammenarbeit des Berliner Solistenensembles Kaleidoskop mit dem in Seoul ansässigen Ensemble WhatWhy Art. Zeitgenössische Avantgarde verbindet Letzteres mit traditionellen koreanischen Klangwelten, erzeugt mit Instrumenten wie dem Daegeum (einer schnarrigen Bambus-Querflöte) und dem Geomungo (einer kraftvoll klingenden Zither). Zum anderen durch das Musik- und Performanceprojekt „Sound Of Difference“, einer seit 2023 bestehenden Zusammenarbeit des Ensembles mit der israelischen Komponistin Maya Dunietz. Die 45-jährige Künstlerin blickt

auf eine bewegte musikalische Sozialisation zurück, in der sie immer wieder auch Inspiration in der Bildenden Kunst fand. Klang wirkt bei Dunietz oft wie eine Installation, die den Raum gestaltet – und umgekehrt zugleich von diesem geformt wird. Unlängst erschien ein im Kontext dieser Zusammenarbeit entstandenes Album. „The Sound of Difference and Connection“ besteht überwiegend aus filigranen Drone-Sounds, die ihre innere Spannung daraus ziehen, dass in einem Resonanzfeld zwei minimal unterschiedliche Frequenzen aufeinandertreffen. Durch diese mikrotonale Reibung entsteht eine dritte, nur im Raum existente Klangebene: eigentümlich pulsierend, einlullend und latent beunruhigend zugleich. „The Sound of Difference and Connection“ nennt sich zugleich aber auch die konzeptionelle Erweiterung des Kernprojekts. Seit 2024 laden sich das Solistenensemble Kaleidoskop und Dunietz jeweils internationale Gäste für trilaterale Begegnungen ein. Die Idee: Sie suchen dabei auf kulturelle Unterschiede klangliche Antworten zu finden.

Zum Auftakt dieses Abends in Berlin müssen die im weitläufigen Raum verteilten vier Musiker:innen von WhatWhy Art jedoch erst einmal physisch zueinander finden – auf recht tastende Weise und mit Klängen, die mitteleuropäische Ohren auf ungewohnte Weise kitzeln. Leider ist dieser Teil des Konzerts bald schon vorbei. Ein bisschen wirkt das abrupte Ende, als stelle man nach einer ausführlichen Vorstellungsrunde fest, dass man sich nun doch nicht mehr unterhalten muss. Vielleicht ist ja auch das Wesentliche schon gesagt und bleibt ohne nähere Kenntnis koreanischer Musiktraditionen schlichtweg „lost in translation“. Dunietz leitet den zweiten Teil des Abends ein, indem sie einige Worte an das Publikum richtet. Die gehen jedoch in der Weite des Raums leider verloren. Angestrengt lauschende Mienen und vielerorts Schulterzucken, weil kaum zu verstehen ist, was sie sagt. Nur ihre Ermunterung, sich im Raum zu bewegen, wird dann doch verstanden und verstärkt umgesetzt. Das Schlendern um den Stuhlkreis herum, in dem nun das Ensemble Kaleidoskop musiziert,



Es fährt ein Zug nach Nirgendwo: das Ensemble Kaleidoskop an einem stillgelegten Bahngelände Foto: Sonja Müller

verstärkte den hypnotischen Flow der akustischen Ebene. Streicher treffen Vibrato. Das raue Industriearchitektur-Setting tut sein Übriges. Zwar entwickeln die Drone-Sounds zwischendurch einige Längen, doch ein bloßer Positionswechsel schafft verlässlich ein neues Klang-Raum-Ambiente. Das für sich genommen ist schon ziemlich faszinierend. Noch bemerkenswerter ist aber der Umstand, dass zum Ende, als beide Ensembles harmonisch singend zueinander finden,

nochmal alle jene aufhören, die von den Drones schon eingelullt waren. Menschliche Stimmen, so eine Erfahrung, die dieser Konzertabend zwischen Performance, Klangforschung und Psychoakustik bereithält, sind für menschliche Ohren offenbar einfach unwiderstehlich. **Maya Dunietz&Solistenensemble Kaleidoskop:** „The Sound of Difference and Connection“ (Orthodox Records)

Trump streicht Empfehlungen für Kinderimpfungen zusammen

Die Regierung von US-Präsident Donald Trump empfiehlt weniger Impfungen für Kinder und will Kombi-Impfungen künftig auf mehrere Arztbesuche verteilen lassen. Per Dekret verfügte Trump im Beisein seines umstrittenen Gesundheitsministers Robert F. Kennedy Jr., fortan nur noch Impfungen gegen elf Krankheiten als Empfehlungen für alle Kinder anzuerkennen. Ob die Anordnung direkte Auswirkungen haben wird, war zunächst unklar. Ein ähnlicher Umbau der Impfpolitik war im März von einem Bundesgericht vorläufig gestoppt worden, zudem liegen viele Befugnisse zu ImpfregeIn bei den Bundesstaaten.

Bei seinem Auftritt im Weißen Haus räumte der Präsident zudem selbst ein, sich auf unbewiesene Behauptungen zu stützen. Er wiederholte auch seine These eines möglichen Zusammenhangs zwischen Impfungen und Autismus, für den es laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) keinerlei Belege gibt.

Der neuen Anordnung zufolge sollen Impfungen gegen Krankheiten wie Hepatitis B, Covid-19 und Grippe nicht mehr pauschal allen Kindern empfohlen werden. Eltern könnten sich aber weiterhin für sämtliche Impfungen entscheiden, betonte Trump bei der Unterzeichnung. Die Kosten dafür sollen nach Angaben der Regierung auch weiterhin von Versicherungen übernommen werden.

Trump forderte, den kombinierten MMR-Impfstoff gegen Masern, Mumps und Röteln künftig möglichst in drei einzelne Impfungen aufzuteilen und diese zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu verabreichen. Zusammen könnten die Impfstoffe möglicherweise, „ziemlich tödlich“ sein, sagte Trump. Auf die Frage eines Journalisten, ob es dafür Belege gebe, antwortete er: „Nein.“ Er habe aber von Menschen gehört, die dies behaupteten.

Für den Nutzen einer Aufteilung des MMR-Impfstoffs gibt es nach Angaben der US-Gesundheitsbehörde CDC keine wissenschaftlichen Belege. Einzelimpfstoffe gegen Masern, Mumps und Röteln sind in den USA derzeit nicht verfügbar. Gesundheitsexperten warnen, dass zusätzliche Arzttermine dazu führen könnten, dass Kinder länger ungeschützt bleiben oder spätere Impfungen ausfallen.

Dabei ist die Zahl der Maserninfektionen schon jetzt auf dem höchsten Stand seit Jahrzehnten. Im Jahr 2000 hatte die Krankheit in den USA eigentlich schon als besiegt gegolten. Danach gab es nur sporadisch immer wieder kleinere Ausbrüche. In den vergangenen anderthalb Jahren gab es nun mehr Fälle als in den 25 Jahren davor zusammen.

Trump stellte den neuen Kurs erneut in einen Zusammenhang mit der stark gestiegenen Zahl von Autismus-Diagnosen. Er habe seine eigenen Kinder früher selbst zu mehreren getrennten Impfterminen gebracht.

Auch Gesundheitsminister Kennedy sagte, die Regierung wolle mögliche Zusammenhänge zwischen Impfungen, deren Zeitpunkt und Autismus weiter untersuchen. Ein Anstieg von Autismus-Diagnosen, sagt er, könne nicht allein mit besserer Erkennung erklärt werden und müsse auch Umweltursachen haben.

Die WHO kommt dagegen nach wiederholter Auswertung zahlreicher Studien zu dem Schluss, dass es keinen Beleg dafür gibt, dass Impfungen Autismus verursachen, auch nicht bei MMR-Impfungen.

Die Anordnung setzt den seit Monaten verfolgten Kurs der Trump-Regierung fort. Kennedy hatte Anfang des Jahres bereits versucht, den nationalen Kinderimpfplan einzudampfen und bei allen anderen Fällen stärker auf individuelle Entscheidungen von Eltern und Ärzten zu setzen.

Ein Bundesgericht stoppte diese Änderungen im März jedoch vorläufig, nachdem Ärzteverbände dagegen geklagt hatten. In der Urteilsbegründung hieß es, in der Vergangenheit seien solche Entscheidungen nach „Methoden wissenschaftlicher Natur, die durch Verfahrensvorschriften im Gesetz kodifiziert sind“ getroffen worden, doch „leider hat die Regierung diese Methoden missachtet und dadurch die Integrität ihres Handelns untergraben“.

Auch Trumps neue Anordnung hebt die Gerichtsentscheidung nicht auf. Sie macht den reduzierten Impfplan zur erklärten Politik der Regierung und stößt weitere Schritte an, ändert aber nicht automatisch die derzeit geltenden Impfempfehlungen oder die Impfanforderungen für Schulen. Letztere werden in den USA prinzipiell von den Bundesstaaten selbst festgelegt. Trump wies das Justizministerium nun an, rechtlich gegen Bundesstaaten vorzugehen, deren Regeln nach Auffassung der Regierung das Recht auf religiös oder medizinisch begründete Impfausnahmen verletzen. (dpa)

Sonnenbrand als Statement

Auf Social Media trenden gebräunte Haut und Mythen um Sonnencreme. Dabei bleibt sie der wichtigste Schutz vor Hautkrebs – solange richtig angewandt

Von **Philipp Brandstädter**

Sie braten in der Mittagssonne, mit Bräunungsöl statt Lichtschutzfaktor, denn gewünscht ist eine intensive Rötung oder dunkelbrauner Teint. Manche Leute streben zurzeit den superhotten „Sunburn-Look“ an, als hätten sie noch nie etwas von Hautkrebs gehört – als „tanmaxxing“ kursiert dieser Trend gerade auf Social Media. Waren wir nicht mal schlauer?

Die Ärztin Ruo-Xi Yu beobachtet dieses Phänomen mit Sorge. „Zurzeit gibt es zwei Trends“, sagt die promovierte Dermatologin, die für den Podcast „Hautgeschichten“ immer wieder tief in das Rabbithole der Hautfluencer auf Instagram und Tiktok abtaucht.

Der kleinere Trend sei die Rückkehr zur starken Bräune als Schönheitsideal, das ein paar naive Leute aufgreifen würden. „Ich beobachte aber schon, dass gerade Teenager wieder mehr nach Bräune streben als etwa die Generation vor ihnen, die schon Kinder haben und sich mehr um die Gesundheit sorgen. Die Trends kommen und gehen in Wellen.“

Der größere Trend führe Ökos mit Schwurblern zusammen, die Sonnencreme für böse Chemie halten, die die Haut daran hindere, wichtige Stoffe wie Vitamin D zu produzieren. Sie haben der Sonnencreme den Kampf angesagt und tauschen in den sozialen Medien Hausmittel aus. „Oft panschen sie sich ihren eigenen Sonnenschutz aus Himbeersamenöl und Rindertalg zusammen“, sagt Yu.

Dabei ist zum einen die Sorge vor einem Vitamin-D-Mangel durch Sonnencreme unbegründet: Selbst eingecremte Haut blockiert die Vitamin-D-Produktion nicht vollständig. Für eine ausreichende Versorgung reicht schon dreimal pro Woche eine Viertelstunde Sonne auf Hände und Gesicht.

Zum anderen erzielen die alternativen Mittel teils gar keinen Effekt, teils nur einen sehr geringen: „Man kann über Wo-

chen Carotinoide supplementieren, um einen gewissen Schutz in der Haut aufzubauen. Aber der liegt dann etwa bei einem Lichtschutzfaktor (LSF) von 1,5. Grundsätzlich ist das Blödsinn“, sagt Yu. „Was tatsächlich gegen Sonnenbrand hilft, ist Sonnencreme.“

Der Verzicht auf diese ist ein ernstes Problem: Die Deutsche Krebshilfe veröffentlichte gerade einen Faktencheck, um mit falschen Behauptungen aufzuräumen. Die Arbeitsgemeinschaft Dermatologische Onkologie wies zeitgleich darauf hin, dass sich hinter vielen Trends der Versuch verstecke, eigene Produkte wie Nahrungsergänzungsmittel zu verkaufen. Auch die Strategie, sich durch Vorbräunen zu schützen, ist gefährlich.

„Dunklere Haut hält UV-Strahlung zwar besser ab als helle“, so die Ärztin. So haben Menschen mit dunklerer Haut eine wesentlich längere Eigenschutzzeit, sie bildet von Grund auf ein natürlich höheres Melaninlevel. Die zusätzliche Bräune, die nach Aufenthalt in der Sonne entstehe, sei „ja schon als Reaktion, weil etwas kaputtgegangen ist. Am Ende des Tages geht es nicht nur um Sonnenbrand, sondern darum, Krebs zu verhindern.“

Argumente gegen Sonnencreme gibt es im Netz reichlich, inklusive vermeintlicher Belege. Tatsächlich hatten Studien vergangener Jahrzehnte gezeigt, dass es in Bevölkerungsgruppen, die häufiger Sonnencreme auftragen, mehr Fälle von Hautkrebs gibt. Das lag aber daran, dass diese Gruppen gleichzeitig mehr Strandurlaub und Sonnenbaden betrieben.

„Hautkrebs entsteht nicht nur als Folge von Sonnenbränden“, ergänzt Dr. Yu. Eine wesentliche Rolle spiele die kumulative Belastung durch UV-Strahlen. „Das macht die Sache so tückisch: Viele Leute erinnern sich vielleicht an einen starken Sonnenbrand. Aber niemand weiß, wie vielen Stunden Son-

nenstrahlung man über die Jahre hinweg ausgesetzt war.“ Sonnencreme ist eben kein Freifahrtschein, um ewig in der prallen Sonne zu bleiben.

UV-Strahlung verursacht DNS-Schäden im Kern der Hautzellen. Aus solchen entarteten Zellen kann sich mit der Zeit Hautkrebs entwickeln. Das ist kein plötzliches Ereignis, sondern ein kontinuierlicher Prozess. Zunächst entstehen dabei Vorstufen, sogenannte aktinische Keratosen, bevor daraus dann im Lauf von Jahren ein manifester Tumor werden kann.

Die Strahlenbelastung selbst hat zugenommen. Nach Angaben des Deutschen Krebsforschungszentrums steigt die Gefahr, weil die UV-Strahlung insgesamt zunimmt: Zwischen 1997 und 2022 wuchs die mo-

Die Zahl der wegen Hautkrebs stationär behandelten PatientInnen in Deutschland hat sich in den vergangenen 20 Jahren fast verdoppelt

natliche UV-Belastung an deutschen Messstationen um zehn bis zwanzig Prozent. Die Folgen zeigen sich längst in den Krankenhausstatistiken.

Laut Statistischem Bundesamt hat sich die Zahl der wegen Hautkrebs stationär behandelten PatientInnen in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren fast verdoppelt. Offensichtlich zum unpassenden Zeitpunkt steht das gesetzliche Hautkrebs-Screening zur Debatte: Im Zuge der Gesundheitsreform wird diskutiert, die kostenlose Vorsorgeuntersuchung einzuschränken.

So bleibt der Dermatologie nichts anderes übrig, als wieder und wieder darüber aufzuklären, wie wichtig Sonnen-

creme mit einem hohen Lichtschutzfaktor ist. Umso höher der Lichtschutzfaktor, umso länger besteht der Schutz. So verlängert ein Faktor von 50, den Eigenschutzzeit um das 50-fache. Abhängig vom UV-Index und Teint liegt der zwischen fünf Minuten bei hellerer Haut und über einer Stunde bei dunkelbrauner Haut.

Sowohl günstige wie teure Cremes mit LSF 50+ schützen dabei etwa gleich gut, erklärt Dr. Yu. Teure Produkte punktet allenfalls mit einer angenehmeren Konsistenz, jedoch räumt die Expertin ein: „Mit einer Creme für 50 Euro gehe ich automatisch viel zu sparsam um. Sonnencreme muss reichlich aufgetragen werden.“

Konkret heißt das: etwa drei bis fünf Esslöffel für den ganzen Körper. Allein für Gesicht und Nacken sollte der aufgetragene Cremestrang rund zwei Finger lang sein. Draußen in der direkten Sonne sollte spätestens nach zwei Stunden nachgcremt werden – nach dem Baden oder starkem Schwitzen ohnehin.

Damit sollte auch keine Tube mehr über Winter hinweg geöffnet im Regal stehen bleiben. Falls doch, sollten sie gegebenenfalls im Müll landen. Denn auch Sonnencremes haben ein Mindesthaltbarkeitsdatum, und sollten im Schnitt nicht länger als ein Jahr nach Anbruch benutzt werden. Danach nimmt die Schutzwirkung ab und es können Abbauprodukte entstehen, die sogar schädlich sein können.

Und auch die Tageszeit spielt für die Gefahr durch UV-Strahlung eine Rolle. „Je steiler die Sonne am Himmel steht, desto kürzer ist der Weg durch die Erdatmosphäre und umso direkter sind wir der Strahlung ausgesetzt“, erklärt Dermatologin Yu. Orientierung biete der UV-Index, den Wetterdienste veröffentlichen: Ab einem Wert von 3 sollte man Schutzmaßnahmen ergreifen: direkte Sonneneinstrahlung meiden. Kopfbedeckungen und langärmelige Kleidung tragen. Eincremen.

Gegen Sonnenbrand gibt es ein einfaches Gegenmittel: Sonnencreme
Foto: Ingo Kukatz/
plainpicture





Christopher Linke bei den diesjährigen deutschen Meisterschaften im Straßengehen Foto: Beautiful Sports/imago

Einer geht noch

Christopher Linkes Leidenschaft gilt seit über 20 Jahren dem Gehen. Bei der Leichtathletik-EM am Samstag hat er ein klares Ziel: eine Medaille

Von **Bertram Job**

Abdruck, Schwung, Stand, Abdruck, Schwung, Stand, Abdruck, Schwung, Stand: Die drei Phasen im Bewegungsablauf des Gehers haben das Leben von Christopher Linke in den letzten zwanzig und mehr Jahren maßgeblich geprägt. Manchmal kann er sie auf der Straße so perfekt synchronisieren, „dass ich denke, ich könnte noch stundenlang weitermachen“. Völlig im Tunnel, also bei sich zu sein, ist schließlich „das Beste, aber auch das Schwerste“. Denn auf dem langen Weg ins Ziel kommen die Gedanken und Zweifel früher oder später von allein. Darum erlebt einer wie er die federleichte Stille im Kopf „bei hundert Wettkämpfen vielleicht fünf Mal“.

Ist diese kostbare Erfahrung vielleicht der Grund, warum der 37-jährige Athlet aus Werder bei Potsdam weiter antritt – so wie diesen Samstag, bei der Leichtathletik-EM in Birmingham? Er selbst sagt, das käme allenfalls obendrauf. In erster Linie will der 1,90 Meter große Schlaks, der kaum 70 Kilo wiegt, sich einfach noch ein paar Träume erfüllen. Das heißt: die Bilanz von bisher fünf Platzierungen unter den Top 8 bei großen internationalen Wettbewerben ausbauen. Dass er immer noch das Zeug dazu hat, bestätigen auch Experten. Sie haben Linke in einer EM-Vorschau der Veranstalter zu den „Five to Watch“ über die neue Marathonstrecke gezählt.

Andere wären wohl längst zufrieden mit der Silbermedaille von der EM 2022 in München (über 35 Kilometer), dem Europacup-Gold 2017 (20 Kilometer) sowie 21 nationalen Titeln – eingesammelt zwischen 2008 und letztem April. Doch Linke hat sich letzten November auf eine neue Perspektive bis zu den Sommerspielen ’28 festgelegt. Dafür hat er seinen Heimatverein USC Potsdam zugunsten von Eintracht Frankfurt verlassen, wo er nun finanziell halbwegs abgesichert ist.

Dass ihm der ganz große Wurf bisher nicht gelungen ist, wie er vor drei Jahren fand, gilt ja weiterhin. Zumal er bei den Olympischen Spielen 2024 in Paris (19. über 20 Kilometer) und an der WM 2025 in Tokio (14. über 35 Kilo-

meter) deutlich hinter seinen Ansprüchen zurückgeblieben ist.

„Ich mache das nicht, weil es mir Spaß macht, sondern weil ich darin erfolgreich bin“, sagt der selbst diagnostizierte Wettkampftyp. „Würde ich die hundert Meter in neun Sekunden laufen, wäre ich jetzt kaum Geher.“

In seiner traditionsreichen Disziplin, die 1932 olympisch wurde (Frauen: 1992), ist Linke immerhin mit gut 15 Kilometer in der Stunde unterwegs – etwa dreimal so schnell wie ein Durchschnittswanderer. Er hält die nationalen Rekorde über 20 bis 35 Kilometer und darf sagen, dass er da „schneller als jeder Deutsche vor mir“ gewesen ist.

Außerdem hat mit dem Berliner Johannes Köpp (startet im Halb-Marathon) ein weiterer Hoffnungsträger in seinem Schlepptau zur internationalen Elite aufgeschlossen. Mit ihm, vier weiteren nominierten Athlet*innen und Bundestrainer Alexander Fromm hat sich Linke in St. Moritz viereinhalb Wochen auf die EM vorbereitet. Von dort ging es direkt nach Birmingham.

Das intensive Pensum auf 1.820 Meter Höhe ist ihm nicht leichtgefallen, erklärt er am Telefon, „ich brauche jetzt deutlich länger, um zu regenerieren. Dafür setze ich die Schwerpunkte gezielter. Aber wie gut man wirklich ist, merkt man sowieso erst im Flachen.“ Bei der Frage nach dem persönlichen Ziel bei der EM will er allerdings nicht lange fackeln: „Ich fahre dahin, um eine Medaille zu gewinnen.“

Die Veranstalter versprechen „eine aufregende Erfahrung für Athleten und Fans“, sobald die Geher und Geherinnen sich am Samstagmorgen um sieben Uhr dreißig Ortszeit auf der Colmore Row in Bewegung setzen. Sie werden den Ein-Kilometer-Loop nahe der Town Hall so oft absolvieren, dass die Zuschauer:innen hinter den Sperrgittern ihre skurril anmutende Motorik wie auch schweißglänzende Gesichter immer wieder unmittelbar erleben.

Das klingt verlockend. Nur werden die beiden neu festgelegten Distanzen für Männer und Frauen, also Halb-Marathon und Marathon, simultan ausgetragen. Weshalb Linke sich auf „ein mittleres Chaos“ einstellen will.

Zum einen dürften sich die vier Startfelder mit rund 130 Aktiven gleich so vermischen, dass jeder Überblick verloren geht. Zum anderen wird die Arbeit der Streckenposten dadurch noch schwerer gemacht. Sie sollen auf kontinuierliche Bodenhaftung sowie das durchgedrückte Knie im aufsetzenden Bein achten – und etwaige Verstöße mit Gelben oder Roten Karten sanktionieren. „Vielleicht werden aber auch alle durchgewunken, bis der Halb-Marathon zu Ende ist“, meint Linke etwas sarkastisch.

Geht es also tatsächlich um eine effektvolle Präsentation, oder soll die ausgemachte Nischendisziplin bloß in einem Aufwasch über die EM-Bühne gehen? Auffallend ist, dass an ihren Wettbewerbsformaten seit Jahren herumgedoktert wird. So wurde die klassische 50-Kilometer-Distanz 2022 vom Verband World Athletics (WA) auf 35 verkürzt sowie zum Jahreswechsel wieder auf Marathonlänge gestreckt. Gleichzeitig wurden die 20 Kilometer minimal zum Halb-Marathon verlängert. Das ist für WA-Präsident Sebastian Coe ein smarter Schritt, damit Zuschauer die Zeiten nun mit denen der besten Läufer abgleichen können. Schließlich werde „oft übersehen, wie talentiert und schnell unsere Geher gehen“.

Für manche Aktive fühlen sich die Manöver dennoch nach Willkür an. „Wir werden vor vollendete Tatsachen gestellt“, klagt Linke, „nach dem Motto: Seid froh, dass ihr überhaupt mitmachen dürft. Und das liegt daran, dass man mit dieser Disziplin überhaupt kein Geld verdient.“

Nicht dabei zu sein, ist jedoch keine echte Option. Denn zur Wahrheit gehört auch, dass die besten Geher*innen des Kontinents bei der EM kurzfristig im großen Fenster stehen – während ihre Performance in der Premiumserie der World Athletics Race Walking Tour nur im Inner Circle beachtet wird. Also geht Linke weiter, Abdruck, Schwung, Stand, Abdruck, Schwung, Stand – immer auf der Suche nach dem klaren Kopf. Dort entscheide sich „viel mehr als man denkt, ansonsten sind wir eigentlich alle gleich schnell“.

leibesübungen 19

Aufholen mit verminderten Kräften

Vor dem Supercup spricht wenig für eine spannende Saison in der Frauen-Bundesliga. Der FC Bayern ist Favorit, weil Herausforderer Wolfsburg vor einem Neuanfang steht

Von **Frank Hellmann**

Es ist natürlich ein schönes Zeichen für die um Anerkennung ringende Frauen-Bundesliga, wenn mit Lara Prašnikar eine über ein Jahrzehnt prägende Persönlichkeit zurückkehrt. Der VfL Wolfsburg vermeldete vor dem Supercup gegen den FC Bayern in Ingolstadt (Samstag 19.30 Uhr/DF1 und MagentaTV) die Verpflichtung der Torjägerin, die vor fast genau einem Jahr von Eintracht Frankfurt zu den Utah Royals gewechselt war, sich allerdings in der US-Profiliga NWSL nicht durchsetzen konnte. Die 28-jährige schaffte nur zwei Tore für den Klub im Großraum von Salt Lake City.

Bei den Niedersachsen unterschrieb die slowenische

ren. „Klar war der Rückstand auf den FC Bayern in der vergangenen Saison groß. Unser Ziel ist es, uns weiterhin da oben zu behaupten – und auch international konkurrenzfähig zu sein“, hat die neue Sportdirektorin Vanessa Bernauer im *Kicker* versprochen, die in die großen Fußstapfen des VfL-Machers Ralf Kellermann getreten ist.

Wer soll den Alleingang der Bayern abwenden, wenn die Verfolger auf allen Ebenen einen Aderlass beklagen? Klar, der Weggang von Georgia Stanway (FC Arsenal) tut den Münchnerinnen weh, aber ansonsten sind alle Leistungsträgerinnen geblieben. Auch der FC Bayern stößt beim Wettbieten um die Topspielerinnen an Grenzen. „Wenn man sich anguckt, was da im Moment los ist, ist es schon schwierig, auch für den FC Bayern“, gestand Sportdirektorin Bianca Rech. Gerade gegenüber dem finanziellen Niveau in England „müssen wir uns aktuell hinten anstellen“. International wohlgemerkt.

National hingegen könnte sich wiederholen, was im Vorjahr mit einem souveränen 4:2 gegen Wolfsburg im Supercup im ersten Pflichtspiel unter ihrem neuen Trainer José Barcala seinen Anfang nahm: Die Münchnerinnen dominierten die Liga. Die spanische Lehre hat die FCB-Fußballerinnen besser gemacht. Erst der FC Barcelona war im Champions-League-Halbfinale zu stark.

Doch auf den deutschen Bühnen strahlten rund um DFB-Kapitänin Giulia Gwinn immer dieselben Gesichter bei der Übergabe der Trophäen in Supercup, DFB-Pokal und Meisterschaft. Unwahrscheinlich, dass sich daran etwas ändert, wenn jetzt mit Lena Oberdorf und Sarah Zadrazil noch zwei weitere Stützen nach langwierigen Knieverletzungen zurückkehren. Bei ihren Comebacks besteht kein Zeitdruck.

„Wir haben Spielerinnen, die die Spiele entscheiden können und ich glaube, am Ende liegt es an uns, was wir daraus machen und wir wollen diese Saison bestmöglich gestalten“, sagte Klara Bühl, die erneut alle Auslandsangebote abblockte.



Immerhin: Der VfL Wolfsburg konnte sich noch mit der slowenischen Nationalspielerin Lara Prašnikar verstärken Foto: Matthias Koch/imago

Nationalspielerin einen Vertrag bis 2029. „Der VfL zählt zu den größten Vereinen in Europa, deshalb bedeutet mir der Wechsel sehr viel“, versicherte Prašnikar, die insgesamt 68 Bundesligatore schoss. Der Werksklub macht mit ihrer Verpflichtung sicherlich nichts falsch, an den Kräfteverhältnissen ändert sich indes wenig.

Mit Alexandra Popp (Borussia Dortmund), Janou Levels und Lineth Beerenstyn (beide Real Madrid) oder Vivien Endemann (FC Liverpool) hat der Vizemeister im Sommer genau wie der Dritte Frankfurt abermals wichtige Stützen verlo-

Anzeige

taz recherchefonds ausland

Recherchen | Reportagen | Hintergründe

... aus anderen Ländern kosten viel Geld. Korrespondent*innen müssen reisen, um herauszufinden, was wirklich passiert. Deshalb gibt es seit 2011 den Förderverein „Recherchefonds Ausland e. V.“, der Mittel für die Auslandsberichterstattung der taz zur Verfügung stellt. Bisher wurden rund 100 Reisen finanziert.

Unterstützen Sie uns mit einer Spende. Fördermitgliedschaft ab 60 € jährlich.

Wir hoffen auf Sie!

Für eine kritische, hintergründige taz-Auslandsberichterstattung.

www.taz.de/auslandsrecherche IBAN DE 43 1005 0000 6604 1070 25



was alles nicht fehlt

Ungewöhnliches: Nachdem Malawi sich dieses Jahr zum ersten Mal überhaupt für den Afrika Cup der Frauen qualifiziert hatte, steht das Team nun im Finale. Die „Scorchers“ gewannen am Mittwoch das Halbfinale gegen Algerien mit 3:1. Torschützinnen bei Malawi waren wieder einmal die Chawinga-Schwester: Tabitha erzielte zwei Tore und Temwa steuerte ein weiteres bei. Am Sonntag trifft Malawi im Finale auf Kamerun.

Erwartbares: Paris SG hat den Uefa-Supercup gewonnen. Die Franzosen schlugen am Mittwoch Europa-League-Gewinner Aston Villa in Salzburg mit 2:1. Das Tor der Engländer schoss der erst 17 Jahre alte Brian Madjo, um den es zuletzt sportpolitisches Gezänk gegeben hatte. Villa hatte erst Anfang August beim Sportgerichtshof Cas die Spielerlaubnis für den Stürmer erstritten, nachdem ihm die Fifa diese zuvor verweigert hatte.

Fehlerhaftes: Die norwegische EM-Gold-Staffel über 4 x 400-Meter im Mixed hat in Birmingham ihre Medaillen wegen der Eingravierung einer falschen Siegerzeit wieder abgegeben. Statt der gelaufenen 3:09,62 Minuten war die Zeit der zweitplatzierten Briten (3:10,47 Minuten) eingraviert.

Käufliches: Die L. A. Lakers wechseln zu einem Rekordpreis erneut den Besitzer. Neue Eigentümer des Basket-

ballklubs werden Joshua Kushner und Bob Iger, die mehr als 12 Milliarden Dollar für das NBA-Team bezahlen sollen. Kushner ist der Bruder von Trumps Schwiegersohn Jared Kushner und hätte als Investor zuletzt eine Schlüsselrolle bei dem umstrittenen, letzten Endes gescheiterten Deal der Fifa zum Verkauf von WM-Rechten spielen sollen. Iger war früher Chef von Disney, jenem US-Medienkonzern, dem der Sender ESPN gehört.

Insel ist Insel

Warum sind Kreuzfahrten eigentlich so beliebt? Weil du fast bis Afrika kucken kannst

Von Fritz Eckenga

Letztens noch sagte eine reizende Dame zu mir: „Kreuzfahrt ist sooo toll. Alles all-inclusive. Man kriegt sooo viel geboten. Und wenn man Lust hat, geht man einfach nach draußen und kann bis nach Afrika rüberkucken.“

Ich dachte erst, die Dame macht Spaß, und sagte: „O, Sie haben aber gute Augen.“ Weil – wir fuhrten gerade durch den Ärmelkanal. Von Nordfrankreich nach Südengland.

„Ach“, sagte sie da, „egal. Wissen Sie, mein Mann und ich, wir waren ja schon hier und da. Und diese Strände, die ähneln sich doch wie ein Strand dem anderen. Wir waren auch schon mal in einem Ferienclub. Auch schön. Auch alles all-inclusive. Da musste man die Anlage gar nicht verlassen. Da konnte man an klaren Tagen auch fast bis nach Afrika rüberkucken.“

„Ach“, sagte ich dann, „Südsanien?“

„Schon möglich. Aber ob das da drüben wirklich Afrika war, wer weiß? Wir mussten die Anlage ja gar nicht verlassen. Eigentlich genau wie auf dem Schiff, aber man kommt natürlich weniger rum.“

Ich glaube, deswegen mögen die Menschen Kreuzfahrten noch lieber als Cluburlaub. Da kommen sie mehr rum. Und



Zwischen Palmen an der Reling: Kreuzisastas Foto: Rolf Schulten

manchmal kann man bis nach Afrika rüberkucken. Oder bis nach Südengland. Ist ja egal. Das spielt doch keine Rolle, solange die Menschen nicht in das Land reinmüssen. Man muss ja keinen Landgang machen. Das ist ja keine Pflicht. Man kann ja auch nur kucken und zum Beispiel winken.

Das meinte der Mann der Frau dann auch: „Wissen Sie, ich sag ja immer: Insel ist Insel. Ich bleibe lieber auf dem Schiff. Da weiß ich, was ich hab, und ob ich Afrika sehe oder nicht, das ist doch meine Privatangelegenheit.“

„Apropos, da weiß ich, was ich hab“, hakte ich höflich

nach, „wenn Sie wissen wollen, was Sie haben, ist es dann nicht besser, gleich da zu bleiben, wo Sie genau wissen, dass Sie da am meisten haben? Also bei sich? Zu Hause?“

„Ja“, sagte die Dame dann, „zu Hause ist es natürlich viel individueller. Da ist ja alles auf mich abgestimmt. Aber man

will ja auch mal die Seele baumeln lassen. Das geht auf dem Schiff immer noch am besten. Da fällt ja der ganze Stress weg, dass man noch wohin muss. Zu Hause muss man manchmal ja auch noch wohin. Das entfällt auf dem Schiff komplett. Man hat das Wohin ja praktisch mit dabei. Beziehungsweise, das Wohin nimmt einen mit wohin.“

Ihr Mann stimmte zu: „Und wenn sie konsequent keinen Landgang machen, fällt der Stress auch noch weg. Es kommt alles ganz entspannt an einem vorbei. Auch die vielen wunderbaren Mahlzeiten.“

Deswegen sind Kreuzfahrten so beliebt. Weil die Zeit im Vorbeifahren vergeht, der Tag aber trotzdem eine verlässliche Struktur hat. Denn es gibt regelmäßig was zu essen. Das Konzept ist im Grunde ganz ähnlich wie in der Psychiatrie: Es geht um eine stabile Strukturherstellung. Das wissen wir ja spätestens seit den Lockdowns während der Pandemie.

Da haben die Fachleute ständig darauf hingewiesen: „Der Mensch braucht Struktur.“ Und die wird in der Psychiatrie ja durch Tablettenausgabe zu den Mahlzeiten hergestellt. Morgens, mittags, abends. Da ist eine Kreuzfahrt natürlich wesentlich luxuriöser. Auf einer Kreuzfahrt gibt es ja zwölf Mal zu essen.

Wenigstens.

Verwirrte Wahrheit

Kein Lottogewinn nach Sonnenfinsternis

Die für schräge Theorien immer empfängliche Wahrheit hatte gestern an dieser Stelle aus sommerlochigem Mangel an ausgeklügelten Hypothesen eine sehr eigene entwickelt. Grund war die Sonnenfinsternis, die am Mittwoch ihren Schatten auf Europa legte, während die Glücksspielagentur dpa die Frage aufwarf: „Wird der Lotto-Jackpot nun geknackt?“ Die Theorie war, dass die außergewöhnliche Stellung der Himmelskörper auch die Ziehung der Lottokugeln beeinflusst hätte haben können. Weshalb die Wahrheit die Lottozahlen vorab wusste und so den Jackpot, der zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Lottos seit 39 Ziehungen

nicht geknackt worden war, erfolgreich abräumte. So die Theorie. In der Praxis ist es nicht ganz gelungen. Durch bedauerenswerte Umstände einer falschen Berechnung ist es der im Dunkeln verwirrten Wahrheit nicht gelungen, als strahlender Sieger aus der finsternen Nacht hervorzugehen. Aber: Da der Jackpot wieder und zum 40. Mal nicht geknackt wurde, werden wir unsere herausragenden astrophysikalischen Talente einsetzen, um beim nächsten Mal am Samstag so was von siegreich über die Lottolinie ins Ziel zu laufen, dass die Sonnenfinsternis dagegen nur als kleiner Rülps der Weltgeschichte wahrgenommen wird. Versprochen!

Scheuchen ist schick

Poetisches aus dem Wiesenmahdgewerbe

Was fleucht und kreucht denn da im grünen bis vertrockneten Grase? Es sind „auf einem einzigen Quadratmeter“, wie wir am duften Donnerstag den naturnahen Schöpfungstickern der KNA entnehmen durften, „oft mehrere hundert Zikaden, Fliegen, Mücken oder parasitische Wespen, unverzichtbar für das Ökosystem“. Soweit so bekannt – und so gefährdet, die Insekten. Und hier kommen die Unis Hohenheim und Tübingen ins Spiel und tun in einem großangelegten Feldversuch viel Gutes für unsere *flying animals*. Denn die Forscher tüfteln unter dem so poetischen wie nützlichen Motto „Verscheuchen, was man retten will“, an einer für alle Lebewesen auskömmlich Mahd – ein herrlich buchstabiertes Wort, einst mittelhochdeutsch *mād*, das die Wahrheit ausgesprochen liebt. Die Wissenschaftler experimentieren nämlich aktuell in Baden-Württemberg mit einem „vor dem Mähwerk montierten Gebläse“, das zuverlässig „Insekten aus der Gefahrenzone pustet“. Weiter so! Denn „am herkömmlichen Mähwerk selbst lasse sich nur wenig zum Positiven verändern“. Es bläst also die Forschung, wo sie bis jetzt nur gesaugt hat. Oder so ähnlich – oder so Lorient.



Mückenmahdfoto: ap



Heiko Werning

Und ewig währt die Baustelle

Wenn einen die weltpolitischen Verwerfungen zu sehr beunruhigen, das Tempo irrer Entwicklungen einen sprachlos zurücklässt, man gar nicht mehr hinterherkommt bei all den politischen und gesellschaftlichen Katastrophen, dann verlasse ich meine Wohnung im Berliner Wedding, atme vor der Haustür tief durch und gehe die paar Schritte rüber zum U-Bahnhof Seestraße. Dort finde ich Trost.

Denn da steht er, der Bauzaun mit dem Schild: „Wir bauen für Sie – Sanierung des U-Bahnhofs Seestraße“. Das Schild war schon da, als Angela Merkel noch Bundeskanzlerin war. Als Trump gerade seine erste Amtszeit begonnen hatte und alle noch glaubten, das sei ein verunglückter Scherz der Weltgeschichte, der sich bald auflösen und verflüchtigen würde. Als KI noch bedeutete, in der Hotline die „1“ zu drücken, wenn man eine Störung melden wollte, oder die „2“, wenn man eine Frage zu seiner Rechnung hatte. Als Corona

noch ein albernes Hipsterbier aus Mexiko war. Dann kam das andere Corona und ging wieder. Dann ging Trump und kam wieder. Dann kam plötzlich von ganz früher Merz wieder, und wir dachten: Immerhin ist er nicht Trump.

Aber das Schild „Wir bauen für Sie – Sanierung des U-Bahnhofs Seestraße“ stand unbeeindruckt die ganze Zeit über an dem Ort, von dem wir gewohnheitsmäßig immer als Baustelle sprechen, obwohl dort nie jemand zu sehen ist, der irgendetwas bauen würde.

Doch das stört uns nicht. Im Gegenteil. Es beruhigt uns in diesen aufgewühlten Zeiten. Denn so war es schon, als Wörter wie „Lockdown“, „3G“, „Beraterberufsverbot“ und „Superspreader“ noch gar nicht erfunden waren. Und so ist es jetzt noch immer, wo einem diese Wörter schon wieder wie vergessene Boten einer untergegangenen Welt erscheinen.

Als der Bauzaun aufgestellt wurde, wurde Berlin noch rot-rot-grün regiert. Dann wurde Berlin schwarz-rot regiert.

Dann stürzte Kai Wegner beim Tennis. Und bald wird Berlin wieder ganz anders regiert.

Was soll's? Was ändert's? Alles, was währenddessen am U-Bahnhof Seestraße passierte, ist, dass Schild und Bauzaun irgendwann die Straßenseite gewechselt haben. Kurz hatten wir uns erschrocken über so viel Veränderung: Plötzlich war nicht mehr der Eingang Richtung Norden gesperrt, sondern der Richtung Süden! Aber schnell hatte man sich daran gewöhnt. Im Prinzip blieb ja alles beim Alten: Man muss immer eine Station zu Fuß laufen, ob nun auf der Hin- oder Rückfahrt ist ja letztlich ganz egal. Es tut so gut, noch Konstanten in dieser Welt zu finden!

Und sollte ich angesichts des bevorstehenden Tamtams mit Sachsen-Anhalt und der AfD und sicherlich auch wieder irgendwas mit Trump und Putin und den ganzen anderen Wahnsinnigen das Gefühl haben, der U-Bahnhof Seestraße reicht nicht mehr als Trost – dann fahre ich eben nach Stuttgart 21.



das wetter

Brätling

Brätling war von niederer Statur, jedoch ausgestattet mit einem enormen Rückgrat. War irgendwo ein Unrecht angesiedelt, in echt, unecht oder möglicherweise dazwischen, schlug Brätlings Stunde. Bewaffnet mit einer Pfanne links und einer Pfanne rechts stürmte er jeden Stamm, jede Kneipe und jegliche Bank, die ihm in die Quere kamen. Brätling hatte nur eine Mission und viele Marsriegel im Marschgepäck: Er war überzeugt davon, dass mit tauglichen Pfannen jeglicher Konflikt bestens aus dem Weg zu schaffen wäre.

gurke des tages

Da bekommt der Begriff „high sein“ doch eine ganz neue Qualität. Wie jetzt durchsickerte und Reuters am Donnerstag meldete, soll ein Pilot der Air India während eines Flugs vom thailändischen Phuket nach Delhi bekifft gewesen sein. Die Maschine habe plötzlich 91 Meter an Höhe verloren. Deshalb führe die Fluglinie jetzt Zwangsmarihuana-tests für Piloten ein. 91 Meter Absturz! War es Thai-Ganja? Oder indischer Hanf? Das Zeug wollen wir bitte auch haben!

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift:
Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk,
Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge

Anzeigen:
Dieter Schwengler

Berliner Lokalteil:
Susanne Memarnia | alle Berlin

Regionalteil Nord:
Jan Kahlocke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Telefon: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:
Pascal Beucker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat:
Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg |
Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin |
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9,00 – 16,00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis digital
22,40 €



taz 

reisen

in die Zivilgesellschaft

Gruppenreisen für
Individualist*innen

Fremde Kulturen entdecken: taz-Reiseleiter:innen ermöglichen Treffen mit engagierten Menschen und interessanten Projekten.



BOSNIEN & HERZEGOWINA

SARAJEVO – MOSTAR – SREBRENICA

taz-Korrespondent **Erich Rathfelder** und die Historikerin **Amela Maldosevic** führen Sie zu Schauplätzen der jüngsten Geschichte, Menschenrechtler und Akteure der Zivilgesellschaft erläutern aktuelle Entwicklungen.

18. bis 24. Oktober 2026 ab 1.880 €

Kulturprogramm zum Jubiläum

In Warschau gibt es eine lange Tradition von **Chopin-Konzerten im Łazienki-Park**. Im Kulturprogramm des Städtepartnerjubiläums knüpft Berlin daran an. Am Sonntag gibt es im Eierhäuschen im Treptower Park ein Konzert unter dem Motto „Chopin meets Berlin Sounds“, Beginn 16 Uhr.

Cineastisch begleitet wird das Jubiläum von einer **Reihe von Stummfilmen mit musikalischer Begleitung**. Start ist kommenden Donnerstag um 21 Uhr auf der Wiese am Koreanischen Garten in den Gärten der Welt.

Der **Kulturzug nach Warschau** fährt erstmals am 24. September. Lesungen gibt es auch im Club der polnischen Versager. Start ist am 4. September mit der Autorin Izabela Tadra.

Das ganze Programm findet sich auf der Seite berlinwarszawa.eu.



Flanieren statt Autofahren: die umgestaltete ulica Złota in der Warschauer Innenstadt
Foto: Luca Mattia Vigilante/Forum

Warschau auf der Überholspur

Die erste Städtepartnerschaft besiegelte das vereinte Berlin 1991 mit Warschau. Inzwischen muss sich die Stadt fragen lassen, warum sie nicht von Warschau lernt

Von Uwe Rada

Warschau feiert gerade eine Straße. Vor wenigen Tagen wurde die neu gestaltete ulica Złota im Zentrum der polnischen Hauptstadt den Bewohnerinnen und Bewohnern übergeben. Sie ist ein Traum in Grün mit dem Kulturpalast als krönendem Abschluss. Grüne Inseln zum Picknicken. Wasserduschen zur Abkühlung. Die Straßenränder nicht für Autos, sondern zum Flanieren.

Augenblicklich ploppt da die Frage auf: Wäre eine solche radikale Umgestaltung in Berlin auch möglich gewesen? In der Friedrichstraße gab es zumindest einmal den Versuch. Vergleicht man ihn mit der ulica Złota, sieht man sofort, wie halberzig er gewesen ist. Und gescheitert obendrein. Durch die Friedrichstraße ließ der CDU-geführte Senat von Kai Wegner nach der Wiederholungswahl schnell wieder Autos rollen.

Von der ulica Złota war am Mittwochabend keine Rede, doch der Vergleich zwischen beiden Städten war allgegenwärtig beim Auftakt der Feierlichkeiten anlässlich des 35. Jahrestags der Städtepartnerschaft Berlin–Warschau. Bei einem Empfang auf dem Dach des Polnischen Instituts erinnerte Kai Wegner zurecht daran, dass die Partnerschaft mit der Stadt an der Weichsel die erste war, die das vereinigte Berlin 1991 besiegelt hat. „Berlin und Warschau“, sagte Wegner, „verbindet Dynamik und Vielfalt.“

Dynamik ist derzeit aber vor allem in Warschau zu beobachten. Zum Beispiel am Boulevard an der Weichsel. In einem städtebaulichen Kraftakt hat Warschau die Uferstraße in einen

Tunnel versenkt und Platz geschaffen für eine der aufregendsten Flusspromenaden Europas. Im Sommer scheint ganz Warschau seinen Fluss feiern zu wollen.

Auch die Touristen strömen inzwischen zur Weichsel. Auf der neuen Brücke für Fußgänger und Radfahrer gelangen sie nicht nur bequem ins aufstrebende Praga am rechten Weichselufer mit seinen lange Zeit bröckelnden Fassaden an Fabriken und Mietskasernen. Von der Brücke aus hat man auch einen guten Blick auf die Warschauer Skyline. Spätestens in diesem Moment verbietet sich jeder Vergleich mit Berlin.

Polens Botschafter Jan Tombiński hat die Dynamik, mit der Warschau Berlin in weiten Teilen überholt hat, am Mittwochabend diplomatisch formuliert. „Als Sie in Warschau waren“, sagte Tombiński zu Kai Wegner, „haben Sie gesehen, wie sich die Stadt verändert hat.“ Polen gebe heute auch Deutschland Wachstumsimpulse. „Man muss in Deutschland nicht immer nur nach Westen oder die Alpen schauen.“

Nach Osten schauen, fordert Tombiński Berlin also auf. Das heißt auch, darüber nachzudenken, was die Stadt von Warschau lernen könnte. Aber will Berlin das überhaupt?

Kai Wegner jedenfalls will. Neidlos erkennt er an, dass die Warschauer Verwaltung inzwischen durchgehend digitalisiert ist. Im Interview mit der RBB-„Abendschau“ verweist er auf die Verwaltungsreform, die der schwarz-rote Senat begonnen habe. „Aber da ist noch viel Luft nach oben“, sagt Wegner. Bei den Genehmigungsverfahren etwa sei Warschau viel schneller als Berlin.

Etwas schwerer mit der neuen Realität tat sich im vergangenen Herbst Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD). Sie war mit einer Wirtschaftsdelegation nach Warschau gereist und musste sich auf einer Podiumsdiskussion die Frage gefallen lassen, warum Berlin an vielen Stellen dysfunktional geworden sei.

Plötzlich fand sich Giffey also auf der Anklagebank – und schaltete um in den Gegenangriff. Den 3.000 Start-ups in ganz Polen könnte allein Berlin

Womöglich macht Warschaus Erfolg Berlin sogar etwas Angst

5.000 entgegenstellen. Es gebe Rekordzahlen bei den Übernachtungen und auch einen deutlich höheren Frauenanteil unter Berliner Gründerinnen als in Warschau. Giffey „Pitch für Berlin“ ging viral.

Ähnliches hat Kai Wegner am Mittwoch gar nicht erst versucht. Hat vielmehr den Running Gag bemüht und sich gewünscht, dass endlich die Bahnverbindung zwischen beiden Städten funktioniert. „Auf der Ostbahn“, ergänzte Berlins Regierender Bürgermeister, „herrscht gerade eher Busverkehr als Schienenverkehr.“

Da fragt man sich schon, ob Wegner jemals mit dem Zug nach Warschau fuhr. Die Ostbahn jedenfalls fährt nicht von Berlin über Frankfurt (Oder) in die polnische Hauptstadt. Sie

führt über Strausberg und Müncheberg ins polnische Kostrzyn.

Natürlich kennt auch Peter Oliver Loew die Bilder von der neuen ulica Złota. „Was Berlin von Warschau lernen kann“, sagt der Direktor des Deutschen Polen-Instituts der taz, „ist mehr Mut im städtischen Raum.“ Zu- vor hat Loew beim Auftakt der Feierlichkeiten betont, dass Verträge wie der Partnerschaftsvertrag vom 12. August 1991 nur Papier seien. „Wichtig ist, dass sie mit Leben gefüllt werden.“

Zum 35. Partnerschaftsjubiläum hat das mit dem Leben füllen Loews Institut übernommen. Zu Beginn des Jubiläumsprogramms gastierte am Mittwoch der Pianist Cédric Pescia mit einem Programm von Chopin und Bach. Bis Dezember wird es zahlreiche Veranstaltungen geben. Und ab 24. September wird ein Kulturzug mit Lesungen zwischen beiden Städten verkehren – falls bis dahin die Sperrung der Strecke auf deutscher Seite und der Schienenersatzverkehr beendet sein sollten.

„Näher als du denkst“, lautet das Motto des Jubiläumsprogramms. Das ist wohl eher eine Aufforderung an die Berlinerinnen und Berliner, mal die Partnerstadt zu besuchen. Die Warschauer dagegen kennen Berlin ganz gut. Manche vielleicht zu gut.

Zum Aufreger in den polnischen Medien wurde vor zwei Jahren die Rückkehr des Schriftstellers Jacek Dehnel aus Berlin nach Warschau. Deutschland, sagte er damals, pfeife aus dem letzten Loch. Rechte Medien haben das auch gleich zum Anlass für ihr Berlinbashing genommen.

Im selben Jahr, in dem Dehnel zurückkehrte, war die Zahl derer, die von Deutschland nach

Polen auswanderten, erstmals größer als umgekehrt. Auch Warschaus Erfolg ist anziehend. Berlin scheint dagegen ins Hintertreffen zu geraten. Immer öfter mehrten sich in sozialen Medien Beiträge von Polinnen und Polen, die in Berlin leben: zu dreckig, zu unsicher. Keine rechtskonservativen Stimmen sind das, sondern liberale.

In Warschau selbst feiert man lieber den neuen Straßentraum in Grün, den Weichsel-Boulevard und die neue Brücke, als im Jubiläumsjahr allzu auffällig nach Berlin zu schauen. „Die Deutschen haben ihren Sonderstatus verloren“, sagt dazu Bartosz Wieliński. „Sie sind nicht mehr der gute Onkel oder die gute Tante.“ Der stellvertretende Chefredakteur der liberalen polnischen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* hat einst in der taz hospitiert, arbeitete einige Jahre als Korrespondent in Berlin und ist dann nach Warschau gegangen. „In Polen schaut man heute eher nach Schweden oder Norwegen als nach Deutschland“, sagt er.

Es ist wohl wieder sehr diplomatisch, wenn Polens Botschafter Jan Tombiński von Warschau und Berlin am Mittwochabend im Beisein von Kai Wegner als einer Partnerschaft „auf Augenhöhe“ spricht.

Viel eher tritt im 35. Jahr ihres Bestehens die Partnerschaft in eine neue Phase des Ungleichgewichts. Giffey's Verteidigungsrede mag ein erster Hinweis darauf sein, wie es sich anfühlt, wenn die gute Tante ihre Autorität verloren hat und die Nichte plötzlich aufmüpfig wird.

Womöglich macht Warschaus Erfolg Berlin gerade sogar etwas Angst. Nicht wegen des Muts im städtischen Raum, der dem mutlosen Berlin den Spiegel vorhält. Auch nicht wegen des Muts am Fluss, wo Warschau das rechte Weichselufer in Frage weitgehend naturnah belässt.

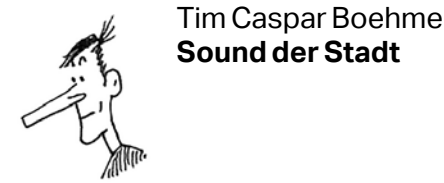
Angst macht eher die Mentalität, die einer solchen Dynamik zugrunde liegt. Warschau sei eine liberale und keine linke Stadt, schrieb dieser Tage der *Tagesspiegel*. Das soll vielleicht auch heißen, dass Warschau New York inzwischen ähnlicher geworden ist als Berlin. Nicht nur wegen der Skyline, sondern auch wegen des täglichen Überlebenskampfes, der zu einer Boomtown gehört.

Soll Berlin mehr Warschau werden? Schneller? Höher hinaus? Noch stressiger? Noch höhere Mieten und Lebenshaltungskosten? In Berlin wird über Vergesellschaftung von privaten Wohnungsunternehmen diskutiert.

Warschau feiert eine Straße.



Unten die Weichsel, oben wächst Warschaus Skyline
Foto: Uwe Rada



Tim Caspar Boehme
Sound der Stadt

Die verlorene Welt der Krimtataren

Um die Jahrtausendwende standen Laptops für eine neue Form des mobilen Musizierens. Dank avancierter Musiksoftware brauchte man keine sperrigen Synthesizer oder großen Rechner mehr, um ein scheinbar unbegrenztes Klangspektrum an elektronischer Musik live im Raum hervorzubringen. Laptop auf den Tisch gestellt, Display hochgeklappt, und es konnte losgehen. Diese Innovation sorgte anfangs vor allem im erweiterten Umfeld der Clubmusik für Aufmerksamkeit, Laptops gehören aber längst ebenso zum Instrumentarium von Komponisten der Neuen Musik.

Zu letzter Gruppe gehört auch das **ni-va Ensemble**, das am Sonnabend beim Festival Young Euro Classic in der Reihe „Future Now Musical Diaries“ auftritt. Das Laptop-Quartett gründete sich im Studiengang Elektroakustische Komposition an der Nationalen Universität der Künste in Buenos Aires. In ihren Konzerten bearbeiten sie Sound in Echtzeit. Akustische und elektronische Klänge werden dabei oft bis zur Unkenntlichkeit kombiniert. Für elektroakustische Unterstützung sorgt das Cello von **Stellan Veloce**. Nach dem Konzert folgt ein Publikumsgespräch (Konzerthaus, 15. 8., 16.30 Uhr).

Einen Laptop verwendet dieser Tage auch der Musiker **Michael Rother**. Sein Hauptinstrument bleibt aber die Gitarre. An der trug er maßgeblich dazu bei, dass seltsame Musik aus Deutschland die Aufmerksamkeit von Musikkritikern aus England erregte und zur Verwendung des Begriffs „Krautrock“ inspirierte. Sein Duo **Neu!** mit Klaus Dinger etablierte kultiviert zurückgenommene Gitarrenriffs und brachte die Motorik in den Rock, die Superband Harmonia, die Rother zusammen mit dem Duo Cluster bildete, kombinierte Repetition mit kosmisch pastoralen Klängen. Danach begann er eine Solokarriere.

Bei seinem Konzert in der Reihe „Sound in the Garten“ in der Neuen Nationalgalerie, gleichfalls am Sonnabend, lässt Rother diese Stationen Revue passieren. Sein Weg ist nebenbei ein Beispiel dafür, wie sich auch im Rock in Würde altern lässt (Neue Nationalgalerie, 15. 8. 18.30 Uhr).

Eine andere Art des Dialogs mit der Vergangenheit pflegt der Gitarrist **Raphael Rogiński**, der am Sonntag im Morphine Raum sein aktuelles Album „Qırım“ vorstellt. Da wäre zunächst die Aufnahmetechnik, denn die Platte wurde auf Analogband eingespielt. Rogiński verfolgt mit seiner Musik aber auch so etwas wie einen ethnomusikalischen Ansatz. Von seinen Aufenthalten in der Ukraine inspiriert, betrachtet er das Album als musikalische Reise und Reisetagebuch zugleich. Damit möchte er vor allem die Kultur der Krimtataren würdigen. Nicht im Sinne eines Folklore-Archivs, sondern als etwas Lebendiges, das trotz russischer Annexion fortbesteht (Morphine Raum, 16. 8., 20 Uhr).

Abschiebeflug nach Afghanistan mit einer Chartermaschine am 27. Juli dieses Jahres vom Flughafen Leipzig/Halle
Foto: Erik-Holm Langhoff/imago

Enge Zusammenarbeit mit Islamisten

Seit Ende Juli schiebt Deutschland auch nicht straffällige Männer nach Afghanistan ab. Die Behörden brauchen dafür die Erlaubnis von Taliban-Vertretern

Von Uta Schleiermacher

Vor fünf Jahren schaute die Welt fassungslos zu, wie sich am Flughafen Kabul verzweifelte Menschen von außen an Flugzeuge klammerten. Denn nach der Machtübernahme der Taliban wollten Tausende Afghanistan um jeden Preis verlassen. Inzwischen ist es die Afghanistanpolitik der Bundesregierung und der Länder, die fassungslos macht.

Da ist etwa Faridoun Tofan, ein 46-jähriger Ingenieur. Er ist laut des Flüchtlingsrats Berlin 2022 aus Afghanistan geflohen und lebt in Brandenburg, wo er auch arbeitete. Aktuell sitzt er nach Angaben von Amnesty International am Münchener Flughafen in Abschiebehaft – seit mehr als drei Monaten. Er war zu einer Hochzeit in Rom gereist, und er habe nicht gewusst, dass ihm das mit einer Duldung nicht gestattet sei. Ihm droht nun die Abschiebung nach Afghanistan.

„Am 28. Juli hat Deutschland erstmals eine Person nach Afghanistan abgeschoben, die nicht strafrechtlich verurteilt ist“, sagt Nina Alizadeh Marandi, Juristin und Referentin für Asyl-

politik bei Amnesty International in Deutschland. „Die nächste Abschiebung ist für Ende August angekündigt“, sagt sie. Amnesty befürchtet, dass Tofan mit diesem oder einem der kommenden Flüge abgeschoben werden könnte.

„Afghanistan ist grundsätzlich kein sicherer Ort, auch nicht für Männer“, sagt Alizadeh Marandi. Doch bei Tofan zeigten sich zusätzliche Hinweise auf eine persönliche Verfolgung. „Herr Tofan musste sich vor seiner Flucht aus Afghanistan über ein Jahr vor den Taliban verstecken. Nachdem er in Abschiebungshaft einem Taliban-Vertreter vorgeführt wurde, haben Taliban seine Familie, die noch in Afghanistan lebt, besucht und ihr gedroht“, berichtet die Amnesty-Referentin.

„Seine Söhne gehen seitdem aus Angst nicht mehr aus dem Haus und damit auch nicht mehr zur Schule“, sagt sie. „Herr Tofan macht sich große Sorgen um seine Familie.“ Außerdem habe Tofan sie mit seinem Gehalt finanziell unterstützt, das falle jetzt weg und gefährde die Nahrungssicherheit seiner Angehörigen.

Der Flüchtlingsrat fordert, dass sich Brandenburgs Sozialminister René Wilke (SPD) für einen Verbleib von Tofan in Deutschland starkmacht. Wilkes Ministerium wiederum teilt mit, dass Brandenburg inzwischen für ihn nicht mehr zuständig sei – grundsätzlich befürwortete

„Die deutsche Politik macht sich damit erpressbar“

Nina Alizadeh Marandi, Referentin bei Amnesty International

Wilke zuletzt Abschiebungen.

„Abschiebungen nach Afghanistan stehen im Widerspruch zu den menschen- und völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands“, kritisiert Alizadeh Marandi. Insgesamt wurden im laufenden Jahr 118 Menschen aus Deutschland nach Afghanistan abgeschoben – darunter auch eine aus Berlin und sieben aus Brandenburg. 2025 hatte Berlin vier Männer und Brandenburg einen Mann dorthin abgeschoben. „Die deutsche Politik macht sich damit erpressbar“,

sagt Alizadeh Marandi. „Die Taliban lassen sich Rückführungen politisch bezahlen – mit diplomatischer Aufwertung in Deutschland und Europa.“

Denn die Taliban sind eng in jede Abschiebung eingebunden. Bevor deutsche Behörden nach Afghanistan abschieben können, präsentiert die Bundespolizei Mitarbeitern der afghanischen Botschaft die jeweiligen Personen, um von den Taliban eine Erlaubnis dafür zu erwirken.

Wie das konkret aussieht, zeigte sich am 24. Juli in Berlin, als das Bundesamt für Migration und Flucht (Bamf) afghanische Botschaftsmitarbeiter zu diesem Zweck in der Badenschen Straße in Berlin empfing. Flüchtlingsinitiativen hatten mit einer Kundgebung darauf aufmerksam gemacht, das Bamf bestätigt den Vorgang auf Nachfrage. Laut Innenverwaltung ist dabei keine Person aus Berliner Zuständigkeit abgeschoben worden.

Bei den Anhörungen handele es sich um einen „üblichen Verfahrensschritt“, das Bamf-Gebäude sei für die Maßnahme „geeignet“, teilt ein Sprecher des Bundesinnenministeriums (BMI) dazu mit. Die Bundesregierung leiste damit Amtshilfe, der Bund ermögliche damit den Bundesländern „regelmäßige Rückführungen ausreisepflichtiger Personen nach Afghanistan“. Wie viele Menschen und aus welchen Bundesländern dort präsentiert wurden, sagt das BMI nicht und verweist auf die Länder. So zerfasert die Verantwortung.

Das BMI redet in diesem Zusammenhang von „technischen Gesprächen“ zwischen dem Ministerium und „Vertretern der afghanischen De-facto-Regierung“. Dort sind die Verantwortlichen weiterhin der Ansicht, dass aus „derartigen Kontakten auf technischer Ebene“ noch „keine politische Anerkennung der Taliban als rechtmäßige Regierung Afghanistans“ folge. Gerade dies zweifeln Amnesty International und Flüchtlingsinitiativen stark an.



Laura Mies über die Sonnenfinsternis auf dem Teufelsberg

Verbunden im Schatten des Mondes

Hier, wollt ihr auch mal?“ Ein Mann reicht seine „Sofi“-Brille in einen Kreis junger Frauen. „Ja, unbedingt. Dankel“, ruft eine von ihnen aufgeregt. Sie haben keine Brille mehr ergattert, um die partielle Sonnenfinsternis aus 120 Metern Höhe vom Teufelsberg aus zu beobachten. Jetzt können sie also doch etwas von dem Naturschauspiel sehen, von dem die ganze Welt zu sprechen scheint. Das wahre Spektakel spielt sich jedoch unter der Sonne ab. Vor lauter Trubel vergisst man schnell, wieso man eigentlich hier ist.

Schon eine halbe Stunde vorher, auf der vergeblichen Suche nach einem freien Parkplatz am Fuße des Hügels, zeichnet sich ab, wie viele Menschen sich oben schon tummeln. Eine Mutter zieht einen mit Decken und Proviant voll gepackten Rollwagen hinter sich her, vorbei an streitenden Autofahrer*innen. „Sie können sich nicht ernsthaft so hinstellen, ich komme nicht vorbei!“, zertert ein Mittfünfziger aus einem Kombi. „Der kommt da locker durch“, sagt der von ihm adressierte junge Mann zu seinem Kumpel. Von lautem Hupen begleitet, machen sie sich auf, den Teufelsberg zu besteigen. Schließlich ist es schon 19.18 Uhr und die Sonne bereits zum Teil verdeckt.

So wie hier sieht es am Mittwochabend vielerorts in Berlin aus. In Scharen strömen aufgeregte Anwohnende wie Zugereiste auf geeignete Freiflächen, um die partielle Sonnenfinsternis zu beobachten. Bis zu 85 Prozent verdeckt der Mond dabei die Sonne – das wollen sich die Leute nicht entgehen lassen. Viel wurde schließlich im Vorfeld darüber berichtet. Ein Besucher scherzt, jetzt könne er endlich mal „diese berühmte Sonne, die auf seiner For-You-Page viral gegangen ist“, in echt sehen.

Was die Leute alles auf den Berg im Grunewald schleppen, um die Sonnenfinsternis zu beobachten, ist beachtlich: selbst gebastelte Lochkameras aus Pizzakartons, prallgefüllte Picknickkörbe, die eine Kleinfamilie zwei Tage lang ernähren könnten und sogar eine Couch.

Um 19.41 Uhr erscheint die erste Ticker-Meldung der Süddeutschen Zeitung auf dem Handy, dass die Sonnenfinsternis nun losgehe. Etwas verspätet, wie man mit Blick durch eine der heißbegehrten „Sofi“-Brillen feststellt, die ein geschütztes Beobachten der Sonnenfinsternis ermöglichen. Etwa 73 Prozent der Sonne sind jetzt schon verdeckt.

Die Brillen werden hin und her gereicht, eine sogar solidarisch entzwei geteilt. Eine junge Frau erzählt, sie sei extra durch halb

Berlin bis nach Spandau geradelt, um für sich und ihre Freunde „Sofi“-Brillen über Ebay-Kleinanzeigen zu bekommen. 4 Euro pro Stück habe sie gezahlt. Ein Schnäppchen, verglichen mit den Wucherpreisen, die sich im Laufe des Tages auf der Plattform in astronomische Höhen schaukelten, weil die Brillen sonst überall schon vergriffen waren.

Um kurz nach acht, die Sonnenfinsternis wird gleich ihr Maximum erreichen, verändert sich das Licht merklich. Immer mehr Leute wenden sich der Sonne zu. Der Mittzwanziger im Vintage-Dress, der sich eine olle Schweißbrille übergestülpt hat. Die junge Frau im Bohokleid, die noch schnell einen Sonnengruß macht. Der Jugendliche mit geschätzten 500 Gramm „Reis mit Hühnchen“ in der Hand, dessen Dehnungstreifen auf den Schultern von den harten Trainings der letzten Monate erzählen.

Man fühlt sich seltsam verbunden, hier oben im Schatten des Mondes. Nicht zwangsläufig durch die Sonnenfinsternis, die bei dem Chaos über dem Panorama der Hauptstadt schnell zur Nebensächlichkeit verkommt. Sondern durch diesen eigenartigen Charme, den die Stadt selbst in ihrem tiefsten Grün nicht verstecken kann.

Anzeige

LANGE NACHT DER MUSEEN
29.08.2026

CRIME IN BERLIN N° 44 CRIME IN BERLIN N° 44 CRIME IN BERLIN N° 44 CRIME

JETZT SPARTICKET SICHERN!

15€
BIS 19.8., DANACH 23€



Haben sich für ihre Generationen-WG gesucht und gefunden: Manfred Liebel (86) und Yağmur Aktan (35)
Foto: Stefanie Loos

Für beide Seiten ein Glücksfall

Junge Menschen finden schlecht Unterkunft. Und viele Rentner:innen wohnen allein auf großer Fläche: Der Verein Sonay bringt Jung und Alt zusammen

Von **Karlotta Ehrenberg**

Aktan“ steht auf dem Zettel, der neben dem Klingelschild „Liebel“ an einem Charlottenburger Altbau klebt. So heißt Yağmur mit Nachnamen. Seit einem Jahr wohnt die 35-jährige bei Manfred, der mehr als 50 Jahre mehr zählt als sie. „Als ich diesen Raum betreten habe, dachte ich: Wow, hier will ich wohnen“, dachte Yağmur.

Die Juristin mit den leuchtenden Augen und dem schwarzen Lockenkopf weist auf die voll gepackten Regale in dem Arbeitszimmer ihres Mitbewohners. Dass sich der 86-jährige Soziologe für linke Politik interessiert, war auf den ersten Blick zu sehen. Und genau danach habe sie gesucht: „Eine Person, die ähnliche Ideen vom Leben hat wie ich.“

Manfred – der wie Yağmur mit Vornamen angesprochen

werden will –, erinnert sich ähnlich positiv an die erste Begegnung: „Sie wirkte unkonventionell, unkompliziert.“ Und das hatte er sich auch erhofft: „Das ist bei jüngeren Leuten eher anzutreffen, dass sie lockerer sind und nicht so eingefahren. Das finde ich angenehm.“

Dass das ungleich alte WG-Paar so gut matcht, ist kein Zufall. Beide mussten einen Fragebogen ausfüllen, damit der Verein Sonay sie in die Bewerberliste der „Generationen-WG Berlin“ aufnahm. Neben Angaben zur Person muss man auch seine Erwartungen und No-Gos angeben. Viele Bewerber:innen fielen bei Manfred gleich raus, weil sie keinen Rauch abkönnen – der Rentner raucht gern Pfeife und manchmal auch einen Joint.

Davon können auch die Wände in der Altbauwohnung ein Lied erzählen. Neben vielen gerauchten Pfeifen sind auch

die Spuren des Familienlebens zu erkennen, das Manfred hier bis vor ein paar Jahren noch führte. „Unsere beiden Kinder sind hier groß geworden, meine Frau lebte hier 25 Jahre“, sagt er. Dann kam die Trennung. Für eine Weile wohnte seine Tochter noch sporadisch bei ihm, dann zog auch sie aus der Dreieinhalbzimmerwohnung aus. „Ich hab die ganze Zeit mit Leuten zusammen gewohnt, auch früher in Wohngemeinschaften. So ganz alleine zu wohnen, das war ich nicht gewohnt, und es hat mir auch nicht gefallen.“

Manfred erfuhr von dem Sonay-Projekt, der Kontakt zum Verein war positiv. „Das war kein bürokratischer Vorgang, sondern sehr persönlich.“ Neben ausführlichen Vorgesprächen gab es einen Hausbesuch, auch begleiteten Leute von Sonay die Kandidat:innen zu den Gesprächen. Drei seien es gewesen, Yağmur und zwei Männer.

„Mir war es lieber, dass eine Frau einzieht“, sagt Manfred. „Damit hab ich bessere Erfahrungen gemacht.“

Im Unterschied zu Manfred war sich Yağmur erst nicht so sicher, ob sie mit der großen Altersdifferenz klarkommen würde. „Ich habe vorher mit mei-

Nicht mal ein Putzplan schreibt den beiden was vor

nem Onkel zusammen gewohnt“, erzählt sie. „Der ist zwar auch ein Linker, aber auch sehr bemutend. Das mochte ich nicht.“

Eine eigene Unterkunft in Berlin zu finden, stellte sich als unmöglich heraus, der Türkin fehlten die passenden Nachweise. „Ich war total verzweifelt. Und dann dachte ich: Ich versuche es.“ Sonay erkannte Yağmurs schwierige Lage und machte eine Ausnahme – eigentlich dürfen die jungen Bewerber:innen maximal 27 sein.

Als Yağmur das 23 Quadratmeter große Zimmer mit dem Dielenboden bezog, erwartete sie vor dem Fenster ein blühender Kastanienbaum. Endlich hatte sie einen Raum für sich – plus einen weiteren fürs Homeoffice. Yağmur arbeitet für eine Firma in Istanbul. Wegen des Zeitunterschieds muss sie morgens früh raus. „Am Anfang hatte ich Angst, Manfred zu stören, er schläft ja in dem kleinen Raum neben der Küche“, sagt sie. Dann aber habe sie gemerkt, dass er auch früh auf sei, und sich entspannt.

Wenn sich in der Küche ihre Wege kreuzen, begrüßen sie sich freundlich, manchmal trinken sie gemeinsam Kaffee oder Tee,

reden über Politik und Persönliches. Dann verschwindet jeder in seiner Arbeit – trotz seiner Emeritierung ist Manfred sehr beschäftigt, er engagiert sich zu Kinderrechten, schreibt Sachbücher und betreut studentische Forschungsarbeiten.

Und er spielt leidenschaftlich gern Speedball, in einem Park um die Ecke. „Das ist die einzige Bedingung, hab ich mal gesagt, dass sie manchmal mit mir Speedball spielt“, erzählt Manfred. Tatsächlich sei es aber in dem Jahr nur einmal dazu gekommen. Vorwurfsvoll klingt Manfred nicht, als er das sagt, eher schwingt Enttäuschung mit, die auch Yağmur nicht überhört. „Ich bin in Berlin immer noch nicht richtig verankert“, rechtfertigt sie sich, „deswegen gehe ich nach der Arbeit raus, um Leute zu treffen.“

„Das ist okay so“, sagt Manfred. „Ich will nicht, dass du dich verpflichtet fühlst.“ Umgekehrt möge er ja auch keine Verpflichtungen, genau das habe er in den Fragebogen eingetragen. Er wolle keine Sonderbehandlung wegen seines Alters, das passiere ihm seit seinem Achtzigsten oft und empfinde er als diskriminierend. „Ich fand auch gut, dass Sonay gleich klargemacht hat, dass ein gegenseitiger Austausch das Ziel ist“, sagt Manfred. Und dazu komme es auch: Neulich habe ihm Yağmur bei einem Computerproblem geholfen. „Und er hat mir Tipps gegeben, wie ich von den großen Internetkonzernen wegkomme“, ergänzt Yağmur.

Auch einen Putzplan brauchen sie nicht. „Wenn ich sehe, dass etwas dreckig ist, dann putze ich das eben.“ Einkäufe machen sie getrennt, wenn einem aber etwas fehle, bediene sie sich bei dem anderen. Manfred nickt, das klappe sehr gut. Und auch sonst hat er nichts zu

meckern. „Das Einzige, was ich dir ab und zu gesagt habe, ist, dass du wie ein Geist bist. Weil ich nicht merke, ob du hier bist oder nicht. Das würde ich manchmal gern wissen.“ – „Ich habe Angst dich zu stören“, erwidert Yağmur, worauf Manfred gleich nickt. „Ich weiß. Aber von mir aus kannst du gern mal klopfen. Und Krach kannst du auch machen.“

Manfred lässt meist abends von sich hören, dann legt er Musik auf, seiner Mitbewohnerin gefällt das: „Wir waren auch schon mal zusammen auf einem Rockkonzert.“

Für Manfred könnte sowas gern öfter passieren. Beide finden, dass die fünf Jahrzehnte zwischen ihnen ein Gewinn seien. „Für mich ist das hier ein Glücksfall, echt“, sagt Manfred, woraufhin Yağmur lacht und den Kopf auf seine Schulter legt: „Ja, es ist wie eine Freundschaft.“ Sie fühlt sich wohl, ist endlich ein wenig angekommen.

Dass Yağmur in Zukunft mehr Raum einnehmen und in seiner angestammten Wohnung etwas verändern könnte, macht Manfred keine Angst: „Ich komme mit Veränderung klar. Außerdem würde sie mich sicher fragen.“ Yağmur findet es schwierig, dass Manfred in der kalten Jahreszeit nach La Gomera fährt, letzten Winter hat sie sich in der Wohnung sehr einsam gefühlt. Der Austausch brach jedoch nicht ab, sie schickten sich Nachrichten, Musik und Artikel.

Für die nächste Zeit haben sich die beiden vorgenommen, sich öfter zu unterhalten, um Yağmurs Deutsch zu verbessern, bisher sprechen sie auf Englisch. Auch räumlich wollen sie sich verändern, die Zwischentür zwischen ihren Arbeitszimmern soll künftig offen stehen. So kann jeder für sich sein und ist trotzdem nicht allein.



Manfred Liebel und Yağmur Aktan in der Küche ihrer Generationen-WG Foto: Stefanie Loos



Was heißt „politisch neutral“ in Zeiten von Krieg, Aufrüstung und Rechtsruck? Schulen dürfen sich durchaus zu Werten bekennen
Foto: Marcus Brandt/dpa

Engagement unerwünscht

Schüler*innen berichten in Hamburg von Repressionen, mit denen ihr Protest gegen die drohende Wehrpflicht kleingehalten werden soll. Dahinter steht falsch verstandene Neutralität

Essay von **Katharina Schipkowski**

Dass Schüler*innen sich gegen eine drohende Wehrpflicht engagieren, schmeckt einigen Hamburger Schulen gar nicht. Klar, die Kinder und Jugendlichen sollen schließlich rechnen und Fremdsprachen lernen und nicht in der Schulzeit Flyer verteilen und Proteste organisieren. Oder?

„Für uns Schüler*innen ist das extrem frustrierend“, berichtet eine Abiturientin vom Hamburger Kaifu Gymnasium. Die gesellschaftliche Diskussion über eine drohende Wehrpflicht sei allgegenwärtig – logisch, dass die Menschen, die es betrifft, dazu eine starke Meinung hätten. „Warum sollten wir uns nicht dagegen engagieren dürfen, wenn wir die betroffene Generation sind?“

Zwar fördere die Schulleitung das Gespräch über das Thema – aber immer nur einseitig, sagt die Schülerin. Im vergangenen Schuljahr seien zweimal Offiziere eingeladen worden, einmal in den Unterricht, einmal zu einer Podiumsdiskussion. Letztere sei leider überhaupt nicht kontrovers gewesen. Dem Offizier sei ein Sicherheitsforscher gegenübergestellt worden, der ebenfalls für Aufrüstung und Wehrdienst plädiert habe. „Wir fühlen uns mit Kriegspropaganda vollgespammt und in unserer politischen Meinungsbildung behindert“, kritisiert die Schülerin. Von Mitschüler*innen aus anderen Schulen habe sie ähnliche Klagen gehört.

Einmal ist der Schulleiter des Kaifu Gymnasiums sogar handgreiflich geworden. Schüler*innen hatten den Tag der Veteranen am 15. Juni zum Anlass genommen, gegen Aufrüstung und Wehrdienst zu protestieren. Auf einem von den Schüler*innen selbst aufgenommenen Video sieht man, wie einige Jugendliche mit einem Megafon und einem Transparent auf den Schulhof laufen, wo der Schulleiter sie schon erwartet.

Er versucht, die Mini-Kundgebung zu verhindern, indem er die Teilnehmer*in-

nen bedrängt, auf sie einredet und sogar versucht, der Rednerin ihre Zettel aus der Hand zu ziehen und das Megafon runter zu drücken. Die Rednerin hält beides fest und führt ihre Rede fort; der Schulleiter lässt nicht locker, stellt sich vor das Transparent und redet auf die Schüler*innen ein, die es festhalten. „Merz leck Eier – Eimsbüttel gegen Wehrpflicht“ steht in großen Buchstaben darauf gepinselt. Am Schultor treffen zwei Polizist*innen ein, bleiben aber draußen.

Auf taz-Anfrage sagt der Schulleiter Arne Wolter über die Situation: „Einseitige politische Proteste und Kundgebungen sind auf Schulgelände nicht zulässig.“ Vor allem jüngere Schüler*innen seien vor politischer Beeinflussung zu schützen. Da vor der Aktion nur Flyer ohne klare Kennzeichnung möglicher Akteur*innen vor der Schule verteilt worden seien, habe er vorsorglich die Polizei verständigt.

Gerüchte, dass Klausuren extra auf den Tag des bundesweiten Wehrdienststreiks verlegt worden waren, um die Schüler*innen vom Protest abzuhalten, wies er weit von sich. Die Klausuren seien verlegt worden, weil eine Kollegin erkrankt wäre. Auch aus dem Lehrer*innen-Kollegium heißt es, die Gerüchte seien falsch. Das Datum des Streiktags spiele bei der Klausurenplanung keine Rolle.

Also alles ganz korrekt? „Überaus korrekt“, heißt es aus dem Kollegium. Der Schulleiter dulde grundsätzlich keine Flyer oder Ähnliches auf dem Schulgelände, er knibbele jeden Sticker selbst ab, egal, ob darauf Werbung für den HSV oder Fridays for Future sei. Zwar mache er keinen Hehl daraus, persönlich den Wehrdienst zu befürworten. Das, was die Schüler*innen als Repression empfänden, sei aber nur Ergebnis einer politisch neutralen Überkorrektheit.

Aber was heißt „politisch neutral“ in Zeiten von Krieg und Aufrüstung, Klimakatastrophe und Rechtsruck? Bedeutet es, dass Schulen und Lehrer*innen keine

„

„Die AfD hat mit ihrer Verzerrung des Neutralitätsbegriffs so viel Panik gemacht, dass Lehrer und Schulleiter verunsichert sind, was überhaupt noch sagbar ist“

Felix Wirth Hanschmann, Jurist

eindeutige Position in diesen Fragen beziehen dürfen?

„Das wäre absurd“, sagt der Juraprofessor und Experte für Schulrecht an der Bucerius Law School, Felix Wirth Hanschmann. Das Neutralitätsgebot richte sich nicht an die Schüler*innen, sondern an das Schulpersonal. Für Schüler*innen gelten natürlich die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und alle anderen Grundrechte, auch wenn die in der Schule eine gewisse Beschneidung allein schon in der Anwesenheitspflicht fänden.

Aber es sei ein großer Irrtum, anzunehmen, dass Schulen sich nicht zu bestimmten Werten und Prinzipien bekennen dürften. Das Gegenteil sei der Fall: Bildung und Erziehung basierten immer auf einem normativen Fundament, das sei anders überhaupt nicht möglich. Das Grundgesetz, völkerrechtliche Vorgaben und Landesverfassungen bildeten dafür den Rahmen.

Beim Kleben von Aufklebern in der Schule stelle sich höchstens die Frage von Sachbeschädigung, sagt Wirth Hanschmann. Beim Verbot der Kundgebung auf dem Schulhof könne der Schulleiter vom Hausrecht Gebrauch machen. „Aber mit Neutralität oder dem Beutelsbacher Konsens hat das nichts zu tun.“

Oder auch doch, aber eben mit falsch verstandener Neutralität: „Die AfD hat mit ihrer Verzerrung des Neutralitätsbegriffs so viel Panik gemacht, dass Lehrer und Schulleiter verunsichert sind, was überhaupt noch sagbar ist“, sagt Wirth Hanschmann.

Auch die Bundeszentrale für politische Bildung hat dieses Problem erkannt und in dieser Woche eine Kampagne anlässlich des 50. Geburtstags des Beutelsbacher Konsens gestartet. Der Beutelsbacher Konsens ist der Leitfaden für politische Bildung und muss oft als Argument für ein vermeintliches Neutralitätsgebot an Schulen herhalten, wenn es etwa darum geht, ob Vertreter*innen der AfD auch zu Podiumsdiskussionen eingeladen werden sollen oder Lehrer*innen politische Botschaften auf dem T-Shirt tragen dürfen.

Unter dem Motto #NichtNeutral will die Bundeszentrale zusammen mit allen 16 Landeszentralen darauf hinweisen, dass politische Bildung nicht neutral ist. „Sie steht für Demokratie, Menschenrechte und politische Teilhabe“, schreibt die Bundeszentrale in einer Mitteilung. Die Kampagne widerspreche damit Missdeutungen wie einem fälschlicherweise aus dem Beutelsbacher Konsens abgeleiteten Neutralitätsgebot.

Für viele Schüler*innen, die sich im Wehrdienststreikkomitee des Kaifu Gymnasiums und an anderen Schulen engagiert haben, stellen sich diese Fragen jetzt erst mal nicht mehr, seit sie das Abi in der Tasche haben. Für die jüngeren Jahrgänge schon – am 25. September soll der nächste Streik gegen Aufrüstung und Wehrpflicht stattfinden.

Linke trennen sich von Linken

In Göttingen bricht Die Linke mit der linken Wählergemeinschaft und zieht alleine in den niedersächsischen Kommunalwahlkampf. Ein Grund ist das Bündnis Sahra Wagenknecht

Von Reimar Paul

Ausgerechnet in ihrer Hochburg Göttingen haben sie sich gespalten: Zur niedersächsischen Kommunalwahl im September treten die WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke und die Partei Die Linke getrennt an.

Bei der Bundestagswahl im Februar 2025 erzielte die Linkspartei hier mit 17,6 Prozent der Zweitstimmen das landesweit beste Ergebnis. Bei den Erststimmen holte Direktkandidat Thomas Goes im Stadtgebiet 13,3 Prozent. Für das Stadtparlament kandidiert die Partei nun erstmals allein.

Bis 2024 war Die Linke Mitglied in der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke (GöLi). Diesem 1991 ins Leben gerufenen und zunächst als Linke Liste Göttingen firmierenden Bündnis gehörten ursprünglich die DKP, der – längst aufgelöste – Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), einige PDS-Mitglieder sowie mehrere nicht in Parteien organisierte Aktive an. Später stießen die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), die im Jahr 2007 mit der PDS zur neuen gesamtdeutschen Partei Die Linke fusionierte, und eine Göttinger Stadtteilinitiative dazu.

Bei der Kommunalwahl in jenem Gründungsjahr 1991 kandidierte die GöLi erstmals für den Stadtrat und erlangte gleich einen Sitz. Auch bei den folgenden Wahlen schaffte die Gruppierung immer wieder den Sprung ins Kommunalparlament, meistens sogar mit mehreren Mandaten. Im aktuellen, 2021 gewählten Stadtrat mit insgesamt 47 Mitgliedern hat die WählerInnengemeinschaft 3 Sitze. Weil eine Ratsfrau der Satirepartei Die Partei im vergangenen Mai in die Partei Die Linke eintrat, ist auch diese seitdem eigenständig im Rat vertreten.

Inhaltliche Differenzen

Über die Jahre entwickelten sich zwischen WählerInnengemeinschaft und Partei jedoch deutliche inhaltliche Differenzen, vor allem das Verhältnis zwischen der Partei Die Linke und der DKP gestaltete sich zunehmend konfliktreich.

2024 trat die Partei Die Linke aus der GöLi aus. Anlass für die parteiintern schon länger diskutierte Trennung war die unterschiedliche Positionierung zum Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Einige Mitglieder der WählerInnengemeinschaft waren damals in diese neue Formation eingetreten.

Ein Teil der WählerInnen-gemeinschaft „fühlte sich dem BSW politisch zugehörig oder unterstützte dessen Aufbau aktiv“, heißt es in einer Erklärung des Göttinger Linke-Kreisverbandes zur anstehenden Kommunalwahl. Für die Partei Die Linke hingegen sei das BSW „keine linke Partei“. Das zeige sich unter anderem in einem „Wirtschaftsprogramm, das soziale Umverteilung und strukturelle Kapitalismuskritik zurückdrängt, sowie in fremdenfeindlichen Positionen bzw. einer sie fördernden Politik“.

Hinzu kämen „sehr konservative bis hin zu diskriminierenden gesellschaftspolitischen Haltungen, etwa gegenüber queeren Lebensentwürfen und pluralen Formen des Zusammenlebens“. Daher habe man sich bewusst für die Trennung entschieden, auch, um „die eigene politische Glaubwürdigkeit zu wahren“.

Die WählerInnengemeinschaft hält das BSW-Argument für vorgeschoben und unterstellt der Linken parteiegoistische Motive für den Bruch. Das BSW, so die GöLi, trete bei der Kommunalwahl in Göttingen schließlich mit einer eigenen Liste an. In dem monatlich erscheinenden Infoblatt der WählerInnengemeinschaft verantwortet die

BSW-Kreistagsfraktion allerdings bis heute eine von acht Seiten.

Chancen schwinden

Die Partei Die Linke zieht in Göttingen unter dem Leitmotiv einer „sorgenden Stadt“ und dem Slogan „Radikal sozial. Klar ökologisch. Konsequenz antifaschistisch“ in den Kommunalwahlkampf. Ihr Programm rückt die Stärkung der sozialen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge in den Mittelpunkt.

Die WählerInnengemeinschaft fokussiert ebenfalls auf soziale Themen. Als Schwerpunkte werden die Wohnungspolitik, existenzsichernde Lebensbedingungen und gute Bildung benannt.

Die Stimmen von linken Wählerinnen und Wählern werden sich am 13. September auf beide Listen verteilen. Konsequenzen hat der Bruch auch für die Oberbürgermeisterwahl: Die Partei Die Linke hat mit Thomas Goes einen eigenen Kandidaten aufgestellt, der jedoch von der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke nicht offiziell unterstützt wird. Die – ohnehin nicht sehr großen – Chancen für Goes, die zwei Wochen später anberaumte Stichwahl zu erreichen, sind damit wohl dahin.

Nadine Conti ist Niedersachsens-korrespondentin in Hannover – und darüber viel glücklicher, als sie es für möglich gehalten hätte.



Nadine Conti
Provinzhauptstadt

Kleinkunst, Käse, Cancel-Culture

Der Kommunalwahlkampf in Niedersachsen tritt in die heiße Phase ein und in Garbsen (das ist da, wo die Hannover Stadtbahnlinie mit der Nummer 4 endet) treibt er gerade ein paar besonders unterhaltsame Blüten. Die Vorgeschichte beginnt schon im Jahr 2021. Damals kandidierte hier Claudio Provenzano (SPD) zum ersten Mal als Bürgermeister, und zwar mit Erfolg. In der Stichwahl gelang es ihm, seinen Mitbewerber von der CDU auszusteichen und damit den Posten für die SPD zurückzuerobern.

Seine Kampagne war, nun ja, auf sehr sozialdemokratische Art und Weise ambitioniert. Der ehemalige leitende Angestellte bei VW Nutzfahrzeuge präsentierte sich meist im dunkelblauen Anzug und weißem Hemd – manchmal ohne Krawatte, mit hochgekrempelten Ärmeln oder dem Jackett über der Schulter.

Die gesamte Ästhetik erinnerte vage an Obama, bevor er grau wurde – nur eben in der Garbsener Variante. Wenn ich mich recht erinnere, gab es sogar ein Pop-Art-Motiv – auch das war zuletzt im Obama-Wahlkampf 2008 aufregend und cool. Zentraler Slogan war „Machen wird mehr möglich machen“. Der aktuelle lautet „Machen. Machen. Weitermachen.“ Nun sind solche Wahlkampagnen halt eh ein sehr undankbares Genre, vor allem in der Provinz. Sie wirken entweder bieder und langweilig oder überkandidelt und dazwischen gibt es nicht viel.

Auftritt: Dittmar Bachmann. Der Comedian war früher mal mit Oliver Pocher unterwegs, hat jetzt aber eher in Garbsen, Wunstorf und Hambühren seine Fanbase.

In einem Video, das Bachmann über seine Social-Media-Kanäle streut, macht er sich über Wahlwerbespots von Provenzano lustig – im Stil der legendären Sendung „Kalkofes Mattscheibe“, nur nicht ganz so brillant. Er lästert dabei vor allem über die aufgesetzt und pathetisch wirkende Körpersprache Provenzanos in dem Spot, verballhornt seinen Namen zu Parmesano und zieht über die unbeholfenen Testimonials seiner Unterstützern her – inklusive Mafia-Anspielung beziehungsweise Der-Pate-Persiflage. Nun ja.

Das ist alles schon deshalb nicht so brüllend komisch, weil halt leider die Fallhöhe fehlt. Das Werbevideo an sich ist schon so unfreiwillig komisch und cringe, dass man eigentlich nicht unbedingt jemanden braucht, der komische Perücken überzieht und einem aufgeregt in die Kamera krähen erklärt, warum das so ist. Aber gut, letztlich Geschmackssache.

Ursprünglich war Bachmann – trotz des Videos – für mehrere Auftritte bei der städtischen „Kultour“ angefragt worden. Einem Format, bei dem Künstler in verschiedenen Ortsteilen spielen und das Publikum von Bühne zu Bühne tourt. Doch kurz bevor der Vertrag fertig ist, wird Bachmann mit ein paar sehr fadenscheinigen Ausreden wieder ausgeladen. Der vermutete den Bürgermeister dahinter und tat das in einem offenen Brief in der Lokalpresse kund.

Und Bachmann erwies sich als einigermaßen nachtragend. Im November 2025 kündigte er plötzlich an, nun selbst als Bürgermeister kandidieren zu wollen – unter anderem mit einem Musikvideo, in dem er aus Rio Reisers „König von Deutschland“, den „König von Garbsen“ macht.

Sieben Monate später zieht er seine Kandidatur allerdings wieder zurück. Die originelle Begründung: Er hätte unterschätzt, wie viel Geld und Manpower für so einen Wahlkampf nötig sind. Immer noch besser, als wenn er erst im Rathaus gemerkt hätte, wie viel Arbeit die Führung einer 600-köpfigen Verwaltung macht.

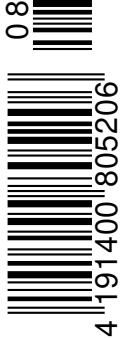
Aus genau dieser Verwaltung werden dem Comedian nun aber – mit vier Jahren Verspätung, pünktlich zur heißen Wahlkampfphase – Dokumente zugespielt, die belegen, dass die Stadt bei der Ausladung tatsächlich gelogen hat – und zwar nicht nur Bachmann, sondern auch der Öffentlichkeit gegenüber.

Allerdings fehlt weiter ein Beleg dafür, dass der Bürgermeister selbst dies angewiesen hat. Die CDU, der das hervorragend in den Kram passt, springt sofort auf diesen Zug auf und beantragt eine Sondersitzung des Rates. Die lief bei Redaktionsschluss noch. Aber man muss kein Prophet sein, um festzustellen, dass der verhinderte Kandidat Bachmann zumindest ein Wahlversprechen locker gehalten hat: „Mit mir würde nicht alles besser, aber auf jeden Fall unterhaltsamer“, sagte er dem lokalen Anzeigenblatt.



LE MONDE

diplomatique



Sterile Sauberkeit

in den Straßen von Minsk. Victor Martinowitsch über 15 Tage Haft für eine Zigarettenkippe und die allgegenwärtige Überwachung
► S. 3

Sohn Nummer eins

gegen Lula. Niklas Franzen über die Wahlen in Brasilien und wie der Bolsonaro-Clan die Präsidentschaft zurückgewinnen will
► S. 6/7

Poesie als Waffe

und die Hoffnung auf ein freies Palästina. Mahmud Darwisch über seine Kindheit als Flüchtling und wie er zum Schreiben kam
► S. 9

Sterbende Gletscher

unter der Mitternachtssonne. Anna K. Seidel über einen Sommer auf Spitzbergen und die Zukunft der Arktis
► S. 10/11

Befreite Körper

Sonia Combe über Magnus Hirschfeld und Friedrich Wolf als Wegbereiter der sexuellen Emanzipation in Deutschland
► S. 16/17

Rusudan Khizanishvili



Dalia, 2020, Öl auf Leinwand, 140 x 170 cm
(zur Künstlerin siehe Seite 2)

Genosse KI

Gegen die Kapitalisierung des Wissens

von Evgeny Morozov

Einstmals entstanden große Emanzipationsbewegungen auf den Barrikaden, heute beginnen sie im muffigen Dunkel von Parkhäusern. Im Juli 2024 brummte im britischen Ormskirk, West-Lancashire, der private Gebühreneintreiber für Parkhäuser Parkingeye dem 37-jährigen Koch Loren Cole eine fragwürdige Buße von 60 Pfund auf. Doch der focht die Forderung an, und zwar mittels ChatGPT. Das Gericht hob die Strafe auf, Parkingeye musste Cole für dessen Arbeitsaufwand 462 Pfund zahlen. Lancashire war Mitte des 19. Jahrhunderts ein Zentrum der britischen Textilindustrie, die Karl Marx den Stoff zu seiner Kapitalismuskritik lieferte. Die Arbeitskräfte brachten ihre Fertigkeiten in die Entwicklung von Maschinen ein – um dann von ihnen unterjocht zu werden. Heute hilft eine Maschine, die sich der geballten Intelligenz der Menschheit bedient, einem Loren Cole im Kampf gegen einen anderen Leviathan. Insofern ist Cole Teil einer verborgenen Revolution: von Mieter:innen, die sich gegen unerreichbare Hauswirte wehren; von Migrant:innen, die sich mit der Behördensprache herumschlagen; von Patient:innen, die mit ihrer Versicherung streiten. Das ist sicherlich keine revolutionäre Politik, aber auch nicht unerheblich. Viele Linke sind mit einer Diagnose schnell bei der Hand. Beim Stichwort künstliche Intelligenz (KI) denken sie an Plagiate, Klimakatastrophe, die große Finanzblase. KI sei etwas, das man

aufhalten und vergesellschaften müsse. Dabei ist KI für die Linke die größte Chance der letzten hundert Jahre – und zugleich eine tödliche Bedrohung. Die Bedrohung ist offensichtlich: KI suggeriert eine reibungslose, synthetische Handlungsfähigkeit, die jeden revolutionären Impuls erstickt mit ihrem „Was kann ich heute für dich tun?“. Eine Linke, die dies als falsches Bewusstsein abtut, kann gleich ihren eigenen Nachruf schreiben. Wenn man jeder Unterdrückung mit einem Prompt begegnen kann, wozu dann überhaupt eine Linke? Leider ist der Genosse ChatGPT ein Verräter. Mit den gespeicherten Chatdaten von Coles Sieg über Parkingeye wurde das Sprachmodell weitertrainiert. Für OpenAI ist der Beistand für den englischen Koch eine Investition mit wachsender Rendite. Das Modell lernt aus Coles Geschick, doch andere Leute, die mit ihren Prompts rebellieren, haben davon nichts. Daraus folgt, dass die entscheidende Zukunftsfrage des Sozialismus lautet: Lässt sich die durch generative KI entfesselte Orgie des individualisierten Lernens und Handelns in eine kollektive Fähigkeit verwandeln, die nicht von einem Privatunternehmen verwertet wird? Der Sozialismus verstand sich von Anfang an als scharfsinnigster Interpret des Kapitalismus, indem er das bürgerliche Freiheitsversprechen ernst nahm. Aus sozialistischer Sicht veranstaltet das Kapital ein Festbankett und verriegelt die Türen. Es gilt nicht, das Bankett

► Fortsetzung auf Seite 12

Wird Frankreich faschistisch?

von Benoît Bréville und Pierre Rimbert

Trotz der Verurteilung Marine Le Pens könnte der Rassemblement National die Präsidentschaftswahl in Frankreich 2027 für sich entscheiden. Eine potenzielle rechtsextreme Regierung würde sich womöglich weniger am Modell des klassischen Faschismus orientieren als am israelischen Modell der Apartheid.

Zu Frankreichs politischer Zukunft gibt es in linken Debatten viele Prognosen. In den letzten zwei Jahrzehnten sticht jedoch eine Vorhersage alle anderen aus: Der Faschismus steht vor der Tür. Ende der 2000er Jahre erntete Präsident Nicolas Sarkozy viel Kritik mit seinem Polizeikult und Sicherheitswahn, der gezielt junge Menschen mit Migrationshintergrund ins Visier nahm, die er als „Gesindel“ beschimpfte, das man „wegkärchern“ müsse. Einige Jahre später trugen dann die islamistischen Anschläge von 2015/16, die eine Panik vor „radikalisierten Jugendlichen“ schürten, und der Zustrom von Geflüchteten aus dem Nahen Osten dazu bei, dass sich in Teilen der Bevölkerung die Vorstellung eines „Feindes im Innern“ verfestigte, der sich anschicken würde, unter Mitwirkung bestimmter linker Kräfte die Republik zu bezwingen. Der damals amtierende Präsident François Hollande befeuerte solche Ideen mit seinem Vorschlag, Franzosen mit doppelter Staatsbürgerschaft

auszubürgern, wenn sie wegen einer Straftat verurteilt werden sollten, die einen „schweren Angriff auf das Leben der Nation darstellt“. Die beiden Amtszeiten von Emmanuel Macron prägten wiederum die Unterdrückung sozialer Bewegungen, die mediale Normalisierung von Themen, mit denen sich früher nur ultrakonservative oder rechtsextreme Kreise beschäftigt haben, und der beinahe ungebrochene Vormarsch des Rassemblement National (RN). All das sowie die zunehmend wohlwollende Einstellung der Arbeitgeberschaft gegenüber dem RN machen die Hypothese zur vermeintlichen Gewissheit: In Frankreich greift bald der Faschismus um sich. Die fabrizierte Angst vorm „Großen Austausch“ Als mahnendes Vorbild wird dabei gern auf das Mussolini-Regime in Italien ab 1922 und die Zwischenkriegszeit verwiesen. Was den Gedanken nahelegt, dass ein Land ins Autoritäre kippt, wenn die extreme Rechte an die Macht gelangt, nachdem die traditionellen Parteien kapituliert und dem Gegner die Diskurshoheit überlassen haben. Folglich ginge es darum, zu handeln, solange es noch nicht zu spät ist – in Anlehnung an die berühmten antifaschistischen Kämpfe, auch wenn diese damals erfolglos waren. Womöglich verbirgt sich hinter dem Gespenst des Faschismus eine zwar weniger dramatische, dafür aber viel konkretere Gefahr, nämlich die eines fließenden Übergangs zu einem System legalisierter Segregation, in dem – ein bisschen so wie in Israel – ein Teil der Bevölkerung als Fremdkörper

betrachtet und durch Anwendung gesonderter Rechtsvorschriften diszipliniert und auf die Position von Untergebenen verwiesen wird. Eine faschistische Wende wäre dagegen ein riskanter Bruch mit den bestehenden Normen unter einem Führer, dem sogenannten Mann der Stunde. Dem würden sich aber mit Sicherheit die nach wie vor machtvollen Institutionen des liberalen Bürgertums entgegenstellen. Stattdessen würde sich eine Apartheid 2.0 damit begnügen, das Kernthema des RN, die „nationale Präferenz“ (*préférence nationale*), umzusetzen. Gebilligt durch die Wähler:innen, würde eine rechtliche Trennung geschaffen werden zwischen denjenigen mit anerkannter „französischer Identität“ und allen anderen – und damit auf zynische Weise das Dilemma gelöst, mit dem sich rechte Regierungen in vielen europäischen Ländern konfrontiert sehen. Heruntergebrochen, hat das Thema Zuwanderung, um das herum heute die ideologischen Gräben verlaufen, nämlich zwei Dimensionen: eine demografische und eine politische. Angesichts einer rasch alternden Bevölkerung und sinkender Geburtenraten können die europäischen Staaten ihre Volkswirtschaften ohne Einwanderung nicht mehr am Laufen halten. Diese gut dokumentierte Tatsache ist für die Parteien der extremen Rechten Vor- und Nachteil zugleich. Denn einerseits liefern der Geburtenrückgang und die Überalterung den idealen Nährboden für Untergangsszenarien und die Angst vor dem „Großen Austausch“. ► Fortsetzung auf Seite 8

Christiane Hoffmann
über den Verlust persönlicher und politischer Träume

«Ein wahnsinnig intelligentes und zutiefst berührendes Buch ... mit scharf-analytischem Blick das europäische, insbesondere das deutsche Verhältnis zu Russland, der Ukraine, den baltischen Staaten und den weiteren ehemaligen Sowjetrepubliken kritisch beleuchtend.»
Jana Fuchs, Frankfurter Rundschau

300 Seiten | Gebunden | € 26,- | ISBN 978-3-406-84378-5

C.H.BECK
www.chbeck.de

Frieden in Gefahr

Am 7. August hat der neue Präsident Kolumbiens, Abelardo de la Espriella, in Cali sein Amt angetreten. Anwesend waren die rechtsextremen Staatschefs Lateinamerikas sowie Vertreter der USA und Israels. Am folgenden Tag kam es zu zwei Sprengstoffanschlägen, einer davon in unmittelbarer Nähe der Stadt. Die Überreste der Farc-Guerilla reagierten damit auf de la Espriellas Ankündigung, keine Friedensgespräche mehr zu führen und mit US-Hilfsgeldern in

gestern in **LMD**
heute in den **Nachrichten**

Höhe von 1 Milliarde Dollar die Konfrontationspolitik aus der Zeit des Bürgerkriegs wiederaufzunehmen. Schon unter Präsident Iván Duque (2018–2022) war das mühsam errungene Friedensabkommen mit der Farc von 2016 ausgehöhlt worden. Davon berichteten Lola Allen und Guillaume Long in „Außer Kontrolle in Kolumbien“ in *LMD* vom Juni 2021. Vor allem im Südwesten des Landes nahm die Gewalt wieder zu, wie in der Reportage von Sara Meyer „Koka, Waffen und ein bisschen Hoffnung“ vom November 2023 zu lesen ist. Der linke Präsident Gustavo Petro hatte versucht, mit einer Politik des „vollständigen Friedens“ gegenzusteuern. Erscheiterte damit jedoch wie auch mit anderen seiner Projekte, wie Christophe Ventura in seiner Analyse vom Juli 2026 schrieb. „Lateinamerika – der große Rechtsruck“, so der Titel, stellt die Situation in Kolumbien in den Kontext des gesamten Subkontinents, der sich zunehmend den Interessen der USA und der eigenen Oligarchie unterwirft.

US-saudischer Atomdeal

Droht ein nukleares Wettrüsten im Nahen und Mittleren Osten? Die Bereitschaft zur atomaren Bewaffnung hat der saudische Herrscher Mohammed bin Salman bereits vor acht Jahren erklärt, „falls Iran die Bombe entwickeln sollte“. Eine technische Voraussetzung für diese Eventualität bietet jetzt das Abkommen mit Washington, das den Bau von US-Atomkraftwerken lizenziert – und die Urananreicherung auf saudischem Boden zulässt. Wenn es nicht gelingt, das iranische Atomprogramm zu entmilitarisieren, ist ein atomarer Rüstungswettlauf in der Region kaum mehr aufzuhalten. Was das bedeuten würde, hat Eva Thiébaud in der *LMD*-Oktoberausgabe 2022 untersucht, ergänzt durch eine Karte mit allen Atomreaktoren im Nahen Osten. Über die „Wiederkehr der nuklearen Abschreckung“ im globalen Maßstab hat *LMD*-Autor Jean-Marie Collin nachgedacht. Sein Text „Atombewaffnet“ erschien im August 2025.

Diese und alle anderen Beiträge seit 1995 im *LMD*-Archiv unter:
monde-diplomatique.de



Balancing, 2022, Öl auf Leinwand, 170 × 140 cm

Rusudan Khizanishvili

Die oft allegorischen Gemälde – in starken Farben und voller mystischer Figuren – der 1979 geborenen georgischen Künstlerin Rusudan Khizanishvili speisen sich aus der Spannung zwischen persönlicher Erinnerung, kultureller Identität und gelebter politischer Realität. Die Bilder haben ein starkes narratives Element, lassen mitunter an Märchen denken. Khizanishvilis Verwendung von Farben gibt ihren Bildern bisweilen eine emotionale Wucht, der man sich schwer entziehen kann. Die Künstlerin sagt über sich selbst: „Ich male nicht nur Bilder, ich erzähle Geschichten.“ Ohne Weiteres lassen sich ihre Bilder allerdings nicht entschlüsseln, vielmehr schaffen sie Raum für Ambivalenz und Widersprüche und fordern von den Betrachter:innen in-nehalten. Angesichts der aktuellen politischen Lage – nicht nur in Georgien – macht sich Khizanishvili keinerlei Illusionen, was die Kunst bewirken kann. „Kunst kann die Welt nicht heilen“, sagt sie, fügt allerdings hinzu: „Aber sie kann uns davon abhalten abzustumpfen.“ Und das ist ja schon ziemlich viel. Rusudan Khizanishvili lebt und arbeitet in Tiflis. Noch bis zum 22. August zeigt die Berliner Galerie Kornfeld, der wir für das Bildmaterial danken, ihre Einzelausstellung „Double Exposure“ (www.kornfeldgalerie.com, www.rusudankhizanishvili.com).

Wilhelm Werthern

edito

Es brennt

Die Wälder brennen: in Frankreich, Spanien und Griechenland, in Schottland, Deutschland, den Niederlanden. Riesige Rauchwolken ziehen von Kanada nach New York. Auf der Flucht vor Flammen verbrennen Menschen in ihren Autos. Die Allzeithöchsttemperaturen in Europa werden überschritten, der Asphalt bricht auf, Züge bleiben stehen. In der Bretagne vertrocknet die Ernte, in Bayern wird das Wasser knapp. Und nein, es ist kein Katastrophenfilm made in Hollywood. Es ist Realität. Wir kennen die Ursache. Und verhalten uns doch so, als sei es ein Film, der vorüber ist, wenn wir das Kino verlassen. Wenn der Sommer vorbei ist. Dabei wissen wir, dass es weitergehen wird, unerbittlich, wir sehen es online, wir spüren es am eigenen Leib. Klimawandel, oder auch Klimakatastrophe, als globale Wirklichkeit der vielen subglobalen Katastrophen.

Die einen Länder spüren es mehr als andere, viele Menschen mehr als jene in den klimatisierten und zu Abstraktionen verführenden Hallräumen der Macht. Die Redewendung von „den Menschen draußen im Land“ fällt einem da ein. Draußen. Draußen brennt die Luft. Vor sieben Jahren sagte Greta Thunberg beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos: „I want you to panic.“ Die Anwesenden klatschten höflich Beifall. In Panik verfiel niemand. Nicht dass Panik ein guter Ratgeber wäre. Aber vielleicht doch ein wirksamer Initialzündler. Panik bricht aus, wenn 50 000 unerwünschte Menschen den Strand einer EU-Exklave betreten. Da setzen sich sofort die Innenminister zusammen, da wird von Gefahr und von Zukunft geredet. Und was passiert, wenn es an europäischen Stränden brennt?

In den letzten 20 Jahren wurden ein paar Maßnahmen erlassen und noch mehr unterlassen. Und viele neue Wörter erfunden, etwa *Technologieoffenheit*. Das Wort könnte direkt aus dem Neusprech in Orwells Roman „1984“ stammen. Hinter diesem heiteren, fortschrittlichen Terminus verbirgt sich das Gegenteil von Offenheit, nämlich das Beharren auf alter, zerstörerischer Technologie zum Vorteil mächtiger Wirtschaftsakteure. *Verbotspolitik* ist ein weiteres vermeintlich liberales Wort, das als Waffe dient: Es sei ideologisch und damit schlecht, Energienutzung zu verbieten, die den Planeten in Flammen setzt. Ideologisch sei auch ein Tempolimit, das das Klima schonen und zudem tödliche Unfälle verhindern würde. Das Wort Heiz-Hammer, dieser Wutschrei in der *Bild* im Namen des Volkes gegen die fiesen Unterdrücker der Ölheizung, ging in dieselbe

Richtung. Nur dass es in Wahrheit die Fossillobby war, die da schrie. Nun steht es jeder und jedem frei, langsam zu fahren, aufs Fliegen zu verzichten und so weiter. Aber kaum jemand tut es. Was erlaubt ist, tun wir eben. Warum soll ausgerechnet ich die Person sein, die verzichtet? Und damit den Planeten ja auch nicht rettet. Ich würde ja, wenn alle würden. Aber alle werden nur, wenn sie müssen. Das heißt: wenn eine von uns gewählte Regierung unterbindet, was uns allen schadet. Doppeldenk, das ist ein weiterer Begriff aus der vergangenen Zukunft von „1984“. Doppeldenk, das ist: wissen, dass die Erde brennt, und die Ursachen als Freiheit feiern. Doppeldenk: umgeben von Bränden weiterhin mit Zunder handeln, des wirtschaftlichen Vorteils wegen. Es brennt. Das ist ein Befund, keine Ideologie. Katharina Döbler

In dieser Ausgabe| 08/26

Die nächste Ausgabe erscheint am 10. September

4 Mangel und Aufstiegsträume

Kuba an der Schwelle zum Kapitalismus
von Julia Neima

6 Sohn Nummer eins gegen Lula

Der Bolsonaro-Clan will die
Präsidentschaft zurückgewinnen
von Niklas Franzen

8 Wird Frankreich faschistisch?

Fortsetzung von Seite 1
von Benoît Bréville und Pierre Rimbart

9 „Ich habe für die Zukunft geschrieben“

Hoffnung auf ein freies Palästina
und Poesie als Waffe
von Mahmud Darwish



Hörtext des Monats:
monde-diplomatique.de

10 Sterbende Gletscher unter der Mitternachtssonne

Mein Sommer auf Svalbard
von Anna K. Seidel

12 Genosse KI

Fortsetzung von Seite 1
von Evgeny Morozov

14 Crystal Meth in Mitteleuropa

Eine Reise von Tschechien
nach Deutschland, von Produzenten
zu Konsumenten
von Prune Antoine

16 Der befreite Körper

Eine Hommage an Magnus Hirschfeld
und Friedrich Wolf, zwei Wegbereiter der
sexuellen Emanzipation in Deutschland
von Sonia Combe

18 Politik mit Strand und Insel

Wie Katar mit Luxusresorts
Abhängigkeiten schafft
von Lindita Çela und Tristan Coloma

19 Ein gutes Spiel

Wie ich den Frauenfußball
nach Iran zurückbrachte
von Roxanne Varzi

20 Gestohlene Vergangenheit

Comic von Anna Savira



Brief aus Minsk

von Viktor Martinowitsch

Für eine Utopie ist der ideale Ort eine Insel inmitten des Ozeans. Oder ein Tal hinter unüberwindlichen Bergen. Am besten ist eine Insel, zu der nicht einmal Vögel Botschaften von außen bringen. Das Außen würde die Utopie nur stören. Für ihre Entfaltung darf es weder Feinde geben, gegen die man sich bewaffnen muss, noch Nachbarn, die einem ihre Vorstellungen aufzwingen können.

Als Kind einer Durchschnittsfamilie kam ich bis zum Zusammenbruch der UdSSR nie ins Ausland. Daher hatte ich, soweit ich mich erinnere, ein unerschütterliches Vertrauen in die Zukunft und kann keinen Vergleich zwischen dem Eisernen Vorhang von damals und dem von heute anstellen. Der heutige scheint undurchdringlicher, denn es gibt keine Bahn- und Flugverbindungen, während sie in der UdSSR mit einigen westlichen Ländern bestanden. Der heutige scheint auch deshalb massiver, weil er nicht nur in Gestalt von Ein- und Ausreisegenehmigungen existiert, sondern auch in Wertvorstellungen und Symbolen.

In Vilnius, das 180 Kilometer von Minsk entfernt liegt, droht für das Tragen einer Gürtelschnalle mit Sowjetstern als Mindeststrafe eine Geldbuße. In Belarus hingegen ist so etwas völlig normal, hier ist alles Sowjetische nicht nur erlaubt, sondern mittlerweile Teil der staatlichen Ideologie. Eine Geldbuße als Mindeststrafe bekommt man in Minsk für Dinge, die wiederum in Vilnius ganz normal sind – zum Beispiel das Tragen des ukrainischen Dreizacks, des Emblems des Asow-Regiments oder eines Ansteckers mit der ukrainischen Flagge.

Übrigens: Bei allen Lesungen im deutschsprachigen Raum seit 2014 habe ich davon gesprochen, dass ein gro-

Sauberkeit. Das habe ich in meinem Roman „Paranoia“ beschrieben, mit dem ich 2014 durch Deutschland gereist bin. Der Ozean, der nach den Ereignissen von 2021 alles umschloss, brachte zur Entfaltung, was damals im Ansatz erkennbar gewesen war. Aus Ordnung wurde absolute Ordnung, aus Sauberkeit wurde sterile Sauberkeit.

Das zeigte sich neulich an einem Vorfall, dessen Symbolik wohl nicht alle Berichterstatter erfasst haben. Ein Besucher der belarussischen Hauptstadt, offenbar mit russischem Pass, warf eine Zigarettenskippe auf den Bürgersteig, der gerade von den in Minsk allgegenwärtigen, orange gekleideten Straßenkehrern gesäubert worden war. Ein Teenager, der ein Handy mit Kamera hatte, sprach den Verschmutzer an und legte ihm nahe, die Kippe aufzuheben und in einen Mülleimer zu schmeißen. Daraufhin brach der Besucher in eine Schimpftirade aus, bei der auch die Mutter des Teenagers Erwähnung fand. In jeder anderen Stadt der Welt wäre die Geschichte damit zu Ende gewesen. Nicht jedoch in Minsk. Der Verursacher der Zigarettenskippenverunreinigung wurde identifiziert und am selben Tag dingfest gemacht. Und erhielt wegen Störung der öffentlichen Ordnung in geringfügigem Maße 15 Tage Haft.

Minsk ist, nach meinem Eindruck, derzeit ein Ort mit null Kriminalität. Die Kombination aus Wachsamkeit und flächendeckender Videoüberwachung führt zur unweigerlichen Bestrafung jeder Tat. Vor Kurzem ging das Schloss an der Heckklappe meines Autos kaputt. Da der Oberste Gerichtshof von Belarus im Frühjahr die Europäische Humanistische Universität in Vilnius, an der ich Kunstgeschichte unterrichtete, als extremistische Organisation einstufte, hatte ich keine Arbeit

ist nun von allzu unruhigem Gewässer umgeben, ist allzu sehr Insel geworden.

Doch ich habe immer noch Glück, denn mir bleibt das Recht, durch die Straßen dieser Stadt zu gehen. Vielen meiner Bekannten ist dieses Recht verwehrt. Die immer näher rückende Aussicht, in Minsk als Straßenkehrer zu arbeiten, erscheint mir willkommener als die Rolle eines Sprachrohrs im Exil. Ich muss da an das Geräusch eines leeren Eimers denken, der eine Treppe hinunterscheppert. Er macht viel Lärm, aber es nützt nichts. Freiheit bedeutet nicht nur, anprangern zu können, sondern auch, Worten Gewicht und Fülle zu verleihen.

Möglicherweise erwartet mich für diesen Text eine Strafe, aber ich sehe

„
Belarus ist
allzu sehr
Insel geworden

keine Möglichkeit, ihn nicht zu schreiben. Denn ein Schriftsteller ist jemand, der Bedeutungen schafft. Selbst dann, wenn ihm nur noch eine gesellschaftliche Rolle bleibt: die Straßen zu kehren.

Das griechische Wort Utopie hatte einen Vorläufer: die Eutopie. Die Vorsilbe eu- (gut) macht den Topos zu einem Ort, an dem es allen gut geht. Ersetzt man das eu- jedoch durch ou- (was „nicht“ bedeutet), wie es Thomas Morus in seiner Schrift „Utopia“ tat, hat man keine Idylle, sondern einen Nichtort.

Aus der absolut genialen Kurzgeschichte „The Ones Who Walk Away from Omelas“ von Ursula K. Le Guin wissen wir, dass eine Utopie immer von denen handelt, für die darin kein Platz

es als Utopie, als Nichtort bezeichnen würde. Hier herrscht immer noch „Kommunismus mit Cappuccino“, wie Minsk vor langer Zeit im „Lonely Planet“ beschrieben wurde. Wenn auch mit einigen Besonderheiten. Seit im „Lonely Planet“ der letzte Text über Minsk erschienen ist, sind hier sehr viele chinesische E-Autos aufgetaucht – sie haben die deutschen und französischen Marken ersetzt, die wegen der Sanktionen vom Markt verschwanden.

Und überall sieht man jetzt Landeshäfen. Die vor 30 Jahren durch ein Referendum angenommene Flagge der Belarussischen SSR ohne Hammer und Sichel war früher eher ein staatliches als ein allgegenwärtiges Symbol. Ein Attribut von Feiertagen und Staatsbeamten. Jetzt sieht man sie überall – an Kränen, die Hochhausviertel errichten, und an den Hochhäusern selbst. Sie prangen am Revers von Menschen, die in eine Pizzeria oder in die Oper gehen. Es ist ein neuer offizieller Patriotismus wie in den USA.

Vielleicht ist es jetzt etwas schwieriger, einen englisch- oder deutschsprachigen Guide zu finden, aber an Touristen mangelt es nicht. Die Belarussen hingegen, die früher weltweit die meisten Schengenvisa erhielten, reisen so gut wie gar nicht mehr in den Westen. Aufgrund von Visumsanktionen und teils geschlossenen Grenzen ist eine Auslandsreise für uns heutzutage ein langwieriger Prozess mit unvorhersehbarem Ausgang. Ich bin mir nicht sicher, ob ich Menschen verstehen kann, die sich darüber freuen. Es ist besser, eine Brücke zu sein als eine Insel. Denn eine Brücke ist ein Bauwerk, das zumindest zwei Ufern Nutzen bringt.

Meine Mutter ist Katholikin, mein Vater orthodox. In der Familie meiner Mutter (Aschmjany, Region Hrodna, Westbelarus) kamen dünne, französische Crêpes auf den Tisch, und neben der Gabel lag ein Messer. In der Familie meines Vaters (Barbarowo, Region Mahiljou, Ostbelarus) aß man dicke russische Blini mit Sauerrahm und benutzte dazu einen Holzlöffel. In den letzten 500 Jahren ging es in Belarus hin und her, zwischen Ost und West, zwischen russischen Zaren und polnischer Vorherrschaft, zwischen Katholiken und Orthodoxen, zwischen kyrillischer und lateinischer Schrift. Die Union von Brest aus dem Jahr 1596 war der Versuch, zwei religiöse Traditionen in der unierten Kirche zu vereinen: Die hielt am orthodoxen Ritus fest, unterstellte sich aber dem römischen Papst.

Doch die Union wurde 1839 unter der russischen Herrschaft formell wieder aufgehoben. Während der Zweiten Polnischen Republik (1920–1939) gaben die polnischen Behörden die Gotteshäuser in Westbelarus der katholischen Kirche zurück. Und ich lernte das Vaterunser und das Ave-Maria zunächst von meiner Großmutter auf Polnisch und später in einem protestantischen Gebetshaus auf Russisch.

Mittlerweile ist die kyrillische Schrift praktisch allgegenwärtig und die lateinische gänzlich verschwunden. Vermutlich ist das sehr gut für die Konservierung der Utopie Belarus. Aber es schadet eindeutig der Eutopie Belarus. Und sollte mein Leben jenseits der Aussicht auf einen orangefarbenen Overall und die Reinigung der Straßen in Utopia einen Sinn haben, dann liegt er in der Hoffnung darauf, dass mein Wissen, meine Bücher und auch meine Universität eines Tages wieder zu Bausteinen einer Brücke werden, die Ost und West erneut verbindet.

Aus dem Russischen von Franziska Zwerg

Viktor Martinowitsch ist Schriftsteller. Auf Deutsch erschien zuletzt „Das Gute siegt“, Dresden, Leipzig (Volland und Quist) 2025.
© LMD, Berlin



Minsk, März 2025 VLADIMIR SMIRNOV picture-alliance/dpa/tass

ßer Krieg bevorstehe, erntete aber nur ein müdes Lächeln. Meine Kenntnis von der Unvermeidbarkeit dieses Krieges rührte aus meiner Wahrnehmung dieser wachsenden Kluft bei Symbolen und Werten. Dazu kam der spürbare gegenseitige Hass, der im Fernsehen verströmt wird. Mit dem Hass ist es am schwierigsten, denn er ist eine Substanz, die ohne Kampf nur selten verfliegt.

Der Eisernen Vorhang wurde zum erwähnten Ozean, der notwendig war, damit eine Utopie entstehen konnte. Belarus ist von der politischen Landkarte genommen, und das Wort Belarussen bezeichnet jetzt gewöhnlich jene, die vor der Verfolgung geflohen sind. Die neun Millionen in Belarus gebliebenen Menschen wurden zu unsichtbaren Wesen, zu einer Nation ohne Mitspracherecht, innen wie außen.

Schon immer konnte sich Minsk zweier Dinge rühmen: Ordnung und

mehr; somit auch nicht das Geld, das verfluchte Schloss reparieren zu lassen. Aber ich fahre unbesorgt durch Minsk, weil ich weiß, dass niemand auch nur im Traum daran denken würde, mein Auto anzurühren: Die unausrottbar hinterhältige Natur des Menschen ist an diesem Ort lahmgelegt.

Ich lese in vier Sprachen und spreche drei davon fließend. Früher waren meine Vorlesungen über die Geschichte des Impressionismus, über Chagall und Malewitsch in Minsk ein Publikumsmagnet. Aber für das Überleben einer Utopie muss alles Überflüssige beseitigt werden.

Das Überflüssige bin ich. Mein litauischer Dokortitel, mein Stipendium in New York, meine auf Englisch erschienene Monografie – all das lässt mir allenfalls die Möglichkeit, als orange gekleideter Straßenkehrer zu arbeiten. Belarus, das sich einst als Brücke zwischen West und Ost verstand,

ist. Von denen, für die es diesen Ort nicht gibt, und von denen, die an diesem Ort nicht sein können. Wenn sich das Bleiben selbst dann lohnt, wenn sich die Utopie ganz offensichtlich in eine Antiutopie verwandelt, so deshalb, weil es immer die Menschen sind, die einen Ort ausmachen. Zu ihnen gehören die Straßenkehrer. Und Teenager mit Handycameras.

Jede Antiutopie war anfangs als Utopie konzipiert. 1921 beschrieb H.G. Wells in dem Essay „Russia in the Shadows“ Lenin als friedvollen Träumer, der das Wohl aller sozialen Schichten im Sinn hatte. Drei Jahre zuvor hatte der Rat der Volkskommissare das Dekret über die Notwendigkeit des Roten Terrors erlassen, das Stalin dann in übergroßem Maßstab umsetzte.

Was kann ich Ihnen, verehrte Westeuropäer, von Belarus erzählen? Einem Land, das in den Nachrichten als Antiutopie dargestellt wird, während ich



Luxushotel Torre K in Havanna MAGDALENA CHODOWNIK picture-alliance/aa

Mangel und Aufstiegsträume

Kuba an der Schwelle zum Kapitalismus

von Julia Neima

Das türkisfarbene, frisch renovierte Haus in Havanna-Vedado sticht aus der heruntergekommenen Umgebung besonders hervor. Im Innenhof spenden zwei Obstbäume Schatten; eine Hollywoodschaukel lässt den Kunst-rasen heiterer wirken. Getönte Fenster-scheiben sorgen für Privatsphäre. Vor der Tür sitzt eine hochbetagte Dame im Rollstuhl und führt Selbstgespräche.

Sie ist eine der Bewohnerinnen von TaTamanía, Kubas erster privater Seniorenresidenz, die im Frühjahr eröffnet wurde. Solche Einrichtungen waren seit der Revolution von 1959 verboten, doch die öffentlichen Institutionen kämpfen seit Jahren mit einem Mangel an Ressourcen, ihre Lage ist kritisch.

Gegründet wurde dieses Mipyme von Yadira Álvarez, einer ehemaligen Kinderärztin, und ihrem Mann, einem Informatiker. Das Kürzel Mipyme (deutsch KMU) steht für „micro-, pequeña y mediana empresa“ (Mikro-, Klein- und Mittelunternehmen), die sich seit ihrer Zulassung vor fünf Jahren rasant vermehren.

Nach der Coronapandemie hatte die Regierung eine Liberalisierung der Wirtschaft in der Hoffnung eingelei-

tet, den kompletten Zusammenbruch zu verhindern. Die Ursachen sind komplex: An erster Stelle steht das jahrzehntelange US-Embargo; hinzu kam 2016 Trumps Politik des „maximalen Drucks“ mit 243 Zwangsmaßnahmen; es folgten die Gesundheitskrise und eine Währungsreform, nach der die Inflation in die Höhe schoss.¹ Die Wende erfolgte zu einer Zeit, als die größte Protestbewegung seit 1959 die Machthaber erschütterte, die entsprechend hart gegen die Demonstrant:innen vorgingen.

Seit Donald Trumps Rückkehr ins Weiße Haus im Januar 2025 steht Kuba mehr denn je im Visier Washingtons. Wiederholt kündigte der US-Präsident die „Übernahme“ der Insel an.² Am 29. Januar – gut drei Wochen nach der Entführung von Präsident Maduro nach New York und der erzwungenen Einstellung venezolanischer Öllieferungen nach Kuba – erklärte Trump, die Insel stelle eine „ungewöhnliche und außerordentliche Bedrohung der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik der Vereinigten Staaten“³ dar. Nicht nur Venezuela, auch kein anderes Land darf mehr Erdölprodukte nach Kuba exportieren – andernfalls drohen Strafzölle.

Die Schlinge zieht sich immer enger, und weitere Sanktionen kommen hinzu. Seit dem 1. Mai richten sie sich gegen kubanische Führungskräfte, denen schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, sowie gegen jede Regierung, Person oder Organisation, die Geschäftsbeziehungen zu Kubas Staatsbetrieben unterhält.⁴

Trump will mit seinem Angriff auf das staatliche Wirtschaftsmonopol die kubanische Regierung dazu zwingen, einen profitorientierten Privatsektor aufzubauen. Für die Wirtschaft des Landes würde das eine tiefgreifende Umwälzung bedeuten: Die Agrarreform unmittelbar nach der Revolution von 1959, die großen Verstaatlichungen der 1960er Jahre und die „revolutionäre Offensive“ von 1968, in deren Verlauf alle kleinen Geschäfte und damit die letzten verbliebenen privaten Strukturen verstaatlicht wurden, führten zu einer extremen Zentralisierung – und zu einer so weitverzweigten wie lähmenden Bürokratie.

Fernab der Wortgefechte zwischen der Regierung in Havanna und der Supermacht im Norden versuchen die Kubanerinnen und Kubaner schon lange, die schwerste wirtschaftliche und soziale Krise seit der Revolution irgendwie zu überstehen. Täglich fallen Wasser und Strom aus. Das Verkehrsangebot wurde immer mehr ausgedünnt, das Gesundheitssystem geht in die Knie, die Preise schossen in die Höhe, ausländische Unternehmen verließen das Land.

Der Tourismus, ein Schlüsselsektor der kubanischen Volkswirtschaft, ist praktisch zum Erliegen gekommen. Die Besucherzahlen sind nach Angaben des Nationalen Statistikamts von 4,2 Millionen im Jahr 2019 auf weniger als 360 000 im ersten Halbjahr 2026 gesunken. Die wirtschaftliche Liberalisierung scheint somit das letzte Mittel zur Versorgung des Landes zu sein – und der Auftakt zu einer neuen Ära.

Bestes Beispiel für die Zentralisierung ist eine Holding, die Anfang der 1990er Jahre in der „besonderen Phase in Friedenszeiten“ nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion von Raúl Castro und den Revolutionären Streitkräften (FAR) gegründet wurde. Unter dem Dach des Grupo de Administración Empresarial SA (Gaesa) sind dutzende Unternehmen aus den verschiedensten Bereichen vereint, vom Tourismus (Gaviota) über Finanzen (Rafin, Banco Financiero Internacional), Einzelhandel (Cimex) bis zu Import/Export, Geldtransfers, Bauwesen, Fischerei und so weiter. Castros Schwiegersohn Luis Alberto Rodríguez López-Calleja leitete die Holding bis zu seinem Tod 2022.

Abgesehen davon, dass Gaesa als wirtschaftlicher Arm der Militärs und Machthaber verrufen ist, steht die Holding insbesondere wegen ihrer zahlreichen neuen Luxushotels in der Kritik. Seit 2016 wurden rund 50 davon gebaut, die mehr oder weniger leer stehen beziehungsweise wegen der US-Sanktionen ganz geschlossen werden mussten wie das Iberostar Selection an der Calle K, kurz Torre K genannt.

Als im Februar 2025 das 42-stöckige Hotelhochhaus inmitten verfallener Häuser eröffnet wurde, war die Empörung groß. Die Leute fragten sich, wie angesichts des Embargos die für den teuren Bau benötigten Materialien beschafft werden konnten. „Das ist doch der reinste Wahnsinn“, empört sich ein Anwohner, „ein Symbol für die Verachtung, die die da oben für uns übrig haben, und dann steht das auch noch mitten in der Stadt und ist von fast überall aus zu sehen!“ Im März beschlossen die Behörden, das Hotel vorläufig dichtzumachen, und ließen es trotzdem jeden Abend beleuchten, während in der Stadt ständig der Strom ausfiel.

Am 2. Juni verteidigte die Regierung ihre Holding in der Parteizeitung *Granma*: „Gaesa hat nichts zu verber-

gen, sie wurde nicht von Eliten ins Leben gerufen, geschweige denn als Projekt zur Bereicherung einiger weniger.“ In derselben Mitteilung hieß es weiter, die Gewinne seien „in das Wärmekraftwerk Lidio Ramón Pérez“ in der Provinz Holguín und „in Renovierungsarbeiten an Polikliniken, Arztpraxen und Schulen“ reinvestiert worden.

Kurz darauf kündigte die Regierung 176 Einzelmaßnahmen für „wirtschaftliche und soziale Umgestaltungen“ an, die eine grundlegende Wende im Handel, bei Dienstleistungen, in der Landwirtschaft und vor allem im Energiesektor vorsehen.⁵ Nach und nach wurden Investitionsbeschränkungen gelockert und immer mehr Branchen für private Unternehmen geöffnet. Dazu zählen mit dem Dekret vom 4. August etwa Apotheken und Pflegeeinrichtungen sowie die Erdölförderung.⁶

Der Staat zieht sich also etwas zurück und verzichtet beispielsweise auf sein Monopol im Energiesektor zugunsten privater Investoren. Der Außenhandel wurde liberalisiert und die Preisbindung für landwirtschaftliche Produkte gelockert. Die „Libreta“, das Bezugsheft für sehr günstige Lebensmittel, soll in ihrer derzeitigen Form abgeschafft werden, um das Solidarprinzip auf „schutzbedürftige Menschen“ zu konzentrieren, wie Präsident Miguel Díaz-Canel am 18. Juni vor dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kubas erklärte.

Unter dem ständigen Druck der US-Regierung, die all diese Reformen als „oberflächlich“ abtut, durchlebt Kuba schwere Zeiten. Einen regelrechten Aufschwung gibt es indes bei den Mipymes, die künftig mehr als hundert Mitarbeitende beschäftigen und ihre Aktivitäten ungehindert ausbauen dürfen. Ihre Betreiber können neuerdings auch mehrere Firmen besitzen.

Dem Unternehmerpaar der Seniorenresidenz TaTamanía kommt das sehr entgegen. Die Einrichtung bietet sowohl eine dauerhafte Unterbringung als auch eine Tagesbetreuung an. Das kostet monatlich zwischen 1000 und 1200 US-Dollar – ist also unerschwinglich für normale Kubaner:innen, die im Durchschnitt umgerechnet etwa 15 Dollar im Monat verdienen.

Das Angebot sei auch gar nicht für zahlende Angehörige gedacht, die auf der Insel leben, sondern richte sich an Auswanderer, die hier Verwandte zurückgelassen haben, erklärt Álvarez: „Wir haben eine Niederlassung in der Dominikanischen Republik eröffnet und möchten in ganz Lateinamerika Fuß fassen, den Markt ausbauen und zum Marktführer im Pflegebereich auf dem Kontinent werden.“

Niemand hätte noch vor wenigen Jahren hier so geredet. Die 2021 beschlossenen und 2024 erweiterten Lockerungen haben eine neue Schicht von Geschäftsleuten entstehen lassen, deren Businesskultur sich zumindest in den Großstädten langsam ausbreitet – parallel zur explosionsartigen Zunahme der Ungleichheit, die mittlerweile im Alltag deutlich wahrnehmbar ist. Im Zentrum dieser Entwicklung stehen die rund 10 000 Mipymes mit etwa 900 000 Beschäftigten – in Kuba liegt die Erwerbstätigenzahl insgesamt bei rund 4 Millionen.⁷

Überall im Land sind tausende Verkaufsräume in Privathäusern entstanden. „Früher gab es Touristen, denen ich Zimmer vermietet habe. Die stehen seit Jahren leer, also habe ich diesen kleinen Lebensmittelläden unter meiner Wohnung eröffnet“, erzählt eine Anwohnerin in Vedado. Restaurants, Handyreparaturen, Möbeltischlereien und diverse Bauarbeiten, Läden für Reinigungsmittel und IT-Ausrüstung – es gibt immer mehr dieser kleinen Geschäfte. Auch zahlreiche Apps für die Lieferung von Lebensmitteln sind entstanden, ebenso wie La Nave, das kubanische Pendant zu Uber.

Darüber hinaus bilden sich erste Ansätze von Finanzdienstleistern heraus, insbesondere für den Onlinezahlungsverkehr. Sein Ziel sei, „den Kubanern finanzielle Freiheit zu verschaf-

ANZEIGE

Für einen kühlen Kopf in heißen Debatten.



Monat für Monat fundierte Analysen zum politischen Geschehen in Deutschland und der Welt.

Jetzt im Sommer-Abo: Drei Monate print und digital mit kleiner Überraschung für 18 Euro.

Jetzt bestellen: blaetter.de/sommer

fen“, sagt uns der Gründer eines dieser Unternehmen. Ein anderer meint, er wolle das „kubanische Amazon“ als Verkaufsplattform für die Produkte von Mipymes gründen.

Seit 2021 darf man auf eigene Kosten importieren – früher durfte das nur der Staat. Diese Neuerung ist ein wichtiger Antrieb für die Entwicklung der Privatwirtschaft. Mario (Name geändert), der ein Mipyme für Landwirtschaftsgeräte betreibt, ist zu Besuch bei einem Kunden in der Provinz Artemisa westlich von Havanna. Auf einem drei Hektar großen Feld stehen ein paar Bauern vor einem erst kürzlich erworbenen kleinen roten Traktor mit Anhänger.

„Und, läuft er gut?“, fragt Mario. „Ja, er ist wirklich praktisch“, antwortet einer von ihnen. „Heute brauch ich nur noch eine halbe Stunde, wofür ich früher mit den Ochsen einen ganzen Vormittag geackert hab.“ Mit dem Traktor werden die Büsche gekürzt, wird gegraben, gepflügt, gedüngt und die Ernte abtransportiert. Der Bauer ist begeistert von dem vielseitigen Nutzen des Traktors. Es gebe nur ein Problem – der mangelnde Sprit, fügt er halb spöttisch, halb frustriert hinzu.

„Wir importieren alles aus China“, berichtet Mario, der seine Firma vor zwei Jahren gegründet hat. „Der Agrarsektor hat in unserem Land großes Potenzial. Wir müssen in Kuba auf agro-industrielle Produktion umsteigen. Das ist das Ziel unseres Unternehmens.“ Auf seinem Mobiltelefon zeigt er uns Fotos und Videos von riesigen Hallen in China, in denen Reihen von Landmaschinen stehen, fertig für den Abtransport nach Kuba.

Diese Entwicklung könnte sich in der Tat positiv auf die kubanische Nahrungsmittelproduktion auswirken, der es nach Jahrzehnten des Niedergangs schlecht geht. 2024 wurden gerade einmal 9000 Tonnen Schweinefleisch produziert, verschwindend wenig für ein Land mit 11 Millionen Einwohnern; und beim Reis wurde nur noch 30 Prozent der Erntemenge erreicht, die man 2018 eingefahren hatte, wie die Regierungszeitung *Granma* am 2. März und 9. April 2025 berichtete.

Mittlerweile dürfen unabhängige Landwirte, Genossenschaften und Mipymes ihre Produkte direkt vermarkten. Zuvor waren sie gezwungen gewesen, praktisch alles an den Staat zu verkaufen, der den Vertrieb über eine Einrichtung namens Acopio übernahm. Nur wenige Überschüsse konnten an lokale Verbraucher abgegeben werden.

In dem Betrieb in Artemisa werden unter langen schwarzen Dächern auch Bohnen, Kürbisse, Mais, Maniok, Bananen und Mangos gezogen. Nachdem sie die etwa 20 Schweine der Farm gefüttert und den Wasserstand der Tanks überprüft haben, gönnen sich die Bauern eine Pause im Schatten. „Von jetzt an werden wir auf Märkten und an Hotels verkaufen. Hätten wir das schon früher machen können, gäbe es nicht so viel Hunger im Land“, sagt Rolando, einer von ihnen, hinter vorgehaltener Hand.

Erst nachdem sich seine Kollegen entfernt haben, spricht er weiter: „Das bisherige System hat die Produktion total behindert. Acopio hat die Ernte abgeholt, und danach sind viele Produkte in den Lagerhallen einfach vergammelt. Der Staat hat wegen der Blockade keinen Treibstoff, aber bei der Verwaltung hat es auch keinen wirklich interessiert, es fehlte der Wille. Dafür wurde viel Geld in den Tourismus gesteckt, aber nur wenig in die Landwirtschaft. Die Privaten zahlen besser, und es gibt weniger Bürokratie.“

Zwar bleiben die Kapazitäten begrenzt, doch dank der neuen Vorschriften haben die Landwirte immerhin mehr Spielräume in der Produktion und bei den Investitionen. Für private Unternehmer geht es nun darum, diese Liberalisierung in nachhaltige Gewinne umzuwandeln und zu beweisen, dass sie die Ernährungssicherheit des Landes gewährleisten können.

Neuer Traktor und kein Benzin

Es gibt ein breites Spektrum an Mipymeros. Zum Beispiel Pablo, der in Havanna erst mal einen Parkplatz für seinen aus Panama importierten Toyota-SUV finden muss, bevor wir uns auf die Hotelterrasse des Roc Presidente setzen können. 2021 gründete der junge Mann eine Autowerkstatt mit 20 Angestellten. Filter, Öle, Reifen und dergleichen waren Mangelware. Pablo erzielt damit ein komfortables Einkommen.

Während wir unseren Kaffee trinken, tritt eine Bettlerin mit einem Baby auf dem Arm an die Balustrade. Der Unternehmer reicht ihr einen 1000-Peso-Schein (zum damaligen Zeitpunkt rund 1,70 Euro). Als er sich wieder gesetzt hat, seufzt er: „Weißt du, ich suche jemanden, der sich um meine kranke Mutter kümmert. Dafür würde ich locker 1200 Peso am Tag bezahlen. Aber ich finde niemanden. Eine Frau wie diese Bettlerin könnte diese Arbeit doch machen.“ Und er fährt

fort: „Zu viele junge und kräftige Menschen wollen nicht arbeiten, zum Beispiel auf dem Bau. Wenn man nicht studiert hat, muss man eben auch so einen Job annehmen. In der Gesellschaft sollte jeder jede Arbeit machen, anstatt sich zu beschweren.“ Pablo steht voll und ganz hinter der neuen Mipymerekultur: „Wenn meine Angestellten nach Hause gehen, sitze ich noch am Schreibtisch. Wir Unternehmer schlafen nicht mehr als fünf oder sechs Stunden. Letztes Jahr hatte ich ganze zwei Tage Urlaub.“

Seine Vision für die Zukunft? „Ich war in China. Dort kommt der Uber schon eine Minute nach deiner Bestellung an. Die Geschäfte haben die ganze Nacht über geöffnet. Hier sieht man Leute schon ab 14 oder 15 Uhr herumlungern. In China hab ich gesehen, wovon ich für Kuba träume!“

Lange rechtfertigte man in Kuba das Verbot jeglicher privatwirtschaftlicher Initiativen damit, dass dadurch verhindert werde, dass sich einige wenige auf Kosten der Allgemeinheit bereichern, und dafür Gleichheit herrsche. Tatsächlich haben seit der Zulassung der Mipymes die sozialen Unterschiede in den letzten Jahren zugenommen. Die Ungleichheit springt ins Auge: Kinder betteln – dergleichen gibt es erst seit Kurzem –, auf den Straßen von Havanna türmt sich der Müll, und an den Ecken stehen Prostituierte.

Bei Sonnenuntergang fährt ein weißer Tesla nahezu lautlos die Avenida Linea entlang. An einer Kreuzung steht ein Porsche Panamera. Etwas weiter unten öffnen sich in mehreren Restaurants die Türen; auf den Speisekarten wird Fleisch, Fisch, Wein und Eiscreme angeboten, importiert aus den USA. Ein krasser Gegensatz zu den staatlichen Restaurants, in denen es an allem mangelt.

Ein komplettes Menü kostet umgerechnet 10 bis 20 Euro. Lebensmittelgeschäfte sind allerorten wie Pilze aus dem Boden geschossen, manche verkaufen Marmelade für 9,50 Euro das Glas, Olivenöl für 13 Euro, eine Flasche Wein für 30 Euro, Pasta für 3 Euro und Parmesan für 40 Euro pro Kilo.

Die Unternehmer mit den lukrativsten Geschäften haben oft mit Geld aus dem Ausland angefangen, das zum Teil noch immer fließt. Einige, die eine Zeit lang in Spanien, Mexiko oder anderswo gelebt haben, haben ihr dortiges Bankkonto behalten und sind nach Kuba zurückgekehrt, um die neuen Chancen zu nutzen – und nicht zuletzt das Leben zu genießen.

Am Stadtrand von Havanna führt ein Pfad zu einem mehrere Hektar großen Resort am Ufer eines Sees. Auf dem Rasen unter Palmen sitzen Gäste im luxuriösen Restaurant. Ein Hauptgericht kostet umgerechnet 40 Euro, die Übernachtung im Bungalow mit eigenem Pool etwa 400 Euro. Angeboten werden Aktivitäten wie Kajak fahren, reiten und Wellnessanwendungen. El Patrón heißt das von Roberto Carlos Chamizo González gegründete Resort. In der Umgebung sind die Leute nicht begeistert davon. „Dieser Ort ... der ist unanständig“, schimpfen ein paar Bauern, denen wir unterwegs begegnen.

Die Bar von Fidel Castros Enkel

Einer von Fidel Castros Enkeln ist Stammgast im El Patrón: Sandro Castro, der seine Besuche stets in den sozialen Netzwerken postet, ist selbst ein Mipymero. 2019 eröffnete er in Vedado die Bar Efe. Im Patrón verkehrt auch Dionisio Arranz, ein bekannter Unternehmer im Luxussegment und Sohn eines ehemaligen leitenden Beamten des Außenhandelsministeriums.

Der Patrón-Chef Chamizo González veröffentlicht auf Instagram wiederum bevorzugt Fotos von seinem Leben in Privjets und Luxusrestaurants, in Dubai oder beim Italienurlaub. Er gilt als regierungsnah und ist auch Betreiber des Restaurants Mia Culpa im Hotel Iberostar Packard, das der Gaesa gehört.

In den sozialen Netzwerken stößt man auf weitere Mipymeros aus Parteikreisen, zum Beispiel Ángel David Fernández del Valle, Enkel von General Sergio del Valle Jiménez, einem engen militärischen Vertrauten Fidel Castros. Fernández’ Unternehmen Sil26 vertreibt in Kuba die Produkte von Supermercado 23, einer in Florida ansässigen Onlineverkaufsplattform, die auf die Insel liefert – an solche, die es sich leisten können. Gaia, ein weiteres Unternehmen im Vertriebssektor, wird von Lisa Titolo Castro geführt, Enkelin von Fidels jüngerem Bruder Raúl Castro.

Die Ausweitung der Marktwirtschaft in Kuba geht jedoch keineswegs mit einer politischen Öffnung einher. Kritik an der Politik der Kommunistischen Partei ist nach wie vor unerwünscht. Wiederholte Verhaftungen schüren ein Klima der Angst. Auch die noch in den Kinderschuhen steckende linke Opposition bleibt von den Repressionen nicht verschont.

Alexander Hall Lujardo, ein marxistischer Historiker, äußert Vorbehal-

te gegenüber den jüngsten Reformen: „Der Aufstieg der Mipymes ist ein zweischneidiges Schwert. Ohne sie gäbe es in Kuba keine Lebensmittel. Doch die sich bildende Händlerbourgeoisie wird letztlich ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellen.“ Er befürwortet eine auf Genossenschaften basierende Alternative, die sich mit einer sozialistischen Perspektive besser vereinbaren ließe. Gegen den Publizisten und afrokubanischen Aktivisten wurde ein Ausreiseverbot verhängt.

Als Bedingung für eine Ausreisegenehmigung verlangte die Staatssicherheit von ihm zwei Dinge: die Unterzeichnung einer auf Video aufgenommenen Selbstbeichtigung, in der er sich zu Vorwürfen bekennen sollte, die man ihm später zur Last legen könnte, sowie den Verzicht auf jegliche Zusammenarbeit mit Medien. Er lehnte ab. „Es ist anscheinend leichter, sich mit dem historischen Feind der Revolution an einen Tisch zu setzen und zu diskutieren, als mit den eigenen Bürgern.“

Raymar Aguado ist repräsentativ für eine neue Generation linker kubanischer Dissidenten.⁸ Sie sind zumeist Intellektuelle, die an kubanischen Universitäten studiert haben und antiimperialistische und marxistische Positionen vertreten. Sie kritisieren die Macht-haber und wollen die Castro-Ära hinter sich lassen. Aguado veröffentlicht seine Texte – stets unter dem wachsamen Auge der Zensoren – in verschiedenen Onlinemedien. „Die meisten hiesigen Unternehmer wollen sich bereichern. Die Öffnung der Wirtschaft für private Akteure wird nicht von einer Politik der Stärkung der Gewerkschaften und der Mitbestimmung von Basisorganisationen begleitet“, erklärt er. „Es gibt hier weder Vereinigungs- noch Demonstrationen-, noch Meinungsfreiheit.“

Die allgemeine Unsicherheit ist beunruhigend. Auf einer Caféterrasse im alten Stadtviertel Centro Habana unterhalten sich zwei Freunde darüber, ob sie in Kuba bleiben sollen. „Was wird aus diesem Land werden?“, fragt der eine. „Ich weiß nicht, wohin das führen wird, mein Freund“, antwortet der andere. „Ich glaube, die da oben werden einen Weg finden, die Dinge zu ihrem Vorteil zu drehen.“

Viele Kubaner:innen warten schon lange auf das Recht auf privatwirtschaftliche Initiativen. Doch wie in den anderen Ländern, die von einer staatlich gelenkten zu einer kapitalistischen Wirtschaft übergegangen sind, zeigt Kuba erste Anzeichen für die Herausbildung einer lokalen Oligarchie, die im Wesentlichen aus Funktionären des Machtapparats besteht.

Jeden Tag drehen sich die Gespräche um dieselben Fragen: Was wird morgen passieren? Eine soziale Explosion? Werden die USA eingreifen? Werden die Liberalisierungen Früchte tragen, oder wird die Bürokratie sie ausbremsen? Ist es nicht schon zu spät? Hätte man sie nicht schon vor 30 Jahren einführen müssen? Wird das Sozialsystem mit kostenloser Gesundheitsversorgung und Bildung überleben? Oder erleben wir gerade das vollständige Ende des aus der Revolution von 1959 hervorgegangenen kubanischen Modells?



Neue Supermärkte verkaufen importierte Güter, zahlbar nur in Dollar. Havanna, Juni 2026 MAGDALENA CHODOWNIK picture-alliance/aa

Julia Neima ist Journalistin.

¹ Siehe Mailys Khider, „Schlange stehen für fünf Würstchen“, *LMd*, November 2023.
² Siehe Christophe Ventura, „Kuba allein auf der Welt“, *LMd*, März 2026.
³ „Addressing threats to the United States by the Government of Cuba“, Executive Order, White House, 29. Januar 2026.
⁴ „Imposing sanctions on those responsible for repression in Cuba and for threats to United States national security and foreign policy“, Executive Order, White House, 1. Mai 2026.
⁵ „Transformaciones económicas y sociales“, Regierung der Republik Kuba, Juni 2026.
⁶ „Mehr Markt, weniger Bürokratie: Kubas Parlament treibt Staatsumbau voran“, *Cuba heute*, 1. August 2026.
⁷ William Bello Sánchez, „Empleo, salarios y dinamismo: otras caras del sector privado para una Cuba próspera“, Cuba Capacity Building Project, Columbia University, New York, 28. Juli 2025.
⁸ Siehe Mailys Khider und Jesús Lopes, „Verzweifelt in Kuba“, *LMd*, August 2025.

Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Sohn Nummer eins gegen Lula

Der Bolsonaro-Clan will die Präsidentschaft zurückgewinnen

von Niklas Franzen



São Paulo, 4. Juni 2026: Flavio Bolsonaro beim „Marsch für Jesus“ WAGNER VILAS picture-alliance/zuma press

Vanessa Rolim kämpft mit den Tränen, als sie über den 8. Januar 2023 spricht. An diesem Tag geriet das Leben der sechsfachen Mutter aus dem Amazonasbundesstaat Rondônia „völlig aus den Fugen“. Ihr Ehemann wurde beim Sturm auf Brasília festgenommen, als tausende Rechte das Regierungsviertel verwüsteten.

Nach Angaben Rolims war ihr Mann nur zufällig vor Ort gewesen und hatte sich spontan der Menge angeschlossen. 20 Minuten später führten ihn Polizisten in Handschellen ab. Es folgten sieben Monate Untersuchungshaft, ein kurzzeitiger Hausarrest und schließlich das Urteil: 14 Jahre Gefängnis. Vor Haftantritt floh er ins Ausland. Rolim hat heute nur noch unregelmäßig Kontakt zu ihm und vermutet ihn im benachbarten Argentinien. Für sie wird die anstehende Wahl über die Zukunft ihrer Familie entscheiden. Ihre Hoffnung ruht auf Flávio Bolsonaro. Der will am 4. Oktober die Präsidentschaftswahl gewinnen und hat den „politischen Gefangenen“ im Falle eines Wahlsiegs eine Begnadigung zugesagt.

Flávio Bolsonaro ist der älteste Sohn des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro. Diesem war ein fulminanter Aufstieg gelungen, auf den ein ebenso spektakulärer Absturz folgte. 2018 zog Jair Bolsonaro als erklärter Antipolitiker in den Wahlkampf und versprach, das Land von den Geißeln der Korruption, Kriminalität und politischen Korrektheit zu befreien. Möglich wurde sein Erfolg auch, weil erstmals verschiedene Kräfte der brasilianischen Rechten unter einem Ziel zusammenfanden: fundamentalistische Christen, Fans der Militärdiktatur (1964–1985), die Finanzelite, Großgrundbesitzer, aber auch große Teile der bürgerlich-konservativen Mittelschicht. Die politische Bewegung, die sich um Bolsonaro scharte, wird gemeinhin als Bolsonarismus bezeichnet.

Bolsonaro rückte das Land während seiner Präsidentschaft spürbar nach rechts. Rückblickend wird er vor allem mit dem Chaos der Coronazeit,

der Abholzung des Regenwaldes und den ständigen Konflikten mit den demokratischen Institutionen in Verbindung gebracht. 2022 verlor er denkbar knapp die Stichwahl gegen den linksgerichteten Luiz Inácio Lula da Silva, erkennt aber seine Niederlage bis heute nicht an. Er plante einen Staatsstreich, der scheiterte.¹

Seinen politischen Absturz besiegelte am Ende die Justiz. Der Oberste Gerichtshof verurteilte ihn und weitere Mitverschwörer im September 2025 zu 27 Jahren Haft. Derzeit sitzt er seine Strafe im Hausarrest ab. Aufgrund seiner Verurteilungen ist er vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Deshalb soll es nun „01“ (*zero-um*) richten, wie Bolsonaro seinen ältesten Spross nennt. Ganz in militärischer Tradition hat der ehemalige Fallschirmjäger seine vier Söhne durchnummeriert.

Zwischenzeitlich schien es, als könnten die Verurteilung Bolsonaros und die juristische Aufarbeitung des versuchten Staatsstreichs vom 8. Januar 2023 den Bolsonarismus lähmen. Doch die Bewegung hat sich pünktlich zum Wahljahr zurückgemeldet. Für Flávio Bolsonaro, seit 2019 als Senator für den Bundesstaat Rio de Janeiro im Nationalkongress, wird entscheidend sein, ob er die unterschiedlichen Strömungen zusammenführen kann.

Lange Zeit haben die *bolsonaristas raiz*, die eingefleischten Bolsonaro-Anhänger, den Kurs bestimmt. Ihr Rezept besteht aus Verschwörungserzählungen und Angriffen auf politische Gegner. Sie predigen die „reine Lehre“ ihres Idols Jair Bolsonaro und lehnen jegliche Kompromisse ab. Außenpolitisch verfolgen sie einen stärker ideologisch geprägten Kurs. Innenpolitisch kämpfen sie vor allem für die Freilassung Bolsonaros und der Verurteilten des 8. Januar.

Der Oberste Gerichtshof ist zu ihrem zentralen Feindbild geworden. Das sieht auch Sérgio Galvão so, Bolsonaro-Unterstützer aus der Stadt Rio das Ostras im Bundesstaat Rio de Janeiro. Galvão, 52, ist Mitglied einer rechten Gruppe. Er versteht sich als

„ganz normaler Brasilianer“ und bekleidet kein politisches Amt. Bolsonaro sei „eine Geisel“ des Richters Alexandre de Moraes, der Brasilien mit „Gestapomethoden“ regiere. Bolsonaro sei unschuldig, sagt er. Es seien „keinerlei Beweise“ gegen ihn vorgelegt worden.

In Teilen der Bewegung hat die Auseinandersetzung mit der Justiz zu einer zunehmend verschwörerischen Weltanschauung geführt: Ein großes politisches Komplott sei im Gange. Die Verurteilungen bewegten einige vorerst zum Rückzug, andere radikalisierten sich weiter. Im November 2024 versuchte ein Bolsonaro-Anhänger, einen Sprengsatz im Regierungsviertel von Brasília zu zünden, um Richter des Obersten Gerichts zu töten. Das Attentat scheiterte, der Täter kam dabei ums Leben.

Frömmeler, Militärs und Agrarkapitalisten

Galvão hält Flávio Bolsonaro für einen „guten Kandidaten“. Große Begeisterung ist bei ihm jedoch nicht zu spüren. Für Bolsonaro junior wird es schwer werden, ein Momentum wie im Jahr 2018 zu schaffen. Damals löste sein Vater, den seine Bewunderer *mito* (Mythos) nannten, eine nie da gewesene Begeisterung für einen rechten Kandidaten aus, der mit seinen ständigen Provokationen, Gewaltfantasien und seiner authentischen Art eine fast schon sektenartige Verehrung auf sich zog. „Jair Bolsonaro verstand es wie kein Zweiter, sich als Onkel von nebenan zu verkaufen, der den Eliten den Kampf angesagt hat“, meint David Magalhães, Professor für internationale Beziehungen an der Bundesuniversität von Uberlândia.

Flávio Bolsonaro dürfte zwar viele Stimmen seines Vaters erben, aber vielen Bolsonaristen gilt er als zu moderat. „Der geschniegelte Flávio mit seinem elitären Duktus vermag nicht an die Instinkte des Durchschnittsbrasilianers zu appellieren“, meint Magalhães. Das könnte zum großen Dilemma werden: Einerseits muss Flávio Bolsonaro die Stimmen bürgerlich-rechter Kräfte zurückgewinnen, also jener Wähler, die Lula zwar kritisch sehen, sich aber von Bolsonaro aufgrund der Coronapolitik und der Putschpläne abgewandt haben. Andererseits muss er die radikalisierte Basis bedienen, ohne die er keine Wahl gewinnen kann.

Neben den Radikalen gibt es eine weitere wichtige Gruppe innerhalb des Bolsonaro-Lagers: die Evangelikalen. Die Pfingstkirchen befinden sich weiterhin auf dem Vormarsch. Laut dem Zensus von 2022 waren schon damals 26,9 Prozent der Bevölkerung evange-

likal. Die meisten dieser Kirchen sind erzkonservativ und inzwischen zu wichtigen politischen Akteuren geworden. Während sie in früheren Wahlen unterschiedliche Kandidaten unterstützten, stellten sich die großen evangelikalen Kirchen 2018 geschlossen hinter Jair Bolsonaro.²

Auch sein Sohn versteht sich als evangelikaler Christ. Anfang des Jahres ließ er sich im Jordan taufen wie sein Vater zehn Jahre zuvor. Im Juni präsentierte er sich auf dem „Marsch für Jesus“ in São Paulo, einem religiösen Megaevent, das einmal im Jahr hunderttausende Gläubige in die Metropole zieht. Doch trotz dieser symbolischen Annäherung hat Flávio Bolsonaro Schwierigkeiten, eine Verbindung zur evangelikalen Basis aufzubauen. „Er erreicht die evangelikalen Wähler nicht; weder spricht er ihre Sprache, noch wird er als Führungspersönlichkeit mit religiöser Identität gesehen“, sagt Isabela Kalil, Politikwissenschaftlerin und Koordinatorin der Beobachtungsstelle der extremen Rechten an der Bundesuniversität von Juiz de Fora.

Eine andere Person in der Familie hingegen hat deutlich stärkere Verbindungen zu den evangelikalen Milieus: Michelle Bolsonaro, Ehefrau des Ex-Präsidenten und Stiefmutter von Flávio. Sie stellt ihren Glauben als zentralen Teil ihrer Persönlichkeit zur Schau. „Michelle Bolsonaro verfügt über Charisma und genießt unter evangelikalen Führungspersönlichkeiten hohe Wertschätzung“, analysiert Christina Vital, Soziologieprofessorin an der Bundesuniversität Fluminense in Rio de Janeiro. Damit könnte sie Gruppen gewinnen, die bislang weniger anfällig für die extreme Rechte waren: arme schwarze Frauen aus den Vorstädten, die überdurchschnittlich häufig in evangelikalen Kirchen vertreten sind.³

Während der Amtszeit ihres Mannes verhielt sich Michelle Bolsonaro so, wie es das sexistische Weltbild vieler Rechter vorsieht: passiv, gehorsam, stets lächelnd. Doch seit einiger Zeit entwickelt sie politische Ambitionen. Ende Juni veröffentlichte sie ein viel diskutiertes Video. Darin wirft sie ihrem Stiefsohn vor, sie respektlos behandelt zu haben, und erhebt indirekt den Vorwurf des Sexismus. Christina Vital nennt diese Haltung „selektiven Feminismus“: Rechte Politikerinnen betonen zwar die Bedeutung von Frauen im politischen Leben und kritisieren sexistische Entgleisungen, lehnen aber zentrale Anliegen des linken Feminismus ab, etwa das Recht auf Abtreibung und Rechte für LGBT-Personen.

Manche Beobachter sagen Flávio Bolsonaro angesichts des Konflikts

mit seiner Stiefmutter bereits ein Scheitern bei der Wahl voraus. Ob der Familienstreit seine Kandidatur tatsächlich nachhaltig beschädigt, ist allerdings fraglich. Dem bolsonaristischen Lager wohnt seit jeher ein gewisses Chaos inne. Auf öffentliche Zerwürfnisse folgten häufig strategische Bündnisse. Für die Investigativjournalistin Andrea Dip handelt es sich hier auch nicht um einen Bruch, sondern um eine „geschickte Weiterentwicklung der Sprache und Strategie“ der extremen Rechten. „Nicht zufällig findet der Vorstoß Michelles genau zu dem Zeitpunkt statt, dass die internationale Rechte verstärkt auf die Frauen schaut.“

Auch innerhalb der US-amerikanischen Rechten übernehmen Frauen Führungsrollen. Im Mai fand in Washington erstmals eine Conservative Political Action Conference (CPAC) statt, die sich gezielt an Frauen richtete. Das Event wird von der ultrakonservativen Organisation American Conservative Union (ACU) organisiert.

Eine weitere wichtige Strömung innerhalb des Bolsonarismus ist der Wirtschaftsflügel. Die Finanz- und Wirtschaftseliten Brasiliens würden sich wahrscheinlich gut mit einer Regierung von Flávio Bolsonaro arrangieren können, sie erwarten Privatisierungen und marktfreundliche Reformen.

Zu den wichtigsten Verfechtern eines marktradikalen Kurses zählt das Agrobusiness. Fast 60 Prozent der Abgeordneten und Senatoren im Nationalkongress zählen nach eigenen Angaben zur *bancada ruralista* (Fraktion der Landwirte), einer überparteilichen Gruppe, die die Interessen der Agrarkapitalisten vertritt. Immer wieder demonstrieren sie ihre Macht: So intervenierten sie, als Jair Bolsonaro verkündete, es Donald Trump gleichzutun und die brasilianische Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Sie befürchteten erhebliche Einbußen auf den wichtigen Absatzmärkten in den arabischen Staaten. Letztlich verzichtete Bolsonaro auf die Verlegung der Botschaft und eröffnete stattdessen lediglich ein Handelsbüro in Jerusalem.

Im Hinblick auf den Nahen Osten muss Flávio Bolsonaro also einerseits die Interessen des Exportsektors berücksichtigen, andererseits gegenüber evangelikalen Wählern weiterhin glaubhaft als Freund Israels dastehen. Viele Gemeinden messen dem Land eine zentrale heilsgeschichtliche Bedeutung bei und verbinden es mit endzeitlichen Vorstellungen von der Wiederkunft Jesu.

Ein ähnliches Dilemma für Flávio Bolsonaro ist der Umgang mit China.

ANZEIGE

Byte^{FM}



www.byte.fm

Musik- und Kultur-Radio – ohne Werbespots.

In Berlin auf DAB+ und UKW 88,4 MHz!

Anfang Juli warf er während seines Besuchs in Washington Lula vor, „Peking die Stiefel zu lecken“. So weit wie sein Vater dürfte er jedoch kaum gehen. Der hatte bereits im Wahlkampf 2018 mit seiner demonstrativen Nähe zu Taiwan für Verstimmung in Peking gesorgt. Später ernannte er den Diplomaten Ernesto Araújo zum Außenminister, der die These verbreitete, China habe die Coronapandemie gezielt verursacht, um seinen globalen Einfluss auszubauen. Flávio Bolsonaro weiß, welche Bedeutung China als wichtigster Handelspartner Brasiliens hat. In einem Interview mit CNN Brasil erklärte er Anfang Mai, er habe kein Problem, mit China zu sprechen.⁴

Eine weitere Säule des Bolsonaroismus ist das Militär. Während der Amtszeit des Ex-Offiziers Jair Bolsonaro nahm sein Einfluss auf die Regierung stark zu. Militärs übernahmen wichtige Posten außerhalb ihres traditionellen Aufgabenbereichs, teilweise ohne Fachqualifikation. Besonders während der Coronapandemie geriet etwa der Gesundheitsminister General Eduardo Pazuello wegen seines Krisenmanagements in die Kritik. Mehrere ehemalige Militärs wurde zudem wie Bolsonaro im Zusammenhang mit dem Staatsstreich vom 8. Januar verurteilt.

Viele Generäle legen großen Wert auf die Wahrung der staatlichen Sou-

send und pflegt zahlreiche Kontakte zu Akteuren der lateinamerikanischen Rechten. Diese Verbindungen dürften nur begrenzten Einfluss auf den brasilianischen Wahlkampf haben. Eine deutlich größere strategische Bedeutung kommt den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu. Flávio Bolsonaro reiste in diesem Jahr mehrfach nach den USA. Er sprach unter anderem auf der Conservative Political Action Conference, wo er den USA einen erleichterten Zugang zu brasilianischen Rohstoffen versprach, sollte er die Wahl gewinnen.

Sein Bruder Eduardo Bolsonaro lebt seit 2025 in den Vereinigten Staaten und gilt schon lange als wichtiger Netzwerker der internationalen Rechten. Bereits während der Präsidentschaft seines Vaters knüpfte er enge Kontakte zu Akteuren wie dem ehemaligen Trump-Berater Steve Bannon. Vom texanischen Southlake aus fungiert er nun als Verbindungsmann zur Trump-Regierung und versucht, politischen Druck auf die brasilianische Justiz auszuüben.

Letztes Jahr warben die Bolsonaro-Brüder gemeinsam in Washington für Maßnahmen gegen die brasilianische Regierung und Justiz, um einen Freispruch ihres Vaters zu erreichen. Kurz darauf verhängte die US-Regierung tatsächlich Zölle auf brasilianische Wa-

vor. Es sieht unter anderem vor, die Strafmündigkeit auf 14 Jahre zu senken, Megagefängnisse nach salvadorianischem Vorbild zu errichten und für Sexualstraftäter die chemische Kastration einzuführen. Damit könnte Bolsonaro einen Nerv treffen. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos-Ipec ist die Kriminalität die größte Sorge der Brasilianer:innen, sie rangiert noch vor Themen wie Korruption, Gesundheit und Armut.⁵

Dabei zeichnen Statistiken ein differenzierteres Bild: Nach Angaben des Justizministeriums sank die Mordrate 2025 erneut und lag um 11 Prozent unter dem Vorjahreswert.⁶ Dennoch befürworten viele eine härtere Gangart gegen kriminelle Organisationen. „Flávio Bolsonaro hat eine klar definierte Sicherheitsagenda und zeigt genau auf, wohin seine Regierung steuern würde“, meint Isabela Kalil.

Und er hat ein zusätzliches Ass im Ärmel: Das US-Außenministerium stufte Ende Mai die kriminellen Organisationen Comando Vermelho (CV) und Primeiro Comando da Capital (PCC) als Terrorgruppen ein. Die bis an die Zähne bewaffneten Banden entstanden in den überfüllten Haftanstalten. Sie handeln mit Drogen und kontrollieren mittlerweile nicht nur Favelas in ihren Heimatstädten Rio de Janeiro und São Paulo, sondern haben ihren

Abgeordnetenhaus, ein Teil des Senats sowie die Gouverneure der 26 Bundesstaaten gewählt. Obwohl die Linke derzeit die Regierung stellt, hat die Rechte politisch großes Gewicht. Die Partei der Bolsonaro, die Liberale Partei (PL), bildet die stärkste Fraktion im Parlament. Zudem werden die drei bevölkerungsreichsten Bundesstaaten – São Paulo, Minas Gerais und Rio de Janeiro – von Politikern aus dem Bolsonaro-Lager regiert.

Zur Wahl treten zahlreiche junge Vertreter der Rechten an, die zunehmend das Erscheinungsbild des Bolsonaroismus prägen. Einer von ihnen ist Nikolas Ferreira. Der 30-jährige Abgeordnete hat allein auf Instagram über 22 Millionen Follower und gilt als einer der einflussreichsten Politinfluencer. Mit gezielter Medienarbeit will die bolsonaristische Rechte ihren politischen Einfluss langfristig sichern. Es geht nicht nur darum, Wahlen zu gewinnen, sondern auch die Gesellschaft zu verändern. Wichtigster ideologischer Stichwortgeber hierfür ist der 2022 vermutlich an einer Coronainfektion verstorbene Olavo de Carvalho.

Der selbst ernannte Philosoph ist so etwas wie der Guru des Bolsonaroismus. Zehntausende sollen seine Onlinekurse besucht haben, seine Bücher sind zu Bestsellern geworden. Seine Hauptthese: Der „Kulturmarxismus“

kultur“ ist Brasil Paralelo, ein Streamingdienst, der von einem rechten Medienunternehmen in Porto Alegre betrieben wird. Die als „Netflix von rechts“ bezeichnete Plattform veröffentlicht hochwertig produzierte Dokumentationen und Filme.

Für einigen Wirbel sorgte ein Film über das Leben Jair Bolsonaros. Er heißt „Dark Horse“, ist eine US-amerikanisch-brasilianische Koproduktion mit internationaler Besetzung und soll noch in diesem Jahr in die Kinos kommen. Eigentlich sollte der Film der Wahlkampagne Flávio Bolsonaros den letzten Auftrieb geben. Die Investigativplattform *The Intercept Brasil* berichtete, dass Flávio Bolsonaro für die Finanzierung des Filmprojekts den Banker Daniel Vorcaro um ungerechnet rund 23 Millionen Euro gebeten haben soll.⁸ Rund 10 Millionen Euro sollen tatsächlich bereitgestellt worden sein.

Vorcaro ist bekannt dafür, dass er im Zentrum eines der größten Finanzskandale der Geschichte Brasiliens stand. Die Recherchen von *The Intercept* kratzten an dem Saubermann-Image, das die Rechte seit jeher aufzubauen versucht. Prompt rutschte Bolsonaro in den Umfragen deutlich hinter Lula, nachdem zuvor ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen beiden vorausgesagt worden war.

Allerdings sind frühe Umfragen in Brasilien traditionell mit Vorsicht zu genießen. Der Wahlkampf startet offiziell erst am 16. August, wenn die Kandidat:innen formal bestätigt sind. Viel wird davon abhängen, wie sich Präsident Lula präsentiert. Er gilt nach wie vor als brillanter Redner mit großem Charisma, ist aber bereits 80 Jahre alt. Um seine Vitalität zu zeigen, postet er regelmäßig Videos aus dem Fitnessstudio. Lula blickt auf eine Amtszeit ohne große Skandale zurück. Ganz große politische Projekte blieben allerdings aus.

So tut der Präsident auch in diesem Jahr, was er am besten kann: auf alle Seiten zugehen. Lula, was übersetzt Tintenfisch bedeutet, ist für seinen gnadenlosen Pragmatismus bekannt. Als Vizepräsidentschaftskandidaten nominierte er erneut Geraldo Alckmin, den ehemaligen Gouverneur von São Paulo, der dem Mitte-rechts-Lager zugerechnet wird. Anfang Juni veröffentlichte Lulas Arbeiterpartei (PT) einen Brief an die evangelikale Wählerschaft, worin sie betont, dass der Glaube respektiert werden müsse und nicht politisch instrumentalisiert werden dürfe. Zudem versuchte Lula, den evangelikalen Generalstaatsanwalt Jorge Messias an den Obersten Gerichtshof zu berufen, was jedoch scheiterte.

Insgesamt wird Lula im Wahlkampf weniger auf linke Identitätsthemen wie Antirassismus oder LGBT-Rechte setzen, sondern den Schwerpunkt auf Lebenshaltungskosten und wirtschaftliche Stabilität legen. Gleichzeitig betont er die Bedeutung der Landwirtschaft und versucht, damit auch Wählergruppen außerhalb des traditionellen linken Milieus anzusprechen. Lula weiß: Auch wenn das rechte Lager derzeit zerstritten wirkt, könnte am Ende doch noch eine geeinte Rechte auftreten. Dann braucht er mehr als sein Charisma, um eine erneute Amtszeit der Bolsonaros zu verhindern.



Brasília, 8. Januar 2023: Bolsonaro-Anhänger stürmen das Oberste Gericht ERALDO PERES picture-alliance/ap

veränität und die Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen. Dadurch kommt es immer wieder zu Spannungen mit den radikaleren Kräften des Bolsonaroismus. Während der Präsidentschaft Jair Bolsonaros mussten Vertreter der Streitkräfte mehrfach die außenpolitischen Eskapaden der Regierung abfedern. Ob das Militär auch unter einem Präsidenten Flávio Bolsonaro eine vergleichbare Rolle einnehmen könnte, ist jedoch fraglich, denn anders als sein Vater verfügt Flávio über keine enge Verbindung zu den Streitkräften.

Außenpolitisch sucht Bolsonaro junior wie sein Vater den Kontakt zu rechten Verbündeten. Auf seiner Nominierungsveranstaltung Ende Juli wurde eine Grußbotschaft von Israels Premier Benjamin Netanjahu gezeigt. Der argentinische Präsident Javier Milei war persönlich vor Ort und beschimpfte Präsident Lula als „Dieb“. Flávio wiederum war im März bei der Amtseinführung des rechten chilenischen Präsidenten José Antonio Kast anwe-

ren. Doch die Sache ging nach hinten los: Lula beugte sich dem Druck der USA nicht, Jair Bolsonaro wurde verurteilt, und Lula konnte sich innenpolitisch als Verteidiger der nationalen Souveränität profilieren. In Umfragen zeichnete er deutliche Zugewinne.

Viele hatten gedacht, der Zollstreit sei beigelegt. Doch Mitte Juli verkündete die Trump-Regierung, neue Zölle gegen Brasilien zu verhängen. Daraufhin bat Flávio Bolsonaro, die Strafzölle bis nach der Präsidentschaftswahl auszusetzen, um den politischen Schaden für seine Kampagne zu begrenzen. Viele Brasilianer werfen ihm dennoch vor, Brasiliens nationale Interessen der Trump-Regierung unterzuordnen. Die außenpolitische Nähe zu Washington bleibt ein wichtiges Element des Bolsonaro-Lagers, so dürfte die Wahl in Brasilien auch zu einer Abstimmung über das Verhältnis zu den USA werden.

Innenpolitisch versucht Flávio Bolsonaro, eigene Akzente zu setzen. Im Juni stellte er ein Sicherheitspaket mit dem Namen „Brasilien ohne Angst“

Einfluss auf fast das ganze Land ausgeweitet.

Allerdings sind sie weniger stark internationalisiert als andere kriminelle Banden in Südamerika. Zudem ist Brasilien im globalen Drogenhandel vor allem ein Transit-, weniger ein Produktionsland. Kritiker sehen in der Einstufung daher einen politischen Schachzug, der zwischen der Trump-Regierung und den Bolsonaros abgestimmt worden sein könnte. „Es handelt sich um eine Falle für Präsident Lula“, sagt David Magalhães. „Wenn er sich gegen die Einstufung ausspricht, wird es in der öffentlichen Meinung aussehen, als unterstütze er die Kriminellen.“

Neben der Sicherheit versucht Bolsonaro auch die steigenden Lebenshaltungskosten zu thematisieren. Er wird jedoch wenig konkret, und laut einer Studie des Meinungsforschungsinstituts Real Time Big Data wird Lula mehr Kompetenz in Wirtschaftsfragen zugeschrieben.

Am 4. Oktober wird nicht nur der Präsident, sondern es werden auch das

kontrolliere alle Bereiche der modernen Gesellschaft. Die westlichen Gesellschaften seien von den Linken gekapert worden, die mit ihrer „globalistischen Ideologie“ Nationen, Familien und die Kirche zersetzen wollten. Dies erfordere eine organisierte Gegenbewegung.

Die Rechte orientiert sich dabei paradoxerweise an dem marxistischen Theoretiker Antonio Gramsci, der als Gefangener im faschistischen Italien seine Hegemonietheorie formulierte. Neben der Eroberung der Staatsorgane müsse auch eine kulturelle und intellektuelle Vorherrschaft errungen werden. Diesen „Kampf um die Köpfe“ nimmt sich die brasilianische Rechte zum Vorbild. So bietet Eduardo Bolsonaro unter dem Namen „Formação Conservadora“ Onlinekurse an, die Führungspersönlichkeiten ausbilden und Konservative auf den „Kulturkampf“ vorbereiten sollen. Ziel ist laut eigener Aussage, von der Linken besetzte Räume zurückzuerobern.⁷

Das wahrscheinlich bekannteste Beispiel der proklamierten „Gegen-

¹ Siehe Anne Vigna, „Die Wütenden von Brasília“, *LMd*, September 2023.
² Lámia Qualalou, „Brasilien liebt Jesus“, *LMd*, Mai 2020.
³ Livia Reis und Jacqueline Moraes Teixeira, „Mulheres evangélicas para além do voto: concepções sobre política e cotidiano“, *Religião e Poder*, 19. September 2024.
⁴ Poliana Santos, Jussara Soares, „À CNN, Flávio diz ‚não ter problema de conversar com EUA ou China‘“, *CNN Brasil*, 8. Mai 2026.
⁵ „Crime e violência seguem como principal preocupação dos brasileiros, aponta pesquisa“, *noticias.uol.br*, 2. Februar 2026.
⁶ Beto Souza, „Brasil tem queda de 11% no número de assassinatos em 2025“, *CNN Brasil*, 21. Januar 2026.
⁷ Andrea Dip und Niklas Franzen, „Curso Formação Conservadora. Como pensa a extrema direita brasileira?“ Heinrich-Böll-Stiftung, Rio de Janeiro, Juli 2024.
⁸ Paulo Motoryn und andere, „Estou e estarei contigo sempre“, *The Intercept Brasil*, 13. Mai 2026.

Niklas Franzen ist Journalist.
© *LMd*, Berlin

Wird Frankreich faschistisch?

► Fortsetzung von Seite 1

Andererseits stellen sie die wirtschaftlichen Eliten, ohne die die extreme Rechte nicht regieren kann, vor ein Problem.

In Italien unterzeichnete Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, die wegen ihres migrationsfeindlichen Programms gewählt wurde, im Juni 2025 ein Dekret, das für die folgenden drei Jahre die Einreise von mehr als 500 000 ausländischen Arbeitnehmer:innen erlaubt, um in den Bereichen Landwirtschaft, Bauwesen und Tourismus den Wünschen der Arbeitgeber nachzukommen. Es war das zweite Dekret dieser Art, das von der Regierung Meloni verabschiedet wurde.

Im Oktober 2025 bezeichnete Bundeskanzler Friedrich Merz die Präsenz von Migrant:innen als „Problem im Stadtbild“. Gleichzeitig rief er als Reaktion auf das Gezeter der Arbeitgeber über den Fachkräftemangel die Onlineagentur Work and Stay ins Leben, die qualifizierte Ausländer anwerben soll.

Éric Zemmour, der ultrarechte Ex-Kandidat bei den französischen Präsidentschaftswahlen von 2022, mag zwar in Aussicht stellen, dass „Roboter die Zuwanderer ersetzen werden“ (Europe 1, 23. Juni 2026). Doch trotz der Wunder der Automatisierung rechnen selbst die Entwickler im Silicon Valley nicht damit, dass in naher Zukunft Pflegebedürftige mithilfe künstlicher Intelligenz gewaschen werden.

Der Wandel der Altersstruktur – die Alterspyramide gleicht mittlerweile eher einem Pilz – geht einher mit einem Wandel im Geschlechterverhältnis: Da an den Hochschulen Frauen – außer in den prestigeträchtigen Studiengängen – mittlerweile überrepräsentiert sind, empfinden junge Männer mit geringer oder ohne berufliche Qualifikation Zuwanderung, auch für ihre sozialen Perspektiven und Heiratspläne, als zunehmend bedrohlich.

Und tatsächlich haben die globalen Migrationsbewegungen seit einem Vierteljahrhundert zugelegt: 2024 wurden weltweit 304 Millionen Migrant:innen erfasst, im Jahr 2000 waren es noch 174 Millionen. Damit hat sich ihr Anteil an der Weltbevölkerung von 2,8 auf 3,7 Prozent erhöht. In Europa stieg ihre Zahl bei einer nahezu unveränderten Gesamtbevölkerung in diesem Zeitraum von 56 auf 94 Millionen.²

Die zweite Dimension dieser Gleichung ist politischer Natur: der Aufstieg rechtsextremer Parteien, angetrieben von einem Diskurs, der sich gegen die Zuwanderung insbesondere von Muslimen aus Nord- und Subsaharafrika sowie aus dem Nahen Osten richtet. In Frankreich konnte der Rassemblement National (bis 2018 Front National) seinen Stimmenanteil von 11,3 Prozent bei den Parlamentswahlen 2002 auf über 33 Prozent bei den Wahlen 2024 steigern. Die Anzahl der errungenen Sitze wuchs von null auf 123.

In Italien ist die „postfaschistische“ Rechte an der Regierung. In Deutschland entfiel bei der letzten Bundestagswahl 2025 jede fünfte Stimme auf die erst 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD). Radikale rechte Parteien haben in Polen und Ungarn das politische Leben dominiert und setzen in den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Norwegen ihren Diskurs von der „Bedrohung durch Migration“, vom „Großen Austausch“ und der „kulturellen Verunsicherung“ durch.

Paradoxerweise deuten zahlreiche Studien auf einen Rückgang rassistischer Einstellungen in Europa hin – insofern damit der Glaube an eine Hierarchie der „Rassen“ gemeint ist. Gleichzeitig aber wächst die Fremdenfeindlichkeit, ebenso das Gefühl, „nicht mehr zu Hause zu sein im eigenen Land“. Diese Auffassung hat in-

zwischen auch klassisch konservative Kreise erreicht und gilt dort zunehmend als normal. Laut einer Umfrage, die von dem rechten Nachrichtensender CNews in Auftrag gegeben und von *Le Figaro* aufgegriffen wurde, sind „63 Prozent der Franzosen dafür, die legale Zuwanderung für drei Jahre auszusetzen“ (28. Mai 2026).

Rechtsextreme Medien und Influencer fluten die sozialen Netzwerke tagtäglich mit Meldungen, die zu bestätigen scheinen, dass von Paris bis Köln und von Belfast bis Rom Menschen mit Migrationshintergrund aus einem islamisch geprägten Land den öffentlichen Raum dominieren und den „Weißen“ ihre Regeln aufzwingen würden.

Was die Rechten stört, ist im Grunde nicht, dass es in Frankreich Schwarze und arabische Bürger:innen gibt, sondern dass die Zugewanderten und ihre Nachkommen das tun, wogegen sie sich nach Meinung derer, die sie verachten, immer gesperrt haben: sich zu integrieren, Wurzeln zu schlagen und eine vollwertige und gleichberechtigte Rolle im öffentlichen Leben einzunehmen. Während der herkömmliche Rassismus seine Rassenhierarchie biologisch begründet, verweigert die heutige Xenophobie den Zugewanderten den Status sozialer Gleichberechtigung.

Bevölkerungsrückgang und der Bedarf an Arbeitskräften auf der einen Seite, wachsende Feindseligkeit gegenüber muslimischen Einwanderern und die „Angst“ vor ihnen auf der anderen: Wie lässt sich dieser Widerspruch aus Sicht der extremen Rechten überwinden?

Entweder durch die faschistische Zäsur oder durch die schrittweise Etablierung einer Rechtsordnung, die zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen unterscheidet und die Privilegierung Ersterer festschreibt.

Das würde bedeuten, dass fleißige Zugewanderte und deren Nachkommen Teil einer sozialen Gemeinschaft werden, die auf einem Verhältnis der Unterordnung beruht. Man muss nicht die Sklaverei oder die Jim-Crow-Gesetze in den US-Südstaaten bemühen, um zu konstatieren, dass solche rechtlichen Konstruktionen in der jüngeren Geschichte keine Seltenheit waren.

Ein Beispiel ist der Code de l’indigénat (Indigenengesetz), den Frankreich 1881 in seinen Kolonien etablierte. Dadurch wurden zwei Kategorien von Untertanen geschaffen: die mit allen politischen Rechten ausgestatteten Bürger und die „Einheimischen“, für die eine Reihe von Diskriminierungen galten (Zwangsarbeit, Sondersteuern, eingeschränkte Bewegungsfreiheit, Verbot von politischen Versammlungen, eingeschränktes Wahlrecht und so weiter).

Abschaffung des Ius soli und Berufsverbote

Es ist nicht undenkbar, dass eine rechtsextreme Regierung ein solches System in abgeschwächter Form in Frankreich einführen könnte, um den Status von Menschen herabzustufen, die sie als „problematisch“ betrachtet.

Eine radikale Variante dieses Modells findet sich in der Golfregion: In den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Katar genießen nur 20 Prozent der Bevölkerung uneingeschränkte Rechte, während die von privaten Agenturen ins Land geholten Ausländer, die 80 Prozent der Bevölkerung ausmachen, lediglich zum Arbeiten da sind und ohne Aussicht auf eine Staatsbürgerschaft in Baracken hausen.

Auch Israel könnte, trotz seiner ganz anderen Demografie und Geschichte, der europäischen Rechten, die das Land ohnehin bewundert,

mit seinem Apartheidmodell ein Vorbild liefern, das umso lehrreicher sein könnte, als das Land für sich in Anspruch nimmt, auf demokratischen Fundamenten zu ruhen.

Die jüdische Vorherrschaft über die Palästinenser wird nicht nur mit rechtswidriger Gewalt durchgesetzt (Ausbau der Siedlungen, außergerichtliche Hinrichtungen, Verfolgung durch Siedler, willkürliche Inhaftierung und Folter durch die Armee), sondern auch durch die Verabschiedung von Gesetzen, die ein Regime der rechtlichen Ungleichbehandlung schaffen.

Im Juli 2018 verabschiedete die Knesset ein Gesetz, nach dem „das Recht auf Selbstbestimmung im Staat Israel einzig dem jüdischen Volk vorbehalten“ ist. Wie zahlreiche andere Rechtsgrundlagen – angefangen mit dem „Rückkehrgesetz“ von 1950, das Jüdinnen und Juden die Einwanderung erlaubt – legalisiert dieses Gesetz die Diskriminierung aufgrund von Herkunft und weist Nichtjuden den Status von Minderwertigen zu.

Schon die Gründer des Staates Israel handelten also nach dieser Apartheidideologie – allerdings vor dem Hintergrund des Völkermords an den europäischen Juden und der Zeit danach, als kein westlicher Staat die in DP Camps (Displaced Persons Camps) ausharrenden Überlebenden der Schoah aufnehmen wollte. Die Gründer machten sich immerhin auch die Mühe, die demokratische Fassade zu wahren, indem sie in der Unabhängigkeitserklärung „allen Bürgern vollkommen gleiche gesellschaftliche und politische Rechte“ garantierten.

Dass jedoch am 30. März dieses Jahres die Knesset mit klarer Mehrheit ein Gesetz verabschiedete, das für Palästinenser (nicht aber für jüdische Israelis), die einer „terroristischen Mordtat“ für schuldig befunden werden, die Todesstrafe vorsieht, deutet nicht nur auf eine weitere Abweichung von der Norm hin, sondern auf eine gänzlich eigene Regierungsform: ein Zweiklassensystem, das die Vorherrschaft eines Teils der Bevölkerung über den anderen rechtlich festschreibt.

Es ist nicht schwer zu erkennen, wie ein solches Modell eine rechtsextreme Regierung in Frankreich inspirieren könnte, wenn sie 2027 an die Macht kommen und versuchen sollte, den Widerspruch zwischen demografischer Realität und unerwünschter Zuwanderung zu überwinden, ohne ihre Wählerschaft zu verprellen. Für den Fall, dass er die Macht übernimmt, hat der RN angekündigt, ein Referendum zum Thema Zuwanderung abzuhalten, um eine Rechtsgrundlage für die Um-

setzung einer Politik der „nationalen Präferenz“ zu schaffen.

Einen Vorgeschmack vermittelt der im Januar 2024 von Marine Le Pen eingebrachte Gesetzentwurf mit Verfassungsrang „Staatsbürgerschaft – Identität – Zuwanderung“. Er sieht vor, den „nationalen Vorrang“ zum „einklagbaren Grundrecht“ zu machen, das Geburtsortprinzip (*Ius soli*) abzuschaffen, den „Schutz der Identität Frankreichs“ zur republikanischen Aufgabe zu erheben und Personen mit einer anderen Staatsangehörigkeit „den Zugang zur Beschäftigung in der Verwaltung, im öffentlichen Dienst und in Einrichtungen mit öffentlichem Auftrag“ zu verwehren.

Ausgangssperre in migrantischen Vierteln

Die letztgenannte Vorschrift zielt offenkundig auf Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft, bei denen es sich zu 90 Prozent um Zugewanderte oder deren Nachkommen handelt. Damit ließe sich das Hindernis umgehen, dass die Verfassung jede mit der Herkunft begründete Diskriminierung untersagt. Denn während eine parlamentarische Mehrheit ausländische Staatsangehörige problemlos gesetzlichen Sonderregeln unterwerfen kann, sieht das bei französischen Staatsbürger:innen mit Migrationshintergrund ganz anders aus. Um dieser Gruppe Rechte vorzu-enthalten, kann der RN nur zu Ersatzkategorien greifen, die hinreichend an die Herkunft gekoppelt sind, sodass sie Vergleichbares bewirken.

Neben der doppelten Staatsbürgerschaft kommen religiöse Symbole (etwa ein Hidschabverbot in öffentlichen Einrichtungen) oder der Wohnort infrage. Letzterer bietet die Möglichkeit, dass Menschen vordergründig nicht wegen ihrer Herkunft diskriminiert werden. Die Maßnahmen bezögen sich dann nur auf ausgewählte Orte, in denen aber zufälligerweise viele Zugewanderte und deren Nachkommen leben.

Nach dieser Logik verfahren die politisch Verantwortlichen übrigens schon jetzt: Ausweiskontrollen, die gehäuft in bestimmten Vierteln stattfinden, Verbot des Herumlungerns in den Eingängen von Wohnblocks, „Place nette“-Aktionen („Sauberer Platz“) durch die Polizei vor allem in Großsiedlungen. Auch die von der Regierung Macron 2018 ins Leben gerufenen „Viertel der republikanischen Rückeroberung“ (*quartiers de reconquête républicaine*, QRR) ermöglichen es der Polizei, gebietsdifferenziert zu agieren.

Beim geringsten Anzeichen für Unruhen fordern rechte und rechts-



Rusudan Khizanishvili, Giving Hand, The Eye, 2024, Öl auf Leinwand, 72 × 60 cm

extreme Politiker:innen den Ausnahmezustand, Ausgangssperren und „Sondermaßnahmen“ für jene Viertel, die Marine Le Pen und Valérie Pécresse von der Mitte-rechts-Partei Les Républicains (LR) als „zones de non-France“ bezeichnen. Solche Maßnahmen könnten unter einer RN-Regierung ausgeweitet und mit weiteren Restriktionen kombiniert werden, um das rechtliche Instrumentarium zu schärfen, das sich sowohl gegen Ausländer als auch gegen Französinnen und Franzosen mit nichteuropäischem Migrationshintergrund richtet.

Ohne also so weit zu gehen wie Benjamin Netanjahu und ohne die demokratische Fassade einzureißen, würde es einer rechtsextremen Regierung nicht an Mitteln mangeln, um ihrer Wählerschaft jenes „Sicherheitsgefühl“ wiederzugeben, das dieser durch das Zusammenleben mit rechtlich gleichgestellten Migrant:innen angeblich genommen wurde.

Statt nach der traditionellen faschistischen Methode mittels Polizei und Militär „die Ordnung wiederherzustellen“, dürfte der RN ein praktikableres Vorgehen wählen, das sowohl sicherheitsorientiert als auch symbolträchtig ist und „die Eingewanderten“ wieder auf ihren Platz verweist – nämlich ganz nach unten in der sozialen Hierarchie. So, wie die in den 1960er Jahren angeworbenen Arbeiter in der Automobilindustrie oder in der Landwirtschaft als frisch Eingewanderte weder Rechte hatten noch Familien vor Ort, noch politische Unterstützung und überdies den Miethaiern schutzlos ausgeliefert waren. Die Unternehmensleitungen sorgten ihrerseits dafür, dass die neuen Arbeiter sowohl zu den französischen Facharbeitern als auch zu den alteingesessenen Arbeitsmigranten auf Abstand gehalten wurden.

Dabei wirkten sie wie alle anderen am wirtschaftlichen Aufschwung zwischen 1945 und 1975 mit, also in den Jahren, die in Frankreich als „Trente Glorieuses“ gelten und denen heute selbst die politische Rechte nachtrauert: Damals sei alles besser gewesen, betonten sie, denn ein Araber hätte es niemals gewagt, einem auf der Straße in die Augen zu schauen.

Würde eine französische Variante von Apartheid auf den Widerstand der Bevölkerung treffen? Im linken Spektrum gewiss. Aber wird das genügen? Die Rechte, begeistert vom „israelischen Modell“ der Sicherheits- und Außenpolitik, stellt schon jetzt jeden an den Pranger, der es zu kritisieren wagt.

„Es ist ehrenwert, dass die Europäer sich weiterhin auf die großen Prinzipien des Völkerrechts berufen, aber solche Beschwörungsformeln werden nicht viel bringen“, erklärte der Journalist Guillaume Roquette mit Blick auf das israelische „Großreinemachen“ im Nahen Osten im *Figaro Magazine* (6. März 2026). In der Zeitschrift überschneiden sich die Positionen des klassischen Konservatismus und der extremen Rechten. Eine ähnliche „Argumentationslinie“ würde zweifellos auch die Demolierung des französischen Rechts durch eine rechtsextreme Regierung begleiten.

Um dem entgegenzuwirken, verfügt die Linke sowohl in diesem Bereich als auch in der Wirtschaftspolitik über einen politischen Kompass, ein Programm und eine Losung: Égalité.

¹ Siehe Benoît Bréville, „Nur für Franzosen“, *LMD*, November 2021.

² „International migrant stock 2024. Key facts and figures“, UN, New York, Januar 2025.

Aus dem Französischen von Andreas Bredenfeld

Benoît Bréville ist Direktor und Pierre Rimbert Redakteur bei *LMD*, Paris.



Mahmud-Darwisch-Mural in Ramallah, 2009 MUHAMMED MUHEISEN picture-alliance/ap

„Ich habe für die Zukunft geschrieben“

Hoffnung auf ein freies Palästina und Poesie als Waffe

von Mahmud Darwisch

Mit sieben Jahren war Mahmud Darwisch nicht Mahmud Darwisch. Ich erinnere mich noch gut an dieses Kind. Ein stiller Junge, der ein unbeschwertes Leben führte. Mit fünf Jahren kam er in die Schule. Ich glaube, er war ein glänzender Schüler. Außerdem war er ein bisschen draufgängerisch. Er lebte in einem kleinen Ort namens al-Birwa unweit von Akko. Als er eines Tages von der Schule heimkam, war seine Mutter nicht zu Hause. Man sagte ihm, sie sei zusammen mit seiner Großmutter nach Akko gegangen. Spontan beschloss er, die beiden dort suchen zu gehen, ohne zu wissen, was das ist: eine Stadt. Er lief also los, die Hauptstraße entlang, über mehrere Stunden. Angst hatte er keine, ein bisschen Durst vielleicht. Aber er hielt durch, denn er wünschte sich nichts sehnlicher, als seine Mutter zu finden. Er hatte das Gefühl, ein großes Abenteuer zu erleben. Er entdeckte, was eine Stadt war, mit ihren Straßen, Häusern, Menschen.

Seine Mutter fand er natürlich nicht, und nachdem er eine Weile geweint hatte, beschloss er umzukehren. Als er im Dorf ankam, fand er dort alle Bewohner wegen seines Verschwindens in heller Aufregung. Sie waren bereits bei allen Brunnen gewesen, um nachzuschauen, ob er vielleicht hineingefallen war. Das ist immer das Erste, was die Dorfbewohner tun, wenn ein Kind verschwindet, sie schauen in alle Brunnen. Ich erinnere mich sehr gut an diese Anekdote. Das Kind war an jenem Tag nicht in den Brunnen gefallen, aber wenige Tage später fiel etwas anderes hinein. Es geschah in einer Frühlingsnacht,¹ mein Vater war von Gewehrsschüssen geweckt worden. Zusammen mit dem Kind und einigen Küchenutensilien machte sich die ganze Familie im Mondlicht durch die Olivenhaine auf und davon und fand sich nach mehrstündigem Fußmarsch im Libanon wieder. In diesem Moment begriff das Kind zum ersten Mal, dass es ein „Flüchtling“ war. Und noch am selben Tag wurde ihm klar, dass der Mond, mit dem es zusammenlebte, in einen Brunnen gefallen war. An den kleinen Jungen in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon kann ich mich gut erinnern. Dort war es, wo er sich der Welt im eigentlichen Sinne bewusst zu werden begann. Er wusste nicht, was die Wörter „Exil“, „Israel“, „Rückkehr“ bedeuteten. Kein Kind braucht diese Wörter. Er schon, denn er lebte mit ihnen zusammen. Das Kind, das er war, wechselte schlagartig von der Kindheit in die Welt der Erwachsenen. Das Drama der Palästinenser wurde ihm bewusst, indem er es am eigenen Leib erfuhr. Dieses Bewusstsein kam zu ihm über die Wörter, und auf diese Weise fand er Eingang in die Welt der Sprache. Als wir unsere Heimat verlassen mussten, waren wir alle der Meinung, es sei bloß vorübergehend, die Araber würden die Angreifer besiegen, und der Spuk wäre binnen weniger Wochen vor-

bei. Ein Jahr später begriffen die Menschen, dass dies unser Schicksal war. Man musste nach Palästina zurückkehren, ohne groß darüber nachzudenken, was nach der Rückkehr passieren würde. Wir haben uns also heimlich in unser Dorf zurückgeschlichen. Diese Rückkehr erschien uns wie ein Traum, der Wirklichkeit wurde, aber es war ein zerstörter Traum. Das Dorf selbst war zerstört. Im Libanon war ich ein Geflüchteter – und fand mich wieder als Flüchtling im eigenen Land. Wir mussten enorme Anstrengungen unternehmen, um unseren rechtlichen Status wiederzuerlangen, denn nach den israelischen Gesetzen waren wir „anwesende Abwesende“.² In der ersten Zeit musste ich mich, wenn ich zur Schule ging, während der Pause in einem der Klassenzimmer verstecken, damit der Aufseher mich nicht zu Gesicht bekam. Denn ich hatte keinen Ausweis, galt nicht als Bürger und hatte keine Schulerlaubnis. So begann damals der Kampf. Ich erinnere mich, dass ich mich mit zehn Jahren für Literatur und Dichtung begeisterte. Alles, was uns, meinen Eltern und mir, zustieß, schrieb ich auf. Mit dreizehn oder vierzehn habe ich anlässlich einer großen Feier zu Ehren der Gründung des Staates Israel ein Gedicht vorgetragen. Die Behörden hatten alle aufgefordert, den Jahrestag mit Ansprachen zu feiern. Der Schuldirektor sagte etwas, dann der Lehrer und zum Schluss ein Schülervertreter. Da ich ein glänzender Schüler war, vor allem was Aufsätze anging, und der Lehrer bei mir eine Begabung für Lyrik erkannt hatte, wurde ich ausgewählt, ein Gedicht vorzutragen. Ich freute mich sehr und schrieb ein Gedicht gegen diese Geschichte von der Staatsgründung. Ich sprach darin von unserem Drama als Flüchtlinge, von der Vertreibung des palästinensischen Volkes, vom Raub unseres Landes und der Verfolgung durch die Militärgouverneure. Es gab einen furchtbaren Aufruhr im Dorf, und der Militärgouverneur zitierte mich zu sich. Er schlug mich und drohte mir mit Gefängnis, wenn ich weiterhin Gedichte schriebe. Die Poesie war für mich damals keine ernste Sache, eher eine Art sentimentaler Zeitvertreib. An jenem Tag besiegelte der Militärgouverneur meinen Lebensweg: Ich würde Gedichte schreiben. Damals begriff ich, dass die Poesie eine Waffe ist. Ich musste wählen: entweder nicht kämpfen, also nicht schreiben, oder den Kampf aufnehmen und Gedichte verfassen. Ich habe mich für den Kampf entschieden. Später, als ich aufs Gymnasium ging, stellte ich fest, dass uns die Israelis alles beibrachten, um perfekte Zionisten zu werden. Ich habe alles über das jüdische Volk gelernt, aber nicht viel über den Islam oder die Geschichte des arabischen Volkes. Zum Beispiel habe ich die meisten Werke des jüdischen Dichters Chaim Nachman Bialik³ gelesen und seine Gedichte eingehend studiert. Aber ich kannte kein einziges Gedicht von al-Mutanabbi.⁴

Um die Prüfungen zu bestehen, musste ich den Tanach in- und auswendig kennen, dagegen habe ich den Koran nie studiert. Sämtliche literarischen Werke, die die nationale Frage berührten, waren verboten. Arabische Lehrer brachten den Schülern einige alte Gedichte bei, die den Ruhm unseres Volkes priesen. Als sie dabei „ertappt“ wurden, entzog man ihnen die Lehrbefugnis und jagte sie davon. Der junge Araber entscheidet sich nicht dafür, in die Politik zu gehen, es ist eher die Politik, die zu ihm kommt. Überall, in der Schule oder wenn man sich im Land bewegt, überall ist man mit politischen Problemen konfrontiert. Wenn man jung ist, spürt man natürlich noch nicht die Notwendigkeit, die Wichtigkeit, sich zu organisieren. Man denkt, es reiche aus, dass man den De-facto-Staat ablehnt und seine Ablehnung in Worten und Gedichten zum Ausdruck bringt. Aber als ich anfang, Bücher zu lesen, mich politisch zu bilden, begriff ich die Notwendigkeit, mich einer revolutionären Partei anzuschließen, die gegen diese Politik kämpft und die nationalen Bestrebungen des palästinensischen Volkes vereint. So kam es dazu, dass ich in die Kommunistische Partei Israels (Maki) eintrat, gleich nach dem Abitur.⁵ Ich wurde Redakteur der Parteizeitung *al-Jadid*, später Chefredakteur der Literaturbeilage. Das Handeln der Maki ging von der politischen Grundannahme aus, die sich später bewahrheitet hat, dass die zionistische Politik Israels in die Katastrophe führt und dass es keine zionistische Lösung für den israelisch-arabischen Konflikt gibt. Dass die einzige Lösung in der Anerkennung der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes besteht. Im Übrigen unterstützte sie fortwährend die sozialen Kämpfe der Massen gegen Ausbeutung und Kapitalismus in Israel. Meine Beziehung zur Partei hielt bis 1970. Zu diesem Zeitpunkt beschloss ich, einen radikalen Schnitt zu vollziehen und diese Wirklichkeit hinter mir zu lassen. Ich schloss mich dem palästinensischen Widerstand an.⁶ Mein Verhältnis zur Partei war also immer eine intellektuelle und ideologische Entscheidung in vollkommenem Einklang mit ihren Zielen. Ich habe die Maki nicht verlassen, ich bin nur kein Mitglied mehr, aus dem einfachen Grund, weil ich nicht mehr in den besetzten Gebieten lebe. 1973 war ich im Libanon. Ich gehörte zu den wenigen Leuten, die vom ersten Tag an daran glaubten, dass die Araber irgendeine Art Sieg davontragen würden.⁷ Ich habe schnell entschieden, im Krieg eine „literarische“ Rolle zu spielen. Während der Kämpfe schrieb ich Gedichte. Eine Granate ist im Moment ihrer Explosion natürlich viel mächtiger als ein Gedicht, aber in der Folgezeit kann sich das ändern. Ich schrieb täglich über die Wirkungen, die der Krieg auf mich hatte. Die arabischen Sender und Zeitungen griffen auf, was ich Tag für Tag schrieb. Man sah darin damals eine mächtige psychologische Waffe im Kampf. Die Dichtung ist eine Waffe. Das ist unbestritten. Aber wenn sie rostig, diese Dichtung also nicht gut ist, wird sie ihre Funktion niemals erfüllen können. Ich glaube sogar, dass die schlechte Dichtung, ganz gleich, welche Intentionen der Autor in Bezug auf den Imperialismus verfolgt, diesem eher in die Hände spielt, als ihm zu schaden. Damit eine Dichtung revolutionär sein und ihre Funktion erfüllen kann, muss sie vor allem schön sein. Die schlechte Dichtung arrangiert sich mit dem Imperialismus und mit dem hässlichen Einfluss, den er auf die menschliche Seele ausübt. Die Dichtung des Widerstands existiert erst ab dem Moment, wo sie sich mit den Problemen des Volkes, dem Wesen der Dinge und den geschichtlichen Phänomenen auseinandersetzt. Es muss ein Absolutes geben, das aus der Dichtung einen dauerhaften ästhetischen Gegenstand macht, der die Menschen berührt und dazu bewegt, sich für eine Sache, einen Kampf, den Einsatz gegen einen Feind oder ein Hindernis starkzumachen. Die Frage der Widerstandsdichtung ist unter uns Revolutionären zu einer Selbstverständlichkeit geworden, aber sie bedarf einer kritischen Prüfung auf ästhetischer Ebene: Die Waffe muss scharf sein und gut, elegant, schön und bewegend. Ich arbeite also auf zwei Ebenen: Ich vertiefe meine Beziehung zur palästinensischen Sache und meine Beziehung zur poetischen Sprache. Ich bewege mich immer zweigleisig. Manchmal ist die Schönheit meines Gedichts – sein künst-

lerischer Grad – dermaßen abstrakt, dass es seine Funktion verfehlt. Vor einigen Jahren war ich in den arabischen Ländern eine Art Mythos – für die Presse, für die literarische Welt und für die Menschen dort. Wenn arabische Bürger meine Gedichte lasen, dachten sie, ich sei ein Held, jemand, der sein Leben aufs Spiel setzt, dabei hat mein Leben absolut nichts Heroisches. Mein Vater ist ein Held, er schon. Innerhalb weniger Tage geriet er aus gut situierten Verhältnissen in tiefstes Elend. Er hatte damals sechs Kinder, besaß ein Stück Land, weigerte sich aber beharrlich, es zu verkaufen. Heute ist es konfisziert. Die israelischen Behörden haben den Verkauf erzwungen und das Geld bei einer Bank hinterlegt, zur freien Verfügung meines Vaters. Doch er hat sich stets geweigert, es anzurühren, selbst in kritischen Zeiten, als er es dringend gebraucht hätte. Er wollte lieber sterben, als einen Sckel dieses Geldes anzurühren. Persönlich halte ich Heldentum für aller Ehren wert, aber ich habe nichts getan, mir dieses Attribut zu verdienen. Ich hätte es mir durchaus gefallen lassen können, hätte eine Art Held ohne Heldentum werden können. Aber das verbot mir mein Stolz, und heute bin ich sehr glücklich, dass ich der Erste war, der diesen Mythos kritisiert und entschieden von sich gewiesen hat. Ich habe einen in der arabischen Welt berühmt gewordenen Artikel geschrieben mit dem Titel „Erspar uns diese grausame Liebe!“.⁸ Ich habe darin erklärt, dass ich als Dichter lediglich ein Debütant bin, einer, der kontinuierlich an der Verbesserung seines Stils arbeitet und versucht, die menschlichen Probleme besser zu verstehen, deren größtes für ihn nach wie vor die palästinensische Frage ist. Außerdem habe ich in diesem Artikel geschrieben, dass ich nie aufgehört habe, Schüler der großen Pioniere der arabischen Dichtung zu sein, und dass die Entstehung des Mythos um meine Person nicht auf irgendeinem Verdienst gründet, sondern auf politischen Sympathien mit den arabischen Bürgern, die unter israelischer Besatzung leben. Wenn ein Dichter innerhalb des besetzten palästinensischen Vaterlandes seine Stimme erhob – ich in diesem Fall – und die Besatzung und die Herrschaft Israels infrage zu stellen wagte, hatte das eine magische Wirkung auf die Seele der arabischen Massen. Die Kritiker haben es versäumt, meine Dichtung als Dichtung zu beurteilen, und sich damit begnügt, mich als Helden ohne Heldentum anzusehen. Ich lehne dieses Etikett ab. Ich lehne den „Mythos Mahmud Darwisch“ ab, und ich lehne die in dieser unverdienten Zuschreibung enthaltene Übertreibung ab. Es wäre mir lieber, Palästina wäre frei, und ich hätte nie ein einziges Gedicht geschrieben.

¹ Der erste israelisch-arabische Krieg begann am 15. Mai 1948, am Tag nach der Ausrufung des israelischen Staates. Kurz darauf besetzten die israelischen Truppen Westgaliläa und das Dorf al-Birwa, in dem die Familie Darwisch lebte.

² Mit „anwesende Abwesende“ wurden die nach dem Krieg von 1948 in Israel verbliebenen Palästinenser bezeichnet, die zum Zeitpunkt der Volkszählung im November 1948 nicht an ihrem Wohnort oder in ihren Dörfern anwesend waren. Obwohl sie sich in dem Gebiet aufhielten, wurden ihre Besitzungen auf Grundlage des im März 1950 verabschiedeten Gesetzes über abwesende Eigentümer konfisziert.

³ Chaim Nachman Bialik, 1873 in einem ukrainischen Dorf geboren und 1934 in Wien gestorben, schrieb auf Hebräisch und Jiddisch und gilt als israelischer Nationaldichter.

⁴ Abū t-Tayyib (915–965), besser bekannt unter seinem Beinamen al-Mutanabbi, gilt als einer der größten arabischen Dichter.

⁵ Darwisch trat 1962 im Alter von 20 Jahren der Maki bei. Zu der Zeit lebte er in Haifa.

⁶ Im Jahr 1970 verließ Darwisch Israel, um in Moskau zu studieren, ging dann 1971 nach Kairo. 1973 schloss er sich der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) an. Von 1972 bis 1982 lebte er in Beirut.

⁷ Der Jom-Kippur-Krieg/Ramadan-Krieg brach am 6. Oktober 1973 aus. Darwisch, der an zentraler Stelle innerhalb des PLO-Apparats in Beirut tätig war, wurde zu einer der führenden literarischen Stimmen der nationalen palästinensischen Bewegung.

⁸ Der Text wurde in arabischer Sprache in der Zeitschrift *al-Jadid* (Nr. 9, Haifa 1969) unter dem Titel „Unqidhuna min hadha al-hubb al-qasi“ veröffentlicht.

Aus dem Französischen von Christian Hansen

Mahmud Darwisch (1941–2008) gilt als einer der wichtigsten zeitgenössischen Dichter der arabischen Welt und als die „poetische Stimme“ des palästinensischen Volkes. Dieser Beitrag entstammt einem Interview, das der französische Journalist Bernard Violet am 17. Februar 1976 in Beirut mit ihm führte. Ursprünglich war das Interview für den Sender France Culture geplant. Nachdem es abgelehnt wurde, verschwand es für ein halbes Jahrhundert unveröffentlicht in den Archiven.

Sterbende Gletscher unter der Mitternachtssonne

Mein Sommer auf Svalbard

von Anna K. Seidel

Ich stehe am Hafen von Longyearbyen auf Spitzbergen oder Svalbard, wie die Inselgruppe im Nordatlantik auf Norwegisch heißt. Ich habe eine zerknitterte Karte in der Hand und frage herum, ob mich jemand nach Søre Fagerfjord bringen kann. Dort, an der südwestlichen Küste der Hauptinsel, liegt das letzte Stück Land auf dem Archipel, das sich noch in Privatbesitz befindet und aktuell zum Verkauf steht: 60 Quadratkilometer groß, drei Stunden Bootsfahrt entfernt.

Vor meine Abreise nach Spitzbergen habe ich wieder und wieder die Website mit dem Kaufangebot aufgerufen.¹ Ein bisschen altmodisch sieht sie aus, ein bisschen nach Reiseprospekt und ein bisschen nach Scam: schüchterne Gletscher, tiefblaues Wasser, braun bemooste Hügelketten. Darüber der Schriftzug: „Eine einmalige Gelegenheit, das einzige Privatgrundstück auf Spitzbergen zu erwerben, mit enormer ökologischer, geopolitischer, wissenschaftlicher und strategischer Bedeutung.“

300 Millionen Euro soll das Stück Land kosten. Ende Juni 2024 hatte der Staat Norwegen 20 Millionen Kronen geboten, umgerechnet 1,8 Millionen Euro. Darauf wollte sich die Eigentümerin, die norwegische Firma AS Kulspids, jedoch nicht einlassen, woraufhin die norwegische Regierung einen Verkauf ohne ihre Zustimmung untersagte. So will sie verhindern, dass das Stück Land an Interessenten aus China oder Russland geht.

Beide Länder werden von AS Kulspids auf der Website als Staaten mit geopolitischem Interesse an Spitzbergen genannt. Das russische Außenministerium bezeichnete die Inselgruppe 2020 als „Tor zur Arktis“, und China möchte Spitzbergen in seine geplante Polar Silk Road integrieren.²

Das alles geschah in einem staatenlosen Niemandsland. Um konkurrierenden Ansprüchen und wiederkehrenden Konflikten zu begegnen, wurde 1920 in Versailles der Spitzbergenvertrag unterzeichnet.³ Das Dokument, das die Inselgruppe unter norwegische Kontrolle stellte, war ein völkerrechtliches Novum. Denn es stellte das Land zwar unter die Souveränität eines Staates, gewährte aber den Bürger:innen aller Unterzeichnerstaaten das Recht, gleichberechtigt wirtschaftlich tätig zu sein, Unternehmen zu gründen, Rohstoffe abzubauen und visafrei auf der Insel zu leben.

Zudem verpflichtet der Vertrag Norwegen, dass dort erhobene Steuern ausschließlich den Inseln zugutekommen, weshalb die Steuersätze extrem günstig sind. Der Vertrag enthielt auch erste Maßnahmen zum Umweltschutz und erklärte Spitzbergen zu einer entmilitarisierten Zone – das war ungewöhnlich für die Zeit kurz nach dem Ersten Weltkrieg. Die ursprünglichen Unterzeichnerstaaten waren – neben Norwegen – Dänemark, Frankreich, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Schweden, die Niederlande, Italien und Japan. In Kraft trat der Vertrag am 14. August 1925. Noch im selben Jahr kamen viele Staaten hinzu, inzwischen gibt es 49 Vertragsparteien.

101 Jahre später existieren auf dem Archipel noch drei dauerhaft bewohnte Siedlungen: Longyearbyen, die größte und Hauptstadt der Insel, Ny-Ålesund mit internationalen Forschungseinrichtungen und das russisch kontrollierte Barentsburg.

Longyearbyen, einst eine reine Bergarbeitersiedlung, hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt: Immer mehr Menschen leben dauerhaft hier und gründen Familien. Die rund

zählt Yann. Die Regierung scheint sich mit diesen Maßnahmen gegen zunehmende Versuche ausländischer Einflussnahme absichern zu wollen.

Man kann den Eindruck bekommen, der gerade mal drei Seiten umfassende Spitzbergenvertrag komme an seine Grenzen. Wie deutet man einen solchen Text im Jahr 2026? Was tun mit einem Vertrag, der keine Worte hat über aktuelle Migrationsbewegungen und geopolitische Machtverschiebungen?

Yann verschwindet in ein anderes Zimmer und kommt mit einem dicken Stapel loser Blätter zurück: den auf Französisch verfassten Verhandlungsprotokollen zum Spitzbergenvertrag von 1920. „Ein vergessenes Dokument“, sagt Yann. Lange hat er danach gesucht. Er will darin Antworten finden, die die Lücken des Vertrags füllen können, er wollte die ausführlichen Schilderungen lesen, aus denen später die knappen Paragraphen wurden.

Auch die handschriftlichen Randnotizen zu den Protokollen hat er sich besorgt: 200 Seiten weiteres Material. Yann redet sehr schnell und bestimmt, dann blickt er von den Stapeln in seinen Händen auf: „Dieser Vertrag ist ein Rabbit-Hole“, sagt er. Aber für ihn steht fest: Das Kernthema des Vertrags ist das Prinzip der Gleichberechtigung.

Zwischen Mitte April und Mitte August scheint hier 24 Stunden lang die Sonne. So grell, dass ich die Augen mancher Menschen in meiner Unterkunft noch nie gesehen habe, weil die immer ihre Gletscherbrille tragen. Die Sonne wärmt die Haut bei den kalten Temperaturen, sie sorgt dafür, dass man sich wach und vital fühlt. Irgendwie auch frei, weil einem das Zeitgefühl abhanden kommt.

Die Sonne wandert über den Tag von der einen Talseite über zwei schmelzende Gletscher zur anderen, verschwindet kurz hinter einem Plateau und taucht, etwas tiefer, am Hafen wieder auf. Von dort schickt sie ihr dann golden gewordenes Licht wieder das Tal hinauf. Das ist der Sommer.

Von Oktober bis Februar herrscht nahezu komplette Dunkelheit, bis am 8. März zum ersten Mal die Sonne wieder über den Berg steigt. Der Moment lässt sich auf die Minute genau berechnen. Jedes Jahr versammeln sich alle Bewohner:innen auf dem Dorfplatz, um die Wiederkehr der Sonne zu feiern. Die Kinder lernen Lieder auswendig, mit denen sie die Sonne begrüßen und herbeisingen sollen. Doch in diesem Jahr hing der Nebel so tief und dicht, dass sie nicht durchkam. Die Kinder sangen und sangen, bis ihnen die Tränen kamen, weil sie glaubten, es dieses Jahr nicht geschafft zu haben.

In Norwegen organisiert man sich gern über Social-Media-Gruppen. Auch auf Svalbard ist das so. Auf der offiziellen Infoseite von Longyearbyen wird Neuankömmlingen sogar ausdrücklich empfohlen, der Facebook-Gruppe Info & Ros beizutreten. Dort werden Tanzkurse angekündigt, man kann sich zum Eisbaden verabreden oder nach entlaufenen Huskys fahnden.

Es ist allerdings nicht einfach, Teil dieser Gruppe zu werden. Die Aspirant:innen werden genau überprüft. Wer es nicht schafft, kann aber immer noch der von einem finnischen Inselbewohner gegründeten Gruppe Unwanted Foreigners beitreten.

Auch Reddit Svalbard ist aufschlussreich: Hier teilen zukünftige Inselbewohner:innen ihre Sehnsüchte und ihre Vorfreude. Menschen erzählen, dass sie sich gerade ein Flugticket gekauft haben, weil sie planen, in Longyearbyen Arbeit zu finden. Die Bewohner:innen hingegen versuchen die Erwartungen zu dämpfen. Unter einem Foto aus dem Flugzeugfenster postet einer: „Schaut mal, das ist Longyearbyen. Diese Häuser sind die einzigen hier. Stellt euch mal vor, wie viele Jobs und freie Wohnungen es wohl gibt.“

Es ist Sonntag, Zeit für den philippinischen Gottesdienst. Für den sich heute auch der philippinische Botschafter aus Oslo angekündigt hat. Der Gottesdienst findet in einem Privathaus statt. Im geräumigen Wohnzimmer eine graue Sofaland-

schaft, dahinter ein großes Fenster mit wunderschönem Blick über den Fjord. Auf dem Couchtisch stehen Schalen mit Trauben, halbierten Donuts und Tortillachips.

Eine Frau namens Emilia, die den Gottesdienst halten wird, trägt ein T-Shirt mit einem Eisbären und den Logos mehrerer lokaler Unternehmen und Einrichtungen, darunter eines von SvalSat, der norwegischen Satellitenstation in Longyearbyen. Sie erzählt, in wie vielen unterschiedlichen Jobs sie hier bereits gearbeitet hat, teilweise parallel in mehreren, sodass sie selbst nicht mehr wusste, welche Arbeit an welchem Tag dran war. Sie spricht liebevoll über diesen Ort. Sie mag die Kälte und Dunkelheit, den Sommer weniger. Sie wirkt glücklich und dankbar, dass sie hier leben und arbeiten kann.

Nach und nach treffen die Gemeindemitglieder ein. Wir sind zu fünf. Der Botschafter lässt auf sich warten. Wir singen vor einem großen Bildschirm gemeinsam Kirchenliederkaraoke, lesen mit einer Bibel-App Psalmen und diskutieren über die Schuld des Petrus. Danach essen wir die halben Donuts und reden über Tom Cruise, der hier 2023 Teile seines letzten Films der „Mission Impossible“-Reihe gedreht hat.

Der Star der Insel aber ist der Eisbär. Er ist überall. Auf Knöpfen, Tellern, Socken, lebensgroß auf Fotoleinwänden im Einkaufszentrum. Er sitzt ausgestopft in der Kirche und mitten auf der Gepäckförderanlage des Flughafens. Und jeder in Longyearbyen hat seine eigene Eisbärengeschichte. Die einen werden ganz weich, wenn sie erzählen, wie sie ihn gesehen haben, wie nichts passiert ist, wie sie ihn in stiller Bewunderung davonziehen ließen. Andere sind so stolz auf ihre Begegnungen, dass sie sie auf ihrer Visitenkarte aufführen – mehr als 200 Eisbärenbegegnungen! Die Bescheideneren und Vernünftigen wollen ihn lieber nie zu Gesicht bekommen, weil es unter Umständen nur für einen von beiden gut ausgeht. Die Besessenen dagegen zeigen Fotos und teilen die Koordinaten, wo sie zuletzt einen Eisbären gesehen haben.

Und dann gibt es noch die Stillen. Die hier sind, weil sie sich selbst wie ein Eisbär fühlen; weil sie Einzelgänger sind, die sich angezogen fühlen von der Kargheit und Unwirtlichkeit; weil sie hier weit weg sein können von der überfordernden Schnelligkeit der Zivilisation.

Den allgegenwärtigen Bildern steht eine schwindende Anzahl von nur noch etwa 2600 Tieren gegenüber. Die Bären auf Spitzbergen gehören zur sogenannten Barentssee population, die am stärksten unter dem Schmelzen des Meereises leidet. Forscher rechnen damit, dass es hier möglicherweise schon ab 2050 keine überlebensfähige Population mehr geben könnte.

Ich stehe auf einem Gletscher. Einem nahezu toten Gletscher, wurde mir unterwegs gesagt: Er besitzt keinen inneren Eisfluss mehr, weil er zu dünn geworden ist. Meine Füße versinken in weißem Matsch. Leuchtend blaue Adern durchziehen das Eis in geschwungenen Linien wie die Bahnen unter der Haut eines großen Tiers. Der Gletscher strahlt Eiskälte aus, über unsere Köpfe zieht Nebel.

Er liegt da wie der Glücksdrache Fuchur aus „Die unendliche Geschichte“, wie seine lebensgroße Figur in den Bavaria-Filmstudios, alt und zottelig. Er liegt wie in das endlose Tal hineingearbeitet. Dabei ist er wunderschön: das Weiß und das Blau, die noch immer eine große Fläche behaupten. Der Nebel wird dichter, bis wir nur noch Weiß um uns herum sehen. Wir machen eine kurze Pause. Unser Guide sagt, wenn jetzt ein Eisbär kommen sollte, wären wir geliefert.

Auf dem Rückweg durchqueren wir ein Geröllfeld unterhalb des Gletschers. Die Fossilien von Pflanzen und Bäumen, die hier lagern, sind mehrere Millionen Jahre alt. Geologen raten, die Steine mitzunehmen. Sie sagen: Lieber auf deiner Fensterbank als hier. Denn hier werden sie vom Geröll zerkleinert. Wenn die Gletscher schmelzen, werden die Berge hier, die aus losem Gestein bestehen, ohne Halt in sich zusammenfallen.

Weiter bergab befindet sich ein großer Felsen, der als Museum und Tauschbörse dient. Hier lie-



Die russische Siedlung Barentsburg ANNA K. SEIDEL

„Ich war dort“, sagt ein Segelbootbesitzer über das Stück Land. „Es ist wirklich sehr schön.“ Doch seine Route führt nach Norden. Ob ich es kaufen möchte, will er wissen. Das würde ich gern, denke ich, aber 300 Millionen sind mir zu viel. Auch alle anderen Boote fahren nach Norden. Kein einziges will nach Süden.

Am Abend sitze ich vor meiner Unterkunft und beobachte, wie die Sonne nicht untergeht. Sie wechselt bloß die Talseite. Meine Zimmernachbarin bricht zu einer Nachtwanderung auf, um einen Polarfuchs zu finden. Sie kommt aus der Schweiz, ist Wildtierfotografin und vor allem wegen der Eisbären hier. Auf einer Expedition vor einige Tagen hat sie einen gesehen. Gemeinsam laufen wir über das Geröllfeld.

Spitzbergen wurde 1596 von dem Niederländer Willem Barents entdeckt. Im 17. Jahrhundert wurde der bis dahin unbewohnte Archipel zum Ausgangspunkt zahlreicher Wahlfangexpeditionen. Im 18. Jahrhundert kamen Fellhändler, die Jagd auf Eisbären, Polarfüchse und Robben machten. Als um 1900 große Kohlevorkommen entdeckt wurden, folgte eine Zeit intensiven Bergbaus.

2500 Einwohner:innen kommen aus über 50 Ländern. Die Mehrheit stammt aus Norwegen, doch es gibt auch größere thailändische und philippinische Communities. Seit 2002 verfügt Longyearbyen über einen Gemeinderat, ein bedeutender Schritt hin zu demokratischem Zusammenleben.

Yann, ursprünglich aus Frankreich, führt seit einigen Jahren ein Unternehmen in Longyearbyen, er organisiert Skitouren und verkauft die äußerst beliebten Svalbard-Wollmützen mit dem Schneeflockenmuster. In diesem Jahr hat er sogar eine der wenigen freien Wohnungen auf der Insel gekauft.

Er nutzt seine Rechte aus dem Spitzbergenvertrag: visumfreier Aufenthalt, Eigentum, wirtschaftliche Tätigkeit. Doch für ihn gerät gerade etwas ins Wanken.

Während der Pandemie erhielten ausschließlich norwegische Unternehmen staatliche Hilfen. 2022 verloren Nichtnorweger:innen zudem das kommunale Wahlrecht, und es gibt Pläne, ausländischen Familien den Zugang zum Kindergeld zu erschweren. Der Unmut ist da, aber es wird kaum öffentlich darüber gesprochen. „In einer Kleinstadt hältst du lieber den Mund, aus Angst, ausgewiesen zu werden oder den Job zu verlieren“, er-

gen Fossilienfunde, die zum Mitnehmen zu groß waren, oder die zweit schönsten, die aussortiert wurden. Ich tausche einen Farn gegen ein Buchenblatt.

Auf dem Plåtaberget, einem der braunen Fjordeberge kurz hinter Longyearbyen, liegen rund hundert weiße Kuppeln wie verstreute Murmeln auf einem Plateau. Es ist die Antennenanlage einer der wichtigsten Satellitenstationen der Welt: SvalSat. Besonders macht sie ihre geografische Lage auf dem 78. nördlichen Breitengrad, denn Satelliten auf polaren Umlaufbahnen umkreisen die Erde in niedrigeren Höhen und sehr viel schneller als andere. Bis zu 14-mal täglich passieren sie die Station auf Spitzbergen. So lassen sich mehr und längere Datenverbindungen pro Tag herstellen als über Stationen mittlerer Breitengrade. Die geringe elektromagnetische Belastung der Arktis sorgt zusätzlich für klare Funkverbindungen.

Derzeit empfängt die Station vor allem Umwelt- und Erdbeobachtungsdaten, denn militärische Infrastruktur ist im Spitzbergenvertrag untersagt. Der militärisch-strategische Nutzen von SvalSat ist jedoch so hoch, dass es immer wieder zu Versuchen kommt, die Anlage entsprechend zu nutzen. Im August 2022 lehnten norwegische Behörden Anfragen zweier Unternehmen aus der Türkei und den USA ab, die die Satellitenstation für militärische Zwecke nutzen wollten. Zu regelmäßigen Spannungen zwischen den Vertragsstaaten führen sogenannte Dual-Use-Daten – Satellitendaten mit zivilem und militärischem Nutzen.

Ebenfalls 2022 fiel eines der Glasfaserkabel aus, das Spitzbergen mit dem Festland verbindet. Nachdem eine natürliche Ursache ausgeschlossen wurde, geriet ein russisches Fischereischiff unter Sabotageverdacht, das den Kabelverlauf im fraglichen Zeitraum rund 130-mal gekreuzt hatte.

Besuchen kann ich die Satellitenstation auf dem Plåtaberget nicht. Ein junger Mitarbeiter, den ich frage, ob ich ihn dorthin begleiten könnte, antwortet mir lächelnd: „Das dürfen wir nicht. Es ist Sperrgebiet und alles streng vertraulich.“

Im Hafen von Longyearbyen bin ich erneut auf der Suche nach einem Boot, das mich mitnimmt. Diesmal nach Barentsburg, der verbliebenen russischen Ansiedlung auf der Insel. Sie zählt noch etwa 350 Einwohner:innen, die überwiegend im Kohlebergbau arbeiten und von denen die meisten aus Russland und der Ukraine stammen. Aber dorthin zu gelangen, ist nicht einfach. Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine hat die lokale Tourismusorganisation Visit Svalbard sämtliche Touren nach Barentsburg eingestellt.

Ich klopfe an die Tür einer alten Werfthalle. Stige, Betreiber eines der führenden Unternehmen für Schifftouren, öffnet selbst. Er spricht in knappen Sätzen. Ja, es stimme, was man sage, er fahre noch als Einziger nach Barentsburg. Am Freitag. Er nennt einen Betrag und die maximale Personenzahl. Ich sage zu.

Am Freitag stehe ich mit zwölf anderen am Bootsanleger weit außerhalb des Stadtzentrums, am verabredeten Treffpunkt. Wir warten. Ein Jeep rollt an, und Stiges Sohn steigt aus. Wir gehen an Bord eines stählernen Expeditionsschiffes, das gerade groß genug für die Gruppe ist. Im engen Innenraum wird auf einem kleinen Herd Tee gekocht. Nach drei Stunden und dem Anblick eines Wals erreichen wir Barentsburg.

Als Erstes fallen die riesigen Plattenbauten auf, die wie Bauklötze im Hang verteilt sind. Russische Fahnen wehen im Wind. Die Siedlung ist auf mehreren Terrassen angeordnet, das Zentrum eine große begrünte Fläche mit einem riesigen Sockel in der Mitte. Darauf der Kopf von Lenin. Eine orthodoxe Holzkirche mit spitz zulaufenden Türmchen. Ein klassizistisch anmutendes Museum. Zum Hang hin schließen zwei Plattenbauriegel in kräftigen Farben den Platz ab. Massive Ziegelbauten und ein überdimensionaler futuristischer 70er-Jahre-Bau, der die Schwimmhalle und den Konzertsaal beherbergt, stehen dabei.

Alles wirkt zusammengewürfelt wie in einem in die Jahre gekommenen Themenpark. Zwischen



Blick auf Longyearbyen ANNA K. SEIDEL

den Häusern, auf dem braun-grünen Rasen, liegt Baumaterial. Es wird renoviert. Ein Mann schlägt Nägel in eine Mauerabdeckung, auf einer Erhöhung rühren zwei andere Zement an, Lärm von Bohrmaschinen, ein Klopfen und Hämmern.

Wir betreten ein Restaurant, an dessen Außenwand ein roter Eisbär gemalt ist. Sein Kopf ist hoch erhoben, als halte er nach Kundschaft Ausschau. Innen viele Tische, keiner besetzt. Im Fernseher an der Wand läuft ein russischer Cartoon. Ich esse Borschtsch und bekomme dazu einen Schnaps, der auf dem Rücken eines roten Plastikeisbären serviert wird. Die Besitzerin kommt an unseren Tisch und fragt, mit welchem Schiff wir gekommen seien.

Im Museum hängen alte Ölgemälde ehemaliger Minenarbeiter, daneben ein Stück Holz mit Gravuren der ersten dauerhaften Siedler, laut Museum Pomoren aus dem Norden Russlands. Es gibt auch den Abdruck eines riesigen Dinosaurierfußes zu sehen. Die Leiterin des Museums wirkt in ihrer zurückhaltenden Eleganz etwas fehl am Platz und sagt, sie bedaure, dass kaum noch Besucher herfänden.

Polarfüchse laufen wie Katzen durch die Stadt, ohne Scheu und auf der Suche nach Essbarem. Sie haben zu dieser Jahreszeit dunkles Fell und rubinrote Augen. Als Proviant habe ich eine Tupperdose Ratatouille dabei, ich fische ein Stück Zucchini heraus und lege es in meine Hand. Sie kommen wirklich ganz nah. Ich laufe hinunter zur Mine, versuche mit drei Minenarbeitern zu sprechen, aber sie sprechen nur Russisch. Ich setze mich auf die Bank einer weiten Terrasse. Das Meer liegt heute ruhig da. Plötzlich lugt ein Polarfuchswelp durch die geborstenen Bodenplatten vor mir, und noch einer und noch einer. Ich vergesse die Zeit.

Dann zurück aufs Boot. Wir legen ab – und kehren nach kurzer Zeit wieder um, das Schiff wurde angefunkt und zurückgerufen. Zwei Kisten sollen noch nach Longyearbyen. Man muss die Gelegenheit nutzen, dass heute ein Boot fährt.

Spitzbergen war lange nur ein Ort zum Arbeiten, keiner, um Heimat zu finden. Trapper, Walfänger und später Bergarbeiter kamen meistens ohne Familie, für eine Saison oder auf Zeit. Die Siedlungen waren reine Werkssiedlungen. Seit dem frühen 20. Jahrhundert war der Bergbau der zentrale Wirtschaftszweig, es waren vor allem norwegische und russische Unternehmen, die im großen Stil Kohle abbauten.

Auch ein paar Kilometer außerhalb von Longyearbyen, hoch über dem Flughafen, liegt eine stillgelegte Mine. Im Schacht von Mine 3 ist es eiskalt, die Stirnlampe wirft einen kleinen Kegel in die schier endlosen Gänge des verzweigten Labyrinths. Ein Stück Kohle, das sich von der Wand gelöst hat, erweist sich als erstaunlich leicht und schimmert. Die Steinkohle von Spitzbergen galt als besonders rein. Hier soll ein Stück mit 97 Prozent Kohlenstoffanteil gefunden worden sein, das reinste der Welt. Ich drücke die Kohle in meinen Händen, und sie bricht in glatte Stäbe auf.

Seit der Inbetriebnahme im Jahr 1971 waren hier in der Regel 50 Bergarbeiter beschäftigt. Alle männlich, Frauen war es zunächst untersagt, hier zu arbeiten. Doch zeugt ein Plakat an der Wand

des ehemaligen Aufenthaltsraums von der Anwesenheit einer Frau tief unter der Erde. Lotte Tere-se, wie sie genannt wurde, fing im Jahr 1979 als eine der ersten weiblichen Minenarbeiter Spitzbergens in der Mine 3 an. Sie malte das Plakat für ihre Kollegen: „Alle haben den Aschenbecher zu benutzen. Und hört auf, vor der Tür zu pissen. Der Gestank steigt mir in die Nase!“

Darunter ist sie als Mutter Teresa mit einem Kreuz abgebildet. Zu ihrer Rechten ein kleiner Minenarbeiter und zu ihrer Linken ein kleiner Engel. Darunter der Schriftzug „Jungs, gehorcht mir“. Und das taten sie, respektierten sie und hielten fortan die Schächte sauber. Lotte Tere-se konnte sich unter Tage behaupten und übernahm eine leitende Funktion in Mine 3. Die Mine schloss 1996.

In den folgenden Jahrzehnten wurde die Arbeit in weiteren Minen aus Umwelt- und Kosten-gründen eingestellt. Am 30. Juni 2025 schloss Mine 7, die letzte norwegische auf Spitzbergen. Knapp 50 Jahre war sie in Betrieb. Zu ihren Hauptabnehmern zählte auch die deutsche Auto-industrie. Das ist nun vorbei und damit eine ganze Ära. Spitzbergen setzt mittlerweile vor allem auf Forschung und Tourismus.

In Longyearbyen ist erstaunlich vieles verboten oder schlicht nicht möglich: Blumen pflücken, Kinder gebären, sterben (weil man wegen des Permafrosts nicht begraben werden kann). Aber vor allem sollte man die Stadtgrenze nicht ohne Gewehr überschreiten, denn dort beginnt die Eisbärenzone. Und da wird es gefährlich. Also sucht man sich einen Guide mit einer Jagdflinte. Nicht wirklich günstig. Aber hier verliert man das Verhältnis zu Geld wie das zur Zeit.

Im Laufe einer Saison, die von Mai bis Mitte Oktober geht, halten rund 500 kleinere kommerzielle Expeditionsschiffe in Longyearbyen. Sie fassen meistens bis zu 200 Personen und starten von hier aus ihre Reisen in noch abgelegene Polarregionen. Dazu kommen 20 bis 30 große Kreuzfahrtschiffe pro Saison, etwa die „AIDA luna“ aus Hamburg.

An Tagen, an denen ein solches Schiff hier anlegt, ist die kleine Stadt sehr voll und lebendig. Man sieht Touristengruppen auf Squads aus der Stadt hinausfahren, hintereinander aufgereiht wie Entenküken. Autos mit Hundezwinguern auf den Anhängern rauschen vorbei, in denen unge-duldige Huskys bellen. Und auf den Berghängen rund um die Stadt leuchten überall die roten Arktisparkas, die die Passagiere für ihren Aufenthalt an Land bekommen.

Neben dem Ankerplatz für die Kreuzfahrtschiffe steht eine Sauna. Am Abend, eine Stunde nachdem die „AIDA luna“ abgelegt hat, gehe ich hin. Ein Student hat mir erzählt, dass sowohl die Kreuzfahrtschiffe als auch die Stadt Longyearbyen ihr gesamtes Abwasser direkt in den Fjord leiten. Ich springe trotzdem hinein. Neben mir legt ein offenes Boot mit einer Touristengruppe in wasserfesten Anzügen ab. Wahrscheinlich fahren sie zu den Walrossen und Papageientauchern hinaus.

Zu den Feierlichkeiten 2025 zum 100. Jahrestag der Unterzeichnung des Spitzbergenvertrags kamen der Kronprinz, der Ministerpräsident

und die Justizministerin Norwegens. Es gab einen Gedenkgottesdienst in der Kirche, man legte Kränze an Denkmälern verstorbener Minenarbeiter nieder, und es wurde die norwegische Flagge gehisst.

Ich sitze auf der Veranda vor meiner Unterkunft und blicke auf die bunte Schneemobilansammlung gegenüber. Ich denke an eine Orange, die ich am Gletscherbach gegessen habe, an die Polarfüchse, die mein Ratatouille gefressen haben, und daran, dass auf Spitzbergen alle Fäkalien in den Ozean gespült werden. Und ich frage mich: Was werden die nächsten hundert Jahre diesem Ort bringen? Sollte man einen neuen Vertrag machen, sich noch einmal zusammensetzen, neu verhandeln?

Naheliegender wäre es, auf neue Technologien und nachhaltige Energien umzusteigen und weiter eine stabile Koexistenz der Vertragsparteien zu sichern. Dieser Ort wird auch in Zukunft auf externe Ressourcen angewiesen sein. Die abgelegene Lage in der Hocharktis und die extremen klimatischen Bedingungen machen die Siedlungen abhängig. Von Lebensmitteln über Baumaterial bis hin zu Energie werden die meisten Ressourcen vom Festland geliefert. Und ob der zunehmende Tourismus wirklich nachhaltig gestaltet werden kann, ist fraglich. Wäre es nicht ein wirklich visionärer Schritt, einen geordneten Rückzug anzutreten? Einen Ort wieder zu verlassen, an dem wir Menschen kaum Geschichte haben, an dem wir nicht geboren sind und nicht sterben werden.

Am Tag vor dem 100. Jahrestag warf der Sprecher des russischen Außenministeriums Norwegen die Verletzung des Spitzbergenvertrags vor und betonte, Russland wolle seinen Einfluss und seine Infrastruktur auf der Insel ausbauen.⁴ Ich denke zurück an ein Gespräch mit zwei Journalisten des *Economist*, die ich in einer der drei Bars der Insel traf. Ob sie glaubten, dass hier bald ein Krieg stattfinden würde, fragte ich sie, worauf sie antworteten: „Genau deswegen sind wir hier.“

Und doch wirkt all das – die Verbalattacken, die Spekulationen über Krieg – so fern, so klein, wenn ich auf die beschnittenen Hügelketten blicke. Wo einfach gar nichts passieren könnte. Hier wirken Auseinandersetzungen über Nationalität und Machtansprüche wie ausgedacht.

Als ich in Oslo lande, geht gerade die Sonne unter. Ich bin erstaunt und dankbar, dass sie es noch kann. Ich habe vor meiner Abreise die Wildtierfotografin aus der Schweiz gebeten, mir ihr Eisbärenfoto zu schicken – und jetzt kommt es an, in der Dämmerung in Oslo. Ich betrachte es. Sie hatte sich sehr geärgert, weil sie den Horizont zu stark beschnitten hat. Es ist wunderschön: Am unteren Bildrand liegt der Eisbär auf einer Scholle und schaut in die Kamera.

¹ kulspids.com.

² „Opportunity to Acquire the Only Privately-Held Property on Spitzbergen“, kulspids.com.

³ Siehe „Vertrag über Spitzbergen (1920)“, verfassungen.eu.

⁴ Atle Staalesen, „Amid Norway’s celebration of Svalbard Treaty comes another verbal attack from Moscow“, *The Barents Observer*, Kirkenes, 14. August 2025.



Genosse KI

► Fortsetzung von Seite 1

zu boykottieren, sondern die Türen auf-zubrechen, um zu zeigen, dass der Ka-pitalismus das Mahl nicht für alle be-reitet.

Das funktionierte unter einer Vo-raussetzung: Man muss dem Kapa-talismus seine Speisekarte von heute vorhalten – nicht die aus Großvaters Zeiten. Die heutige Linke mahnt un-eingelöste Versprechen der Vergangen-heit an: Freiheit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit. Aber der gegenwärtige Kapitalismus offeriert als Hauptgang etwas anderes: die Fähigkeit, zu han-deln, zu gestalten und zu lernen. Der protestantische Pakt mit dem Kapital versprach dem Proletariat für seine Un-terwerfung unter die Maschine Frei-heit in der Zukunft. Der heutige Pakt mit der KI verspricht dagegen Freiheit *durch* die Maschine *jetzt*.

Die Linke droht eine entscheidende Chance zu verpassen, weil ihr Begriff von Arbeit auf Arbeitsplätze, Löhne und Dequalifizierung fixiert ist. Ent-sprechend betrachtet sie die KI-Ära als neue Etappe der alten Arbeitskämpfe. So versäumt sie, einen Arbeitsbegriff zu entwickeln, der über den Bereich der Erwerbsarbeit hinausgeht. Einen, der menschliche Aktivität als weltver-ändernde Kraft umfasst, also als kon-krete Fähigkeit, Werkzeuge, Begriffe, Regeln und Maschinen zu entwickeln und anzuwenden.

Diese unterschiedlichen Konzepte stehen für zwei Wege zur Emanzipa-tion: Beim ersten geht es darum, wer was bekommt, also um die Verteilungs-frage; beim zweiten darum, was Men-schen bekommen müssen, um etwas werden zu können, also um die Frage der Aneignung.

Im ersten Fall wird dem Kapital et-was abgerungen, etwa durch Tarifab-schlüsse über Löhne und Arbeitszei-ten. Im zweiten wird das menschliche Handeln vom Diktat des (von Marx de-finierten) Wertgesetzes befreit durch Erweiterung unserer Handlungsfähig-keit insbesondere mit technologischen Mitteln. Hier geht es um die Aneignung „eingezahlter“ Fähigkeiten, die weiter-gegeben werden. Und das ist eine Frage der Politik.

Ein Jahrhundert lang setzte die Lin-ke vor allem auf Verteilung, während die „freie Entwicklung eines jeden“ (so das Kommunistische Manifest) in Vergessenheit geriet. Die KI rückt die-se Idee nun wieder ins Zentrum, wenn auch in verzerrter Form: Der alte Traum von der Erweiterung der menschlichen Fähigkeiten verwirklicht sich in gigan-tischen Dimensionen – jedoch zu den Bedingungen des Kapitals. Damit ver-weist uns KI überraschend auf einige marxistische Fragen: Was wird aus un-seren Fähigkeiten, sobald sie sich „ver-dinglicht“ haben? Wer könnte sich das Erbe dieser Fähigkeiten wieder anei-gnen? Und auf welche Weise?

Marx bezeichnete die äußere Di-mension dieser Reise mit dem He-gel’schen Begriff „Verdinglichung“. Ar-beiten bedeutet, sich selbst zu veräu-ßern: Die Fähigkeiten der Menschen fließen in Dinge ein, während sich Menschen verwirklichen durch das, was sie herstellen. Dabei können ihre Fähigkeiten sich materiell verselbst-ständigen, indem sie zu Werkzeugen, Wissen und Kultur werden. Sie können sich aber auch formell verselbststän-digen und damit ihren Schöpfern als fremde Macht entgegentreten.

Der Unterschied liegt in den Be-ziehungen der Fähigkeiten zu ihren Schöpfern. Fähigkeiten, die in die Din-ge einfließen, gelangen als Rendite ins gesellschaftliche Leben zurück – im Kapitalismus allerdings in entwerteter Form: in der Marktsphäre als Waren, im Produktionsprozess als Befehle. Im Taylorismus hat man die den Arbeits-kräften innewohnenden Fähigkeiten mit der Stoppuhr quantifiziert, um sie ihnen in Form von Akkordvorgaben zu-rückzugeben.

Das Zeitalter der KI schreibt ein neues Kapitel dieser Geschichte. Die Warenmärkte haben Fähigkeiten zu Kaufobjekten gemacht, der Tayloris-mus hat Wissen in strenge Arbeitsan-weisungen verwandelt. Die KI dagegen gibt das eingebrachte Wissen in Form konkreter Fähigkeiten zurück: als Rat-schläge, Sprachleistungen, Strategien, Gutachten, Anregungen und so weiter.

Im Kapitalismus sind diese neuen Fähigkeiten jedoch mit einem Geburts-fehler behaftet: Sie sind als Eigentum verkapselt, das weder Urheber noch Vorleistungen, noch Verpflichtungen anerkennt, und werden als solches monatsweise an die Produzenten die-ser Fähigkeiten zurückvermietet.

Marx erklärt zwar die „Hinreise“ der Fähigkeiten, sagt aber nichts über die mögliche Rückkehr zu ihren Ur-hebern. Seine Analyse der Vergegen-ständlichung – des Einfließens der Ak-tivitäten von Menschen in Objekte und Maschinen – ist vollständig. Aber er be-nennt keinen sozialistischen Mecha-nismus, über den die vereinnahmten menschlichen Aktivitäten als Fähigkei-ten – und nicht als Anweisungen – zu ihren Urhebern zurückkehren könnten.

Aneignung statt Umverteilung

An dieser Aufgabe haben sich eini-ge Marx-Erben versucht. Sowjeti-sche Theoretiker wie Wygotski und Leontjew sahen die „Aneignung“ als Motor der Entwicklung. Demnach erbt jedes Kind die Fähigkeiten, die frühe-re Generationen in Form von Begriffen und Werkzeugen hinterlassen haben. Vertreter der Kritischen Psychologie haben diesen Ansatz weitergetrieben. Nach Klaus Holzkamp ist der ultimati-ve Ertrag des Lernens erweiterte Hand-lungsfähigkeit. Der brasilianische Pä-dagoge Paulo Freire untersuchte das Leben der Landbevölkerung, um ein „generatives“ Vokabular als politisches Rüstzeug zu entwickeln.¹

Diese Mechanismen der „Rück-gabe“ in der politischen Ökonomie zu verankern, ist die eigentliche Aufgabe der Linken – die sie allerdings nicht wahrnimmt. Linke Strömungen haben eher im Sinn, die Zukunft einzuhegen, als sie zu gestalten. Nach alter Gewohn-heit fordern sie KI-Steuern, KI-Regulie-

rungen, KI-Moratorien – und ignorie-ren stur die eigentliche Zukunftsfrage: Kehren die Inputs in diese Systeme als gemeinsame, nachhaltige und über-prüfbare Fähigkeiten zu ihren Schöp-fern zurück? Oder werden sie oben ab-geschöpft, sprich von den Plattformen verwertet?

Nehmen wir das Thema KI-Dividen-de. Hier stammt der kühnste Vorschlag von Bernie Sanders. Der unabhängige linke US-Senator will die KI-Unterneh-men verpflichten, einen Teil ihrer Ak-tien an einen Staatsfonds abzutreten. Schöne Idee, doch die Teilenteignung der Milliardäre ließe das Verhältnis zwischen Bürger:in und Maschine un-berührt. Loren Cole würde vielleicht reicher werden, aber er wäre immer noch eine Einmanntruppe.

Spuren der neueren Art von Eman-zipation liegen verborgen in der Ge-schichte unserer Kultur, unserer Bil-dung, in unserem Sozialwesen, teils knapp unter der Oberfläche, teils na-hezu unauffindbar. Um sie aufzude-cken, muss man an drei Stellen nach-graben: im Schweden der Nachkriegs-zeit, in den Turiner Autofabriken der 1960er Jahre – und in einem brasiliani-schen Manuskript. Schweden liefert die klassenbildende Institution, Turin die Methode, um das unbewusste Wissen der Arbeitenden freizusetzen, und Bra-silien die Theorie, wie ein Verkoppeln von eingespeisten Fähigkeiten und er-zielten Leistungen zu erreichen wäre.

Betrachten wir zunächst das Schwe-den des „dritten Wegs“, wo in den De-batten über den Wohlfahrtsstaat un-ter dem Stichwort Wissensökonomie ein altes Problem der Linken themati-siert wurde. Der Diskurs über das Wis-sen wurde damals, so die Historikerin Jenny Andersson, in zwei konkurrie-renden Idiomen geführt.² Die Sozial-demokratische Arbeiterpartei Schwe-dens (SAP) benutzte „Bibliothek“ als zentralen Begriff, der Wissen als ein demokratisches Gut beschreibt, das durch Weitergabe wächst. Die briti-sche New Labour setzte den Leitbegriff „Workshop“ entgegen, der Wissen als Ware definiert, die von Individuen auf den Märkten gehandelt wird.

Laut Andersson wurde die Rivali-tät durch die Einigung auf einen „drit-ten Weg“ beigelegt. Damit gaben bei-de Parteien das ursprüngliche Ziel der

Sozialdemokratie, die Vergesellschaf-tung des Kapitals, stillschweigend auf, um es durch die „Kapitalisierung des Gesellschaftlichen“ zu ersetzen. Mit der begrifflichen Umkehrung wurden Neu-gier, Kreativität, Vertrauen, die Kultur schlechthin zu Humankapital erklärt, die Bibliothek zur Besenkammer des Workshops degradiert.

Für die europäische Arbeiterbewe-gung waren Bibliothek und Workshop anfangs keineswegs konkurrierende Begriffe. Bevor sie einen Staat hatte, an den sie ihre kulturelle Infrastruktur de-legieren konnte, baute sie eine eigene auf: Arbeiterbildungsvereine, Bücherei-en, Volkshäuser – Humankapital, aber ohne Kapital.

Weitergabe verborgenen Wissens

Nirgendwo war diese Strömung so stark wie in Schweden. Im Rahmen der Volksbildung (*folkbildning*) lernten Arbeiter:innen, strukturelle Machtver-hältnisse zu durchschauen, um sie auf-brechen zu können. Diese Bewegung in den Händen ihrer Nutzer brachte Bibliothek und Workshop unter einem egalitären Dach zusammen. Doch mit der Zeit übertrug die schwedische So-zialdemokratie diese Aufgabe an ei-nen expandierenden Staat , der – wie sie 1990 selbstkritisch erklärte – „alte Grundsätze der Solidarität verdrängt“ habe. Statt als Hebel der Macht zu dienen, verkam Bildung zu einer öf-fentlichen Dienstleistung. Die Frage der Macht und des Erreichbaren ver-schwand von der politischen Agenda.

Autonome Arbeiterbildung in einer radikaleren Form finden wir anhand der Turiner Fabriken der 1960er Jahre. Die schwedische *folkbildning* hatte die Arbeiterklasse die Entschlüsselung der Macht gelehrt. In Turin lernte sie, das Grundübel dort zu erkennen, wo Frei-heit und Notwendigkeit am heftigsten kollidieren.

Zum Betriebsarzt Ivar Oddone ka-men damals Fiat-Arbeiter mit einer verzweifelten Bitte: „Sagen Sie mir, wie ich schneller krank werde, damit ich dieser giftigen Fabrik entkomme.“ Die Gewerkschaften feilschten nur um „Ge-fahrenzulagen“. Oddone schlug einen anderen Weg ein.³ Er tat sich mit alt-gedienten Arbeitskräften zusammen,

um die Ursachen der Erkrankungen zu erfassen und genau zu lokalisieren: hier toxische Dämpfe, dort Staubent-wicklung oder die spezielle Presse, die Handgelenke zerschmetterte.

Bei manchen Fragen verweigerten viele Arbeiter die Auskunft und schwie-gen über die ausgeklügelten Tricks, dank derer sie ihre Schichten überlebt hatten. Oddones Lösung bestand in der *istruzione al sosia*, dem fiktiven An-lernen eines Vertreters. „Stell dir vor, morgen übernimmt ein anderer deinen Posten. Was bringst du ihm bei, damit niemand den Wechsel bemerkt?“, frag-te Oddone.

Auf diese Weise erfuhr er von den Arbeitern alle Tricks und informel-len Regeln, die in keinem Handbuch nachzulesen waren. Der erste Arbeiter, der seinen fiktiven Nachfolger geschult hatte, erzählte danach, er selbst habe dabei ein eigenes Wissen entdeckt, das ihm gar nicht bewusst gewesen sei. So-mit hat auch er ein neues Verständnis von seiner Arbeit entwickelt.

Wer schon einmal einem Chatbot seinen Job erklärt hat, kennt diese Übung: Er oder sie gibt Anweisungen, die dann im Protokoll abgelegt werden.

In Turin kam der Kenntniserwerb – anders als bei ChatGPT – direkt einem anderen Arbeiter zugute. Zudem flos-sen die von Oddone erschlossenen theoretischen Erkenntnisse in eine Gewerkschaftsbroschüre, die unter dem Titel „L’ambiente di lavoro“ (Das Arbeitsumfeld) aus dem Wissen einer Fabrik ein allgemein anwendbares Mo-dell erstellte.

In der Folge ging dieses Wissen auch in die Arbeitsverträge ein, eröff-ne die Möglichkeit von Gefahrenpro-tokollen und mündete schließlich im Gesetz von 1978, das ein nationales Gesundheitssystem in Italien einfüh-rte. Private Leiden wurden zu kollekti-ven Fakten, diese wiederum wurden zu einem Gesetz. Für kurze Zeit waren Workshop und Bibliothek unter einer Adresse vereint.

Anderswo hatten die beiden Emanzipationsweisen Bibliothek und Workshop schon immer verschiedene Adressen. Im Workshop, wo die Ar-beitskraft sich des Elends erwehrte, herrschte das strikte Gesetz der Ver-teilung; in der Bibliothek, wo die Men-schen auf die Freiheit vorbereitet wur-den, galt das Prinzip der Aneignung.

Bei New Labour in Großbritannien war die Demontage des Wissens sim-pel: Man ignorierte die vielen eigenen Bibliotheken und machte alles zum Workshop – also das Wissen zur Ware und die Menschen zu „Humankapital“. In Schweden verliefen die Bildungs-initiativen der 1990er Jahre zwar wei-terhin unter dem alten Begriff *bildning*, doch der wurde laut Andersson als-bald durch einen „neuen und irrefüh-renden Bildungsbegriff“ ersetzt, der *bildning* auf Beschäftigungsfähigkeit und marktfähige Kompetenzen redu-ziert.

Das Silicon Valley betrieb ebenfalls Demontage, jedoch getarnt als Synthe-se. Die Gründungsurkunde des Pro-jekts – der *Whole Earth Catalog* – kam als Bibliothek für Workshopausrüstung daher, und der planetarische Workshop Amazon begann als Buchhandlung. Steve Jobs’ legendäre Start-up-Garage ist Bibliothek und Workshop zugleich, symbolisiert Arbeit als Selbsterschaf-fung und Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit. Was die *folkbildning* einst von unten erobern wollte, annek-tiert die Garage nun von oben. Und die KI macht das Angebot komplett: Für ei-ne geringe Gebühr bekommt jeder et-was ab.

Unterdessen haben sich die öffent-lichen Bildungsinstitutionen selbst rui-niert. Der Sozialstaat sollte den Men-schen helfen, die bestehenden Klassen-grenzen zu überwinden. Doch er ist zu einem labyrinthischen Gebilde verkom-men, das sich durch lähmende Lang-



Rusudan Khizanishvili, The Yellow Room, 2020, Acryl auf Leinwand, 150 × 150 cm

samkeit auszeichnet. Das macht es der KI leicht, sich als fröhlicher Helfer in der Not anzubieten.

Und so sind die Rollen seltsam vertauscht: Der Kapitalismus ist heute der scharfsinnigste Analytiker des Sozialismus; und heuchelt zugleich eine immanente Kritik, um auf den Trümmern des Sozialstaats seine privatisierten Therapien für Probleme anzupreisen. So ergibt sich das Paradoxon, dass vorgeblich linksradikale Geister ausgehöhlte bürokratische Institutionen verteidigen, die ihre Seele längst verloren haben. Während Rechtskonservative mittels KI-Modellen an den waghalsigsten Utopien basteln.

Vielleicht sollten halsstarrige Linke endlich anfangen, eigene KI-Utopien zu formulieren, statt sich über Studierendenaufzuregen, die ihre Arbeiten von der KI schreiben lassen. Dient das Lernen nicht schon lange der schnöden Produktion von Humankapital?

Die Umbrüche der letzten 30 Jahre lehren uns eines: Freiheit und Notwendigkeit, Arbeit und Spiel, Technologie und Kultur gehören in ihrer Polarität zur menschlichen Existenz. Sie müssen zusammengedacht werden – selbst dort, wo sie noch nicht gemeinsam gelebt werden können. Der Sozialismus der KI-Ära muss wiedervereinigen, was er ein Jahrhundert lang getrennt gehalten hat. Wenn nicht, wird das Silicon Valley diese Wiedervereinigung zu den Bedingungen des Kapitals vollziehen.

Doch um sie unter sozialistischem Vorzeichen anzugehen, muss man eine vergessene Kompetenz neu entwickeln. Erinnern wir uns an die Lücke im Marx'schen Geschichtsprozess: die Rückkehr der verausgabten Fähigkeiten zu ihren Urhebern, mit der sich eine Schleife der Aneignung vollzieht. Schleifen sind ein Spezialgebiet der Kybernetik, eines Vorläufers der KI.

Die Kybernetik ist leicht zu entpolitisieren: Ihre Rückkopplungsschleifen können eine Rakete oder ein Thermostat steuern. Die Gegenbewegung, also die Politisierung der Kybernetik, unternahm der brasilianische Philosoph Álvaro Vieira Pinto.⁴ Ebenso wie Oddone war er von Haus aus Arzt – allerdings mit einer Vorliebe für antike Philosophie, Existenzialismus und die Dependenztheorie. Und, was unter Linken selten ist: Er verfügte über fundierte Kenntnisse der Kybernetik.

Es ist also kein Zufall, dass der Pädagoge Paulo Freire ihn als seinen Mentor bezeichnete. Freire verdankt seine Prominenz zum Teil seiner Kritik am „Bankingmodell“ der Bildung, demzufolge Wissen in passive Schüler „eingezahlt“ wird. Sein Mentor Pinto konzentrierte sich auf den umgekehrten Prozess: wie das Wissen den Menschen entwendet und nie wieder zurückgegeben wird. Pinto wurde ins Exil getrieben; sein Werk „The Concept of Technology“ tauchte erst 2005 auf, lange nach seinem Tod.

Großdenker von Heidegger über Ellul bis Mumford neigten zu totalisierenden Definitionen von Technologie. Dagegen begriff Pinto Maschinen – wie Intelligenz und Arbeit – als soziale Erscheinung. Davon ausgehend untersuchte er die Politik des „retorno do efeito“, also der Rückwirkung oder – kybernetisch formuliert – der Rückkopplung.

Rückkopplung, so Pinto, vollzieht sich zwischen dem Produktionsoutput der Maschine und deren Hersteller, dem Menschen. Der entscheidet als „oberster Regulator aller Regulatoren“, ob die Maschine weiterbetrieben, modifiziert oder zerstört wird – und zu welchem Zweck. Wann immer sich innerhalb des Systems ein geschlossener Kreislauf bildet, sodass die Maschine Autonomie oder gar die Fähigkeit zur Selbstkorrektur erlangt, hat jemand insgeheim das letzte Schleifensegment gekappt, den obersten Regulator be-

seitigt. Das ist schon deshalb niemals harmlos, weil so der Nutzer der Maschine zum bloßen „Bediener“ fremder Absichten reduziert wird. Das hat oft zur Folge, dass die Arbeitskräfte die Technologie für Probleme verantwortlich machen, „obwohl sich der wahre Feind dahinter versteckt“.

Das Gegenmittel ist die Aneignung. Das gekappte Schleifensegment muss wieder angefügt, der Maschinenbediener wieder zum Regulator werden. Hinter jeder Rückkopplungsschleife taucht somit die ultimative Frage auf: In welche Richtung verläuft die Rückzahlung? Wer profitiert am Ende von den Früchten? Und wer hält nur den Rückkopplungskreis am Laufen, der anderen gehört?

Gute Prompts für alle

Zurück nach Lancashire. Loren Cole bekam recht, Parkingeye einen Dämpfer und die KI-Plattform die Daten eines weiteren Nutzers, der zu kämpfen gelernt hat. Doch während sich Coles Schadenersatz auf 462 Pfund beschränkte, stieg die Rendite von Parkingeye ständig an. Auch weil die nächsten Opfer des Unternehmen leer ausgingen.

Der kapitalistische Kreislauf ist nicht vollständig geschlossen, doch die einzige Lücke ist gut bewacht: durch den Filter des Wertes. Von hundert Coles kommt einer durch, die anderen 99 bleiben hängen. Und auch wer es schafft, bleibt nicht ungeschoren. Der erfolgreiche Einspruch des Normalbürgers Cole mittels KI wird in ein Geschäftsmodell überführt, das dem Wertgesetz unterliegt. In Brasilien gibt es eine App namens Anula Multa, die Bußgelder anfight. Dafür kassiert sie 30 Prozent der verhinderten Strafzahlung.

Während bei der kapitalistischen Dividende Werte zurückfließen, erfolgt die sozialistische Rückerstattung in der Währung neuer Fähigkeiten. Die verausgabten Energien kehren an ihren Ursprung zurück, vermittelt über Institutionen, die den Menschen neue Möglichkeiten eröffnen. So würden

Schulen, Gewerkschaften, Bibliotheken, Mietervereinigungen und Migrantenzentren zu Anlaufzentren der Zivilgesellschaft, wo KI-Leistungen erfasst, verallgemeinert, ausgewertet und allgemein nutzbar gemacht werden. So geht kein guter Prompt mehr verloren, und Workarounds zur Eindämmung der Bürokratie stehen allen zur Verfügung.

Das Ziel muss sein, zwei Wege abzukürzen. Zum einen den zwischen dem einzelnen Unrecht und der strukturellen Beseitigung seiner Ursachen; zum anderen den zwischen individueller Erfindung und ihrer gesellschaftlichen Aneignung. Für Letzteres braucht es Institutionen, die die Erfahrungen, die ihre Mitglieder in ihren Alltagskämpfen machen, erfassen und als erweiterte Fähigkeiten an die Gemeinschaft zurückgeben. Am Anfang musste ein Register stehen: eine Art kollektives Gedächtnis, in dem alle Lernerfahrungen gespeichert, ausgewertet und erweitert werden.

Eine solche Einlageninstitution für unbezahlte, erfinderische Tätigkeiten wäre das, was die Gewerkschaft für Lohnarbeit war. Das Geniale an der Gewerkschaftsidee lag ja nie darin, Missstände zu sammeln, sondern sie für die Zukunft abzustellen: Die nachfolgenden Arbeiter:innen „erben“ bessere Anstellungsverträge, anstatt den Kampf wieder neu beginnen zu müssen. So könnte auch ein Mieterverband funktionieren, der sein KI-Modell mit jeder erfolgreichen Klage seiner Mitglieder füttert. Dann kann die tausendste Mieterin auf 999 Siegen aufbauen.

Solche Prototypen zu entwerfen, ist natürlich einfacher, als zu verstehen, warum so wenige funktionieren. Oddones Broschüre fand von São Paulo bis Tokio reißenden Absatz, aber eine Revolution hat sie nicht ausgelöst. Den Rückkopplungskreis nach oben zu verlagern wie in Italien, half auch nicht weiter. Die Gesetzesnovelle von 1978 integrierte Oddones Instrumente zwar in die staatlichen Strukturen, doch daraufhin lief seine Bewegung auseinander. 1994 konnte Oddone nicht sagen, ob die Errungenschaften seiner Generation noch lebendig oder schon mumifiziert waren.

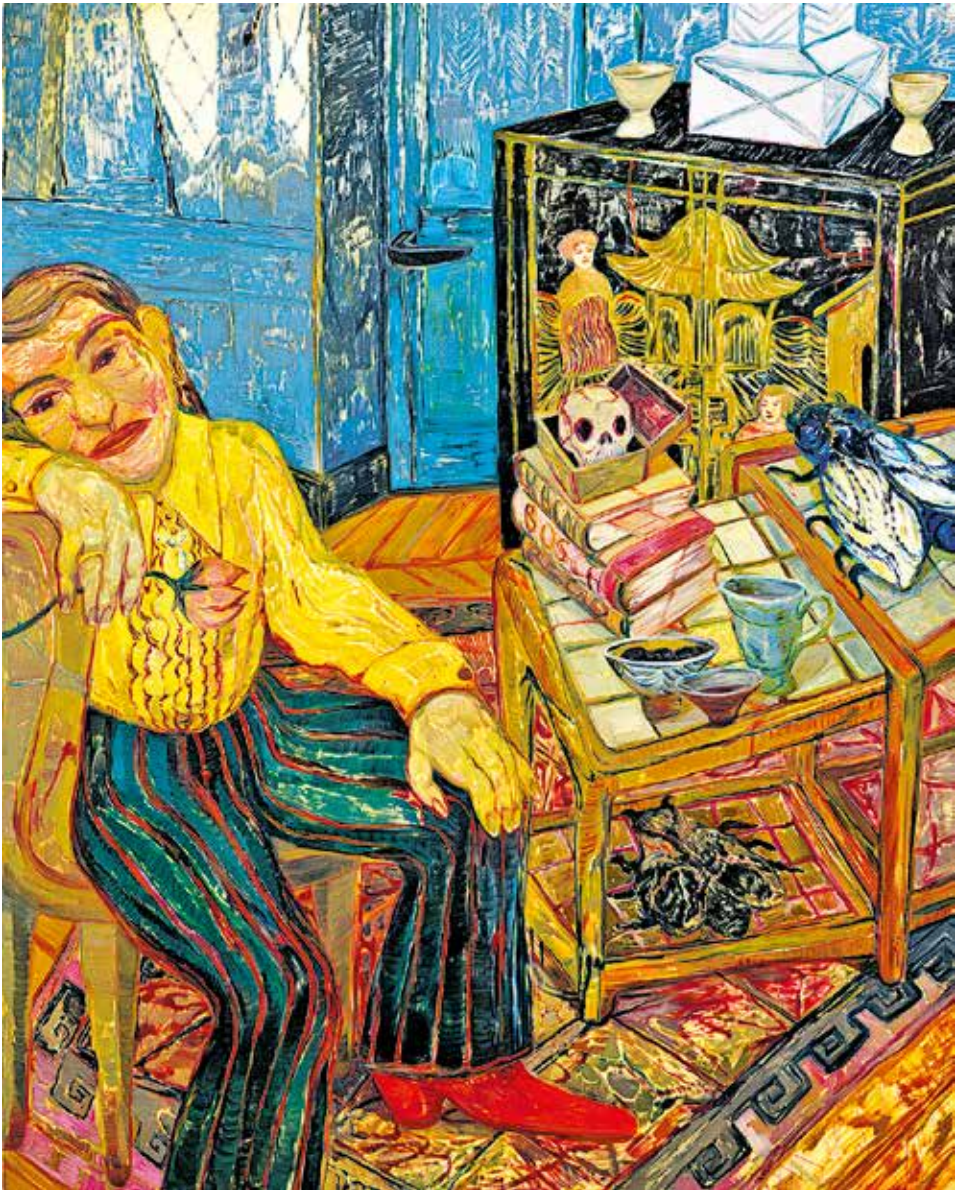
Doch in Frankreich machte sein Projekt Fortschritte. Oddone verbrachte seine letzten Jahrzehnte mit dem Aufbau eines Registers von Berufskrankheiten. Da ihm das von den Unternehmen verwehrt wurde, mussten die Ermittlungen jenseits der Fabrik-tore stattfinden.

In der Umgebung der Raffinerien von Fos-sur-Mer westlich von Marseille bauten Hausärzte aus zwei genossenschaftlichen Kliniken ein System auf, das Oddone von Turin aus beaufsichtigte: Jede Erkrankung, die sich ursächlich auf den Arbeitsplatz zurückführen ließ, floss in ein kumulatives Gedächtnis ein, das Erfahrungen sammelte, aufzeichnete und weitergab. Bald registrierten 9 Allgemeinmediziner 50 Prozent aller Meldungen von Berufskrankheiten in ihrem Gebiet – genauso viele wie die übrigen 135 Hausärzte sowie alle Betriebsärzte und Fachärzte zusammen. Ab 2007 war dieses kumulative Gedächtnis online zugänglich. Mit einem Klick konnte man eine Karte aufrufen, in der vermeidbare Erkrankungen mit roten Punkten markiert waren.⁵

Doch das Projekt ist eingeschlafen. Oddones Geldgeber zog den Stecker, wobei er sogar zugab, dass seine Entscheidung paradox war. Denn im Grunde teilte er Oddone mit: Wir beauftragen Sie mit etwas, das die Institutionen ablehnen, und bestrafen Sie dann dafür, dass Sie deren Versagen aufdecken.

Im Übrigen wurde die Karte auch von den Gewerkschaften, Versicherungen und Opferverbänden, für die das Material gedacht war, nicht genutzt. Letzten Endes wurde das Register also nicht die fehlende Verbindung; denn die Empfängerinstitutionen, die das Feedback hätten aufnehmen und entsprechend handeln sollen, nehmen ihre Aufgabe nicht wahr.

Das Beispiel zeigt, woran es entscheidend fehlt. In Turin gaben die Arbeiter ihre Tricks unter vier Augen weiter. Die Karte von Marseille erfasste nur ein einziges Industriegebiet. Wer nicht dabei war, bekam nichts ab. Genau das ist es aber, was sich durch die KI ändert. Der Nutzen, der zuvor nur einer Person zukam, kann heute sofort



Rusudan Khizanishvili, Chinoiserie Cabinet, 2026, Öl auf Leinwand, 150 × 120cm

allen anderen Menschen in ähnlicher Lage zuteilwerden. Das ist Aneignung in Pintos Sinne mit einem Upgrade von handwerklichen zu planetarischen Dimensionen.

Eine KI, die an die Basis zurückkehren würde, könnte auch – erst nur schlecht, nach und nach vielleicht besser – die von Andersson beschriebene Rivalität zwischen Bibliothek und Workshop aufheben. Die Trennwand hat das Silicon Valley schon beseitigt. Die Frage ist nur, wer die Fusion beider Sphären steuert. Und damit kommt erneut das Dilemma des „dritten Wegs“ in den Blick.

Die aktuellen Vorschläge von links gehen in Richtung KI-Dividenden und KI-Staatsfonds. Aber das läuft lediglich wieder auf die Vergesellschaftung von Kapital hinaus, was die Maschine problemlos schlucken wird. Unternehmen waren schon immer gern bereit, Anteile zu versilbern. Neu wäre der Versuch, die Devise des „dritten Wegs“ umzukehren: das Gesellschaftliche zu „entkapitalisieren“. Das würde heißen, Workarounds, erfolgreiche Beschwerdebriefe und hart erkämpfte Fertigkeiten der Verfügung durch die Unternehmen zu entziehen und als Fähigkeiten an die Gesellschaft zurückzugeben. Das bedeutet: Niemand darf sie besitzen, alle können sie nutzen.

Diese Aufgabe wird uns niemand abnehmen. Das Geschäft der Einlagen, die die eine Hälfte des Rückkopplungskreises ausmachen, läuft bereits auf globaler Ebene. Die zweite Hälfte des Kreises, die Regelung der Rückzahlung, also der Rendite dieser Einlagen, wurde nie geschaffen. Und weder SoftBank noch der Staatsfonds von Katar, noch Sam Altman und andere aktuellen Big Player sind daran interessiert.

Aber es bedarf auch nicht ihrer Erlaubnis. Wenn es darum geht, das Gesellschaftliche zu entkapitalisieren, muss der Turiner Leitspruch gelten: „Non delega“ – delegiere nichts, schon gar nicht das Urteil über das eigene Leiden.

Einlageninstitute jeglicher Art, als offenes oder geschlossenes Modell, kann man jederzeit gründen, gleich morgen. Über die nötigen Rohdaten verfügen bereits jeder Mieterverein und jedes Zentrum für Migrant:innen, die ein Archiv angelegt und die nötige Wut angesammelt haben.

Bislang ist das Datenzeitalter noch Eigentum seiner Begründer. Doch gibt es den nächsten Loren Cole, der es sich aneignen könnte.

¹ Vgl. Andrey Maidansky und Vesa Oittinen (Hg.), „The Practical Essence of Man: The „Activity Approach“ in Late Soviet Philosophy“, Leiden (Brill) 2016; Ernst Schraube und Ute Osterkamp (Hg.), „Psychology from the Standpoint of the Subject: Selected Writings of Klaus Holzkamp“, Basingstoke (Palgrave Macmillan) 2013; Pedro Buarque und Maria Inez Carvalho, „The Self-saying of a People: word, praxis and performativity in Paulo Freire“, *Educação & Realidade*, Nr. 49, August 2024.
² Jenny Andersson, „The Library and the Workshop: Social Democracy and Capitalism in the Knowledge Age“, Redwood City (Stanford University Press) 2009.
³ Ivar Oddone, Alessandra Re und Gianni Briante, „Esperienza operaia, coscienza di classe e psicologia del lavoro“, Turin (Einaudi) 1977; Maria Luisa Righi, „Le lotte per l'ambiente di lavoro dal dopoguerra ad oggi“, *Studi Storici*, Rom, Bd. 33, Nr. 2–3, 1992; Elena Davigo, „Il movimento italiano per la tutela della salute negli ambienti di lavoro (1961–1978)“, (Dissertation), Università degli Studi di Firenze/Siena, 2017.
⁴ Álvaro Vieira Pinto, „O Conceito de Tecnologia“, zwei Bände, Rio de Janeiro (Contraponto) 2005. Auf Englisch siehe Rafael Grohmann, „Humanist and Materialist Perspectives on Communication: The Work of Álvaro Vieira Pinto“, *TripleC: Communication, Capitalism & Critique*, Bd. 14, Nr. 2, 2016; sowie Adriano Euripedes Medeiros Martins und Breno Augusto da Costa, „Álvaro Vieira Pinto on the Concept of Technology: An Introductory Discussion“, *O Que Nos Faz Pensar*, 2020.
⁵ Siehe Marc Andéol, „Le „cadastre du risque avéré“, *Rives méditerranéennes*, Aix-en-Provence, Nr. 61, 2020.

Aus dem Englischen von Markus Greiß

Evgeny Morozov ist Direktor von The Syllabus, einer Plattform zur Auswahl und Aufwertung von Wissen. Sein neuestes Buch „Les Santiago Boys“ (Divergences, Quimperlé, 2024) basiert auf dem Podcast „The Santiago Boys“.

Crystal Meth in Mitteleuropa

Eine Reise von Tschechien nach Deutschland, von Produzenten zu Konsumenten

von Prune Antoine

Es ist fünf Uhr morgens, als im Gewerbegebiet am Stadtrand von Ostrava im Dunkeln die Blaulichter flackern. Bewaffnete Drogenfahnder brechen eine Metalltür auf, hinter der sich Fässer mit chemischen Ausgangsstoffen bis an die Decke stapeln, Destillationsapparaturen auf den Tischen stehen und sich der stechende Geruch von kochendem Ephedrin ausbreitet. Wieder einmal wird in Tschechien ein Geheimlabor ausgehoben.

Die Polizeiaktion ist Teil des Dauerfeldzugs gegen Tschechiens „nationale Droge“, die hier nicht Crystal Meth, sondern Pervitin genannt wird. So hieß das Aufputzmittel, das im Zweiten Weltkrieg massenhaft an die Wehrmacht ausgegeben wurde. 80 Jahre später ist die Droge in den industriellen Randzonen Zentraleuropas nach wie vor stark verbreitet. Man spricht auch vom „Kokain für Arme“. Ein Gramm Kokain kostet in der Region um die 150 Euro, ein Gramm Methamphetamine 30 Euro.

Von böhmischen Schulhöfen bis zum Prager Hauptbahnhof ist Pervitin allgegenwärtig. In Světlá nad Sázavou steht mitten in einer Ferienkolonie aus kommunistischer Zeit das größte Frauengefängnis Tschechiens. Von den 950 Inhaftierten wurden 60 Prozent wegen Drogendelikten verurteilt. Mehr als die Hälfte hat Suchterfahrung mit Methamphetamine.

Die 33-jährige Gabriela¹ trägt einen grauen Trainingsanzug, die übliche Anstaltskleidung. Mit 16 nahm sie zum ersten Mal Meth, auf dem Pausenhof. Wenig später schmiss sie die Schule, wurde von ihrem Dealer schwanger und fand einen Job als Altenpflegerin in einem Seniorenheim. Wenn ihre beiden Töchter an den Wochenenden bei den Großeltern waren, setzte sie sich die Spritze.

„Als würdest du mit einem Schalter das Licht ausknipsen“, sagt Gabriela über die Wirkung der Droge, die alle Probleme verschwinden lässt: die prekären Lebensverhältnisse, die Angst, die Zeit. Anders als in den USA, wo Crystal geraucht oder durch die Nase gezogen wird, spritzen sich in Tschechien nach wie vor neun von zehn Hochrisikokonsumenten die Droge.²

Als Gabriela keine Venen mehr und auch kein Geld mehr hatte, machte ihr jemand das Angebot, Meth auf kommerzieller Basis „zu kochen“, also synthetisch herzustellen. „Das Rezept kennt hier jeder“, sagt sie. Im Altenheim verdiente sie 25 000 Kronen (rund 1000 Euro) im Monat. Man bot ihr nun das Zehnfache.

In einem verlassenen Haus in den Karpaten nahe der Grenze zu Polen kochte sie die Droge anfangs „auf Bestellung“. Schon bald wurden die Bestellmengen größer und die „Kochzyklen“ länger: Aus den Arbeitsstunden in dem einsamen Waldgebiet wurden Tage. Ihr wurde klar, wie groß das Netzwerk war, sie hörte Englisch und manchmal Spanisch. Am Ende manage sie die Belieferung von 50 Meth-Laboren, die über den Norden des Landes verteilt waren. Dann wurde sie verhaftet. „Das Gefängnis war die einzige Entzugsmöglichkeit.“

Crystal Meth, Amphetamine und andere synthetische Stimulanzien wie Cathinone sind heute die Drogen, die sich in Europa am rasantesten ausbreiten. Von 2021 bis 2023 stieg die Menge der beschlagnahmten synthetischen Cathinone von 4,5 auf 37 Tonnen – also um das Achtfache in zwei Jahren.³

Wach bleiben für die Schichtarbeit

In einer unauffälligen Villa im Prager Botschaftsviertel residiert Jakub Frydrych, Leiter der tschechischen Zentralstelle für Drogenbekämpfung. Er berichtet von einem tiefgreifenden Wandel in der Szene. Vor 1990 verhinderte der Eiserne Vorhang, dass Cannabis oder Kokain in den Ostblock vordrangen. Drogen waren tabu, ihr Konsum wurde drakonisch bestraft. Bis zum Fall der Berliner Mauer wurden in Tschechien wie auch in Polen und Ungarn Pervitin oder „Brown“, das lokale Heroinäquivalent, in den eigenen vier Wänden produziert und konsumiert.

Dabei sei es noch eine geraume Zeit geblieben, erzählt Frydrych: „In den 1990ern blieb die synthetische Herstellung kleinteilig und lokal; der tschechische Crystalmarkt war autark.“ Heute kämpften seine 240 Mitarbeiter:innen gegen „kriminelle Netzwerke aus dem Ausland, die unter Einsatz neuer Technologien – verschlüsselter Kommunikation, Darknet, Bezahlung in Kryptowährungen – groß in die Produktion einsteigen“.

Seit der Coronapandemie hat die Produktion industrielle Ausmaße angenommen. Schon 2017 wurden innerhalb der Europäischen Union die weitaus meisten Meth-Labore in Tschechien ausgehoben. Das Vordringen krimineller Strukturen aus dem Ausland wurde auch durch den Krieg in der Ukraine begünstigt, als ukrainische Produzenten dazu übergingen, ihre synthetischen Cathinone im Westen loszuschlagen. Manche ließen sich direkt in Tschechien oder der Slowakei nieder,

von wo aus sie ihre Ware über Telegram und das Darknet vertrieben.⁴

2023 befanden sich von den 250 in der EU ausgehobenen Laboren immer noch 189 in Tschechien. Die kleinen und oftmals mobilen Hauslabore werden nach und nach von sogenannten Kombilabs abgelöst, die sich auf die Massenproduktion von Amphetaminen, Metamphetaminen und Cathinonen spezialisiert haben.

Fast jede dritte Person, die eine Behandlung in einer der 250 bis 300 Suchthilfeeinrichtungen beginnt, die in Krankenhäusern, ambulanten Praxen oder Spezialzentren integriert sind, nennt Methamphetamin als Hauptdroge. Die Zahl der Hochrisikokonsumenten, die Crystal nehmen, wird auf 38 200 geschätzt – bei einer Gesamtbevölkerung von 10 Millionen Menschen.⁵

Die Verfügbarkeit synthetischer Stimulanzien, die zudem immer reiner, stärker und billiger werden, hat nie da gewesenes Niveau erreicht. Bei Raves in der Chemsexszene gelangen die Substanzen an eine immer jüngere Kundschaft. Zugleich wächst die Zahl der Menschen, die entweder unter einer erhöhten Arbeitsbelastung oder in prekären sozialen Verhältnisse mehr Drogen konsumieren.

Überall in Mladá Boleslav hört man um zwölf Uhr mittags die Sirenen, die den Schichtwechsel bei Škoda ankündigen. Auf dem 2,2 Quadratkilometer großen Werksgelände des tschechischen Vorzeigunternehmens laufen jede Woche tausende Autos und Autobatterien vom Band. Direkt gegenüber den modernen, nagelneuen Werkshallen liegen die heruntergekommenen Wohnsiedlungen der Belegschaft. In einem der Reihenhäuser mit bröckelnder Fassade befindet sich das Adicentrum, eine lokale NGO für Suchtprävention.

Hier gibt Tereza Müllerová nicht nur kostenlos Spritzen, Meth-Pfeifen und steriles Material aus; sie berät auch und hat stets ein offenes Ohr; auf ihre Diskretion sei Verlass, sagt sie. Allerdings dürfen Tereza und ihre Kolleg:innen keine Infoblätter an den Werkstoren verteilen. „Das schadet dem Image der Stadt“, erklärt sie. Dabei arbeitet beziehungsweise arbeitete ein erheblicher Teil der 300 Kunden des Adicentrums für die Autoindustrie.

Einer von ihnen ist der 34-jährige Tomáš. Drei Jahre lang stand er im Dreischichtbetrieb am Fließband. Immer die gleichen Bewegungen, in Minuten getaktet. Er spritzte sich regelmäßig Methamphetamine auf der Werkstoilette. „Laut Betriebsordnung war das natürlich verboten“, sagt Tomáš, „aber ich war nicht der Einzige. Man kannte sich untereinander, wir nahmen unsere Pausen zur gleichen Zeit. Die Schicht ging dadurch rascher vorbei, ich fühlte mich schneller und effizienter.“ Die aktuelle Produktivität wird in den Werkshallen, die wie Kirchenschiffe einer Kathedrale anmuten, auf Bildschirmen in Echtzeit angezeigt.

In Mladá Boleslav und anderen Industriestädten in Böhmen ist Pervitin inzwischen die chemische Antwort auf eine wirtschaftliche Frage: Wie soll man weiterarbeiten und weiterleben in Regionen, in denen von den Verheißungen des postsozialistischen Wandels nur körperliche und geistige Erschöpfung geblieben sind? Methamphetamin als Betäubungsmittel in ei-

nem Kapitalismus, der keine Luft zum Atmen lässt: immer intensiver, immer schneller, durchhalten um jeden Preis.

Im Unterschied zu dem aus Lateinamerika importierten Kokain gedeihen die synthetischen Stimulanzien „made in Europe“ auf der Schattenseite des EU-Binnenmarkts. Nachdem Mitteleuropa sich für offene Märkte und Grenzen starkgemacht habe, sei es „zur Drehscheibe der Herstellung und des Handels“ geworden, erklärt Jean-Philippe Lecouffe, stellvertretender Exekutivdirektor von Europol.⁶

Laut Lecouffe reduziert die Laborproduktion die logistischen Risiken für die Drogenhändler und macht sie unabhängig von landwirtschaftlichen oder klimatischen Gegebenheiten, die den Opiumanbau in Afghanistan und den Kokaanbau in Kolumbien bedingen. Dass die EU-Instanzen die Bedrohung durch synthetische Drogen ernst nehmen, zeigt die Operation „Fabrika“ vom Januar 2026: Innerhalb von knapp drei Wochen wurden 85 Personen festgenommen, 24 industriemäßige Labore in Polen ausgehoben, 1000 Tonnen chemische Ausgangssubstanzen und mehr als 120 000 Liter giftige Abfälle beschlagnahmt.⁷

Bei den Ermittlungen stellte sich heraus, dass die illegale Chemieindustrie eine groß angelegte und ausgeklügelte Logistik voraussetzt, deren Ausbau durch eine strukturelle Schwachstelle begünstigt wird: Die Substanzen für die Fabrikation synthetischer Drogen sind erstens überall zu haben und zweitens nicht zu kontrollieren. Die Fachleute sprechen von „dualer Nutzung“ (*dual use*) der chemischen Komponenten: Ephedrin und Pseudoephedrin sind als Wirkstoffe in Arzneimitteln enthalten und in der Apotheke erhältlich; Aceton und Toluol werden in der Kunststoff-, Kosmetik- und Agrarindustrie als gängige Lösungsmittel verwendet. All diese Substanzen sind legal und werden im Schengenraum frei gehandelt.

Alarmierende Abwasserwerte in Erfurt

Lange galten Drogenherstellung und -handel als Bedrohung von außen: Kokain aus Lateinamerika, Heroin aus Afghanistan. Doch inzwischen sei auch in den USA Kokain durch Fentanyl von Platz eins verdrängt worden, berichtet Jean-Philippe Lecouffe. Deshalb gebe es in Europa mehr Kokain, das zudem immer billiger werde: „Doch das Kokain lenkt vom Hauptproblem ab. Zum ersten Mal müssen wir vor einer Gefahr warnen, die wohl innerhalb unserer eigenen Grenzen angesiedelt ist.“

In 30 Jahren Binnenmarkt ist für die Drogenhändler eine ideale Infrastruktur entstanden: Sobald die Behörden ein Molekül verbieten, finden die Netzwerke ein Derivat oder importieren Zwischenprodukte aus China oder Indien. Ein vollständiges Verbot dieser Substanzen würde zugleich Europas industrielle Wirtschaft treffen.

Die synthetischen Drogen sind also nicht nur für die Strafverfolger ein Problem, sondern auch für die Wirtschaft. Kokain ist eine Begleiterscheinung der Globalisierung, Meth das Schattengewächs des integrierten Europas. Das europäische Gegenstück zur Opioidkrise in den USA⁸ ist eine epidemische Ausbreitung der Stimulanzien. Doch

Im Zweiten Weltkrieg setzte die deutsche Wehrmacht das Aufputzmittel Pervitin ein, damit Soldaten tagelang marschieren und kämpfen konnten
JOSE GIRIBAS picture-alliance/SZ Photo



ANZEIGE

Unterstützen Sie ...

Ruhe schenken. Widerstand stärken

Mit dem Auszeitstipendium „Rest & Resilience“ ermöglicht die taz panterstiftung bedrohten unabhängigen Journalist:innen aus Krisen- und Kriegsregionen eine Zeit der Sicherheit und neuen Kraft.

Sechs Monate Auszeit und Weiterbildung in Berlin.

... mit einer Spende

taz.de/spenden
GLS-Bank Bochum / BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

taz panterstiftung

Dann wurden im Zuge der EU-Erweiterung eine Autobahn gebaut und gemeinsame tschechisch-deutsche Zollkontrollen eingeführt. Alles änderte sich – nur nicht die Meth-Routen.

40 Kilometer nördlich der Grenze liegt die sächsische Stadt Plauen. Sie gilt als Entstehungsort der Hitlerjugend und ist heute die Hochburg der Neonazipartei Der Dritte Weg. Mehr als die Hälfte der 18- bis 21-Jährigen, die in Plauen das Berufliche Trainingszentrum (BTZ) besuchen, eine „Spezialeinrichtung zur beruflichen Rehabilitation von jungen und erwachsenen Menschen mit psychischer Beeinträchtigung“, sind von Psychostimulanzien abhängig. Zwischen 2006 und 2018 hat sich der Konsum von Crystal Meth in Thüringen, Bayern und Sachsen vervinfacht.

Der 47-jährige Christof erzählt, wie der grenzüberschreitende Drogenhandel nach der Wiedervereinigung angefangen hat. Er habe Meth auf den Technoraves in den 1990er Jahren entdeckt, sei abhängig geworden, dann habe ihn seine Frau verlassen. Irgendwann sei er auf der Straße gelandet – bis ihn „jemand Wichtiges“ aufgegabelt und zum Zwischenhändler gemacht habe.

„Wir fuhren zu dritt oder viert im Auto los“, erzählt Christof. „Wir holten die Ware auf der tschechischen Seite ab und marschierten zu Fuß durch den Wald.“ Die Rucksäcke seien manchmal Dutzende Kilo schwer gewesen. „Die Polizei war natürlich im Bilde. Aber lange wollte niemand die Dimension des Geschäfts wirklich wahrhaben.“

Zehn Jahre lang verkaufte Christof die Droge in Plauen und anderswo. Die Kunden seien zu ihm gekommen, ihre Bestellungen über Codes mit speziellen Emojis erfolgt: eine Schneeflocke für Kokain, zwei Flocken für zwei Gramm. Den Stoff habe er nie in den eigenen vier Wänden aufbewahrt, sondern in Verstecken im Freien. Seine Miete sei „von oben“ bezahlt worden, der Kühlschrank stets gefüllt gewesen, er habe Kleidung, Bargeld nach Bedarf und vor allem „Schutz“ gehabt.

2020 habe Christof sich erwischen lassen, um auszusteigen, danach zwei Jahre im Knast gesessen. Heute bezeichnet er sich als „clean“. Die Akteure der Drogenszene sind inzwischen andere. Lange habe er mit Deutschen oder Tschechen zusammengearbeitet; jetzt aber sollen ausländische Netzwerke – „häufig Russen“ – das Geschäft übernommen haben, die laut Christof mit rechtsextremen Gruppierungen wie den Hells Angels verbandelt sind.

Die Zollbeamten bezeichneten die gesamte polnisch-deutsch-tschechische



Ein Drogenlabor im tschechischen Kyjov (Bezirk Hodonín) wird ausgehoben, Juni 2021 VÁCLAV ŠÁLEK picture-alliance/dpa/ctk

Grenzregion als „goldenes Dreieck“ des Methamphetamins, das die globalisierten Netzwerke längst für sich entdeckt hätten, berichtet Michal Zarsky, Koordinator der tschechischen Oberzollinspektion: „In den 2010er Jahren fingen die südamerikanischen Kartelle an, ihre Expertise weiterzugeben und sich mit europäischen Zwischenhändlern zusammenzutun, die häufig aus den Balkanländern stammten.“

Laut Zarsky zeigte sich bei den jüngsten Razzien auf tschechischem Staatsgebiet, dass „50 Prozent des Crystal aus Tschechien und 50 Prozent aus Mexiko stammen, wobei der Import häufig über die Niederlande und Belgien läuft“.

Diese Internationalisierung ist eine neuere Entwicklung. Im September 2025 wurde in Polen ein mexikanischer Drogenkoch verhaftet, der den lokalen Produzenten das mexikanische Herstellungsverfahren beibringen wollte.¹⁰ In einem gemeinsamen Bericht von Europol und der Drug Enforcement Administration (DEA) heißt es, die Konfiszierung von Meth, das mexikanische Straftäter produzieren, sei inzwischen ein „auffälliges Merkmal der europäischen Drogenlandschaft“.¹¹

Die Tram gleitet fast geräuschlos durch das mittelalterliche Stadtbild von Erfurt. Die thüringische Landeshauptstadt zählt nach einer Abwasseranalyse zu den „europäischen Meth-Hauptstädten“, als erste in Deutschland. Im Krankenhaus St. Johann Nepomuk werden die Patientinnen und Patienten, die der Psychiater und Suchtmediziner Dr. Alexander Refisch betreut, immer jünger, sie sind zwischen 20 und 30 Jahre alt. Der Arzt verweist auf eine Ironie der Geschichte: Metamphetamine kamen in den 1930er Jahren – unter der Bezeichnung Panzerschokolade – als Arzneimittel gegen Hunger, Kälte

und Erschöpfung auf den Markt. „Synthetische Drogen arbeiten perfekt“, erklärt Refisch. „Sie übernehmen sofort die Kontrolle über das Nervensystem: Nach nur ein bisschen Crystal schüttet der Körper tausendmal mehr Dopamin aus als nach einem Glas Alkohol.“

Dieser Kick ist der Grund, warum Meth so viel schneller abhängig macht als Schnaps oder Cannabis. Schon nach kurzer Zeit reicht die Dosis nicht mehr aus. Es kommt zu massiven Entzugerscheinungen (Cravings): unkontrolliertem Zähneknirschen, kaputten Zähnen, dissoziativen Episoden. „Fast alle entwickeln früher oder später Psychosen oder wahnhafte Störungen, sodass eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit entsteht.“

Anleitung für Drogenkuriere auf Facebook

Auch die Drogenbehörde der EU bewertet in ihrem Bericht für 2024 die chemischen Stimulanzien als „ernstes Gesundheitsrisiko“, weil sie so schnell abhängig machen und gravierende psychische Schäden verursachen. Bei den Therapien, die Alexander Refisch anbietet und die bis zu vier Monate dauern, werden die Patient:innen komplett von ihrem Umfeld und von allen auslösenden Faktoren isoliert: „Das Rückfallrisiko beträgt 95 Prozent.“

An der Jenaer Uniklinik wurde 2020 das Programm „clean4Us“ begonnen, das speziell auf metamphetaminabhängige Schwangere zugeschnitten ist. Der Gynäkologe Prof. Dr. Ekkehard Schleußner leitet die Entbindungsstation und hat ein Pilotprojekt in Dresden durchgesetzt. Er spricht von einer „Suchtepidemie, die sich quer durch alle Gesellschaftsschichten zieht“. Rund 50 Patientinnen pro Jahr kommen in seine Sprechstunde, darunter Studen-

tinnen, Anwältinnen, Hausfrauen und Mütter.

„Meth ist auch eine zeittypische Droge, die den Leistungsdruck auszuhalten hilft“, erklärt Schleußner. Während LSD in den 1960er und 1970er Jahren für die Verheißung gestanden habe, in eine andere Welt entfliehen zu können, sei Metamphetamin die Antwort auf das genaue Gegenteil: den Zwang, sich an die Dysfunktionalitäten der realen Welt anzupassen: „Die Frauen, die zu uns kommen, versuchen mittels Alkohol, Medikamenten oder digitalen Medien ihre Traumata zu vergessen oder zu verdrängen.“

Zwischen der Kinderkrebstation und der Entbindungsstation wartet die 32-jährige Nicole vor einem Sprechzimmer auf ihren Termin. Sie weiß noch genau, an welchem Tag sie ausgestiegen ist: am 22. Dezember 2025, kurz vor Weihnachten. Sie war im siebten Monat schwanger. Das Ultraschallbild zeigte eine Fehlbildung im Gehirn ihrer Tochter. Sie zog sofort einen Schlussstrich und fuhr von ihrer sächsischen Kleinstadt zum Bahnhof Jena Paradies.

Kindheit in einer Pflegefamilie, die Jugend durch Meth verpfuscht, das sie durch die Nase zog, rauchte oder sich spritzte; das nötige Geld beschaffte sie sich erst mit Diebstählen, dann mit Prostitution. Dann wurde sie „Muli“, Drogenkurierein.

Die Anleitung zum Einstieg fand Nicole auf Facebook. Dann setzte sie sich in den Zug. Nach einer zweistündigen Fahrt durch Rapsfelder und eine Hügelandschaft mit vielen Schlössern kam sie in Cheb an, wo sie mit ihrer Kontaktperson verabredet war. Treffpunkt war eine Toilette. Sie übernahm einige Dutzend Gramm Stoff, die sie, in verschiedenen Körperöffnungen versteckt, über die Grenze nach Deutschland schmuggelte.

Im Januar 2026 wurde ihre Tochter Sofia geboren. Die Fehlbildung stellte sich als harmlose Zyste heraus; das Kind war kerngesund. Wenige Stunden nach der Entbindung wurde Sofia in einer Pflegefamilie untergebracht. Das Jugendamt, mit dem das Krankenhaus zusammenarbeitet, hält Nicole noch nicht für stabil genug.

Keine Arbeit, keine Wohnung: Zurzeit sehe sie ihre Tochter nur eine Stunde pro Woche, in der sie ihr gerade mal ein Fläschchen geben könne. Dann gehe sie wieder. „Mir bleibt keine Wahl. Ich muss für sie durchhalten.“

¹ Die Vornamen wurden geändert.
² Report on Illicit Drugs in the Czech Republic (auf Tschechisch), 2023, drogy-info.cz.
³ „Synthetische Stimulanzien – die aktuelle Situation in Europa (Europäischer Drogenbericht 2025)“, European Union Drugs Agency (Euda), 5. Juni 2025, Link auf <http://www.euda.europa.eu/>.
⁴ „Drugs on the front line. The war in Ukraine is fueling drug use among soldiers, particularly of synthetic substances“, Global Initiative Against Organized Crime (GI-TOC), 22. Januar 2024.
⁵ „Synthetische Stimulanzien – die aktuelle Situation in Europa (Europäischer Drogenbericht 2026)“, Euda, 9. Juni 2026.
⁶ „EU Serious and Organised Crime Threat Assessment (EU-SOCTA)“, Europol, 2025.
⁷ „24 industrial-scale labs dismantled in the largest-ever operation against synthetic drugs“, Europol, 21. Januar 2026.
⁸ Siehe Maxime Robin, „Wenn der Arzt zum Dealer wird“, LMD, Februar 2018.
⁹ „Wastewater analysis and drugs – a European multi-city study“, Euda, 18. März 2026.
¹⁰ Siehe Szymon Opryszek, „Mexican Cartels Are Already Operating in Poland and Central Europe“, Balkan Insight, 29. April 2026.
¹¹ „Complexities and conveniences of the international drug trade: the involvement of Mexican criminal actors in the EU drug market“, Europol, 14. Dezember 2022.

Aus dem Französischen von Andreas Bredenfeld

Prune Antoine ist Journalistin und Schriftstellerin. Siehe „Eine Frau in Deutschland. Der Fall der Christiane K.“, Berlin (Hanser Berlin) 2025.

ANZEIGE



Der neue Atlas der Globalisierung mit über 250 Karten und Grafiken



Jetzt bestellen



26 Euro

160 Seiten | franz. Broschur

shop@taz.de | T. (030) 25 90 21 38

Die Zeit scheint stillzustehen in Lehnitz, keine Stunde mit der S-Bahn von Berlin entfernt. Inmitten eines Waldes führen Kopfsteinpflasterstraßen zu von Birken umgebenen Villen.

Am Anfang der Ernst-Thälmann-Straße erinnert eine Stele an die Opfer des Nationalsozialismus. Die Straße ist nach dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) benannt, der am 18. August 1944 im Konzentrationslager Buchenwald ermordet wurde. An der Kreuzung Friedrich-Wolf-/Magnus-Hirschfeld-Straße steht ein Gedenkstein für das Ehepaar Julius und Ethel Rosenberg. Die beiden wurden nach einem umstrittenen Schauprozess wegen Rüstungsspionage für die Sowjetunion am 19. Juni 1953 in den USA hingerichtet.

In Lehnitz wie andernorts in der früheren DDR hat man sich nicht an den vielen Straßenumbenennungen nach der Wende beteiligt. Auch das frühere Wohnhaus von Friedrich Wolf (1888–1953) und heutige Museum für den Arzt und Schriftsteller ist in seiner Originaleinrichtung in der denkmalgeschützten Waldsiedlung am Alten Kiefernweg 5 nahezu vollständig erhalten geblieben. Die Magnus-Hirschfeld-Straße wiederum führt zum einstigen Jüdischen Genesungsheim, das am 9. November 1938 von Nationalsozialisten verwüstet wurde – wie zahllose Geschäfte, Synagogen und Institutionen in jener deutschen Pogromnacht.

Als die Rote Armee 1945 Lehnitz erreichte, hatten viele Bewohner:innen das Dorf bereits verlassen. Auch die Häuser in der Waldsiedlung, die Gefangene des nahe gelegenen KZs Sachsenhausen für Offiziere der Luftwaffe hatten bauen müssen, standen leer. Nachdem Friedrich Wolf aus dem sowjetischen Exil zurückgekehrt war, zog er 1948 in die Waldsiedlung, die die Sowjetische Militäradministration konfisziert und danach der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) übergeben hatte. Dort lebte er bis zu seinem Tod.

Zwei seiner später ebenfalls berühmt gewordenen Söhne waren kurz vor ihm aus Moskau nach Deutschland zurückgekehrt – Markus („Mischa“) als Kriegsreporter und Konrad als Soldat der Roten Armee. Konrad Wolf (1925–1982) wurde Regisseur („Solo Sunny“) und war ab 1965 bis zu seinem Tod Präsident der Akademie der Künste der DDR; Markus Wolf (1923–2006) leitete mehr als 30 Jahre lang den Auslandsgeheimdienst der DDR.

Magnus Hirschfeld (1868–1935), der Pionier der Sexualforschung und wie Friedrich Wolf jüdischer Herkunft, hatte Deutschland schon 1930 verlassen, weil er sein Leben bedroht sah. Er starb 1935 im Exil in Nizza. Es ist nicht überliefert, wer schon kurz nach dem Krieg dafür gesorgt hat, dass in Lehnitz eine Straße nach ihm benannt wurde. Denkbar ist, dass es Friedrich Wolf war, der unter anderem als Gutachter für Hirschfelds Institut für Sexualwissenschaft tätig gewesen war. Beide Ärzte hatten sich jahrelang, wenn auch auf unterschiedliche Weise und stets solidarisch miteinander, für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung eingesetzt.

Hirschfeld kämpfte als Wissenschaftler für die Entkriminalisierung von Homosexualität und die Streichung des Paragraphen 175 aus dem Strafgesetzbuch. Friedrich Wolf engagierte sich als Schriftsteller und Arzt für die Aufhebung des Paragraphen 218, der Schwangerschaftsabbrüche verbietet. Beide Paragraphen waren 1871 nach der deutschen Reichsgründung ins neue Strafgesetzbuch aufgenommen worden.

Die staatlich gelenkte Körperpolitik wurde nicht in Deutschland erfunden, doch hier formierte sich der erste Widerstand dagegen. Ein prominenter Unterstützer Wolfs und Hirschfelds war etwa der Sozialdemokrat August Bebel (1840–1913). Der Vorreiter im Kampf gegen den Antisemitismus und Verfasser der berühmten Streitschrift für die Frauenemanzipation „Die Frau und der Sozialismus“ (1879) unterzeichnete sämtliche Petitionen der beiden Ärzte für die Aufhebung der Paragraphen 175 und 218.

Im Juli 1919 eröffneten Magnus Hirschfeld und seine Mitarbeiter:innen in einem Berliner Palais das weltweit erste Institut für Sexualwissenschaft. Vorläufer war das Wissenschaftlich-humanitäre Komitee (WhK), das 1897 in Hirschfelds Charlottenburger Wohnung gegründet worden war. Von der offiziellen Eröffnungsfeier nahm die Presse kaum Notiz, und weil das Institut mitsamt seinem Archiv bereits im Mai 1933 von den Nazis zerstört wurde, ist über den Ablauf der Eröffnung fast nichts bekannt. Man weiß lediglich, dass die Feier mit einem Vortrag von Leo Gollanin begann, dem späteren Kantor der reformorientierten Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße.

Eine der ersten Reichstagspetitionen des WhK wurde 1904 von 750 Gymnasialdirektoren und 2800 Ärzten unterzeichnet. Im selben Jahr veröf-

fentlichte Hirschfeld seine Studie „Berlins Drittes Geschlecht“, wobei er, um sich nicht angreifbar zu machen, betonte, dass es ihm nicht darum gehe, Homosexualität zu rechtfertigen: „Man hat gelegentlich die Befürchtung ausgesprochen, es könnte durch populäre Schriften für die Homosexualität selbst ‚Propaganda‘ gemacht werden. So sehr eine gerechte Beurteilung der Homosexuellen angestrebt werden muß, so wenig wäre dieses zu billigen. Die Gefahr liegt aber nicht vor. Die Vorzüge der normalsexuellen Liebe, wie sie – um nur von vielen einen zu nennen – vor allem im Glücke der Familie zum Ausdruck gelangen, sind denn doch so gewaltige, die Nachteile, die aus der homosexuellen Anlage erwachsen, so außerordentliche, daß, wenn ein Wechsel der Triebrichtung möglich wäre, er gewiß für die Homosexuellen, nicht aber für die Normalsexuellen in Betracht kommen würde.“

Die Großstadt sah er als Zufluchtsort: „Es ist zwar nicht sehr wahrscheinlich, daß in Berlin mehr Homosexuelle geboren werden wie in der Kleinstadt oder auf dem Lande, doch liegt die Vermutung nahe, daß bewußt oder unbewußt diejenigen, welche von der Mehrzahl in nicht erwünschter Form abweichen, dorthin streben, wo sie in der Fülle und dem Wechsel der Gestalten unauffälliger und daher unbehelligter leben können. Das ist ja gerade das Anziehende und Merkwürdige einer Millionenstadt, daß das Individuum nicht der Kontrolle der Nachbarschaften unterliegt, wie in den kleinen Orten, in denen sich im engen Kreise die Sinne und der Sinn verengern.“²

Nach 1919 wurde das politische Engagement des WhK fortgesetzt, doch darüber hinaus trug die Forschung des Instituts dazu bei, dass sich die Sexologie als wissenschaftliche Disziplin etablieren konnte. So setzte sich die Erkenntnis durch, dass Homosexualität keine sexuelle Abweichung darstellt, sondern nur eine andere Form von Sexualität ist. Die sexuelle Identität – so Hirschfelds eigene Formulierung – sitze nicht in den Hoden oder Eierstöcken, sondern im Kopf. In Studien des Hirschfeld-Instituts wurde auch die Binarität hinterfragt und damit der Weg zur Anerkennung von trans Identitäten angebahnt.

Ausführlich untersucht wurde auch die Theorie der Intersexualität am Fall Karl M. Baer (1885–1956), eines Mannes, der bei der Geburt wegen uneindeutiger Geschlechtsmerkmale dem weiblichen Geschlecht zugeordnet worden war. Der Berliner Anwalt Sammy Gronemann hatte 1906 mit Unterstützung Hirschfelds und dessen Kollegen Iwan Bloch in einem Präzedenzfall vor Gericht die Änderung von Martha Baers Personenstandseintrag in Karl M. Baer erstritten. Baer wurde ermuntert, seine leidvollen Erfahrungen aufzuschreiben, die 1907 unter dem Pseudonym N. O. Body erschienen: „Aus eines Mannes Mädchenjahren“ wurde noch vor dem Ersten Weltkrieg in sieben Auflagen nachgedruckt.³

Der Fall Baer erinnert an den Fall Herculine Barbin, den Michel Foucault in einem medizinischen Archiv aus dem 19. Jahrhundert entdeckt hatte.⁴ Herculine verliebte sich an der Mädchenschule, an der sie unterrichtete, in eine junge Kollegin, die ihre Gefühle erwiderte. Als die Liebesbeziehung aufgedeckt wurde, vertraute sich Herculine einem Priester an und äußerte Zweifel an ihrer sexuellen Identität. Nach einer ärztlichen Untersuchung wurde sie per Gerichtsbeschluss in den männlichen Personenstand überführt und verließ als Abel Barbin Freundin und Heimat. In Paris folgten jedoch sozialer Abstieg, Einsamkeit und Armut. Am Ende nahm sich Barbin das Leben.

Noch mehr Ähnlichkeiten mit Baers Geschichte hat indes der viel ältere Fall Anne Grandjean, über den Foucault in seinen Vorlesungen am Collège de France Anfang 1975 berichtete.⁵ Bekannt geworden ist er durch die Denkschrift des Advokaten Vermeil, der Grandjean 1765 verteidigte: eine als Frau geborene Person, die als Mann lebte und mit einer Frau verheiratet war. In Jean-Claude Monods Verfilmung der historischen Episode unter dem Titel „Un jour fille“ (2023, international „Girl for a Day“) hält der Advokat, der von Thibault de Montalembert dargestellt wird, ein erstaunlich modernes Plädoyer.

Karl M. Baer wiederum war nach seiner Transition zweimal verheiratet und wurde später Mitarbeiter der Berliner jüdischen Gemeinde. Zuvor, noch als Marta, hatte er im Auftrag der Wohlfahrtsorganisation B’nei B’rith in Lemberg den Mädchenhandel in Osteuropa bekämpft, der junge Jüdinnen betraf, die auf der Flucht vor Pogromen von Zuhältern nach Deutschland gelockt wurden. Erst 1938 entschloss sich Baer dazu, Berlin zu verlassen. Er ging nach Palästina und starb 1956 in Israel.⁶

Bis Hirschfeld ihm bestätigte, dass er ein Mann war, hatte sich Karl M. Baer für eine Frau gehalten und darunter gelitten, dass er sich zu



Das Institut für Sexualwissenschaft in Berlin, 1920er Jahre picture-alliance/akg-images

Der befreite Körper

Eine Hommage an Magnus Hirschfeld und Friedrich Wolf, zwei Wegbereiter der sexuellen Emanzipation in Deutschland

von Sonia Combe

Frauen hingezogen fühlte. Der Paragraph 175 kriminalisierte zwar nur Beziehungen zwischen Männern, aber gesellschaftlich geächtet waren auch lesbische Paare.

Baer hatte zwar weder angefangen zu masturbieren noch Brüste entwickelt, war dafür aber im Stimmbruch gewesen und hatte Bartwuchs. Doch wie hätte er sich zu einer Zeit und in einem Milieu, in dem Prüderie die Norm war, vorstellen können, dass er keine Frau war, wie es ihm von Geburt an eingetrichtert wurde? Erst Hirschfelds klinische Untersuchung offenbarte Baer, dass er ein Mann wie jeder andere war.

Der Sexualwissenschaftler soll ihm einen kleinen operativen Eingriff empfohlen haben, wofür es aber keinen Beleg gibt und was auch eher unwahrscheinlich ist. Hinweise auf erste geschlechtsangleichende Operationen gibt es erst für die Zeit nach der Institutsgründung und in Deutschland auch nur bis 1933. Die Nazis schlossen alle Kliniken, die solche Operationen durchführten. Viele Ärzte forschten im Exil weiter. Für Hirschfeld und seine Kolleg:innen war der operative Eingriff ohnehin das letzte Mittel, um Selbstverstümmelungen und Suizide zu verhindern. Außerdem verfügte Karl M. Baer ja schon über alle männlichen Geschlechtsmerkmale.

Was die sieben zwischen 1907 und 1914 erschienenen Auflagen von Baers Memoiren zweifelsfrei belegen, ist das große Interesse an Fragen der sexuellen Identität im wilhelminischen Kaiserreich. Auch Michel Foucault erwähnt in seiner Einleitung zu „Über Hermaphroditismus“, dass der Fall Barbin in Deutschland die größte Aufmerksamkeit auf sich zog.

Magnus Hirschfeld verfolgte mit seinem unermüdlichen Engagement stets zwei Ziele: dass die Gesellschaft ihr Vorurteil abbaut, Homosexualität

sei eine Krankheit, und dass der Staat aufhört, Beziehungen zwischen Männern zu kriminalisieren. Dafür scheute er auch öffentliche Auftritte nicht. So spielte er etwa in Richard Oswalds Filmdrama „Anders als die Andern“, das 1919 in die Kinos kam, sich selbst: einen Arzt, der die Eltern über ihren Sohn aufklärt und vor Gericht ein Plädoyer für Toleranz hält.

Laut Hirschfelds erster Biografin Charlotte Wolff verfolgte er selbst bei privaten Besuchen jener Nachtlokale, die von der Sittenpolizei überwacht wurden, seine wichtigsten Ziele. Er versuchte die Polizeibeamten darüber aufzuklären, dass die Kriminalisierung die Männer erpressbar mache, was wiederum nicht wenige in den Selbstmord treibe.⁷

Zu den damals prominenteren Fällen in Deutschland gehört der Fall Friedrich Alfred Krupp, der sich 1902 nach einer Verleumdungskampagne umgebracht haben soll. Der Erbe des Stahlimperiums, der verheiratet war und auch Kinder hatte, hielt sich oft auf Capri auf und soll dort eine langjährige homoerotische Beziehung zu einem jüngeren Italiener gehabt haben. In der italienischen Presse wurde er als Päderast diffamiert; der sozialdemokratische *Vorwärts*, der Krupps Homosexualität zwar bestätigte, forderte jedoch in demselben Artikel die Abschaffung des Paragraphen 175. Dennoch machte Kaiser Wilhelm II. in seiner Trauerrede die Sozialdemokraten für Krupps Tod verantwortlich.

Hirschfeld wurde früh zur Leitfigur des homosexuellen Untergrunds. Schon 1895 verteidigte er etwa öffentlich den Schriftsteller Oscar Wilde, als diesem im viktorianischen England wegen „Unsittlichkeit“ der Prozess gemacht wurde, und unterstützte die deutsche Publikation von „Das Bildnis des Dorian Gray“. Nur bei seiner eige-



nen Homosexualität achtete Hirschfeld auf Diskretion. Sein erstes Buch „Sappho und Sokrates oder Wie erklärt sich die Liebe der Männer und Frauen zu Personen des eigenen Geschlechts?“ veröffentlichte Hirschfeld 1896 unter dem Pseudonym Th. Ramien.

Nach 1919 wurde sein Institut auch zur Anlaufstelle für die Opfer von Erpressungen. Hirschfeld und seine Mitarbeitenden begleiteten die davon Betroffenen in den Prozessen gegen ihre Peiniger, wandten sich immer wieder öffentlich gegen den Paragraphen 175 und hielten Vorträge an Universitäten und bei Gewerkschaften. An ihrer Seite standen mitunter solidarische Polizeikommissare wie Hans von Tresckow oder Heinrich Kopp, die ihrerseits das Wort ergriffen.

So berichtet der junge französische Arzt Pierre Najac: „Die Doktoren Hirschfeld und Abraham werden zu Gerichtsverfahren wegen Vergehen oder Verbrechen aus Leidenschaft häufig als Sachverständige hinzugezogen: Verführung Minderjähriger, Exhibitionismus, Homosexualität, Mord. Sie sagen oft vor Gericht aus, nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland. Das Institut nimmt auch Hausgäste auf. Beide Psychotherapeuten leisten ein wohlthätiges Werk und bescheinigen, dass die Angst dieser Menschen sich erheblich mindern lasse durch eine Namensänderung und dadurch, dass sie in der Öffentlichkeit die Kleidung des anderen Geschlechts tragen dürfen. Die deutsche Gerichtsbarkeit berücksichtigt diese Erklärungen: Sie erlaubt Männern, einen weiblichen Vornamen anzunehmen und Kleider zu tragen. Sie gestattet Frauen, einen männlichen Vornamen zu wählen und sich wie Männer zu kleiden.“⁸

Die Rede ist vom sogenannten Transvestitenschein, der in den 1920er Jahren von den Polizei-

behörden häufiger ausgestellt wurde und möglicherweise auch Billy Wilder zu seiner Filmkomödie „Manche mögen's heiß“ (1959) inspiriert hat, in der sich Tony Curtis und Jack Lemmon als Josephine und Daphne in Frauenkleidern vor der Mafia verstecken. Einschlägige Erfahrungen konnte Wilder in den 1920er Jahren in Berlin sammeln, als er unter anderem als Eintänzer im Hotel Adlon arbeitete.⁹

Ihren Ruf als Mekka der Schwulenszene verdankte die deutsche Hauptstadt zu der Zeit ganz wesentlich dem britischen Schriftsteller Christopher Isherwood und seinem autobiografischen Roman „Leb wohl, Berlin“ (1939), der 1972 von Bob Fosse unter dem Titel „Cabaret“ mit Liza Minnelli verfilmt wurde und zahlreiche Oscars gewann.

Isherwood, der eine Zeit lang selbst im Institut für Sexualwissenschaft gewohnt hatte, stellte eine interessante These auf: „War Berlins berühmte ‚Dekadenz‘ nicht hauptsächlich ein Reklamespruch, den die Berliner in ihrem Wettbewerb mit Paris instinktiv entwickelt hatten? Den heterosexuellen Mädchenmarkt hatte sich längst Paris unter den Nagel gerissen; was also konnte man da den Berlinbesuchern noch bieten außer einem Mummenschanz der Perversionen?“¹⁰

Dem anderen Berlin, das der Hinterhöfe im ostjüdisch geprägten Scheunenviertel mit seinen verlorenen Gestalten, hat wiederum Alfred Döblin ein Denkmal gesetzt in seinem berühmtesten Roman „Berlin Alexanderplatz“ (1929), der 1980 von Rainer Werner Fassbinder kongenial verfilmt wurde.

Auch wenn Magnus Hirschfeld seine eigene Homosexualität und jüdische Herkunft nicht thematisierte, um seine Arbeit nicht zu gefährden, fällt sein Wirken in die Epoche der sogenann-

ten deutsch-jüdischen Symbiose. Dieses „zarte Pflänzchen“¹¹ war allerdings stets gefährdet – auch nach der vollständigen rechtlichen Gleichstellung durch Artikel 136 der Weimarer Verfassung. Am eigenen Leib erfuhr Hirschfeld das 1920 in München, wo er Opfer eines antisemitischen Überfalls wurde. Danach verbrachte er immer häufiger Zeit im Ausland.

Er wurde auch offiziell in die Sowjetunion eingeladen, deren revolutionäre Errungenschaften er bewunderte, insbesondere die Entkriminalisierung von Homosexualität und Schwangerschaftsabbrüchen – Fortschritte, die Mitte der 1930er Jahre unter Stalin allerdings wieder einkassiert wurden. 1930 verließ Hirschfeld endgültig Deutschland und unternahm ausgedehnte Reisen durch Asien und den Nahen Osten, die er in dem Buch „Weltreise eines Sexualforschers“ verarbeitet.¹²

1999 hat der Aktivist und Regisseur Rosa von Praunheim Hirschfelds Leben und Wirken mit seinem Filmdrama „Der Einstein des Sex“ einem breiteren Publikum zugänglich gemacht. In Berlin erinnern an Hirschfeld eine Gedenkstele in der Otto-Suhr-Allee, das Magnus-Hirschfeld-Ufer an der Spree mit zwei Gedenktafeln und natürlich die 1982 gegründete Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft.

Auch wenn die Sexualwissenschaft genauso wenig wie die Psychoanalyse eine „jüdische“ Wissenschaft ist, gehen beide auf Forscher:innen zurück, deren erzwungene Marginalität zum Motor wurde. Im soziokulturellen Schmelztiegel zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik entstand erstmals ein Freiraum für sexuelle Diversität, der für Menschen wie Karl M. Baer und andere überlebenswichtig war.

Friedrich Wolf seinerseits verhalf als Arzt und Autor einem anderen Kampf zu gesellschaftlicher Sichtbarkeit: Er engagierte sich für die Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch. Wie Hirschfeld sprach Wolf auf Gewerkschaftsversammlungen. Dort soll er auch Verhütungsmittel verteilt haben, insbesondere der Firma Fromm, die ab 1919 das weltweit erste nahtlose Kondom aus Naturkautschuk herstellte. Nach einem Besuch der Fromm-Fabrik in Berlin-Köpenick verbürgte sich auch Magnus Hirschfeld für deren gute Qualität.

Wie Hirschfeld wuchs Friedrich Wolf in einer bürgerlichen jüdischen Familie auf. Er wandte sich früh der Homöopathie und Naturheilkunde zu und war ein Verfechter der Freikörperkultur. Im Ersten Weltkrieg war er zunächst als Truppenarzt an der Front eingesetzt, wurde jedoch wegen Antimilitarismus und Pazifismus in die Psychiatrie eingewiesen. Neben seiner Tätigkeit als Arzt widmete er sich früh dem Schreiben und führte auch Regie am Theater. 1928, im Alter von 40 Jahren, trat er der KPD bei.

Auch Wolf verwies eindringlich auf die durch den Strafparagraphen verursachten Notlagen. In seinem Stück „Cyankali“, das am 6. September 1929 am Berliner Lessingtheater uraufgeführt und schon ein Jahr später verfilmt wurde, wird die Leidensgeschichte einer jungen Arbeiterin erzählt, die am Ende infolge eines unsachgemäßen Schwangerschaftsabbruchs an einer Zyankalivergiftung stirbt. Zur Filmpremiere von „Cyankali“ im Berliner Kino Babylon hielt Hirschfeld den Einführungsvortrag. Die Theaterfassung tourte nach über 100 Aufführungen in Berlin durch weitere deutsche und Schweizer Städte, wo es laut Wolf regelmäßig zu „Theaterschlachten mit Gasbomben und Bierflaschenbombardement“ kam.¹³

Auch Wolfs Theaterstück „Professor Mamlock“, das er 1933 bereits im französischen Exil schrieb, wurde verfilmt. Es entfaltet das Schicksal eines jüdischen Klinikdirektors, der von den Nationalsozialisten in den Selbstmord getrieben wird. Die erste Verfilmung von 1938 wurde in Moskau produziert, die zweite von 1961 stammt von Wolfs Sohn Konrad.

Am 4. März 1933 floh Friedrich Wolf aus Deutschland. Bevor er in die Sowjetunion gelangte, suchte er in Frankreich Zuflucht, wo er allerdings von 1939 bis 1941 im Lager Le Vernet interniert war. Nach dem Krieg kehrte er nach Deutschland zurück. Zwischen 1949 und 1951 entsandte ihn die DDR als Botschafter nach Warschau. Die Personalie soll Präsident Wilhelm Pieck, der wie Wolf im Moskauer Exil überlebt hatte, gegen Stalins Willen durchgesetzt haben. Ebenfalls bemerkenswert ist, dass Pieck ausgerechnet einen jüdischen Verfechter des Schwangerschaftsabbruchs ins Nachkriegspolen schickte – ein Land, in dem die antisemitischen Pogrome so lange anhielten, bis die kommunistische Führung ihnen ein Ende setzte.

Der Kampf für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen begann schon kurz nach der Einführung des Paragraphen 218 im Jahr 1871. Doch zu einer breiten Bewegung kam es in Deutschland erst, als Friedrich Wolf und

seine Mitstreiterin, die Ärztin Else Kienle, im Februar 1931 wegen des Vorwurfs gewerblicher Abtreibungen in Stuttgart verhaftet wurden. Dank der riesigen Solidaritätskampagne, an der sich unter anderem Bertolt Brecht und der Herausgeber der *Weltbühne* Carl von Ossietzky beteiligten, kamen beide bald wieder auf freien Fuß – Kienle allerdings später als Wolf und erst, nachdem sie in einen lebensgefährlichen Hungerstreik getreten war.

Kurz vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten schien die Streichung des Paragraphen 175 zum Greifen nah. 1929 bereiteten die kommunistischen, sozialdemokratischen und bürgerlich-liberalen Abgeordneten im Strafrechtsausschuss eine entsprechende Abstimmung im Reichstag vor. Doch dann stürzte die Regierung, und es folgten die Präsidialkabinette unter Heinrich Brüning und Franz von Papen.¹⁴ Beide waren extrem konservativ und demzufolge strikt gegen eine Entkriminalisierung von Homosexuellen.

Auch der Abtreibungsparagraph 218 überlebte die Weimarer Republik und die NS-Diktatur. Der starken, von den Arbeiterparteien getragenen Bewegung war es nicht gelungen, seine Streichung noch vor dem verhängnisvollen Januar 1933 durchzusetzen.

Magnus Hirschfeld und Friedrich Wolf waren bereits tot, als die beiden Strafparagraphen endlich abgeschafft wurden. In der DDR war dies jeweils früher als in der Bundesrepublik der Fall. Die formale Aufhebung des Paragraphen 175 erfolgte hier 1968 (allerdings nicht in Bezug auf Minderjährige) – was auch dem Psychotherapeuten Siegfried Schnabl zu verdanken war, einem engagierten und bekannten Sexualaufklärer. Sein Buch „Mann und Frau intim“ von 1969 lag damals bei vielen jungen Paaren auf dem Nachttisch. Jahrelang war Schnabl von der Staatssicherheit bespitzelt und schikaniert worden. Das fand jedoch ein jähes Ende, als er ein Schreiben des Gesundheitsministers erhielt, in dem dieser seinen Einsatz für die Rechte von Homosexuellen lobte – der Brief wurde natürlich ebenfalls von der Stasi abgefangen.

Die Aufhebung des Paragraphen 218 dauerte länger. 1965 wurde in der DDR die Antibabypille zugelassen, die ab 1968 mit einer aufwendigen staatlichen Kampagne beworben wurde, während das Gesundheitsministerium gleichzeitig Maßnahmen zur Geburtenförderung in die Wege leitete. Wie im übrigen Ostblock wurde der Schwangerschaftsabbruch zwar klinisch praktiziert. Doch formal hob die Volkskammer den Paragraphen 218 erst 1972 auf. Dabei kam es zu einem in der Geschichte des DDR-Scheinpluralismus vielleicht einmaligen Vorgang: Die Abgeordneten der Ost-CDU enthielten sich der Stimme.¹⁵

In Westdeutschland, wo die Kirche viel mehr politischen Einfluss hatte, wurde der Paragraf 175 erst nach der Wiedervereinigung 1994 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Schwangerschaftsabbrüche sind bis heute offiziell illegal, werden jedoch nicht mehr strafrechtlich geahndet.

Die Harmonisierung der sexualpolitischen Praxis ist vielleicht das wichtigste Erbe, das die untergegangene DDR dem wiedervereinigten Deutschland vermachte hat.

¹ Zum Institut und dessen Vorgeschichte siehe Rainer Herrn, „Der Liebe und dem Leid. Das Institut für Sexualwissenschaft 1919–1933“, Berlin (Suhrkamp) 2022.

² Siehe Magnus Hirschfeld, „Berlins Drittes Geschlecht“, Berlin (Verlag Rosa Winkel) 1991 (Erstausgabe 1904), Seiten 10 f. und 13.

³ N. O. Body, „Aus eines Mannes Mädchenjahren“, Leipzig (Hentrich & Hentrich) 2021 (Erstausgabe 1907).

⁴ Michel Foucault, „Über Hermaphroditismus. Der Fall Barbin“, Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1998.

⁵ Michel Foucault, „Die Anormalen. Vorlesungen am Collège de France (1974–1975)“, Frankfurt am Main (Suhrkamp) 2007.

⁶ Siehe „Hermann Simon à la recherche de N. O. Body“, 3. Juni 2022, en-attendant-nadeau.fr.

⁷ Charlotte Wolff, „Magnus Hirschfeld. A Portrait of a Pioneer in Sexology“, Dublin (Quartet Books) 1986.

⁸ Pierre Najac, „L’institut de la science sexuelle à Berlin“, in: Janine Merlet, „Vénus et Mercure“, Paris (Édition de la Vie Moderne) 1931.

⁹ Siehe Billy Wilder, „Der Prinz von Wales geht auf Urlaub. Berliner Reportagen, Feuilletons und Kritiken der zwanziger Jahre“, Berlin (Fannei und Walz) 1996.

¹⁰ Christopher Isherwood, „Willkommen in Berlin. Christopher und die Seinen“, Berlin (Gmünder) 2014, Seite 36.

¹¹ Siehe Peter Gay, „Freud, Juden und andere Deutsche“, München (Hoffmann und Campe) 1986.

¹² Magnus Hirschfeld, „Die Weltreise eines Sexualforschers“, Brugg (Bözberg) 1933; Neuausgabe bei Eichborn (Die andere Bibliothek), Frankfurt am Main 2006.

¹³ Siehe Friedrich Wolf, „Gesammelte Werke. Aufsätze 1919–1944“, Band 15, Berlin/Weimar (Aufbau) 1967, Seite 342.

¹⁴ Siehe Johann Chapoutot, „Die Totengräber von Weimar“, LMD, April 2025.

¹⁵ Die DDR gab sich gern den Anschein einer pluralen Demokratie. Neben der SED existierte unter anderem die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) und die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU).

Aus dem Französischen von Andreas G. Förster

Sonia Combe ist Historikerin und Autorin von „Loyal um jeden Preis. ‚Linientreue Dissidenten‘ im Sozialismus“, Berlin (Ch. Links) 2022. Sie dankt Raimund Wolfert von der Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft in Berlin und Thomas Naumann, dem Sohn von Friedrich Wolf.



Assomption FRANZ NEUMEIER picture-alliance/imagebroker

Politik mit Strand und Insel

Wie Katar mit Luxusresorts Abhängigkeiten schafft

von Lindita Çela und Tristan Coloma

Das Aldabra-Atoll im Indischen Ozean etwa 700 Kilometer vor der tansanischen Küste ist ein Refugium für Riesenschildkröten und die marine Artenvielfalt. Nur einen Katzensprung entfernt von diesem Juwel, das zum Unesco-Weltnaturerbe gehört, liegt eine weitere Seychelleninsel. Das kleine Assomption, etwa 7 Kilometer lang und 11 Quadratkilometer groß, ist in den letzten Jahren in den Fokus geopolitischer Ambitionen gerückt. Auch die Luxushotellerie spielt dabei eine Rolle.

Erst wollte Indien hier eine Militärbasis errichten – als Gegengewicht zu China und um die Heroinschmuggler abzuschrecken, die auf ihrer Route zwischen Afghanistan und Ostafrika unbewachte Seychelleninseln als Transitstationen nutzen. Die Seychellen verzeichnen die höchste Rate an Heroinabhängigen weltweit.¹ 2017 richtete die Regierung der Seychellen eigens eine Antidrogenbehörde ein, an deren Spitze damals der ausgebildete Mediziner und heutige Präsident Patrick Herminie stand.

2018 schlossen Indien und die Seychellen unter der Präsidentschaft von Danny Faure (2016–2020) einen Vorvertrag für die Basis ab. Doch Faures Nachfolger Wavel Ramkalawan (2020–2025) stoppte das Projekt aufgrund von Protesten und der Befürchtung, die nationale Souveränität der Seychellen gerate in Gefahr. Unter ihm werde es nie eine ausländische Militärbasis auf den Seychellen geben, verkündete er noch als Wahlkämpfer im vergangenen Herbst.²

Stattdessen einigte sich Ramkalawan 2024 mit syrisch-katarischen Investoren auf den Bau eines Luxusresorts auf Assomption: 37 Villen auf 51 000 Quadratmetern mit vier Restaurants für französische, japanische und vegetarische Küche, die rund um die Uhr geöffnet sein sollen. Auch der Flughafen soll vergrößert werden, damit möglichst viele Gäste aus aller Welt anreisen können. Gegen die weitreichenden Eingriffe in die Natur protestierte von Beginn an die NGO Island Conservation Society, die im Mai 2024 einen detaillierten Bericht über die potenziellen ökologischen und sozialen Folgen veröffentlichte.³

Hinter dem Luxusresort, dessen Eröffnung für 2027 geplant ist, steckt die Power International Holding der syrisch-katarischen Milliardärsbrüder Ra-

mez und Moutaz al-Khayyat. Von den Seychellen über Ägypten bis Albanien kommerzialisieren sie bevorzugt die geschützten Flecken dieser Erde. Das Assomption-Projekt ist jedoch nicht einfach nur ein weiteres Luxusresort – man könnte es auch als trojanisches Pferd der Geopolitik bezeichnen.

Im Indischen Ozean, über den 40 Prozent des globalen Seehandels und 80 Prozent der Energieexporte vom Persischen Golf nach Asien abgewickelt werden, versuchen drei Akteure ihren Einfluss auszuweiten: China, Indien und die Golfmonarchien. China investiert seit 2013 in Pakistan (Gwadar), Sri Lanka (Hambantota) und Dschibuti in Tiefseehäfen. Mit dieser „Perlenkettenstrategie“ zielt Peking vor allem auf die Sicherung seiner Erdölversorgung.

Zugleich erweitert es seinen militärischen Einfluss, etwa mit dem 2017 in Betrieb genommenen Marinestützpunkt in Dschibuti. Die Seewege kontrollieren die Chinesen mit Überwachungssystemen und Drohnen. Das Ziel ist offensichtlich: der Indische Ozean als ein „chinesisches Meer“.

Konkurrenz für Indien und China

Auf Chinas Expansion reagierte Indien mit der sogenannten Diamantenkette. Es errichtete seinerseits Marinestützpunkte und schloss Kooperationsabkommen mit den Malediven, Mauritius, den Seychellen und Sri Lanka. Das indische Militärbasisprojekt auf Assomption zur Überwachung der Seewege im westlichen Indischen Ozean wurde zwar nicht realisiert. Doch nachdem der ehemalige Antidrogenchef Patrick Herminie im Oktober 2025 die Präsidentschaftswahlen gegen Wavel Ramkalawan gewonnen hatte, wurde im März 2026 mit indischer Unterstützung auf Assomption immerhin ein Stützpunkt der Küstenwache wiedereröffnet. Auch Indien betrachtet den Ozean als sein Mare Nostrum und will verhindern, dass China seinen Einfluss ausweitet.

Derweil sind Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Saudi-Arabien seit Jahren damit beschäftigt, die Wirtschaft ihrer Länder zu diversifizieren und die Abhängigkeit von den Ölexporten zu reduzieren. Dazu gehören auch die Versuche, ihren Einfluss

über den Nahen Osten hinaus zu erweitern. Über ihre geschäftlichen Netzwerke und Staatsfonds – Qatar Investment Authority (QIA), den emiratischen Investmentfonds Mubadala und den saudischen Public Investment Fund (PIF) – sind sie imstande, enorme Summen zu mobilisieren. Und die Inselstaaten im Indischen Ozean, deren Wirtschaft zu mehr als 30 Prozent vom Tourismus abhängt, sind massiv auf ausländisches Kapital angewiesen.

In dieser Branche verfolgt insbesondere Katar eine offensive Strategie: Seit Mitte der 2010er Jahre nutzt es die Luxushotellerie als zentrales Instrument seiner Wirtschaftsdiplomatie. Während Riad auf Investitionen im Industriesektor und Abu Dhabi auf logistische Infrastruktur setzt, hat sich Doha auf Luxusresorts spezialisiert – auch über den Indischen Ozean hinaus.

In den vergangenen zehn Jahren haben die katarischen Investoren dutzende Milliarden Dollar in mehrere – und bislang nicht fertiggestellte – Megaprojekte gesteckt. Dazu zählen etwa das Resort Atlantis The Royal auf der Malediveninsel Vaaredhdhoo Faru (270 Zimmer, 223 Villen, 20 Restaurants, zwei Beachclubs und ein Aquapark auf 70 000 Quadratmetern), das 2029 eröffnet werden soll, und eine Tourismusanlage in Alam al-Roum an der ägyptischen Mittelmeerküste mit Luxushotels, Golfplätzen und Jachthäfen.

Das Praktische daran ist, dass Investitionen in den Tourismus gemeinhin auf weniger Ablehnung stoßen als der Bau von Militäranlagen. Vor allem aber schaffen die Partnerschaften mit internationalen Hotelgruppen wie Rosewood auf den Seychellen oder Kerzner auf den Malediven sowie die Langzeitkonzessionen für Katar und dessen Vertreter wirtschaftliche und politische Abhängigkeitsverhältnisse.

Schlüsselfiguren der katarischen Hotelstrategie sind die Brüder al-Khayyat, die aus einer einflussreichen Damaszener Familie stammen. Ihnen gehört ein weitverzweigter Mischkonzern, der im Baugewerbe, in der Immobilienbranche, im Lebensmittelsektor und eben in der Luxushotellerie tätig ist. Der Erfolg ihres Firmenimperiums fußt auf ihren Kontakten zu den Machtzirkeln in Doha, die sie ihrer Mutter Sumaya Hamsho verdanken, einer Vertrauten des Emirs von Katar, Tamim bin Hamad al-Thani.

Mithilfe ausgeklügelter Finanzierungstechniken und unzähliger Offshore-Gesellschaften errichten sie ihre ultraluxuriösen Hotelkomplexe vorzugsweise in strategisch relevanten, oft geschützten Gebieten.⁴ So vergrößern sie ihren Einfluss gerade in jenen Regionen, in denen die Großmächte um die Vorherrschaft streiten.

Dabei umgarnen die Brüder auch die Vertreter der Weltmacht USA. So soll Mohamad al-Khayyat, ein jüngerer Bruder von Moutaz und Ramez, bereits Ende Dezember 2024, kurz nach dem Sturz Assads, dem gerade wiedergewählten US-Präsidenten Donald Trump vorgeschlagen haben, unter dessen Markennamen einen Golfplatz in der Nähe der syrischen Küstenstadt Latakia zu bauen. Das Projekt, präsentiert als Symbol der wirtschaftlichen Wiederbelebung des Landes, zielte darauf ab, dass die USA ihre Sanktionen gegen Syrien möglichst schnell aufheben.

Die al-Khayyats, die damals bereits einträgliche Verträge über den Wiederaufbau Syriens abgeschlossen hatten, etwa für den Flughafen von Damaskus, setzten darauf, dass nach der Aufhebung der Sanktionen wieder ausländisches Kapital nach Syrien fließt. Ein Jahr später, am 18. Dezember 2025, unterschrieb Trump dann tatsächlich das Gesetz, mit dem sämtliche Sanktionen gegen Syrien aufgehoben wurden – wenige Wochen nachdem Mohamad al-Khayyat den beiden republikanischen Abgeordneten Joe Wilson und Marlin Stutzman in Washington den „Grundstein“ für den syrischen Trump-Golfplatz überreicht hatte.⁵

Golfplatz im syrischen Latakia

Die Raffinesse der al-Khayyat-Brüder ist auch Trumps Tochter Ivanka und ihrem Mann Jared Kushner, Trumps Nahost-Sondergesandten, nicht entgangen. Das Ehepaar nahm diskret Verbindung zu den al-Khayyats auf, um zwei umstrittene Luxusresortprojekte in Albanien zu realisieren: das eine an der Küste von Zvërnec, das andere auf der gegenüberliegenden Insel Sazan. Für mehrere Milliarden Euro soll ein Hotel mit 800 Zimmern, Restaurants, Spa-Bereichen, Jachthäfen, Golfplatz und Casino entstehen.

Wie Assomption im Indischen Ozean ist auch Sazan strategisch wichtig – in diesem Fall für die Kontrolle des Zugangs zur Adria und zum Ionischen Meer. Außerdem stehen auf der Insel immer noch ehemalige sowjetische Militäranlagen mit 3600 Atombunkern, 30 Kilometern Tunnel und Ankerplätzen für U-Boote.

Träger des Sazan-Projekts ist Jared Kushners Investmentgesellschaft Affinity Partners, die wiederum vom katarischen Staatsfonds QIA und dem saudischen Public Investment Fund finanziert wird. Den Erwerb der Grundstücke bewerkstelligten die Brüder al-Khayyat mittels einer komplexen Konstruktion.

Das Projekt an der Küste von Zvërnec ist noch undurchsichtiger: Die al-Khayyats haben dafür eine Reihe von Briefkastenfirmen gegründet, sodass es quasi unmöglich ist, die tatsächlichen Investoren zu identifizieren. Auch Zvërnec South Adriatic Development LLC, das Unternehmen, das von der albanischen Regierung die Baugenehmigung erhalten hat, ist eine Scheinfirma. Die Grundstücke dagegen gehören der Immobilien- und Projektentwicklungsfirma Albania Land Development, die sich im Besitz des katarischen Brüderpaars befindet.⁶

Bis 2023 war das Land, auf dem der Hotelkomplex in Zvërnec entstehen

soll, durch Natura 2000 geschützt, das EU-weite Netz von Schutzgebieten zum Erhalt gefährdeter Lebensräume und Arten. Doch dann wurden die mit diesem Status verbundenen Umweltauflagen gelockert – durch ein Gesetz, für das sich Ministerpräsident Edi Rama höchstpersönlich starkgemacht hatte.

Im Frühjahr 2026 waren bereits mehr als eine Million Quadratmeter Strand, an dem Generationen von Albanern:innen ihre Ferien verbracht hatten, durch Absperrgitter abgeriegelt. Der Protest gegen das Luxusprojekt hat sich seit Ende Mai zu einem regelrechten Volksaufstand gegen Edi Rama ausgewachsen – mit zehntausenden Demonstrant:innen auf den Straßen von Tirana, die den Wasserwerfern und Tränengasattacken der Polizei mit Flamingos aus Pappe trotzen: ein Hinweis auf die rosa Vögel, die in dem bedrohten Schutzgebiet brüten.⁷

Wegen des Verdachts der Korruption hatte die Staatsanwaltschaft bereits 127 Millionen Dollar eingefroren, die aus Grundstücksverkäufen von Albania Land Development stammten. Doch dann musste sie auf politischen Druck hin das Geld wieder freigeben. Gegen den Verkäufer, den albanischen Geschäftsmann Artur Shehu, laufen zwar Ermittlungen wegen Drogenhandels und Geldwäsche. Doch den Käufern wirft die Justiz bislang keine Straftat vor; sie geht anscheinend davon aus, dass die Investoren keine Ahnung hatten, auf wen sie sich da eingelassen haben.

Was sich an der Adria, am Roten Meer und im Indischen Ozean heute abspielt, erinnert an die Methoden der europäischen Handelsgesellschaften im 17. und 18. Jahrhundert. Wie die Offshore-Firmen der Brüder al-Khayyat oder der Familie Trump versuchten damals Unternehmen wie die britische Royal African Company, die französische Compagnie de la Nouvelle France oder die niederländische Vereenigde Oostindische Compagnie im Tausch gegen „Schutz“ oder „Entwicklung“ Gebietsabtretungen zu erwirken.

Es stellt sich die Frage, ob das gegenwärtige Geschehen womöglich eine neue Form von Kolonialismus ist. Staatliche oder private Akteure aus dem Ausland bemächtigen sich mithilfe korrupter Praktiken der Ressourcen und Territorien ihrer Gastländer. Lokale Eliten machen dabei gemeinsame Sache mit den ausländischen Investoren. Öffentliche Güter, ob Inseln, Strände oder Wälder, werden für den Profit einer verschwindend kleinen Minderheit privatisiert, während die lokale Bevölkerung vertrieben, die Umwelt zerstört und die nationale Souveränität ausgehöhlt wird.

¹ Siehe Dominic Johnson, „Keine Macht den Drogen und Luxustourismus“, taz vom 12. Oktober 2025.
² Siehe Patrick Muirhead, „Why a tiny island’s fate could decide Seychelle’s next president“, BBC, 26. September 2025.
³ „Environment and social impact assessment report. Proposed hotel development on Assomption Island, Seychelles“, Island Conservation Society, Pointe La-rue, 13. Mai 2024.
⁴ Joan Tilouine, „La diplomatie de l’hôtellerie de luxe des milliardaires Al Khayyat à haut risque environnemental“, 3. Juli 2026, africaintelligence.fr.
⁵ Eric Lipton, „Syrian Billionaires Needed a Favor in Washington. They Invoked the Trump Name“, The New York Times, 19. April 2026.
⁶ Lindita Çela, „Albanian drug trafficking investigation overlaps with probe into planned resort that sparked ‘Flamingo Revolution’“, Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCPR), 18. Juni 2026; Rob Schmitz, „In Albania, anger grows against the government for supporting a Kushner-linked luxury resort“, Central Florida Public Media, 16. Juni 2026.
⁷ Siehe Ana Otašević, „Washingtons langer Arm“, LMD, Juli 2026.

Aus dem Französischen von Uta Rüenauer

Lindita Çela und Tristan Coloma sind Journalisten.

Ein gutes Spiel

Wie ich den Frauenfußball nach Iran zurückbrachte

von Roxanne Varzi

Reza schaute auf meine Doc Martens und fragte, ob ich damit auch rennen könne. Ich dachte, er meint, falls wir als Unverheiratete draußen von der Sittenpolizei erwischt würden. Ich war nur allzu bereit davonzulaufen, meinetwegen auch vor der Sittenpolizei. Seit Wochen war ich im Haus meines Onkels eingesperrt und wollte endlich das Teheran jenseits der Gartenmauer entdecken.

Meine 12-jährige Cousine ging jeden Morgen allein zur Schule. Doch für mich, die 20-jährige Verwandte aus den USA, war die Stadt „nicht sicher“. Ich sprach 1991 weder fließend Farsi, noch war ich mit islamischen Umgangsformen vertraut. Und wie man sich die Sittenpolizei vom Leib hält, wusste ich schon gar nicht.

Meine einzigen Kontakte zur Außenwelt waren meine Familie und deren Freunde, die einmal in der Woche zum Mittagessen kamen – ein Ritual, das mein Großvater lange vor meiner Geburt eingeführt hatte. Das letzte Mal war ich 1979 dabei gewesen; dann platzte die Islamische Revolution in meine beschauliche amerikanisch-iranische Kindheit.

Als ich zwölf Jahre später meinem iranischen Vater erzählte, dass ich als Fulbright-Stipendiatin nach Teheran zurückkehren wollte, war er entsetzt: „Leute in deinem Alter würden alles dafür tun, das Land zu verlassen. Und du willst freiwillig hin.“ Doch ich wollte keine Lehnstuhlethnologin werden und mir nicht länger das Gerede anhören, *die* Iraner seien alle Terroristen.

Also buchte ich einen Flug nach Teheran – nur um dort in einem sicheren Lehnstuhl zu landen. Das bourgeoise Möbel im Louis-seize-Stil im Haus meines Onkels, wo ich von freundlichen und fürsorglichen Menschen umgeben war, die mir jede Menge Ratschläge gaben: „Roksana, wenn dich jemand danach fragt, sagst du, du seist Kanadierin“, oder: „Sprich lieber nicht mit diesem Nachbarn, der arbeitet vielleicht für den Geheimdienst“, oder: „Du musst langsamer gehen, sonst merkt man gleich, dass du Ausländerin bist.“

Bis sich Reza meiner erbarmte. Er war in meinem Alter und genoss das uneingeschränkte Vertrauen meines Onkels. Für mich war er wie ein Cousin. Er lud mich in seinen schallisolierten Partykeller ein, mit verdunkelten Fenstern seit dem Krieg gegen Irak, der vor drei Jahren zu Ende gegangen war. Wir tanzten zu Deep Purple und den Dire Straits.

Doch als Amerikanerin, die Max Webers „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ wie ein Selbsthilfebuch las, war ich auf der Suche nach einer sinnvollen Tätigkeit. Ich wollte ein nützliches Mitglied der Gesellschaft sein und mehr Leute kennenlernen. Reza fuhr mit mir zur Alzhra-Universität, wo meine amerikanische Mutter als Chemikerin geforscht hatte, nachdem sie 1967 als Stipendiatin nach Teheran gekommen war. Reza führte mich in eine riesige leere Sporthalle. Das helle, frisch gewie-



Roxanne Varzi (am Ball) Mitte der 1980er Jahre in Michigan
CHARLOTTE VARZI

te Parkett und die mobilen Zuschauertribünen erinnerten mich an die Turnhallen meiner Schulzeit. Reza lächelte verschmitzt: „Ich hoffe, du kannst wirklich Fußball spielen, Roksana.“

Er zeigte auf einen platten Ball, und mein Heimweh löste sich augenblicklich in Luft auf. Meiner Mutter und der US-Ethnologin Margaret Mead zufolge war das beste Mittel gegen Heimweh ein Gottesdienst, weil sich die Rituale überall auf der Welt glichen. Meine Religion war Fußball: ein vertrauter Safe Space, wo Grenzen und Sprachbarrieren keine Rolle spielen und für alle dieselben Regeln gelten – jedenfalls bis zur letzten WM, bei der die iranische Mannschaft ohne Ende schikaniert und eine Rote Karte gegen das US-Team nach Trumps Intervention annulliert wurde.

Voller Anmut und Gelassenheit

Michigan war Anfang der 1980er Jahre kein guter Ort für ein iranisches Kind. Während des monatelangen andauernden Geiseldramas in der US-Botschaft in Teheran hingen überall an den Bäumen gelbe Schleifen, und auf den Autos klebten in Anlehnung an den Song „Barbara Ann“ von den Beach Boys Sticker mit der Parole „Bomb bomb bomb / bomb bomb Iran“. Wirklich sicher und unbeschwert fühlte ich mich nur in den wenigen glücklichen Stunden der Woche, wenn ich auf einer Rasenfläche einem Ball hinterherlief und wir Mädchen uns am Ende abklatschten und atemlos für ein „gutes Spiel“ bedankten. Dank Fußball war ich Teil eines Teams und hatte für ein paar Stunden sogar einen Ersatzpapa; mein eigener war damals noch in Iran.

„Deine neue Trainerin“, stellte mich Reza einer schlanken, athletischen Frau vor, Sara, die eine schwarze Jogginghose von Adidas, ein langes Flanellshirt und ein locker gebundenes schwarzes Kopftuch trug. „Trainerin?“, presste ich hervor. – „Roksana hat in der ersten Collegeliga gespielt und ist eine zertifizierte Fifa-Schiedsrichterin“, strahlte Reza. Vielleicht hatte ich doch zu dick aufgetragen. Aber es hatte auch niemand nachgefragt. Und so blieb un-

erwähnt, dass ich das ganze Jahr auf der Bank gesessen hatte.

„Was ist mit eurem alten Coach?“, erkundigte ich mich. – „Du bist der erste. Heute findet hier das erste Frauenmatch an dieser Universität statt und vielleicht sogar das erste in der Islamischen Republik“, antwortete Sara auf Finglish (ein Mix aus Farsi und Englisch) und lobte meine „Fußballerbeine“ – ein typisches Tarof-Kompliment (Höflichkeitsformel), weil meine Beine unter meinem langen schwarzen Mantel gar nicht zu sehen waren.

Dann schickte sie Reza weg und forderte mich auf, mein Kopftuch abzulegen: „Das ist schon okay, wir sind ja alles Frauen.“ Nachdem auch sie ihr Kopftuch abgelegt hatte, überreichte sie mir umstandslos den Ball. – „Der braucht Luft“, sagte ich und dachte, dass ich auch gut welche gebrauchen könnte. Im Geräteraum lagen auch nur platte Bälle. – „Erklär mir das Spiel“, sagte sie. – „Was genau?“ – „Alles.“ Ich hatte das Gefühl, als würde auch aus mir alle Luft entweichen.

Als wir die Bälle aufzupumpen angingen, begann sich die Sporthalle zu füllen, lautstark wie vor einer Vollversammlung. „Die Fans“, erklärte Sara und schoss den Ball in die Luft, um zu testen, ob er prall genug war. – „Ihr habt auch Fans?“, stotterte ich, und mir brach der Schweiß aus. Dabei hatten wir noch gar nicht angefangen. – „*Deine* Fans. Neuigkeiten verbreiten sich schnell in Teheran“, fügte sie grinsend hinzu. „Komm“, sagte sie und marschierte in die Halle wie ein Preisboxer in den Ring.

„Das ist Roksana, eure neue Trainerin aus den USA“, rief sie und überreichte mir ihre Trillerpfeife. Ich dribbelte den Ball in die Mitte. Die Fans lehnten sich nach vorn – das Spiel begann.

Über 30 Jahre später fand Sara mich auf LinkedIn wieder. Sie war mittlerweile Professorin für Sportmanagement an der Allameh-Tabataba'i-Universität in Teheran und erzählte mir von ihrem neuen Buch, in dem es unter anderem um die Geschichte des Frauenfußballs in Iran geht.¹ Und die begann, was ich überhaupt nicht wusste, 1991, als ich mit Saras Trillerpfeife zum Anstoß pfiff.

Unser Austausch fiel in eine Phase, in der ich mit meiner selbst gestellten Lebensaufgabe haderte: Ich hatte dazu beitragen wollen, dass sich sowohl die Verhältnisse in Iran als auch die Wahrnehmung Irans in den USA ändern würden. Ich war die erste Ethnologin gewesen, die nach 1979 ein Fulbright-Stipendium für Feldforschungen in Iran bekommen hatte.

Ich hatte über den Iran-Irak-Krieg geschrieben, die Entwicklung des islamischen Nationalstaats und den Alltag unter einem unbeliebten Regime (was inzwischen in gewisser Weise für meine beiden Heimatländer gilt). In all diesen Jahren hatte ich immer gehofft, es würde irgendwann zu einem gesellschaftlichen Wandel kommen.

Stattdessen befinden wir uns heute im Krieg gegen Iran. Meine ganze Arbeit kam mir wertlos vor – bis zu dem Tag, als mir Sara schrieb und ich erfuhr, dass ich vor vielen Jahren an einem Winternachmittag in Teheran tatsächlich etwas Gutes mit auf den Weg gebracht hatte. Und das auch nur, weil es damals einen Freund gab, der wusste, dass ich einsam war, etwas Nützliches tun und Leute kennenlernen wollte.

Es machte mich unglaublich glücklich, von Sara zu erfahren, dass etwas, was ich aus purem Vergnügen getan hatte, so viel Einfluss gehabt haben soll. Und dass ich weitergeben hatte können, was der Fußball mir gegeben hatte: die Kraft, einfach auf den Platz zu gehen und das bestmögliche Spiel zu machen, ein „gutes Spiel“, so wie die iranische Männernationalmannschaft es bei der diesjährigen WM getan hat.

Allen politischen Widrigkeiten zum Trotz – die iranischen Profifußballer mussten ihr Quartier in Mexiko aufschlagen und durften zu ihren ersten beiden Spielen in den USA erst am Vortag anreisen – absolvierten sie ihre Partie voller Anmut und Gelassenheit. Nach ihrem letzten Spiel gegen Belgien hinterließen sie in der Kabine eine handschriftliche Botschaft, in der sie sich für die Gastfreundschaft bedankte. Diese Mannschaft hat mehr für die Diplomatie und das Ansehen von Iraner:innen in der amerikanischen Öffentlichkeit erreicht als jedes akademische Buch oder jeder Politiker.

Und wenn Sara meint, ich hätte dem Frauenfußball in Iran nach der Islamischen Revolution zu einem Neustart verholfen, sage ich: Ich bin einfach nur da gewesen. Und das können wir alle tun: füreinander da sein und spielen. Es ist nicht wichtig, wer gewinnt. Was zählt, ist, dass wir, nachdem wir 90 Minuten gemeinsam über das Feld gerannt sind, dieselbe Luft atmet und einander abgeklatscht haben, sagen können: Es war ein „gutes Spiel“.

¹ Sara Keshkar, „Die Entstehung und Entwicklung des Frauensports im Iran von der Pahlavi-Ära bis heute“ (auf Farsi), Teheran (Andisheh Ara) 2025.

Aus dem Englischen von Dorothee D'Aprile

Roxanne Varzi ist Filmemacherin und Professorin für Ethnologie an der University of California, Irvine. Zuletzt erschien: „Silent Scream. A Nordic Non-Noir“, Irvine (Bouncing Box Press) 2025.
© LMD, Berlin

Meldungen des Monats

In **Russland** verabschiedete das Parlament am 24. Juli einstimmig Sanktionen gegen im Ausland lebende Russ:innen, die in ihrer Heimat strafrechtlich verfolgt werden. Das zielt insbesondere auf Medienschaffende im Exil. Die machen nach Angaben der unabhängigen russischen Menschenrechtsprojekts *OVD-Info* die größte Gruppe auf den Listen der sogenannten „ausländischen Agenten“ und der Personen aus, die mit „unerwünschten Organisationen“ kooperieren (zu denen seit August 2025 auch RSF gehört). Seit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine hat sich die Zahl der russischen Medienschaffenden und Medienorganisationen im Exil versechsfacht. Inzwischen sind dies rund 1500 Personen, denen ab jetzt die Bankkonten eingefroren und der Zugang zum Onlinebanking gesperrt werden können. Gedroht wird auch mit dem Entzug des Führerscheins und der Verweigerung konsularischer Dienstleistungen, etwa bei der Verlängerung von Pässen. Zudem stehen inzwischen rund 60 Medienschaffende auf der offiziellen Liste mutmaßlicher „Terroristen und Extremisten“.

Am 27. Juli hat ein Gericht in **Aserbaidschans** Hauptstadt Baku fünf Mitarbeitende des unabhängigen Mediums Toplum TV zu hohen Haftstrafen verurteilt. Ihnen allen wurde „Schmuggel ausländischer Währung“ und „illegale Unternehmertätigkeit“ vorgeworfen. Das Strafmaß für Alesker Mammadli lautet auf 14 Jahre, für die Journalisten Ilkin Amrakhov und Mushvig Jabbarov auf 13 Jahre, für Farid Ismailov und den Social-Media-Manager Elmir Abbasov auf 12 Jahre. Sie alle müssen für die kritische Berichterstattung über Politik, Wirtschaft, Kriminalität oder Geschlechterfragen büßen, die den Ruf von Toplum TV als unabhängiges Medium begründet. Besonders alarmierend ist die Situation des Toplum-TV-Mitgründers Alesker Mammadli, der an Schilddrüsenkrebs leidet und in akuter Lebensgefahr schwebt.

Aus **Mexiko** wird ein weiterer Mord an einem Journalisten gemeldet. Am 16. Juli wurde Josué Martínez Contreras, der das Nachrichtenportal Noticias San Martín Texmelucan leitet, in seinem Heimatstaat Puebla vor seinem Haus erschossen; die



Täter entkamen auf einem Motorrad. Contreras ist der sechste Medienschaffende, der seit Jahresbeginn wegen seiner Tätigkeit umgebracht wurde. Auf seiner Facebook-Seite hatte er unter anderem über Sicherheitsthemen, kommunale Korruption und Umweltskandale berichtet. Bereits vor acht Monaten hatte er nach einem Bericht über illegale Wasserleitungen Morddrohungen erhalten. Auf ökologische Themen war auch der freie Journalist Manuel Alejandro Moreno Serna spezialisiert, der Ende Juni ermordet wurde. Serna galt seit dem 20. Juni als vermisst; am 3. Juli wurde sein Leichnam am Rand einer Autobahn in seinem Heimatstaat Guerrero gefunden. In seinem letzten Text hatte er über ein ausländisches Unternehmen berichtet, das ohne Lizenz Wasser aus einem Fluss entzieht. Wenige Tage nach Sernas Verschwinden hatte das Nachrichtenmedium *Al Unto Guerrero* eine Tonaufnahme mit einem Hilferuf veröffentlicht. Darin sagte der Journalist, er werde wegen seiner Recherchen zu Umweltschäden in der Region festgehalten.

Impressum

Redaktion Anna Lerch, verantwortlich f. d. Ausgabe Dorothee D'Aprile (Leitung), Katharina Döbler, Jakob Farah, Niels Kadritzke,
Produktion Claudia von Heydebrand, Aletta Luebers, Erik Lühr, Stefan Mahlike, Christiane Voß
Redaktion Comic Karoline Bofinger
Redaktion Kunst Wilhelm Werthern
Dokumentation Sigrid Deitelhoff, Almuth Müller
Verlag Deutschland
taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG,
Friedrichstr. 21, D 10969 Berlin,
☎ +49 30 25 90 2-0, www.monde-diplomatique.de

Marketing Greta Cazzola. ☎ +49 (0) 30 25 902-331
Anzeigen Daniela Lipka. ☎ +49 (0) 30 25 902-965
dlipka@monde-diplomatique.de

Separates Abonnement
Jahrespreis Inland 62,40 €, Ausland 76,80 €, ermäßigt Inland 39,60 €, ermäßigt Ausland 54 € (alle Preise inkl. Versandkosten).
abo-lmd@taz.de; ☎ +49 30 25 902-211
A. Beig Druckerei GmbH & Co.,
25421 Pinneberg
ISSN: 1434-2561

LMD Audio Download im eKiosk
www.monde-diplomatique.de/pm/ekiosk/ekiosk

Verlag Schweiz
WOZ – Internationale Medienerzeugnisse AG,
Zürich, Daniel Hackbarth | verantwortlich,
Camille Roseau,
Postfach: CH 8031 Zürich,
☎ +41(0) 44 448 14 14, diploabo@woz.ch,
www.monde-diplomatique.ch

Inserate WOZ-IMAG, Vasco Rasi, ☎ +41(0) 44 448 14 03/23, diploinserat@woz.ch.
Mittelland Zeitungsdruck AG, Aarau
Le Monde diplomatique liegt jeweils am zweiten Donnerstag im Monat der WOZ bei.
Separates Abonnement
Jahrespreis 72 sFr. | zzgl. Versandk. ins Ausland.

Die nächste Ausgabe erscheint mit der taz am 11. 9. 2026 und der WOZ am 10. 9. 2026. In Deutschland separat am Kiosk ab 10. 9. 2026.

Le Monde diplomatique, Paris
Direktor Benoît Bréville
Berater der Direktion Serge Halimi
Chefredakteur Grégory Rzepski
Redaktion Akram Belkaïd, Philippe Descamps, Renaud Lambert, Evelyne Pieiller, Hélène Richard, Pierre Rimbert, Anne-Cécile Robert,
Dokumentation Olivier Pironet
1, avenue Stephen-Pichon,
F-75013 Paris

Die deutsche Ausgabe von *Le Monde diplomatique* geht auf eine Initiative der taz Genossenschaft im Jahr 1994 zurück. Mehr über die Genossenschaft erfahren Sie unter: www.taz.de/genossenschaft

RUSSLANDS KRIEG IN
DER UKRAINE TÖTET
MENSCHEN, ZERSTÖRT
STÄDTE. UND STIEHLT
MIR MEINE
VERGANGEN-
HEIT.



~~EINE ZUFALLSBEGEGNUNG MIT
SERHIJ AND WOŁODYMYR
IN KÖLN, 2018
SERHIJ WURDE IM KRIEG GETÖTET~~



~~YOGA BEI SONNENAUFGANG
MIT SASHA, 2016
SASHA WURDE IM KRIEG GETÖTET~~



~~MEIN ABSCHLUSSBALL, 2003
DER ORT, AN DEM EINE RUSSISCHE
RAKETE 27 MENSCHEN TÖTETE~~

EINST SCHÖNE
UND
LUSTIGE
ERINNERUNGEN
HABEN JETZT
ETWAS
BITTERES.

ANNA SARVIRA

AUGUST 2026